

ENDE EINER BÜRGERLICHEN KUNST-INSTITUTION

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 24

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg
Redaktion: Martin Broszat

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

HILDEGARD BRENNER

ENDE EINER BÜRGERLICHEN
KUNST-INSTITUTION

Die politische Formierung
der Preußischen Akademie der Künste
ab 1933

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

© 1972 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart. Gesetzt aus der
Monotype Walbaum-Antiqua. Umschlagentwurf: Edgar Dambacher.
Gesamtherstellung: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart.
Printed in Germany. ISBN 3 421 01587 2

INHALT

ZUR QUELLENLAGE UND AUSWAHL	7
NATIONALSOZIALISTISCHE AKADEMIEPOLITIK	10

TEIL A: ANGRIFF AUF DAS REPUBLIKANISCHE AKADEMIEKONZEPT

I. Ultimatum des Ministers und das Ausscheiden der Akademiemitglieder Heinrich Mann, Käthe Kollwitz und Martin Wagner, Februar 1933 [Dok. Nr. 1–5]	27
II. Reaktionen der Berliner Tagespresse [6]	32
III. Stellungnahmen einzelner Mitglieder [7–17]	43
IV. Stellungnahme der Abteilung für Dichtung [18]	50
V. Verhinderte Presseerklärung [19–22]	54

TEIL B: ABTEILUNG FÜR DICHTUNG

I. Vorbereitung der Sitzung über „lebenswichtige Fragen der Abteilung“, Febr./März 1933 [23–26]	56
II. Geforderte Loyalitätserklärung, 13./14. 3. 1933 [27–53]	58
Austritte (Paquet, Th. Mann, Döblin, Huch)	60
Ausschlüsse (Frank, Fulda, Kaiser, Kellermann, Mombert, Schickele, v. Unruh, Werfel; Pannwitz, Wassermann)	66
Rücktritt des Ehrenpräsidenten Max Liebermann	69
III. Gründung einer „Deutschen Akademie der Dichtung“, Mai 1933 [54–71]	69
Berufungen neuer Mitglieder	70
Konstituierung der neuen Abteilung für Dichtung	75
Rechtliche Bedenken des Präsidenten	89
IV. Reichsgedanke und Projekt einer „Großen Akademie der Deutschen Kunst“, Juli 1933 [72–79]	91
V. Aufnahme der Sektionsarbeit [80–84]	97
VI. Kompetenzüberschneidungen und zunehmende Funktionslosigkeit [85–92a]	109

TEIL C: ABTEILUNGEN FÜR DIE BILDENDEN KÜNSTE UND MUSIK

I. Versuch einer Revision des Pairsschubs, Mai 1933 [93–106]	122
Formaldemokratische Einwände gegen die von Minister Grimme berufenen Mitglieder der Abteilung für die bildenden Künste	122
Austritte (Mebes, Dix, Schmidt-Rottluff)	123

Zurückweisungen (Kirchner, Mies van der Rohe, Nolde, Gies, Sintenis, Mendelsohn, Scharff, Belling)	124
II. Ausschlüsse aus politischen bzw. rassischen Gründen, 1933/34 [107–129]	127
Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933	127
Ermittlungen	128
Kündigung der Lehraufträge für Meisterklassen (Dix, Kollwitz, Schönberg)	132
Ausschlüsse nach §§ 3 und 4 des Berufsbeamtengesetzes (Mendelsohn, Heine, Breslauer, Seeck, Schreker, Schönberg, Braunfels, Kahn, Taut, Sintenis)	135
Weitere Ermittlungen nach § 4 des Beamtengesetzes (Tiessen, Bräuning)	139
III. Ausschluß der Vertreter der Moderne, 1937/38 [130–161]	141
Austrittersuchen an die unerwünschten Mitglieder	143
Austritte (Barlach, Gies, Paul, Weiß, Kirchner, Mies van der Rohe, Belling)	144
Proteste (Nolde, Pechstein)	146
Ausschlüsse (Pechstein, Hofer, Kokoschka)	148
Der Fall Nolde	151
IV. Berufungen neuer Mitglieder und Einrichtung inaktiver Mitgliedschaft, Juli 1937 [162–176]	151
Nichtbestätigung der Berufungen	154

ANHANG

DIE ALTEN UND NEUEN ORDENTLICHEN MITGLIEDER DER AKADEMIE	162
VERZEICHNIS DER DOKUMENTE	166
NAMENVERZEICHNIS	171

ZUR QUELLENLAGE UND AUSWAHL

Der vorliegende Band rekonstruiert und dokumentiert die Vorgänge innerhalb der Preußischen Akademie der Künste, die im Februar 1933 im Zuge der ‚Gleichschaltung‘ der kulturellen Institutionen eingeleitet wurden. Das Material lieferten die einschlägigen Faszikel der annähernd vollständig erhaltenen Akademieregistratur¹: die Sitzungsberichte, Deklarationen, Schriftwechsel, Personalpapiere. Die Bestände lagern heute im Archiv der westberliner Akademie der Künste, und zwar noch in originaler Heftung und Signierung.

Dem Zeithistoriker gewährt dieses Material einzigartigen Einblick in die Bedingungen nationalsozialistischer Machtergreifung anhand einer überschaubaren Gruppe und ihrer Institution. Bis ins Detail liegt offen, wie die in der Akademie versammelten bürgerlichen Intellektuellen unterschiedlicher Fraktionen Schritt für Schritt, mit und gegen ihren Willen, zu Funktionsträgern nationalsozialistischer ‚Gleichschaltung‘ wurden; wie sich die Bereitschaft zur staatlich-autoritären ‚Beseitigung‘ von Konflikten, die im Rahmen der Kulturinstitution Akademie in der Tat nicht zu lösen waren, längst formiert hatte. Selbst angesichts des ultimativen ministeriellen Eingriffs in die Selbstverwaltungskörperschaft Mitte Februar 1933 war die Mehrheit der Akademiemitglieder keineswegs in der Lage, diesen Eingriff als Bedrohung demokratischer Grundrechte zu begreifen und entsprechend zu handeln. Fixiert auf die Trennung von Kunst und Politik, ohne Einsicht in die realen Machtverhältnisse und die Grenzen klassenstaatlicher Liberalität, ohne Solidarisierungsfähigkeit, vermied sie (und darin machte auch die republikanische Gruppe um Heinrich Mann keine Ausnahme) die öffentliche Konfrontation; das Festhalten an der Arkanpraxis schuf die Voraussetzung zwangloser politischer Formierung: die Wahrung des Legalitätsscheins.

Die Auswahl der Dokumente ist am Exemplarischen dieses Vorgangs orientiert. Auf die Erörterung zusätzlicher, subjektiver Motivierungen, wie sie den persönlichen Dokumenten zugrunde liegen mögen, konnte in diesem Zusammenhang verzichtet werden.

120 Bände wurden für diese Dokumentation gesichtet. Dabei zeigte sich, daß die Gleichschaltungsvorgänge in den einzelnen Abteilungen unterschiedlich aktenkundig geworden sind – ein Befund, der erst im Kontext der Ereignisse verständlich wird: Die politische Formierung richtete sich, publizistisch vorbereitet, zunächst gegen die Literaturabteilung als Repräsentantin des republikanischen Akademiegedankens. Sämtliche Maßnahmen und Eingriffe wurden in diesem frühen Stadium noch vor der Abteilung verhandelt, zumindest verteidigt. Den Sitzungsprotokollen aus dieser Zeit kommt somit besondere Bedeutung zu. Sie sind lückenlos erhalten und wurden, soweit relevant, ungekürzt aufgenommen. Die erst Mitte 1933 einsetzende Formierung der Abteilungen für Musik und die Bildenden Künste konnte

¹ Herbert von Buttlar: Zur Geschichte der Akademie, in: Akademie der Künste, die Mitglieder und ihr Werk, Berlin 1960, S. XIII–XVII. Walther Huder: Das Archiv der Akademie der Künste, Berlin, in: Kulturarbeit, 16. Jg. (1964) S. 95–98.

sich bereits auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (in der für die Akademie erweiterten Auslegung) stützen. Die Ausschlußverfahren wurden auf dem Verwaltungsweg betrieben, die Abteilungen nicht dazu gehört. So erklärt sich, daß die vorhandenen Sitzungsprotokolle wortlos über die Veränderungen innerhalb der beiden Abteilungen hinweggehen. Die Dokumentation verlagert sich entsprechend auf die Weisungs- und Vollzugswege sowie auf die nur noch singulären Reaktionen der Betroffenen, auf ihren Schriftwechsel mit der Akademieleitung. Vergleichbare Initiativen zum ‚nationalen Neuaufbau‘ von Abteilung und Gesamtakademie, wie sie von der Literaturabteilung ausgingen, sind in den Abteilungen für Musik und die Bildenden Künste nicht nachweisbar.

Einige wenige Faszikel waren, abweichend vom Findbuch², nicht auffindbar, darunter allerdings nur drei unmittelbar relevant: die Folgebände zur Durchführung des Berufsbeamtengesetzes (B 1a, Bd. 6 u. 7) sowie die beiden Korrespondenzmappen ‚Reichsschrifttumskammer‘ und ‚Reichsmusikkammer‘. Soweit einzelne Faszikel, vor allem in der Literaturabteilung, Lücken aufweisen, mußten die Vorgänge aus parallelen Aufzeichnungen rekonstruiert werden. Das war in den meisten Fällen möglich. Bedauerlich, wenn auch nur hinsichtlich weiterer Inside-Aspekte, bleibt der Verlust von Handakten: des privatdienstlichen Schriftverkehrs von Rudolf Binding (P 25), der Beiakte des Dritten Ständigen Sekretärs, Werner Beumelburg (P 24a) sowie der Nachkriegsverlust der Amersdorfferschen Handakte 1936–39 (P 5, Bd. 3). Verfügte doch Amersdorffer als höchster Akademiebeamter über eine einzigartige Erfahrung in obrigkeitlichen Diensten: der durch die Mitglieder der Akademie nicht gewählte und auch nicht abrufbare Erste Ständige Sekretär übte sein Amt in den letzten Jahren der Kaiserzeit, während der Weimarer Republik, im nationalsozialistischen Deutschland und wiederum nach 1945, diesmal sogar als kommissarischer Leiter der Akademie, aus³.

Beträchtliche Recherchen wurden zur Erschließung weiterer Primärquellen angestellt. Die Ausbeute war so gering, daß der Versuch, über den Verbindungsweg Staatliche Institutionen – Akademieleitung zusätzliche Informationen einzuholen, aufgegeben werden mußte. Die einschlägigen Registraturen der weisungsbefugten Abteilungen beim Preußischen Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung bzw. beim Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, beim Preußischen bzw. Reichsministerium des Innern gelten als verschollen.

² Nach Angaben des Leiters der Archive und Bibliotheken, Dr. Walther Huder, rekonstruiert das 1952 angelegte Findbuch zugleich die originalen Aktenbestände; die aufgeführten Signaturen weisen deshalb die einzelnen Faszikel noch nicht als vorhanden aus.

³ „Als derzeitiger Leiter der Akademie werde ich vom Magistrat bezeichnet“, schreibt Amersdorffer am 25. April 1946 an Prof. Dr. Gerhard von Keussler (P 5, Bd. 4). Die Korrespondenz Amersdorffers aus den Jahren 1945/46 ist erhalten. Sie zeigt den Ersten Ständigen Sekretär mit der Wiederauffindung der Akademiemitglieder und deren Entnazifizierung befaßt. Amersdorffer verstarb am 13. August 1946. – Die Korrespondenzmappe P 5, Bd. 4, enthält u. a. Äußerungen ehemaliger Mitglieder über die vergangene und gegenwärtige Situation der Akademie, so auch von völkischen Schriftstellern wie Grimm und Schäfer, die „jetzt [1946!] die Zeit für gekommen sehen, um eine völkische Dichterkademie endlich ins Leben zu rufen . . .“

Ergebnislos blieben auch die Nachforschungen in den Aktenbeständen nationalsozialistischer Organisationen. Gezielte Aktivitäten der die Reorganisation der Akademie fordernden und kontrollierenden Verbände (Kampfbund für Deutsche Kultur, NSDAP Gauleitung Großberlin, Kulturkreis der SA) sind – bis auf eine Ausnahme – nicht bzw. nicht mehr aktenkundig. Wohl finden sich in den publizistischen Organen (Mitteilungen des Kampfbundes für Deutsche Kultur, Deutsche Bühnenkorrespondenz, Deutsche Kultur-Wacht, Völkischer Beobachter u. a. m.) zahlreiche Ausführungen zum Thema. Sie bestätigen, daß sich das Interesse dieser Organisationen in der Bekämpfung der durch die Weimarer Republik geprägten Akademiepraxis erschöpfte. Eine Auswertung dieser Zeugnisse wie auch weiterer wortführender Medien (z. B. Will Vespers ‚Literarischer Welt‘) überschreitet den Rahmen dieser Dokumentation und wäre Aufgabe einer Wirkungsgeschichte der Akademie. Das gleiche gilt für die Auseinandersetzung mit der Memoirenliteratur.

Die Dokumente sind nach den Aktionsbereichen: Gesamtakademie, Abteilung für Dichtung, Abteilungen für die Bildenden Künste und Musik geordnet und folgen dem zeitlichen Ablauf der Ereignisse (vgl. das Dokumentenverzeichnis im Anhang). Wo sie Unrichtigkeiten enthalten oder zu Mißverständnissen Anlaß geben, ist ausdrücklich darauf verwiesen. Mit zwei Ausnahmen: Die Sitzungsprotokolle der Literaturabteilung geben die Vorgänge nur annäherungsweise richtig wieder, in entscheidenden Punkten sind sie unpräzise und beschwichtigend; die Unterschrift des Akademiepräsidenten von Schillings bzw. seiner Stellvertreter Kraus und Schumann unter Briefe, Erklärungen u. a. deckt wohl die in den Schriftstücken erwähnten Aktionen, nicht aber mit Sicherheit auch Initiative und Formulierung der Schreiben. In vielen Fällen wird der für die Verwaltungsgeschäfte wie für die Angelegenheiten der Gesamtakademie verantwortliche Erste Ständige Sekretär der Verfasser sein.

Die Schreibweise der Sitzungsberichte und der öffentlichen Verlautbarungen wurde der heutigen angeglichen; bei den Briefen wurden die persönlichen Eigenheiten, auch in der Zeichensetzung, beibehalten. Hervorhebungen im Original sind durch Kursivsatz gekennzeichnet. Eckige Klammern enthalten grundsätzlich Hinzufügungen der Herausgeberin.

Die Arbeit wurde im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte, München, und der Akademie der Künste, Westberlin, ausgeführt. Den Mitarbeitern des Akademiearchivs, insbesondere Frau Ilse Brauer und Herrn Dr. Walther Huder, habe ich für die sachkundige Unterstützung zu danken. Die Arbeit wurde Ende 1969 abgeschlossen.*

H. B.

* In der Zwischenzeit ist eine weitere Auftragsarbeit der Akademie, speziell zur Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie, erschienen: Inge Jens, Dichter zwischen rechts und links, München 1971. Die Arbeit ist eine wichtige Ergänzung der vorliegenden insofern, als sie die Geschichte dieser erst 1926 gegründeten Sektion zusammenfassend darstellt. Im Unterschied dazu verfolgt die hier vorgelegte Publikation eine andere Absicht: sie versteht sich als Fallstudie zur nationalsozialistischen ‚Gleichschaltungs‘-Politik und zeigt deshalb die sehr unterschiedlichen Verfahren in den Sektionen für Dichtkunst, Bildende Künste und Musik auf; und sie will ferner mit der Veröffentlichung sämtlicher einschlägiger Quellen Material für weitere wissenschaftliche Arbeiten bereitstellen.

Wirklichkeit und Ideologie

In den Akten der Reichsleitung des nationalsozialistischen Kampfbundes für Deutsche Kultur (KfDK) findet sich ein Schreiben an den Reichsinnenminister, aus dem hervorgeht, daß der Kampfbund an das Preußische Kultusministerium die Bitte gerichtet hatte: es möge die Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste auflösen und an ihre Stelle ein „Kuratorium für das Schrifttum“ setzen¹.

Das Schreiben datiert vom 16. März 1933 – einem Zeitpunkt also, da Heinrich Mann und Käthe Kollwitz bereits unter dem Druck des ministeriellen Ultimatums ‚freiwillig‘ ausgeschieden waren² und in der Öffentlichkeit diese Demission zutreffend als das Ende der republikanischen Akademiepraxis gewertet wurde; deren übrige Vertreter, in diesem Schreiben als „volksfremde kulturbolschewistische bzw. -liberalistische Elemente“ bezeichnet, aber waren noch in den Sektionen verblieben. Parallele Vorgänge³ lassen darauf schließen, daß die Kampfbundleitung, da ihr der Eingriff des Kultusministeriums nicht konsequent genug erschienen sein mochte, über das Innenministerium ihrer Forderung Nachdruck verleihen wollte.

Das aufgefundene Schreiben macht nicht nur deutlich, welche Instanz es war, die das Kultusministerium in seiner Eigenschaft als Aufsichtsbehörde der Akademie zur Eile antrieb und dabei so wenig Verständnis für den Legalitätsschein aufbrachte, der mit dem Prinzip der ‚Freiwilligkeit der Austritte‘ gewahrt werden sollte. Es enthält darüber hinaus die einzige heute nachweisbare *interne* Funktionsbestimmung einer kunstakademischen Institution im nationalsozialistischen Staat – der im Zeichen der ersten deutschen Republik gegründeten und infolgedessen exponierten Literaturabteilung der Preußischen Akademie⁴. Das Schreiben des

¹ Bundesarchiv Koblenz, R 56 DC/220. Der zweiseitige maschinenschriftliche Brief enthält keine Schlußformel und ist nicht abgezeichnet, wohl aber von Rosenberg eigenhändig mit dem Bearbeitungs- bzw. Ablagevermerk „R I“ versehen.

² Vgl. Dokument Nr. 3.

³ Ebenfalls über Reichsinnenminister Dr. Frick erreichte der Kampfbund im Juli 1933, daß eine Ausstellung deutscher Expressionisten in Berlin drei Tage nach ihrer Eröffnung geschlossen wurde. In diesem Fall spielte die Rivalität zu Goebbels, der als der heimliche Protektor dieser vom NSD-Studentenbund initiierten Ausstellung galt, eine Rolle. (Ausführlich dargestellt bei Hildegard Brenner: Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus. Reinbek 1963, S. 63 ff.) – Die Kontrolltätigkeit des Rosenbergschen Kampfbundes wurde im Januar 1934 offiziell bestätigt. Reichsleiter Alfred Rosenberg wurde zum „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“ ernannt.

⁴ Siehe dazu die genannte Arbeit zur Sektion für Dichtkunst von Inge Jens: Dichter zwischen rechts und links, München 1971. – Soweit bei Jens auszugsweise Dokumente aus den Jahren 1933 ff. herangezogen sind, ergeben sich im Wortlaut zahlreiche Abweichungen von den „Originalen im Archiv der Westberliner Akademie, die der vorliegenden Arbeit

Kampfbundes führt aus, daß dem ersatzweise geforderten Kuratorium für das Schrifttum

„im wesentlichen die Bearbeitung für folgende Aufgaben obliegen soll:

- 1) Verwendung von Staatsmitteln für das Schrifttum (Staatspreise usw.)
- 2) Gestaltung der Volksbüchereien
- 3) Abgabe von Empfehlungen usw.“

Wenn auch Literaturabteilung und Akademie als Institution schließlich doch erhalten blieben⁵ – rückblickend auf das zwölfjährige Kapitel Akademiengeschichte läßt sich feststellen: Nicht einmal die vom Kampfbundleiter und führenden Ideologen der NSDAP Alfred Rosenberg dem Kuratorium zugedachten Tätigkeiten verblieben der Akademie nach ihrer Reorganisation 1933. Soweit die genannten Tätigkeiten Kontrollfunktionen betrafen wie im Fall der Volksbüchereien, wurden sie im Auftrag parteiamtlicher bzw. ministerieller Instanzen ausgeübt⁶ und bald nur noch von diesen wahrgenommen. *Die Preußische Akademie der Künste verkam zu gesellschaftlicher Funktions- und faktischer Bedeutungslosigkeit.* Das intern ausgeführte Konzept läßt die Annexions- bzw. Liquidationsabsichten bereits erkennen.

Die Rede von der „Gleichschaltung der Akademie“ ist daher irreführend. Impliziert der nationalsozialistische (!) Terminus ‚Gleichschaltung‘ doch die Vorstellung von einheitlicher Ausrichtung und Einsatzbereitschaft, kurz, einer nachweisbaren Funktionstüchtigkeit. Von der Zielsetzung einer einheitlichen Ausrichtung mag noch die erste Reorganisationsphase bestimmt gewesen sein, in deren Verlauf das republikanische Akademiekonzept zu Fall gebracht wurde. Die Tätigkeiten, die sich dann über die Neukonstituierung bzw. Umbildung der einzelnen Sektionen bis in die Kriegsjahre verfolgen lassen, bestätigen indes, daß weder der sogenannten Akademie für Dichtung noch den übrigen Abteilungen ein Loyalitätserklärungen überschreitender ‚Einsatz‘ je abverlangt wurde. In dem Maße, wie sich auch im Kulturbereich – unter der Vorherrschaft des Goebbelschen Reichsministeriums

zugrunde liegen. Die Ursache aufzuklären ist dadurch erschwert, daß das Buch von Jens im einzelnen keine Auskünfte über die benutzten Quellen und den Standort der Dokumente gibt.

⁵ In der Sitzung vom 7. 6. 1933 (Dok. Nr. 62) kommt Gottfried Benn, der als mit den ministeriellen Maßnahmen und Absichten vertraut gelten muß, auf die Frage der Auflösung oder Nichtauflösung der Literaturabteilung zurück: man, d. h. das Kultusministerium, habe mit Absicht nicht die formale Auflösung der alten Abteilung ausgesprochen, sondern eine Neugründung auf Initiative der alten und neuen Mitglieder vorgezogen.

⁶ Wichtigstes Kontrollinstrument war die im Juni 1933 – als Vertretung des Deutschen Börsenvereins und des Kampfbundes für Deutsche Kultur – gegründete Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums. Ihre Vororganisation, die Reichsbuchberatungsstelle des Kampfbundes (Leiter: Dr. Hans Hagemeyer), hatte 1933 in Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda die „schwarzen Listen“ für die Bücherverbrennung und die „Säuberung“ der Bibliotheken angelegt. Innerhalb der NS-Kulturgemeinde wurde im Juni 1934 ein weiteres Amt für Schrifttumspflege geschaffen. Beide Institutionen wurden innerhalb der Reichsleitung des Amtes Rosenberg in Personalunion geführt. Der Gutachterstab des Zentrallektorats bestand schließlich aus annähernd 2000 teils hauptamtlich, teils ehrenamtlich arbeitenden Lektoren. Vgl. dazu Dietrich Strothmann: Nationalsozialistische Literaturpolitik. Bd. 13 der Reihe Abhandlungen zur Kunst-, Musik- und Literaturwissenschaft, Bonn 1960.

für Volksaufklärung und Propaganda (RMVuP) – das kapitalistische Effektivitätsprinzip durchsetzte, wurde die Akademie der Künste aufs tote Gleis geschoben. Innenpolitisch wurden die Belange der Künste und Künstler im Rahmen der Reichskulturkammer (RKK) vertreten, bei deren Gründung bezeichnenderweise die Akademie nicht einmal beratend hinzugezogen wurde. Die nach 1939 zunehmend an außenpolitischen Zielen orientierten Aufgaben wurden anderen Kunstinstitutionen übertragen (der Europäischen Kulturkammer mit der Priorität der Filmindustrie, dem Europäischen Schrifttumsverband unter der Leitung von Hans Carossa, dem mit der Neuordnung des europäischen Kunstbesitzes betrauten ‚Führerprojekt Linz‘ u. a. m.).

Der völkische Akademiegedanke

Die nationalsozialistische Reorganisation der Preußischen Akademie der Künste war von einer der kulturpolitisch aktiven Gruppen innerhalb der Akademie gefordert und unterstützt worden: von den völkischen Vertretern, vor allem den Schriftstellern, die ihre Vorstellungen verwirklicht sehen wollten.⁷

Die Gruppe der sogenannten Völkischen war in der Sektion Literatur seit ihrer Gründung 1926 vertreten gewesen. Die Wortführer – Erwin Guido Kolbenheyer, Wilhelm Schäfer und Emil Strauß – gehörten zu den Gewählten der ersten Sitzung. Da sie, weil in den Abstimmungen unterlegen, ihr Akademiekonzept auch dann nicht durchsetzen konnten, als die satzungsmäßige Benachteiligung der auswärtigen, d. h. nicht-berliner Mitglieder aufgehoben worden war, waren sie im Januar 1931 unter spektakulären Umständen aus Sektion und Akademie ausgetreten. Ihren Protest hatten sie lautstark in die Öffentlichkeit getragen: Der Literatursektion mangelte fühlbar bis auf den heutigen Tag die äußere und innere Sanktion durch das Volk. Die „vom Volk als spezifisch deutsch empfundene Kunst“ müsse in der Literatursektion ebenso stark vertreten sein wie die „Kunst internationalen Typs“. So hatten die Völkischen seit 1928 dafür geworben, daß Börries von Münchhausen, Jakob Schaffner, Paul Ernst, Hans Friedrich Blunck, Hans Grimm, neben Gerhart Hauptmann, als Repräsentanten dieser ‚deutschen Kunst‘ in die Sektion gewählt würden.⁸ Während sich bei der zahlenmäßig größten Gruppe innerhalb der Abteilung, den Traditionalisten, der Wunsch nach „normativer Einflußmöglichkeit“ (Loerke) auf die Mitarbeit in bereits bestehenden Gremien beschränkte, appellierten die Völkischen – innerhalb und außerhalb der Akademie – unmittelbar an den

⁷ Brenner, 1963, S. 154ff.

⁸ Erwin Guido Kolbenheyer: Die Sektion der Dichter an der Berliner Akademie. In: Süddeutsche Monatshefte, Jg. 28 (1930/31), S. 519–30. (Darin der Wortlaut des Briefes, den Kolbenheyer anlässlich der bevorstehenden Zuwahl von Mitgliedern am 8. Dezember 1927 an den Vorsitzenden der Sektion für Dichtkunst richtete; ferner die programmatischen Ausführungen von Kolbenheyer auf der Hauptversammlung der Sektion für Dichtkunst am 13. 10. 1930 sowie Kolbenheyers Protestschreiben und Austrittserklärung vom 29. 11. 1930 bzw. 5. 1. 1931.)

Staat, daß er ihnen „volkswirksame Autorität“ verleihe: der völkische Dichter sei „Hüter der Lebensmacht“, er diene dem „Ganzen“, dem „Gemeinwohl“, d. h. dem „Volk“ und sei ihm allein verantwortlich.⁹ Die Völkischen identifizierten sich mit dem Staat als Herrschaftsträger (nicht etwa mit den demokratischen Inhalten der Verfassung). Der Staat sollte sie gleich geistigen Würdenträgern zum Mund des Volkes machen, dem man Mündigkeit nicht zutraute.

Diese Sonderstellung der Schriftsteller sollte in einer „das Volk“ repräsentierenden allgemeinen „Deutschen Dichter-Akademie“ ihren institutionellen Ausdruck finden. Der Selbstnobilisierung entsprach ein Autonomiebegriff, der sich aus dem Abstand zu Politik, (künstlerischen) Tagesfragen und jederart Öffentlichkeit definierte, die Regungen von ‚unten‘ hätte artikulieren können. Als Kulturträger ‚letzter Instanz‘ sollte diese Dichter-Akademie jeder amtlichen Beziehungssphäre, damit auch der Aufsicht des Preußischen Kultusministeriums, enthoben sein.¹⁰

In seinen inhaltlichen Zielvorstellungen blieb dieses völkische Akademiekonzept äußerst unbestimmt. Kolbenheyer hatte als die beiden Funktionen einer „ausschließlich volksverantwortlichen“ Dichter-Akademie benannt: (1) nach innen – Meister ihrer Kunst vor eine erhöhte Verantwortung zu stellen und damit deren Leistung zu steigern; (2) nach außen – auf das Kunstleben und die Entwicklung der Kunst in wesentlichsten und daher entscheidenden Fällen autoritären Einfluß zu nehmen.¹¹

Mit der Forderung nach staatlicher Garantie ihrer Autorität hatten die Völkischen bereits vor 1933 in den nationalsozialistischen Kulturorganisationen Halt und Aktionsmöglichkeit gefunden.¹² Die nationalsozialistischen Funktionäre verspra-

⁹ Ebenda, S. 522, 525 f.

¹⁰ Ebenda, S. 522 ff.

¹¹ Ebenda, S. 523. Vgl. des weiteren auch Wilhelm Schäfer: Der Gedanke einer deutschen Dichterkademie und die Sektion für Dichtkunst an der preußischen Akademie der Künste, in: Frankfurter Zeitung, Nr. 805 v. 28. 10. 1929. Rudolf Borchardt, Deutsche Literatur im Kampf um ihr Recht, München 1931. Wilhelm Westecker, Der Kampf um die Deutsche Dichtung, in: Berliner Börsen-Zeitung, 6. 8. 1931.

¹² Vor allem der Kampfbund für Deutsche Kultur und seine Fachbereichsorganisationen machten sich zu Sprechern der völkischen Belange. In den Kampfbundorganisationen, ferner in der ‚Literarischen Welt‘ und im ‚Völkischen Beobachter‘ finden sich zahlreiche Belege für die Aktivität des Bundes, die von propagandistischen Maßnahmen bis zum Aufbau einer Kadertruppe und eigener kunstpolitischer Institutionen reichte.

Die Akademiemitglieder, die die politische Formierung 1933 aktiv betrieben, waren dem Kampfbund teils institutionell, teils ideell verbunden. So hatte Professor Albert Geßner, Sprecher der Abteilung für die bildenden Künste, die Gründungsversammlungen des Kampfbundes in Berlin und Dresden geleitet. Laut Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin (Abt. IA, Tgb. Nr. 4 IA, 7/1929 v. 24. 4. 1929) an das Preußische Ministerium des Innern fand die berliner Gründungsversammlung am 20. April 1929 im Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrats in Berlin-Tiergarten statt. Alfred Rosenberg sprach über „Das Schicksal der Deutschen Kultur“, und Geßner übernahm das Amt des vorläufigen Ortsgruppenvorsitzenden. (Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Rep. 77 Tit. 4043, Nr. 68a). – Als Redner der nationalsozialistischen Gesellschaft für Deutsches Schrifttum trug Wilhelm Schäfer im März 1931 das Zerwürfnis innerhalb der Literatursektion in die Öffentlichkeit. In der Aula der Münchener Universität apostrophierte er den Auszug der Völkischen aus der Akademie als „Deutsche Tat“ und forderte nachdrücklich eine allgemeine Deutsche Dichter-Akade-

chen, der funktionalen Obsoleszenz des „schöpferischen Individuums“ und dem durch den Demokratisierungsanspruch drohenden Legitimitätsverlust entgegenzuwirken, d. h. den Künstler in seine alten Rechte wieder einzusetzen.

Die Neukonstituierung der Literaturabteilung im Juni 1933 schien den Traum von der allgemeinen Deutschen Dichter-Akademie wahrzumachen. Die 1931 Ausgeschiedenen zogen, diesmal mit ihren Gewährsleuten, wieder in die Akademie ein. Sie mußten erfahren, daß die Macht, die sie forderten und formell auch erhielten, ohne Boden war.

Republikanische Akademiepraxis

Die Schriftstellergruppe, die vor 1933 ihr Konzept weitgehend hatte verwirklichen können und gegen die sich die nationalsozialistische Akademiepolitik, zudem stellvertretend für ähnliche Aktivitäten in den beiden anderen Sektionen, richtete, hatte die 1926 gegründete Literaturabteilung bewußt als eine „Anstalt der Republik“ akzeptiert. Mit den Gründern der Republik, vor allem der Arbeiterklasse und ihren Organisationen, verband sie allerdings kaum mehr als der erklärte Wille, die „Geistesfreiheit“ zu wahren. Die Kommerzialisierung der Künste sowie der soziale Statusverlust des Künstlerstandes blieben in ihren politischen Implikationen unreflektiert, die Privilegien von Besitz und Bildung unangetastet. Mit dem Optimismus der ersten Aufklärung wurden die Formeln für Demokratie im ‚Reich der Vernunft‘ gesucht. Als Sachwalter des ‚Geistigen‘ faßten Heinrich Mann, Alfred Döblin, Ludwig Fulda u. a. ihre Rolle auf, „nur sich selbst und der europäischen Geistigkeit verantwortlich“ (H. Mann).

Diese Gruppe war vor allem darum bemüht gewesen, die Sektion zugunsten einer ungehinderten Entwicklung der Künste arbeitsfähig zu machen. Unter dem Vorsitz anfangs von Wilhelm von Scholz, dann von Walter von Molo entwickelte sie eine rege Ausschußtätigkeit. Sie kooperierte mit diesem Staat, um „Übergriffe“ desselben Staates als obrigkeitliche Anmaßung zurückweisen zu können und zugleich der Akademie ein Recht auf Mitsprache und Entscheidungsbefugnis zu erkämpfen. Die im Vergleich zum Kaiserreich liberale Amtsführung des Kultus-

mie. – Hanns Johst, der nachmalige Präsident der Abteilung für Dichtung, war leitender Schrifttums- und Theaterfunktionär im Kampfbund für Deutsche Kultur. Die Annexionspolitik der Rosenbergschen Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums setzte ihre Hoffnung darauf, daß die Eingliederung der Preußischen Dichterkademie „unter ihrem Führer Johst“ personell bereits vorbereitet sei. (Interner Bericht der Reichsstelle v. 22. 6. 1933. Bundesarchiv Koblenz, R 56 DC/220). – Auf dem deutschnationalen Parteiflügel der antidemokratischen Gruppierungen bekannten sich anläßlich des Volksentscheides über das Fortbestehen des Preußischen Landtags im August 1931 folgende Schriftsteller öffentlich zu einer „Front des deutschen nationalen Geistes“: Adolf Bartels, Paul Ernst, Richard Euringer, Hans Grimm, Heinrich von Gleichen, Rudolf Huch, Hanns Johst, Erwin Guido Kolbenheyer, Börries Freiherr von Münchhausen, Emil Strauß, Will Vesper. Mit Ausnahme von Bartels und v. Gleichen rückten alle als Mitglieder 1933 in die neue Dichterkademie ein.

ministeriums unter dem Deutschliberalen Becker und dem Sozialdemokraten Grimme mochte ein Vorgehen, das die Abhängigkeit von diesem Ministerium zur Einflußnahme auf dessen Politik zu nutzen wußte, um „dem Wort einen Zuwachs an weltlicher Macht zu verschaffen“, aussichtsreich erscheinen lassen.

So war 1926 das „Gesetz zur Bekämpfung von Schund und Schmutz“ einstimmig als „nur bekämpfenswert und nicht verbesserungsfähig“ verurteilt worden.^{12a} Vertreter der Sektion saßen im Kunstausschuß des berliner Polizeipräsidiiums, später auch in der Sachverständigenkammer des Justizministeriums. Im März 1927 folgte eine öffentliche „Warnung der Akademie, Sektion für Dichtkunst, vor dem geplanten Zensurgesetz“; 1928 die Intervention im Prozeß gegen Johannes R. Becher, den Autor des Anti-Kriegsromans „Levisite“. Die Bevorzugung ausländischer Autoren bei den Staatstheatern, die Vernachlässigung deutscher Gegenwartsdramatik wurden beim aufsichtführenden Ministerium beanstandet. Nach dem Austritt der völkischen Wortführer im Januar 1931 hatten in der neubenannten ‚Abteilung für Dichtung‘ und im Senat Heinrich Mann und Ricarda Huch den Vorsitz inne. Dem Prinzip folgend, daß alle Literaturrichtungen in der Sektion vertreten sein sollten, wurden u. a. Max Mell, Rudolf Binding, Ina Seidel, Rudolf Pannwitz, Alfons Paquet, Gottfried Benn als Mitglieder hinzugewählt. Ein Kampfausschuß (H. Mann, Halbe, Döblin) wurde gegründet, der alle Fälle von Verboten und Verfolgungen literarischer Werke, einbegriffen Filme, überprüfen sollte. Bei abweichendem Ergebnis war die Sektion verpflichtet, für Werk und Autor öffentlich einzutreten. Mehrjährige umfangreiche Arbeiten Ludwig Fuldas zur Urheberrechtsreform versprachen, die bevorstehende Gesetzesnovelle maßgebend zu beeinflussen.

Döblin, unterstützt von Pannwitz, plädierte für den Ausbau der Vortragstätigkeit in Universität und Akademie zu einer regulären Lehrtätigkeit. Die Durchsicht der Lese- und Geschichtsbücher auf völkerverhetzende Tendenzen wurde energisch betrieben und beim Kultusministerium das Mitspracherecht in Schulbuchkommission und Prüfungsausschuß für Deutschkunde erwirkt. Eine Warnung gegen das „Hauptübel der Verhetzung“, die populären Literaturgeschichten von Barthel und Fechter, wurde ausgearbeitet. Sie sollte schließlich, erweitert, als Veto gegen die „zunehmende Kulturbarbarei“ veröffentlicht werden, als die Sektion sich der politischen Realität unvermittelt konfrontiert sah. Der Plan mußte fallengelassen werden; denn am Tag der Sitzung, am 6. Februar 1933, war der ehemalige niedersächsische Gauleiter der NSDAP, Dr. Bernhard Rust, zum Staatskommissar für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung in Preußen und damit zum Kurator der Akademie ernannt worden.¹³ Mit dem Argument, die Akademie habe ohnehin nicht mehr als ihre Überzeugung ins Feld zu führen und ein öffentlicher Protest

^{12a}Vgl. zum Folgenden jetzt auch Inge Jens, a. a. O.

¹³ Rust löste Reichskommissar Professor Dr. Wilhelm Kähler ab. Mit der Schaffung eines Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung am 1. 5. 1934 übernahm Rust neben dem Amt des Preußischen Kultusministers auch das des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Der Sektor Kunst wurde ausgegliedert und fiel in den Kompetenzbereich des Goebbelschen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda.

gegen die Kulturreaktion würde lediglich ihre Autorität weiter schwächen, schlug sich eine illusionslose Selbsteinschätzung in den Protokollen nieder. „Vertraulich! Nicht an den Minister!“ ist das Protokoll dieser letzten Sitzung vor dem Eingreifen der neuen Machthaber überschrieben.¹⁴

Zu spät folgte Heinrich Mann mit der Unterzeichnung eines öffentlichen Aufrufs zur Linkskoalition der Einsicht, daß der Kulturidealismus der Gesinnung noch keine gesellschaftliche Realität verbürgt. Wer sich über die Grenzen staatlicher Liberalität keine Illusionen gemacht und die realen Machtverhältnisse im bürgerlichen Klassenstaat aufgedeckt hatte, erfuhr die Sanktionen einer seit den frühen zwanziger Jahren latenten faschistischen Praxis: Carl von Ossietzky, Erich Mühsam, Willi Bredel und andere waren im Februar 1933 schon in Konzentrationslagern inhaftiert. Gegen ihre liberaldemokratischen Berufskollegen, die Mitglieder der Preußischen Akademie der Künste, wurde kein physischer Zwang ausgeübt. Sie wurden mit Gesinnungsdruck und bürokratischen Maßnahmen aus der Akademie gedrängt. Die öffentliche Solidarisierung Heinrich Manns mit den Arbeiterorganisationen war Signal und willkommenen Vorwand zugleich, um die Fronten innerhalb der Abteilung aufzurollen und damit die Akademie in die Krise zu stürzen, die die Krise der republikanisch-parlamentarischen Demokratie war.

Beginn der politischen Formierung: Das Ausscheiden von Heinrich Mann und Käthe Kollwitz

Am 15. Februar 1933 wird der amtierende Akademiepräsident, Max von Schillings, ins Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerufen. Reichskommissar Rust eröffnet ihm, daß er die Preußische Akademie der Künste, zumindest deren Literaturabteilung, aufzulösen beabsichtige. Die Unterzeichnung des Wahlaufrufs des Internationalen sozialistischen Kampfbundes durch die beiden Akademiemitglieder Käthe Kollwitz und Heinrich Mann gebiete diese Maßregelung. Die Protokolle der beiden Akademiesitzungen vom 15. und 20. Februar [Dok. Nr. 3 u. 18] enthalten die genauere Begründung. Es ist Gottfried Benn, der den Standpunkt des Reichskommissars am entschiedensten vertritt: Der Akademie-senator Heinrich Mann, der laut § 10 der Satzung als Sachverständiger des Kultusministers berufen sei, habe die KPD zur Bekämpfung eben dieses Ministers und seiner Partei (nämlich der NSDAP) aufgerufen. Er habe damit den Kampf gegen die legal und verfassungsmäßig gebildete Regierung eröffnet und behauptet, auf Seiten dieser Regierung sei die Barbarei.

Abgesehen von der unrichtigen Wiedergabe des betreffenden Paragraphen (die nichtbeamteten Senatoren waren als Sachverständige des Ministers lediglich „zu gewissenhafter Erstattung ihrer Gutachten verpflichtet“), verdeutlicht diese Argumentation ein Vorgehen, das die politische Formierung in ihrem Anfangs-

¹⁴ Sitzung des Senats und der Abteilung für Dichtung am 6. 2. 1933 (P 21, Bd. 3).

stadium kennzeichnet: Verletzung demokratischer Formen wird ins Feld geführt, wo immer sich demokratische Inhalte in unerwünschter Weise manifestiert haben. Für Heinrich Mann, der seine Senatorpflichten aus der Hand eines SPD-Ministers entgegengenommen hatte, war die Arbeit in der Akademie an bestimmte Inhalte gebunden. Das Recht, die Legitimität einer sich antidemokratisch verstehenden Regierung in Zweifel zu ziehen, war seinem Auftrag unveräußerlich. Noch am Tag seines Gesprächs mit dem Reichskommissar beruft von Schillings für den Abend, d. h. innerhalb von sechs Stunden, eine außerordentliche Sitzung der erreichbaren, also der berliner Akademiemitglieder ein. Er informiert sie über die beabsichtigte Auflösung der Akademie und teilt mit, daß er für diesen Fall dem Reichskommissar seine Demission angekündigt habe. Um den ministeriellen Beschluß abzuwenden, habe er den Austritt der beiden Unterzeichner angeboten. Käthe Kollwitz habe er bereits zum Austritt veranlassen können. Es handle sich somit nur noch um den Fall Heinrich Mann, der als Vorsitzender der Literaturabteilung eine besondere Stellung in der Akademie einnehme.

Die Anwesenden fragen nach dem Verbleib von Heinrich Mann. Der Präsident bestätigt, daß er nicht benachrichtigt worden ist. Die Sitzung wird unterbrochen und Heinrich Mann herbeigeholt. Das Sitzungsprotokoll hält fest: „Um $\frac{3}{4}$ 10 Uhr abends trifft Herr Heinrich Mann ein. Der Präsident spricht zunächst in seinem Dienstzimmer mit ihm, nur in Gegenwart des Herrn Loerke.“ Über den Inhalt des Gesprächs hält das Protokoll, obwohl von Loerke verfaßt, nichts fest.¹⁵ Heinrich Mann berichtet in einem Interview am nächsten Tag: „Schillings bemühte sich, seinen Standpunkt zu rechtfertigen; ich sagte ihm, daß das nicht nötig sei: es sei seine Pflicht, die Akademie zu erhalten – und es sei die meine, ihn dabei zu unterstützen. Ich äußerte ihm gegenüber noch, daß ich gar nicht Kommunist bin, sondern daß ich diesen Aufruf zur Einigung der Linken als Republikaner unterschrieben hätte. Ich würde austreten.“¹⁶

Heinrich Mann betritt den Sitzungssaal nicht. Der Präsident gibt, die Sitzung wieder eröffnend, lediglich bekannt, daß Heinrich Mann sein Amt als Vorsitzender der Literaturabteilung niedergelegt und auf seine Mitgliedschaft verzichtet habe. Diese spektakulären Vorgänge, die die politische Formierung der Akademie einleiteten, zeigen, wie wenig die demokratische Verfahrensweise konstitutiv geworden war. Eine in keiner Verfassung verankerte obrigkeitsstaatliche Sanktion erreicht auf allen Ebenen der Akademiehierarchie Einverständnis – in dem Wahn, „die Akademie zu retten“. Im Ritual des ‚persönlichen Opfers‘ beschwören nacheinander von Schillings, Käthe Kollwitz, Heinrich Mann das „Wohl des Ganzen“. Anstatt auf das ministerielle Ultimatum politisch, d. h. in seiner Rolle als gewählter Repräsentant der Abteilung und Sachwalter öffentlicher Belange zu reagieren, trifft Heinrich Mann eine private Entscheidung, die zudem den Ausführenden erlaubt, den erstrebten Legalitätsschein über diese Vorgänge zu breiten.

¹⁵ Auch der veröffentlichte Teil von Loerkes Tagebüchern enthält keinen Hinweis darauf.

¹⁶ Tempo (Berlin) v. 16. 2. 1933 (Dokument Nr. 6).

Nur zwei unter den 53 anwesenden Akademiemitgliedern haben anscheinend die Gefährlichkeit der Situation erkannt und ein Veto zumindest versucht: Alfred Döblin und der berliner Stadtbaurat Martin Wagner. Döblin beantragt, den noch im Präsidentenzimmer anwesenden Heinrich Mann hereinzurufen und seine Entscheidung vor der Abteilung begründen zu lassen. Gestützt auf Unmutsäußerungen im Plenum wehrt von Schillings ab: es müsse bei der klaren Antwort des Herrn Mann, wie er sie soeben mitgeteilt, sein Bewenden haben. Martin Wagner weist darauf hin, daß die Unterzeichner des Wahlaufrufs von ihrem verfassungsmäßig garantierten Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hätten, daß die genannten Parteien und Organisationen gesetzmäßig gewählte Volksvertretungen seien. Wagner stellt sodann die Handlungsweise des Präsidenten zur Diskussion. Dieser sei nicht befugt gewesen, dem Reichskommissar den Kopf zweier Mitglieder anzubieten. Zu einer solchen Entscheidung wäre allein das Plenum befugt gewesen. Wagner fordert, darüber abzustimmen, ob das Austrittersuchen des Präsidenten an Käthe Kollwitz und Heinrich Mann gebilligt werde. Benn weiß diesen Antrag zu verhindern. Wagner legt daraufhin unter Protest seine Mitgliedschaft in der Akademie nieder. Nachdem dann auch Ludwig Fulda Heinrich Mann von einem Verstoß gegen den Geist der Akademie freisprechen will, wird die Sitzung abgebrochen mit der Zusicherung, daß die Literaturabteilung noch einmal gesondert zum Fall Heinrich Mann Stellung nehmen werde. Vizepräsident Poelzig spricht dem Präsidenten Dank dafür aus, daß er die Versammlung vor einer Abstimmung bewahrt habe, „die im Grunde genommen völlig unmöglich gewesen wäre, denn in diesem Hause (handelt) es sich nur um Kunst, nicht um Politik“.

Die Stellungnahme der Abteilung wird für den 20. Februar anberaumt. Ihr vorausging die Bitte an die Auswärtigen Mitglieder, zum Austritt des Abteilungsvorsitzenden vertraulich sich zu äußern. Die Mehrheit, so lassen die Antworten erkennen, hält einen öffentlichen Protest für unzweckmäßig und rechtfertigt ihre weitgehende Konzessionsbereitschaft mit z. T. erstaunlichen Argumenten.¹⁷ Nur Alfons Paquet und Ricarda Huch, ähnlich auch Ernst Barlach, fordern eine energische Verwahrung gegen den ministeriellen Eingriff, andernfalls seien sie entschlossen, die Konsequenzen zu ziehen und auf ihre Mitgliedschaft in der Akademie zu verzichten.

Auf der Sitzung am 20. Februar stellt Ludwig Fulda endlich die Frage nach der gesetzlichen Grundlage, die den Reichskommissar berechtige, die Akademie aufzulösen. Er verweist noch einmal auf das in der Weimarer Verfassung garantierte Recht der freien Meinungsäußerung, auf das Recht der Koalitionsbildung verfassungsmäßig zugelassener Parteien und Organisationen. Wieder ist es wortführend Gottfried Benn, der derartige Einwände zurückweist, diesmal nicht mit demokratischen Formverletzungen argumentierend, sondern, umgekehrt, Fuldas Einwände als „formelle Fragen“ generell abwehrend: Die „hohe innere Aufgabe“ der Akademie als Traditionsträgerin, so lautet die Quintessenz, sei den Grundrechten der

¹⁷ Vgl. Dokumente Nr. 9-14.

Weimarer Verfassung gegenüber als vorrangig anzusehen. Den öffentlichen Protest der Abteilung, den Döblin gegen das Ausscheiden von Heinrich Mann fordert, weiß Benn in eine Presseerklärung umzuwandeln, die lediglich den Austritt des Abteilungsvorsitzenden bedauert und seine künstlerischen Verdienste würdigt. Selbst diese einstimmig verabschiedete Presseerklärung darf dann unter dem Vorwand einer Indiskretion auf Weisung des Akademiepräsidenten von Schillings nicht veröffentlicht werden.

Die Vorgänge in der Abteilung für Dichtung

Die ‚Säuberung‘ der opponierten Literaturabteilung wird nunmehr zügig betrieben. Nachdem man sich des Vorsitzenden der Abteilung entledigt hat, sollen die unerwünschten Mitglieder wie Döblin und Fulda zum Austritt veranlaßt werden. Man sucht dies mit einer Willenserklärung zu erreichen, die die Akademiearbeit auf die „nationale Bewegung“ verpflichtet und nur die Alternative zuläßt – zuzustimmen oder die Akademie zu verlassen. Die Akademie- und Ministeriumsbürokratie, von den Ständigen Sekretären Loerke und Amersdorffer über den Präsidenten von Schillings bis zu Ministerialrat Zierold, hält angesichts der „schwierigen Zeiten“ ein solches Vorgehen für bedenkenlos. Ihre konservativen Vorbehalte gegenüber den nationalsozialistischen Usurpatoren mochten sie über ihre Rolle als deren Erfüllungsgehilfen hinwegtäuschen.

Unter dem Stichwort „Stellungnahme zu lebenswichtigen Fragen der Abteilung“ werden die Mitglieder für den 13. März 1933 zusammengerufen. Als einziges nicht-berliner Mitglied ist Binding anwesend. Die Akten belegen, daß die Abwesenheit der auswärtigen Mitglieder gesteuert war. „Um eine ungünstige Position zu vermeiden“, hatte sich Sektionssekretär Oskar Loerke beim Ministerium (Zierold) dafür verwandt, daß diesmal die üblichen Reisekostenzuschüsse nicht gezahlt wurden. Unter dem Vorsitz von Binding ergreift Benn die Initiative. Er stellt eine vorbereitete Erklärung zur Diskussion, in der die Mitglieder die „veränderte geschichtliche Lage“ anerkennen, auf eine öffentliche politische Betätigung gegen die neue Regierung verzichten und sich zu einer loyalen Mitarbeit „an den satzungsgemäß der Akademie zufallenden Aufgaben der Nation“ verpflichten sollen. Die Erklärung sieht lediglich eine schriftliche Stellungnahme mit ja oder nein vor. Die anwesenden acht Mitglieder, darunter Amersdorffer, stimmen einzeln dem Wortlaut zu, ebenso einer Einschränkung auf die „kulturellen Aufgaben“, die Präsident von Schillings korrigierend vornimmt. Danach befragt, bestätigt Benn: Gedanke und Formung des Entwurfs seien von ihm selbst. Obwohl Binding ältere Rechte anzumelden und sich ausdrücklich um dieses Amt beworben hatte, wird Gottfried Benn als Nachfolger von Heinrich Mann zum kommissarischen Vorsitzenden der Abteilung bestimmt. Die Verhandlung wird als „streng vertraulich“ erklärt. Der verabschiedete Revers geht schon am nächsten Tag, gezeichnet vom Präsidenten, an alle Mitglieder der Abteilung.

Die Aktion hatte nur zum Teil den gewünschten Erfolg. Lediglich Alfred Döblin, Thomas Mann, Alfons Paquet und Ricarda Huch erklären ihren Austritt. Pannwitz, Schickele und Wassermann weisen die geforderte Erklärung zurück, ohne auszutreten. Alle übrigen Abteilungsmitglieder (mit Ausnahme des erkrankten Hermann Bahr) unterschreiben im Sinne der gewünschten Loyalität. Daß Ricarda Huch, die als Vertreterin der ‚nationalen Literatur‘ den gegen die neuen Machthaber gerichteten Vorwurf der „Kulturbarbarei“ hätte entkräften können, die Unterschrift verweigerte und aus der Akademie austrat, brachte die Initiatoren in eine unerwartet peinliche Lage. Vergebens bemüht sich von Schillings, Ricarda Huch von ihrem Entschluß abzubringen. Politisch hellseherisch, souverän und entschieden weist sie alle Einlenkungsversuche zurück. Die ministerielle Presseerklärung verschweigt ihren Austritt und führt sie weiterhin als Akademiemitglied. Huchs Protest gegen diese Fälschung bleibt erfolglos.

Um sich der verbliebenen unerwünschten Mitglieder zu entledigen, bleibt jetzt nur noch ihr regulärer Ausschluß. Der Schein der Freiwilligkeit muß preisgegeben werden. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 liefert die nötige Handhabe. Der Geltungsbereich der §§ 3 und 4, die die Entlassung nichtarischer und politisch mißliebiger Beamter ermöglichen, wird in sinn-gemäßer Anwendung auch auf die nichtbeamteten Akademiemitglieder erweitert. Nach einer mündlichen Anweisung des Kultusministers teilt von Schillings zwischen dem 5. und 8. Mai 1933 den Betroffenen per Einschreiben mit, daß sie „nach an maßgebender Stelle eingeholten Informationen“ gemäß den für die Neuordnung der kulturellen staatlichen Institute Preußens geltenden Grundsätzen nicht mehr zu den Mitgliedern der Abteilung für Dichtung gezählt werden können. Diese letzte, verwaltungsbürokratische Aktion betrifft Leonhard Frank, Ludwig Fulda, Georg Kaiser, Bernhard Kellermann, Alfred Mombert, Rudolf Pannwitz, René Schickele, Fritz von Unruh, Jakob Wassermann und Franz Werfel. Von den Ende 1932 der Literaturabteilung angehörenden 31 ordentlichen Mitgliedern sind damit 15, also die Hälfte, ausgeschieden oder ausgeschlossen.

Die erste Phase der sogenannten Gleichschaltung war damit beendet. Als nächstes werden die Machtverhältnisse innerhalb der Abteilung geändert: in drei Wahlgängen rücken insgesamt 22 neue Mitglieder ein.

Schon in der Sitzung vom 13. März war im Zusammenhang der zu erwartenden Austritte die Zuwahl neuer Mitglieder angekündigt worden. Der Präsident war gebeten worden mitzuteilen, „welche Persönlichkeiten seiner Kenntnis nach bei der Regierung für die Abteilung genannt würden“. Die Zuwahlen werden dann in der Sitzung vom 5. Mai 1933 vorgenommen. Anwesend sind lediglich Benn, Loerke, Stucken, von Molo und, ohne Stimmberechtigung, Amersdorffer, also insgesamt 4 Sektionsmitglieder. Sie ‚wählen‘ eine Liste mit 14 Namen, die in einer vorherigen Besprechung des Ministeriums mit Benn und Binding festgelegt worden war. Benn teilt mit, daß der Minister die Abteilung von der Einhaltung des § 5 der Akademiesatzung, d. h. von dem demokratischen Wahlverfahren entbunden habe (u. a. Beschlußfähigkeit bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der ordent-

lichen Mitglieder, Einladung aller Mitglieder vier Wochen vorher, geheime Wahl, Zweidrittelmehrheit). In der amtlichen Verlautbarung wird dann auch der Schein des demokratischen Wahlverfahrens fallen gelassen: in ihr ist ausschließlich von „Berufungen“ die Rede, die der Minister durch einen Erlaß vom 6. Mai 1933 (U I Nr. 61928) vorgenommen habe.

Auf der konstituierenden Sitzung der erneuerten Abteilung für Dichtung am 7. und 8. Juni 1933 werden in zwei Schüben weitere 10 Mitglieder nominiert; eine offizielle Bestätigung durch den Minister scheint nicht erfolgt zu sein.¹⁸

Zu den 16 aus der Zeit vor 1933 in der Abteilung verbliebenen sind damit 24 neue Mitglieder gekommen, unter ihnen Werner Beumelburg, Hans Friedrich Blunck, Hans Grimm, Hanns Johst, Erwin Guido Kolbenheyer, Heinrich Lersch, Agnes Miegel, Börries von Münchhausen, Wilhelm Schäfer, Emil Strauß, Will Vesper. (Zwei von ihnen, Hans Carossa und Ernst Jünger, nehmen die Berufungen nicht an. Paul Ernst verstirbt kurz nach seiner Berufung.) Zum ersten und zweiten Vorsitzenden werden Johst und Blunck gewählt, Beumelburg übernimmt den Posten des Schriftführers (Sektionssekretärs).¹⁹

Zu Beginn der konstituierenden Sitzung zieht Minister Rust die Bilanz dieser „Selbsterneuerung“ der Abteilung und umreißt deren künftige Aufgaben: Es sei nicht möglich gewesen, eine Dichterakademie bestehen zu lassen, die das Volk nicht als die seine anerkannt habe. „Blutlosigkeit“ und „Formlosigkeit“ hätten beseitigt werden müssen. Der Eingriff in die Autonomie der Akademie sei notwendig gewesen, um ein neues „Lebendiges“ zu schaffen. Dieser Eingriff solle der letzte gewesen sein. In der Proklamation klingt die spätere Überführung des Preußischen Kultusministeriums in ein Reichsministerium, entsprechend der Aufhebung des föderalistischen Prinzips, schon an, wenn Rust die Rolle der Preußischen Akademie der Künste für die Schaffung eines künftigen Groß-Deutschland hervorhebt: aus ihr, die in ihrer neuen Form die Dichter als Träger der völkischen Bewegung vereine, werde die große Deutsche Dichterakademie der Zukunft hervorgehen. Die Abteilung erhält den Namen „Deutsche Akademie der Dichtung“ – womit der alte, von Kolbenheyer, Schäfer und Strauß verfochtene Gedanke verwirklicht zu werden schien, nämlich eine den Weisungen der Ministerien enthobene oberste Instanz in Fragen der Literatur im Sinne einer allein volksverantwortlichen Repräsentanz völkischen Schöpfertums zu errichten.

Schon die erste für die Öffentlichkeit bestimmte Entschließung der neukonstituierten Abteilung läßt das Ausmaß dieses neuen Selbstverständnisses erkennen. Der auf das ‚Volkstum‘ gegründete Repräsentanzanspruch erstreckt sich auf sämtliche deutschen Sprachgruppen Europas und fügt sich in das militante nationalsozialistische Europakonzept vom „kommenden Reich“. In diesem Sinne wird auch der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund von der neuen Abteilung in einer öffentlichen Entschließung begrüßt.

¹⁸ Vgl. die Parallelvorgänge in den anderen Abteilungen, insbes. Dokument Nr. 176.

¹⁹ Vgl. Dokument Nr. 62.

In krassem Gegensatz zu diesem Anspruch steht die Orientierungslosigkeit, die die eigene Arbeit der Abteilung in den kommenden Wochen und Monaten kennzeichnet. Die Aktivität der Mitglieder erschöpft sich in der Erörterung von Kompetenzfragen: Welche Rechtsgrundlage besitzt die neugeschaffene Akademie für Dichtung? Wie ist ihre Sonderstellung gegenüber den anderen Abteilungen definiert? Ist sie noch Teil der Preußischen Akademie der Künste oder nicht? Welche Rolle wird ihr innerhalb einer zukünftigen ‚Großen Akademie der Deutschen Kunst‘ zukommen? (was u. a. eine Kompetenzabgrenzung zur privaten Münchener Akademie der Künste erfordert hätte). Das Protokoll der großen Herbstsitzung 1933 enthält lange Klagen darüber, daß die Arbeit ohne Statut, welches die Aufgabebereiche offiziell absichere, nicht aufgenommen werden könne; und auch die beschwichtigenden Bemerkungen des Abteilungssekretärs, Beumelburg, täuschen über die Funktionslosigkeit und das Übergangenenwerden der Akademieinstitutionen nicht hinweg. Eine für die neue Abteilung ausgearbeitete Satzung wird dem Minister vorgelegt, aber nie verabschiedet.²⁰

Die Situation verwirrt sich weiter, als – überraschend für die meisten Akademiemitglieder – im November 1933 die Gründung einer Reichskulturkammer beim Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda bekannt wird. Es stellt sich heraus: die Reichskulturkammer übernimmt offiziell die Aufgaben, die sich die ‚Deutsche Akademie für Dichtung‘ in ihrer konstituierenden Sitzung im Juni 1933 als Arbeitsgebiete zugewiesen hatte. Die Ausschüsse für Buchhandel und Presse, für Film, Funk und Theater, für berufsständische Organisationsfragen und Urheberrecht, für Auslandsbeziehungen usw. werden damit überflüssig. Die Vesperischen Kontrolllisten für Buchhandel und Leihbüchereien werden bei der Reichsstelle für Schrifttum bzw. bei der Reichsschrifttumskammer nicht gebraucht; sie haben eigene Listen aufgestellt. Der von Binding und Strauß ausgearbeitete Vorschlag zur Änderung des Urheberrechts erübrigt sich durch den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf. Binding und Strauß waren dazu nicht gehört worden. Die Funktionen des Sprachausschusses wird, nach Auskunft des Reichsinnenministeriums, das künftige Reichssprachamt übernehmen; über Fragen zu Schule und Unterricht wird das Reichserziehungsministerium allein befinden.

Die von den Wortführern beanspruchte Souveränität der Dichterakademie wird verbal nicht aufgehoben, doch entzieht ihr die planmäßige Konzentration der kulturellen Institutionen auch die letzten Realisierungsmöglichkeiten. Die erhoffte Garantie schriftstellerischer Autorität durch den nationalsozialistischen Staat bleibt aus. Das nationalsozialistische Führerprinzip hat keinen Platz für Dichtergefürsten. Die ökonomisch-politische Effizienz gewährleistet nicht die Akademie, sondern die Reichskulturkammer mit den konkurrierenden Parteiinstitutionen. Der mit wichtigen kulturpolitischen Aufgaben betraute Erste Vorsitzende, Hanns Johst, ebenso Blunck, Grimm und andere wechseln zeitweilig zur beargwöhnten Goebbelsschen

²⁰ Vgl. Dokument Nr. 82, TOP 7; ferner die Dokumente 90 ff.

Kulturkammer und bekleiden dort z.T. leitende Funktionen. Die Zurückgebliebenen beklagen das „Aschenputtel-Wesen“ der Dichterakademie. Die nüchterne Einschätzung von Hanns Johst Ende 1935 lautet: Man habe offiziell nichts gegen die Akademie, halte sie aber für „unwichtig“ und „jedenfalls kaum verwertbar“.²¹ Unter den Akten der späteren dreißiger Jahre finden sich keine Zeugnisse nennenswerter Tätigkeiten mehr. Die Briefwechsel sind angefüllt mit Beschwerden, Klagen und Enttäuschungen. Der alte, jegliche Erfahrung abweisende Anspruch der Akademiker versteigt sich zu Vorstellungen und Projekten, deren kompensatorischer Charakter nicht zu übersehen ist: nicht nur von „Volkes“, sondern „von Gottes Gnaden“ sei die Gemeinschaft der Dichter gestiftet und darum letzten Endes über alle staatlichen Anordnungen erhaben. Im Dezember 1933 schreibt Hans Grimm an die Mitsenatoren: „Wir müssen uns die Krone der Akademie vom Altar nehmen“ und fordert zur Selbsthilfe auf.

Im Kreis der Senatoren wird eine Art Krönungszeremonie entworfen. Fünf unbekannte oder weniger bekannte Dichter sollen in feierlicher Form „erwählt“ werden. Mit diesem Zeremonie will die Deutsche Akademie für Dichtung alljährlich „als Gemeinschaft vor die Nation“ treten. Die Räume der Akademie im alten Schinkelbau am Pariser Platz reichen dazu nicht aus. In der Aula der berliner Universität oder im Festsaal des Harnack-Hauses soll das Zeremonie vor geladenen Gästen stattfinden: In „ganz feierlichem Aufzuge“, so führt Grimm aus, schreiten die Akademiker in Gewändern, die nach einem „Talarvorschlag“ von Münchhausen angefertigt sind, ihren Schützlingen, den „Kommenden“, voraus. Die Kommenden nehmen auf dem Podium, der Festversammlung zugewandt, Platz; hinter ihnen vollzählig, die Akademiker. „Große Musik“ klingt auf, würdig der Feier und ihrer „großen Ausstattung“. Sodann wird jeder Schützling von einem Paten aus den Reihen der Akademiesenatoren aufgerufen und „genannt“. Reichskanzler Hitler wird, so meint Grimm, der Feier mitsamt der Reichsregierung als Gast sicherlich gern beiwohnen. Da es sich für die „Kommenden“ um eine „ganz große Ehrung“ handelt, soll der Plan der Presse bekanntgegeben werden, jedoch ohne die Namen der Erwählten zu nennen. Die Namen werden erst am Abend genannt, biete doch der Abend größere Möglichkeiten als der Nachmittag . . .²²

Die Vorgänge in den Abteilungen für bildende Künste und Musik

Während in der Literaturabteilung die „Säuberung“ bereits am 8. Mai 1933 abgeschlossen war, wurden entsprechende Aktionen in den Abteilungen I und II, den Sektionen für die bildenden Künste und Musik, erst Mitte Mai bzw. im Juni 1933 eingeleitet. Der Grund für diese Verzögerung muß in der weitaus geringeren politischen Exponiertheit dieser Abteilungen gesehen werden; in der Akademieleitung

²¹ Vgl. Dokument Nr. 92a.

²² Vgl. Dokument Nr. 88.

hatte sich zudem die Einsicht durchgesetzt, daß die „sprichwörtlich undeutsche Hast“ (von Schillings), mit der die Reorganisation der Literaturabteilung betrieben worden war, sich nicht wiederholen dürfe. Fehlschläge wie der unerwünschte Austritt von Ricarda Huch sollten vermieden werden.

Es war Albert Geßner, der Vertrauensmann des nationalsozialistischen Kampfbundes für Deutsche Kultur, der sich bei Minister Rust und Akademiepräsident von Schillings gegen die politische Inaktivität in der Abteilung für die bildenden Künste verwahrte und sofortige Maßnahmen forderte. Bereits während der Debatte um das Ausscheiden von Heinrich Mann am 15. Februar hatte Geßner dem Stadtbaurat Wagner das Argumentationsrecht streitig machen wollen mit dem Hinweis, daß dieser seinen Sitz in der Akademie keiner satzungsgemäßen Wahl verdanke. Mit zwölf anderen bildenden Künstlern war Wagner im August 1931 vom damaligen Preußischen Kultusminister Grimme zum Akademiemitglied berufen worden. Anlaß zu dieser Berufung war die Spaltung der Abteilung in etwa zwei gleich große Lager gewesen, die zur Aktions- bzw. Beschlußfähigkeit geführt hatte. Die Berufungen durch den Minister in Form des sogenannten Pairsschubs hatten sich auf den Vorschlag einer Berufungskommission der Akademie gestützt.

Unter dem Vorwand dieses nicht satzungsgetreuen Verfahrens von 1931 wird das Revirement der Abteilung eingeleitet. Am 15. Mai 1933 geht an die 12 Pairs (Wagner war zu diesem Zeitpunkt bereits ausgetreten) die Aufforderung, auf ihre Akademiesitze zu verzichten und sich einer „ordnungsmäßigen Wahl gemäß den Bestimmungen des Statuts“ zu stellen. Dix, Mebes und Schmidt-Rottluff antworten auf dieses Schreiben mit ihrem Austritt. Die übrigen weisen – der Wortlaut läßt auf eine Absprache schließen – das Ansinnen zurück bzw. stellen es der Akademie anheim, die Initiative zu ihrem Ausschluß zu ergreifen. Es findet sich kein Hinweis darauf, daß eine „ordnungsmäßige Wahl“ je ernsthaft erwogen worden ist. Das Motiv zur Revision des Pairsschubs hatte Geßner in seinem Brief an von Schillings unverhüllt ausgesprochen, nämlich „gegen den zersetzenden Geist des getarnten Judentums in der Akademie anzugehen“.

Da die „Säuberung“ der Abteilung auf dem Wege der Eigeninitiative ihrer Mitglieder nicht zu erreichen ist – lediglich Kollwitz, Wagner, Liebermann, Mebes, Dix und Schmidt-Rottluff waren ausgeschieden – wird der größere Teil der Pairs im Rückgriff auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 ausgeschlossen. Die erforderlichen Ermittlungen durch den Sachverständigen für Rasseforschung beim Reichsinnenministerium sowie durch die Geheime Staatspolizei betreffen neben weiteren bildenden Künstlern auch die Mitglieder der Abteilung für Musik. Zunächst erhalten die beamteten Leiter von Meisterklassen der Kunst- und Musikhochschulen ihre Entlassungsbescheide. Käthe Kollwitz bleibt als Leiterin des Meisterateliers für Grafik von der Anwendung des § 4 BBG verschont, da sie als Unterzeichnerin des Wahlaufrufs bereits beurlaubt worden war und ihr Vertrag zur Verlängerung der Lehrtätigkeit über die Altersgrenze hinaus ohnehin im September 1933 ablief. Unter denen, die ihre Lehraufträge verlieren, sind Otto Dix in Dresden, Bruno Taut und Arnold Schönberg

in Berlin. Schönberg setzt sich gegen seine Entlassung als Leiter einer Meisterklasse für musikalische Komposition energisch, jedoch erfolglos zur Wehr.

Im Dezember 1933 bestimmt ein ministerieller Erlaß, daß der § 3 des Berufsbeamtengesetzes „sinngemäß“ auch auf die nichtbeamteten Akademiemitglieder anzuwenden sei. Noch am selben Tag gehen die Ausschlußbescheide an die Architekten Breslauer, Mendelsohn und Seeck, den Maler Heine und an die Komponisten Schönberg und Schreker. In seinem Rapport an das Ministerium erinnert der Stellvertretende Akademiepräsident August Kraus, der im übrigen seine persönliche Rührigkeit im Aufspüren nicht deklarerter Ahnen betont, den Minister daran, daß der Sofortlerlaß sich lediglich zur sinngemäßen Anwendung des § 3 (nicht-artistische Abstammung), nicht aber zur Anwendung des § 4 (politische Betätigung) des Gesetzes äußert. Daraufhin ergeht ein gesonderter Erlaß zum Fall Bruno Taut, der im Januar 1934 in sinngemäßer Anwendung des § 4 BBG als Mitglied der Akademie ausgeschlossen wird. Weitere Erlasse ergehen zu Braunfels, Kahn und Sintenis. Das „Frontkämpfertum“ schützt Braunfels ebenso wenig wie vor ihm Mombert vor der Anwendung des § 3, obwohl das Gesetz diesen Schutz vorgesehen hatte.

Selbst als nach §§ 3 und 4 BBG alle jüdischen und politisch mißliebigen Mitglieder der beiden Sektionen ausgeschlossen sind, gehen die Ermittlungen weiter. Sie betreffen nunmehr die sogenannten Modernen wie Barlach, Kokoschka, Nolde und Pechstein. Denn immer wieder waren von kommunalen Behörden, Ausstellungsbesuchern u. a. Anfragen an die Akademie gerichtet worden, ob die gezeigten Werke dieser Bildhauer und Maler tatsächlich „deutsche Kunst“ seien. Angesichts des aufgebrachten „deutschen Volksempfindens“ sieht sich Rust, inzwischen Reichs- und Preußischer Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, im Juni 1937 zu der Weisung veranlaßt, den Namen Pechstein als Mitglied der Jury für Ausstellungen in der Öffentlichkeit nicht mehr zu nennen.

Die allgemeine Unsicherheit in Fragen „deutscher Kunst“ sollte mit den großen Münchener Kunsttagen im Juli 1937 beendet werden. Kurz vor diesem Termin beginnt eine großangelegte Aktion von Ausschlüssen und Neuberufungen, die im wesentlichen Göring veranlaßt zu haben scheint.²³ Die Ereignisse überstürzen sich. Akademiesekretär Amersdorffer wird am 7. Juli 1937 ins Ministerium gerufen und vom Ausschluß neun weiterer Mitglieder der Abteilung für die bildenden Künste unterrichtet. Mit dem Vermerk „Vertraulich!“ erhalten schon tags darauf neun Vertreter der Moderne ein Schreiben, das ihnen in ihrem Interesse nahelegt, möglichst sofort den Austritt aus der Akademie zu erklären. (Im Juli und August 1937 gehen ähnliche Schreiben auch an Kokoschka, Hofer und Rohlf.)

Da die Frist bis zum Tag der Deutschen Kunst am 18. Juli 1937 kurz bemessen ist, wird Amersdorffer am 10. Juli vom Ministerium aufgefordert, die Austritte ohne

²³ Ministerpräsident Göring hatte sich am 1. 7. 1937 zum ‚Protector der Akademie‘ ernennen lassen. Seine erste Amtshandlung bestand in der Aufhebung der alten Akademiesatzung und der Weisung an Minister Rust, sofortige Maßnahmen zur Umgestaltung und Verjüngung der Akademie zu treffen.

Rücksicht auf den bevorstehenden Sonntag unmittelbar zu bewirken. Telefonisch und telegrafisch werden die Betroffenen bedrängt und zum Austritt überredet. Schwierigkeiten bereiten die entrüsteten Weigerungen Emil Noldes und Max Pechsteins. Mit dem Fall des NSDAP-Mitgliedes Nolde sind Akademie, Ministerium und Reichssicherheitshauptamt noch 1940 beschäftigt. Eine endgültige Entscheidung ist aus den Akten nicht nachweisbar. Pechstein will die Diskriminierung seiner Malweise nicht annehmen: er sei „nachgewiesenermaßen Vollarier“, sein jüngster Sohn „bereits im 2. Jahr im Jungvolk“, er entstamme einem alten Geschlecht von Huf- und Waffenschmieden und habe gegen Spartakus gekämpft. Ende 1937 wird auch er durch ministeriellen Erlaß, ebenso wie Hofer und Kokoschka im folgenden Jahr, aus der Akademie gewiesen.

Parallel zur Ausschlußkampagne ergehen die Berufungen an die neuen Mitglieder. Insgesamt 39 bildende Künstler und Musiker erhalten wenige Tage vor der Eröffnung der Großen Deutschen Kunstausstellung den Bescheid, daß „der Herr Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung sie im Einvernehmen mit dem Protektor der Akademie, Göring²⁴, mit sofortiger Wirkung zum ordentlichen Mitglied der Akademie ernannt hat“ – unter ihnen die Bildhauer Marcks, Scheibe, Thorak, die Maler Kaspar, Peiner, Spiegel, die Architekten Gießler, March, Speer, der Dirigent Furtwängler. Diese Berufungen, die der Minister „schlagartig“ vor der Münchener Ausstellung wünscht, geraten zum Eklat. Rust bittet, die bereits ausgesprochenen Ernennungen noch nicht als endgültig anzusehen. Amersdorffer wandelt die blamable Affäre in die schriftliche Aufforderung an die Berufenen um, vor Inkrafttreten ihrer Berufung ausgewählte Werke in Kopien der Akademie einzureichen. Ursache für diese widersprüchliche Maßnahme war die Auswahl, die für die münchener Ausstellungen zum „Tag der Deutschen Kunst“ getroffen worden waren. Offensichtlich ohne Rücksprache mit dem Reichserziehungsministerium hingen Werke der neuernannten Akademiemitglieder Marcks und Partikel nicht im „Tempel der Kunst“, sondern auf der Schandausstellung „Entartete Kunst“.

Daß die Akademiapolitik derart ins Kompetenzgehege der um die Abgrenzung einer neuen „Deutschen Kunst“ rivalisierenden münchener Gruppen gerät, drängt Rust weiter in die Defensive. Aufschlußreichstes Zeugnis ist der die spektakulären Vorgänge zusammenfassende Bericht, den Amersdorffer an den Stellvertretenden Akademiepräsidenten Georg Schumann in dessen Urlaubsort schickt. Anfragen und Reklamationen der formell Berufenen bleiben auch weiterhin ohne definitive Antwort. 1941 entscheidet der Minister, „daß die Angelegenheit der Berufung neuer Mitglieder . . . erst nach Schluß des Krieges in weitere Erwägung gezogen werden könne“.²⁵ In die Räume der Preußischen Akademie im alten Arnimschen Palais am Pariser Platz zieht 1937 der neuernannte Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt.

²⁴ Vgl. Dokument Nr. 164,

²⁵ Vgl. Dokument Nr. 176.

I. ULTIMATUM DES MINISTERS UND DAS AUSSCHEIDEN DER
AKADEMIEMITGLIEDER HEINRICH MANN, KÄTHE KOLLWITZ
UND MARTIN WAGNER

Deutsche Allgemeine Zeitung, 14. 2. 1933: Der Kulturwille der Nationalsozialisten – 1
Dr. Rust spricht vor Studenten

Unter dem Vorsitz des Rektors der Universität, Prof. Dr. Kohlrausch, fand ein Vortragsabend des nationalsozialistischen deutschen Studentenbundes statt, in dem der kommissarische Kultusminister für Preußen, Dr. Rust, über „Nationalsozialistischen Kulturwillen“ sprach.

Dr. Rust begann seine Rede mit einem Überblick über die geistigen Grundlagen seiner Arbeit: „Nicht eine politische Welle hat mich in mein Amt getragen, es war die geistige Bewegung, die durch ganz Europa geht. Es ist das Erwachen der Völker zu sich selber, die wieder eigenartig und frei sein wollen, es ist das Deutschland, das in die Zukunft marschiert.

Wir müssen zunächst jene trügerischen Ideen des vergangenen Zeitalters bekämpfen: Gleichheit, so hieß eine dieser Grundideen. Aber es gibt keine Kultur im leeren Raum. Unsere abendländische Kultur ist ebenso verknüpft mit den Wurzeln des Volkes. Ich werde ganz entschieden alle jene Versuche bekämpfen, die die deutschen Werte in ihrer Eigenart zerstören wollen. Wir betrachten die Persönlichkeit als ewigen Garanten eines echten Fortschreitens zur Höhe und wollen diese nicht mehr binden als notwendig. Gerade ich in meinem Ressort werde der Pflege der Persönlichkeit meine ganze Sorgfalt angedeihen lassen.

Doch auch das Schlagwort von der Freiheit ist Unsinn. Selbst die größte Persönlichkeit findet dort ihre Grenze, wo die Notwendigkeit des Volksganzen beginnt. Nicht der Mensch, das Individuum, das Volk ist das Maß aller Dinge.

Der dritte Irrtum bestand in dem pazifistischen Ideal. Mag sich jeder über den Krieg seine Meinung bilden, wie er will. Diese Welt, so wie sie ist, ist auf Kampf gestellt! Es ist die Pflicht des Staates, die Jugend darauf hinzuweisen, damit die Nation nicht von anderen Mächten überrannt werde.

Aus dem Staat eine Versuchsanstalt zu machen, das bedeutet den Ruin der Nation. Alle jene Kräfte, die erst im Existenzkampf zu voller Blüte sich entwickeln, verfallen dadurch.

Wenn ich Ihnen nun meinen Marschplan auseinandersetze, so erwarten Sie nicht, daß wir jetzt, da wir im Besitz der Macht sind, eine Herrschaft der Willkür und Diktatur einführen würden!

Kultur kann und wird nur dann wirklich echt sein, wenn sie aus der organischen Eigenart des Volkes emporwächst. In die öffentliche Bildung kann ich nur alles uns Wesensverwandte zur Förderung dieser Persönlichkeit heranziehen. Jene kleine geistige Oberschicht, die auf unseren Universitäten heranwächst, müßte absterben, wenn sie nicht eng verbunden wird mit jenen seelischen Kräften, die aus den breiten Schichten unseres Volkes immer wieder hinaufsteigen wollen zu Hochschule, Theater und Kunst.

Ich werde jeder Parteibuchherrschaft, besonders auf der Hochschule, ganz radikal und hundertprozentig ein Ende bereiten! Für mich ist einer der höchsten akademischen Begriffe der der Lehrfreiheit. Allerdings, wo der Geist der Nation gefährdet wird – und es gibt auch sehr tüchtige Wissenschaftler, die den Wert ihrer Arbeit durch die Unterhöhlung der seelischen Kräfte der Nation aufheben –, in solchen Fällen werde

ich mit aller Energie durchgreifen. Ich richte an alle Professoren die Mahnung: Verstehen Sie, daß nicht Parteiwillkür die Macht ergriffen hat, sondern daß es eine gewaltige historische Welle, die uns hinaufgetragen und die uns Pflichten auferlegt. Zu gleicher Zeit aber rufe ich Ihnen, meine Kommilitonen, zu: Bleiben Sie nicht zu lange in Frontstellung gegen den Staat, der ja jetzt Ihren Willen verkörpert. Suchen Sie nach höheren Zielen. Adeln Sie Ihren Kampf. Der Staat ruht auf Ihren Schultern! Deutschland braucht unerhörte Kräfte.

Was wird aus der Schule werden, so bin ich gefragt worden. Reichsreform, Schulteilung, neue Lehrpläne, das ist das Wichtigste für uns. Denn es handelt sich darum, daß wieder ein Volk werde. Man hat mich sogar gefragt, ob ich das humanistische Gymnasium abschaffen wolle und an seine Stelle ein nordisches setzen würde. Halten Sie uns doch nicht für so beschränkt. Wir sind keine Bilderstürmer! Im Hellenismus, in der Antike spüren und verehren wir die Auswirkung des nordischen Geistes.

So unwahrscheinlich, wie es Ihnen erscheinen mag, ich erkläre, daß der Not unter den erwerbslosen Junglehrern, daß ihrer Stellungslosigkeit schon in kürzester Zeit ein Ende bereitet werden wird. Es müssen und werden Wege dazu gefunden werden, denn die Erwerbslosigkeit unter den geistigen Berufen ist noch schlimmer in ihrer Auswirkung als beim Handarbeiter.

Lassen Sie mich ein Beispiel auswählen, an dem ich zeigen kann, was ich zu tun gedenke: Es gibt da z.B. eine Dichterakademie. Die hat auch einen Leiter. In den letzten Tagen hat man den Namen dieses Mannes von den Litfaßsäulen prangen sehen, der die Sozialdemokraten und Kommunisten aufforderte, die „gemeinsame Abwehrfront“ zu formieren.

Mir scheint, es sei nicht nur jener Leiter schuldig, sondern ebenso schuldig alle jene, die diesen Mann, Herrn Heinrich Mann, zum Leiter Ihrer Akademie erkoren. Seien Sie unbesorgt! Ich werde dem Skandal an der Akademie ein Ende bereiten! Aber seien Sie auch geduldig.

Im Theater habe ich jetzt zwei Männer an die Leitung berufen. Ich fand es für richtig einen von reinstem nationalen Willen beseelten Mann als Dramaturgen¹ zu berufen und an seine Seite einen erfahrenen Theaterfachmann² zu stellen, damit der Dramaturg sich vollkommen seiner eigentlichen Arbeit widmen könne.

Um noch einmal auf die Schule zurückzukommen: Es gibt dort nicht nur Kräfte, die sich abseits stellen, es gibt auch Kräfte, die sich uns bewußt entgegenstellen. Es gibt Scharen marxistischer Junglehrer. Wir haben in Deutschland die Pflichtschule. Ich sehe die Mutter, die mit zusammengebissenen Zähnen dasteht und weiß: Da muß ich mein Kind hingeben. Dem muß ich es ausliefern.

Ich betone es noch einmal: Auch ich bin durch das Gesetz gebunden. Aber wo sich nur eine gesetzliche Möglichkeit bietet, wo sich nur eine Handhabe findet, ich werde jeden Schritt mit aller Brutalität tun, um dieser Zersetzung deutscher Eigenart und deutschen Bildungswesens ein Ende zu bereiten.“

Engelmann

2 Dringender Appell!³ [Plakat des Internationalen sozialistischen Kampfbundes]

Die Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheit in Deutschland steht unmittelbar bevor, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, unbeschadet von Prinzipiengegensätzen alle Kräfte zusammenzufassen, die in der Ablehnung des Faschismus

¹ Dr. Rainer Schlösser.

² Hanns Johst.

³ Dieses Plakat, das vermutlich vom 13. bis 15. 2. 1933 an den Litfaßsäulen hing, hatte der Internationale sozialistische Kampfbund zu den Wahlen am 5. März herausgebracht. Es

einig sind. Die nächste Gelegenheit dazu ist der 5. März. Es gilt, diese Gelegenheit zu nutzen und endlich einen Schritt zu tun zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront, die nicht nur für die parlamentarische, sondern auch für die weitere Abwehr notwendig sein wird. Wir richten an jeden, der diese Überzeugung mit uns teilt, den dringenden Appell, zu helfen, daß ein Zusammengehen der SPD und KPD für diesen Wahlkampf zustande kommt, am besten in der Form gemeinsamer Kandidatenlisten, mindestens jedoch in der Form von Listenverbindung. Insbesondere in den großen Arbeiterorganisationen, nicht nur in den Parteien, kommt es darauf an, hierzu allen erdenklichen Einfluß aufzubieten. Sorgen wir dafür, daß nicht Trägheit der Natur und Feigheit des Herzens uns in die Barbarei versinken lassen!

Willi Eichler, Karl Emonts, Hellmuth Falkenfeld, Kurt Grossmann, E. J. Gumbel, Theodor Hartwig, Maria Hodann, Käthe Kollwitz, Karl Kollwitz, Robert Kuczynski, Otto Lehmann-Rußbüldt, Heinrich Mann, Paul Oestreich, August Siemsen, Minna Specht, Erich Zeigner.

Setzt die Verantwortlichen unter Druck!

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung der Gesamtakademie am Mittwoch, den 15. Februar 1933, Berlin, den 15. Februar 1933, Beginn der Sitzung: 8 Uhr [abends] **3**

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Präsidenten von Schillings: v. Schillings, Amersdorffer; Hübner, Haslinde; Belling, Bräuning, Breslauer, Dettmann, Engel, Frank, Gerstel, Gessner, Gies, Hosaeus, Jaeckel, Jansen, Kampf, Kamps, Klimsch, Mebes, Meid, Mendelsohn, Paul, Pechstein, Plontke, Poelzig, Purrmann, Scharff, Schuster-Moldan, Seeck, Steinmetz, Straumer, Tessenow, Wagner; Butting, Graener, Juon, v. Reznicek, Schreker, Schumann, Schünemann, Seiffert, Tiessen, Trapp, v. Wolfurt, Kahn; Benn, Döblin, Frank, Fulda, Loerke, Seidel.

Der *Präsident* führt das neue Mitglied der Abteilung für Musik, Herrn Butting, in die Akademie ein. Er erklärt dann die Veranlassung zur heutigen außerordentlichen Sitzung der Gesamtakademie: Ein in der Öffentlichkeit erschienener Aufruf zur Bildung einer einheitlichen Front der SPD und KPD ist von zwei Mitgliedern der Akademie mitunterzeichnet worden, von Käthe Kollwitz und Heinrich Mann. Der Präsident verliest diesen Aufruf. Er berichtet dann eingehend über seine heutige Aussprache mit Herrn Reichskommissar Rust, der für die Haltung der beiden Mitunterzeichner des Aufrufs die ganze Akademie verantwortlich machen will und zuerst an eine Auflösung der Akademie, dann an eine Aufhebung der Dichterabteilung dachte. Der Präsident hat dem Herrn Reichskommissar erklärt, daß er einer solchen Maßnahme natürlich nicht zustimmen könne und seine Demission – noch vor Durchführung einer solchen Maßregel – erklären müsse. Zu dieser Demissionserklärung müsse das Preußische Staatsministerium Stellung nehmen, das seine Wahl zum Präsidenten bestätigt habe. Für das Verhalten zweier Mitglieder könne nicht die ganze Akademie oder eine Abteilung derselben zur Verantwortung gezogen werden.

wurde gedruckt bei der Derek, Berlin SW 19, Grünstr. 17/29, verantwortlich: Fritz Grob. – Die Unterschriften der Akademiemitglieder Heinrich Mann und Käthe Kollwitz waren für Reichskommissar Rust der willkommenen Anlaß, die politisch aktivsten Vertreter des republikanischen Akademiekonzepts auszuschalten (vgl. Dok. Nr. 3). Für die Anlaßfunktion dieses Aufrufs spricht u. a. die Tatsache, daß Rust seine Absicht, die Preußische Akademie der Künste zu „reinigen“, nicht nur am 13. Februar in Berlin (vgl. Dok. Nr. 1), sondern bereits in den vorangehenden Tagen vor Studenten in Hannover und München geäußert hatte.

Der Präsident betonte die Vertraulichkeit der heutigen Sitzung. Diese Vertraulichkeit wird gemäß § 23 der Satzung einstimmig besonders beschlossen. In der Besprechung mit dem Herrn Reichskommissar hat der Präsident weiter geltend gemacht, daß er zugeben müsse, daß das Vorgehen der genannten beiden Mitglieder nicht mit ihrer Stellung in der Akademie vereinbar sei. Die beiden Mitglieder müßten deshalb aus dem Kreis der Akademie ausscheiden. Er sagte dem Herrn Reichskommissar zu, mit größter Beschleunigung, möglichst noch am heutigen Tage, eine Sitzung der Gesamtakademie einzuberufen.

Der Präsident teilte weiter mit, daß Frau Kollwitz in Erkenntnis des Unrichtigen ihres Verhaltens heute bereits ihren Austritt aus der Akademie erklärt hat. Es handle sich somit nur noch um den Fall Heinrich Mann, der als Vorsitzender der Abteilung für Dichtung eine besondere Stellung in der Akademie einnimmt.

Dr. Benn fragt, ob Heinrich Mann über den Gegenstand der heutigen Beratung unterrichtet sei und weshalb der Herr Reichskommissar gerade die Abteilung für Dichtung auflösen wolle, nicht auch die für die bildenden Künste. Der *Präsident* erwidert: weil von der Dichterabteilung der Vorsitzende beteiligt ist. – Er betont, daß er die Alternative stellen müsse, entweder Heinrich Mann scheidet aus der Akademie aus oder er selbst (der Präsident) werde sein Amt niederlegen. *Dr. Fulda* fragt ebenfalls, ob Heinrich Mann unterrichtet sei. Nachdem der Präsident dies verneint, wird die Sitzung auf längere Zeit ausgesetzt und Herr Loerke übernimmt es, Heinrich Mann telefonisch herbeizurufen. Um $\frac{3}{4}$ 10 Uhr trifft Herr Heinrich Mann ein. Der *Präsident* spricht zunächst in seinem Dienstzimmer mit ihm, nur in Gegenwart des Herrn Loerke. Nach einer kurzen persönlichen Aussprache eröffnet der Präsident die Sitzung wieder und gibt bekannt, daß Herr Heinrich Mann sein Amt als Vorsitzender der Dichterabteilung niederlegt und auf seine Mitgliedschaft verzichtet. – Heinrich Mann erkennt an, daß der Präsident nicht anders handeln konnte, da er an das Wohl und Bestehen des Ganzen denken müsse. Er habe seinen Entschluß gefaßt, um der Akademie aus einer schweren Lage herauszuhelfen. *Dr. Döblin* spricht sein Bedauern darüber aus, daß aus der Versammlung heraus kein Einspruch dagegen erhoben wurde, daß Heinrich Mann in dieser Weise zu seinem Entschluß beeinflußt wurde. Er hält auch das Verhalten des Präsidenten nicht für richtig. Heinrich Mann hätte hier vor dem Plenum der Akademie frei seine Meinung sagen müssen. Die Abteilung für Dichtung werde ihre Entschlüsse zu dieser Angelegenheit in einer besonderen Sitzung fassen. Der *Präsident* entgegnet, daß er, um Heinrich Mann eine unangenehme Situation zu ersparen, mit ihm persönlich gesprochen habe. Er habe dies schon vorher vorgeschlagen. Herr *Dr. Fulda*, der diesen Vorschlag mitangehört hat, habe dieser Absicht nicht widersprochen. Im übrigen sei Herr Heinrich Mann augenblicklich noch im Präsidentenzimmer zugegen. *Dr. Döblin* verlangt nochmalige Befragung des Herrn Heinrich Mann. Dies wird von der Versammlung abgelehnt. – Der *Präsident* betont, daß es bei der klaren Antwort des Herrn Heinrich Mann, wie er sie soeben mitgeteilt habe, sein Bewenden behalten müsse.

Herr *Wagner* billigt das Verhalten des Präsidenten durchaus. Man kann formal Bedenkliches feststellen, wie die Einberufung zu einer so wichtigen Sitzung binnen sechs Stunden, doch möchte er dies nicht weiter berühren. Tatsache ist, daß der Akademie ein Ultimatum gestellt worden ist. Es war sehr richtig, daß der Präsident mit einem Ultimatum erwidert hat. Die Verhandlung des Präsidenten mit dem Herrn Reichskommissar wird, wie er versichert, sicher sehr kühl und ruhig gewesen sein. Der Redner möchte aber glauben, man hätte die Angelegenheit auch mit Leidenschaft behandeln können. Es ist zwei Mitgliedern ein Unrecht getan worden. Nach welchem Recht ist dies geschehen? Es gibt kein formales Recht. In dem Aufruf steht nichts Strafbares. Beide Mitglieder haben nur von ihrem Staatsbürgerrecht der freien

Meinungsäußerung Gebrauch gemacht, das durch die Verfassung garantiert ist, die der Reichspräsident, die Minister, auch der Herr Reichskommissar selbst beschworen haben. Zu bedenken ist, zu welchen Konsequenzen es führen kann, wenn abgewichen wird von der klaren Linie, die das Recht gezogen hat. In diesem Hause hier handle es sich nur um Kunst, nicht um Politik. Der Präsident hätte dem Herrn Reichskommissar erwidern müssen: das Plenum der Akademie muß entscheiden! Er hätte nicht den Kopf zweier Mitglieder anbieten dürfen. Er selbst (Wagner) werde sich bis zum Ende der Sitzung überlegen, ob er dieser Akademie weiter angehören will. *Geßner* erwidert dem Vorredner mit der Frage, mit welchem Recht Herr Stadtbaurat Wagner der Akademie angehöre? Er sei nur durch einen Machtspruch des Ministers Grimme ernannt, aber nicht gewählt worden, wie es seit 240 Jahren in der Akademie üblich sei.

Der *Präsident* betont wiederholt, daß er sich nur zu überlegen hatte, ob er die ganze Akademie um zweier Mitglieder willen opfern wolle. Die Mitglieder, die den Aufruf unterzeichnet haben, mußten aus der Tatsache ihrer Mitgliedschaft gewisse Konsequenzen ziehen. Durch die Unterzeichnung haben sie zum mindesten gegen das Taktgefühl verstoßen. Herr Heinrich Mann hat offenbar den Inhalt des von ihm unterzeichneten Aufrufs gar nicht genau gekannt. *Hosaeus* stellt mit Befriedigung fest, daß die Abteilung für Dichtung eine kollegiale Stellungnahme zu dem Fall Heinrich Mann beabsichtige, und wünscht diese protokollarisch festgestellt zu sehen.

Wagner erwidert auf *Geßners* Ausführungen: Die Akademie selbst ist durch einen Machtspruch eines Fürsten ins Leben gerufen worden! – Er selbst habe nichts zu seiner Berufung in die Akademie getan. – Er widerspricht der Bemerkung des Präsidenten, daß das Verhalten der beiden Mitglieder gegen das Taktgefühl verstoßen habe, und stellt den Antrag: Es soll festgestellt werden, ob die Veranlassung, die für den Präsidenten maßgebend war, den beiden Mitgliedern ihren Austritt nahezu legen, ein Verstoß gegen das Taktgefühl war. Die Abstimmung hierüber wird von der Versammlung abgelehnt. *Wagner* formuliert seinen Antrag erneut dahin: Die Versammlung solle feststellen, ob die Akademie damit einverstanden ist, daß die beiden Mitglieder aus den vom Präsidenten angegebenen Gründen ausscheiden müssen. *Dr. Benn* hält Herrn *Dr. Wagner* vor, daß dieser Antrag die Sachlage verschiebe. Es handle sich lediglich darum, ob der Präsident richtig gehandelt hat, und dies sei der Fall. Herr *Wagner* erklärt, daß er seine Mitgliedschaft niederlege und verläßt den Saal.

Der Präsident befragt die anwesenden Dichter wegen der von ihnen beabsichtigten Stellungnahme. *Dr. Fulda* erwidert, daß eine Stellungnahme der anwesenden Mitglieder der Dichterabteilung augenblicklich nicht möglich sei, weil nur ein Teil der Abteilung zugegen ist. Die Mitglieder der Abteilung bedauern Heinrich Manns Rücktritt sehr und werden in einer besonderen Sitzung dazu Stellung nehmen. Heinrich Mann hat nur das getan, wozu jeder Staatsbürger berechtigt ist. Gegen die Akademie hat Heinrich Mann nicht verstoßen. Auf eine Frage des Präsidenten wird beschlossen, daß die Akademie keine Veröffentlichung über die heute besprochenen Vorgänge an die Presse versendet.

Poelzig dankt dem Präsidenten, besonders dafür, daß er die Versammlung vor einer Abstimmung bewahrt hat, die im Grunde genommen völlig unmöglich gewesen wäre, denn in diesem Hause handle es sich nur um Kunst, nicht um Politik.

Schluß der Sitzung: Gegen 11 Uhr

V. g. u.

Max von Schillings

Dr. Amersdorffer

4 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 16. Februar 1933

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin W 8 – J. Nr. 141 – Betr.: Austritt von Mitgliedern aus der Akademie der Künste

Unter Bezugnahme auf die mir gestern gewährte Unterredung berichte ich, daß der Schriftsteller Heinrich Mann und die Graphikerin und Bildhauerin Frau Professor Käthe Kollwitz ihren Austritt aus der Akademie erklärt haben. Im Verlauf der Aussprache in der gestern Abend stattgehabten Sitzung der Gesamtakademie hat auch der Architekt, Stadtbaurat Wagner, seinen Austritt aus der Akademie erklärt.

Der Präsident

Max von Schillings

5 Pressenotiz [des Ministeriums:] Zu dem Ausscheiden von Mitgliedern der Preußischen Akademie der Künste. [o.D.]

Der Reichskommissar für das Preußische Kultusministerium, Rust, hatte den Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste, Max von Schillings, unmittelbar nach dessen Rückkehr von seiner Reise zu sich gebeten und ihn ersucht, eine Stellungnahme der Akademie zu einer Frage herbeizuführen, die für ihn von entscheidender Bedeutung sei. Heinrich Mann, der Vorsitzende der Abteilung für Dichtkunst an der Akademie der Künste, hatte einen Aufruf mitunterzeichnet, der mehrere Tage lang an den Berliner Anschlagssäulen angebracht war. In ihm wurde zur Bildung einer einheitlichen Front der SPD und der KPD aufgerufen, damit man nicht in der Barbarei versinke. Der Aufruf schloß mit dem Appell: Setzt die Verantwortlichen unter Druck!

Der Reichskommissar führte gegenüber dem Akademiepräsidenten aus, daß er für die Haltung des Vorsitzenden der Abteilung für Dichtung die Körperschaft als solche verantwortlich machen müsse und zunächst an die Aufhebung der Dichterabteilung gedacht habe. Reichskommissar und Akademiepräsident kamen dann darüber überein, daß zunächst die Gesamtakademie selbst Gelegenheit haben müsse, zu dem Verhalten Heinrich Manns Stellung zu nehmen. Demgemäß berief der Präsident beschleunigt eine Vollsitzung der Akademie für den gleichen Tag ein. Diese Sitzung wurde nach § 23 der Akademiesatzung durch einstimmigen Beschluß für vertraulich erklärt.

Außerhalb der Sitzung jedoch fand eine Aussprache zwischen dem Präsidenten und Heinrich Mann statt. Hierbei erklärte Heinrich Mann sich bereit, sein Amt als Vorsitzender der Abteilung für Dichtung niederzulegen und aus der Akademie auszuscheiden. Er erkannte dabei an, daß der Präsident nicht habe anders handeln können, da er an das Wohl und das Bestehen des Ganzen denken müsse.

Im Verlauf der Sitzung erklärte auch Stadtbaurat Martin Wagner seinen Austritt aus der Akademie. Bereits am gestrigen Nachmittag hatte sich Frau Professor Käthe Kollwitz entschlossen, auf ihre Mitgliedschaft in der Akademie zu verzichten.

II. REAKTIONEN DER BERLINER TAGESPRESSE

6 *Vossische Zeitung*, 16. 2. 1933: Die bedrohte Akademie. Heinrich Mann und Käthe Kollwitz zum Austritt gezwungen

Wenige Wochen nach dem Streit um Poelzig wird die Akademie der Künste wieder zum Kampfbjekt. Der Kommissar des Reiches für das preußische Kultusministerium, Dr. Rust, hat gedroht, er werde die Akademie oder mindestens die Sektion für Dich-

tung auflösen, wenn deren Präsident, Heinrich Mann, und Frau Käthe Kollwitz nicht aus der Akademie entfernt würden. Beide haben gestern abend freiwillig ihren Austritt erklärt. Zum Protest gegen diese Aktion Rusts hat Stadtbaurat Wagner gleichfalls seinen Austritt vollzogen.

Zur Vorgesichte: Heinrich Mann und Käthe Kollwitz waren Mitunterzeichner eines Aufrufs von Intellektuellen, der die beiden Linksparteien aufforderte, sich zu gemeinsamer Abwehrfront für die Republik zusammenzuschließen. Dieser Aufruf, an den Berliner Plakatsäulen veröffentlicht, wurde sofort von der gesamten Rechtspresse aufgegriffen. Man appellierte an Rust, mit dem Erfolg, daß er schon vor zwei Tagen in einer Studentenversammlung erklärte, er werde diesem „Skandal“ an der Akademie ein Ende machen. Das ist gestern prompt geschehen.

Der Präsident der Akademie, Professor von Schillings, berief nach einer Unterredung mit Rust sämtliche Akademiemitglieder zu einer Vollsitzung ein mit der Mitteilung, daß es sich um lebenswichtige Fragen der Akademie handle. Ehe die Sitzung, die auf 8 Uhr abends angesetzt war, begann, hatte Frau Käthe Kollwitz eine Unterredung mit Professor von Schillings und dem Sekretär der Akademie, Dr. Amersdorffer. Das Ergebnis war eine Erklärung von Frau Kollwitz, daß sie freiwillig aus der Akademie austrete. Anderthalb Stunden später kam auch Heinrich Mann zu der Sitzung. Auch er entthob die Versammlung der Notwendigkeit, sich in dieser Zwangslage zu entscheiden, indem er gleichfalls sofort seinen Austritt vollzog. Zur Begründung erklärte er, es gebe zwar keine Rechtshandhabung in den Statuten der Akademie, durch die er zum Rücktritt gezwungen werden könnte. In den Satzungen sei nirgends eine Einschränkung der persönlichen Freiheit der Akademiker vorgesehen. In der republikanischen Vergangenheit der Akademie sei diese persönliche Freiheit auch der rechtsstehenden Akademiemitglieder nie angetastet worden. Er, Heinrich Mann, wisse aber sehr wohl, daß die angedrohte Auflösung der Akademie für viele Akademiker schwere wirtschaftliche Schädigungen zur Folge hätte. Diese Gefahr wolle er unter allen Umständen vermeiden.

In der Sitzung trat dann vor allen der Berliner Stadtbaurat Dr. Wagner hervor. Er erklärte, daß er gleichfalls aus der Akademie austrete, wenn Heinrich Mann und Käthe Kollwitz zum Ausscheiden gezwungen würden. Er zog dann auch sofort die entsprechenden Konsequenzen. Die Sektion für Dichtkunst, deren Mitglieder in der Mehrzahl auf seiten Heinrich Manns stehen, wird, wie wir hören, einen offiziellen Protest gegen das Vorgehen des kommissarischen Kultusministers erheben.

Die Aktion Rusts, offenbar der Auftakt zur „geistigen Erneuerung Deutschlands“, hatte also vollen Erfolg. Wir registrieren dies und können uns im übrigen sehr kurz fassen. Selbstverständlich sind wir der Meinung, daß diese Maßregelung zweier Persönlichkeiten, über deren Bedeutung nicht erst gesprochen werden muß, in keiner Weise zu rechtfertigen ist; einfach deshalb, weil die Zugehörigkeit der Akademie keine Einschränkung der Meinungsfreiheit bedeuten darf. Die Akademie der Künste ist ein reines Selbstverwaltungsorgan. Der Präsident der Sektion für Dichtung hat wie alle übrigen Mitglieder der Akademie Aufgaben auf dem Gebiete der Kunstverwaltung. Wenn er seine politische Meinung äußert, eine Meinung, die wahrhaftig nicht von einem politischen Realismus zeugt, der dem Staat gefährlich werden könnte, so galt dies bisher als seine Privatsache. Unter der grundsätzlich neuen Staatsführung soll man nun umlernen. Sie läßt einem offenbar nur die Wahl zwischen Applaus und Schweigen. Den Applaus spendet sie sich in dieser Sache selbst. Er sei ihr vergönt.

O. H.

Berliner Tageblatt, 16. 2. 1933 (Abend-Ausgabe): Politik in der Akademie. Der Austritt von Heinrich Mann, Käthe Kollwitz und Dr. Wagner

Der Kultusminister Dr. Rust hat, wie berichtet, in einer Rede vor den nationalsozialistischen Studenten ein Vorgehen gegen die Akademie der Künste, genauer: gegen die Sektion für Dichtkunst und insbesondere gegen ihren Präsidenten, Heinrich Mann, angekündigt. Daraufhin berief, nach einer Unterredung mit dem Minister, der Akademiepräsident Max von Schillings die Berliner Mitglieder zu einer Sitzung, in der, wie es in dem Rohrpostbrief hieß, „lebenswichtige Fragen“ besprochen werden sollten. Naturgemäß wurden auch die hier wohnenden Mitglieder nicht alle erreicht, u. a. auch Heinrich Mann nicht, der also der Sitzung gar nicht beiwohnte.

Die Erschienenen erfuhren von Herrn von Schillings, daß Dr. Rust mit der Auflösung der Akademie gedroht habe, falls nicht Heinrich Mann und Käthe Kollwitz ausscheiden würden. Der Einspruch des Kultusministers gerade gegen diese beiden Akademiker rührt, abgesehen von ihrer linken Einstellung, daher, daß sie einen Aufruf zur Einigung der S.P.D. und K.P.D. bei den bevorstehenden Wahlen unterschrieben haben, der in dieser Woche an den Berliner Litfaßsäulen angeschlagen war. Dieser Aufruf ging nicht von einer parteipolitischen Stelle oder Gruppe aus, sondern von einer Reihe von Intellektuellen, die zur Begründung ihres Aufrufs zur Einigung auf die drohende „Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheit“ in Deutschland und somit auf die Notwendigkeit einer „einheitlichen Arbeiterfront“ zur Abwehr jener drohenden Gefahr hinwies.

Schillings gelang es schon vor der Akademiesitzung Käthe Kollwitz zum freiwilligen Austritt aus der Akademie zu bewegen. Für die Vorgänge in der Sitzung selbst ist ein Schweigegebot vereinbart worden, es ist aber bekannt geworden, daß Stadtbaurat Dr. Wagner gegen das Vorgehen des Präsidenten und gegen den von Dr. Rust ausgeübten Druck protestiert und, da er keinen Anhang fand, sein Ausscheiden aus der Akademie erklärt hat.

In den späten Abendstunden erschien auch Heinrich Mann in den Räumen der Akademie und legte freiwillig seine akademischen Würden nieder. Er erklärte dem Präsidenten, er habe den Aufruf als Republikaner unterschrieben, er selbst gehöre keiner Partei an, vor allem sei er kein Kommunist, er werde sogar von Kommunisten häufig angegriffen, es sei sein gutes Recht gewesen, zu unterschreiben. Schillings erklärte, daß sein Vorgehen im Interesse der Erhaltung der Akademie notwendig geworden sei. Heinrich Mann erkannte dies an und erklärte seinerseits, daß er durch seinen Rück- und Austritt ebenfalls zur Erhaltung der Akademie beizutragen wünsche. An der Sitzung der Mitglieder nahm Heinrich Mann nicht mehr teil.

Es ist verständlich, daß zu dem ganzen Vorgang die übrigen Mitglieder gestern abend noch keine entschiedene oder entscheidende Stellung genommen haben. Wie wir hören, sollen Alfred Döblin und Ludwig Fulda einen Protest zu Protokoll gegeben haben. Die Situation wird sich wohl erst dann klären, wenn auch die auswärtigen Mitglieder, insbesondere die Sektion für Dichtkunst, Gelegenheit gehabt haben, ihre Meinung zu dem erzwungenen Austritt von Heinrich Mann und Käthe Kollwitz kundzugeben. Es ist kaum ein Zweifel, daß Mitglieder gegen das Vorgehen Dr. Rusts und wohl auch gegen das Verhalten Max von Schillings' protestieren werden. Ob weitere Austritte aus der Akademie erfolgen werden, steht heute noch nicht fest.

Berliner Börsenzeitung, 16. 2. 1933:

Endlich sind Heinrich Mann und Stadtbaurat Wagner aus der preußischen Akademie der Künste ausgeschieden, in der sie beide ihrer inneren Haltung [nach] zur deutschen Kunst und Kultur nichts zu suchen hatten. Beide lehnen eine deutsche Kultur ab. Heinrich Mann glaubt immer noch an die französische Revolution und Stadtbaurat Wagner an die russische. Wir wollen aber, daß in der Akademie endlich deutscher Geist herrsche und daß in ihr Männer wirken, die sich dem deutschen Volk und seinem

Ringen um eine Erneuerung des deutschen Lebens zuinnerst verbunden fühlen. Leute, die an den französisch gefärbten internationalen Geist glauben und an die alles nivellierende Weltzivilisation wie Heinrich Mann oder die auf die mechanistisch-materialistische proletarische Kultur nach bolschewistischem Muster schwören wie der Stadtbaurat Wagner, gehören nicht hinein. Wir können ein Gefühl der Genugtuung darüber nicht unterdrücken, daß unseren monatelangen Kämpfen gegen Heinrich Mann und den von ihm vertretenen Geist endlich Erfolg beschieden ist. Offenbar ist die letzte Ursache des Rücktritts darin zu suchen, daß Heinrich Mann den Aufruf zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront gegen die jetzige Regierung unterschrieben hatte. Es soll nach der Meldung eines Mittagsblattes eine stürmische Akademiesitzung vorausgegangen sein. Wahrscheinlich oder hoffentlich hat aber auch das Kulturministerium ein Wort mitgesprochen. Mit Heinrich Mann und Stadtbaurat Wagner ist auch Käthe Kollwitz ausgeschieden. Das ist schade. Käthe Kollwitz ist zwar Kommunistin, aber sie ist eine volkhafte deutsche Künstlerin. Wir bedauern es sehr, daß sie sich so leidenschaftlich für den Kommunismus einsetzt. Die deutsche Künstlerin aber möchten wir trotz diesem ihrem Irrtum, wenn auch nicht mit allen ihren Werken, für das ganze deutsche Volk erhalten wissen. Wir hoffen sehr, daß die neuen Männer im Kultusministerium die Kunst nicht nur nach der Gesinnung, sondern auch nach der deutschen Substanz beurteilen und Käthe Kollwitz über die augenblickliche, notwendige Distanzierung nicht ganz aus den Augen verlieren.

Deutsche Zeitung, 16. 2. 1933: Säuberung am Pariser Platz. Heinrich Mann, Käthe Kollwitz und Martin Wagner verlassen die Akademie

[...] Der Austritt Heinrich Manns bedeutet zugleich den Rücktritt des Präsidenten der Dichterakademie. Damit taucht die grundsätzliche kulturpolitische Frage nach Sinn und Zusammensetzung dieses Literaturparlaments auf, auf das die Demokratie so stolz war, das aber durch rücksichtslosen Ausschluß der bodenständigen deutschen Dichter und durch die einseitige Vorherrschaft der liberalistischen Kreise sich selbst um jede nationale Bedeutung brachte. Wenn überhaupt die Dichterakademie fortgeführt werden soll, so muß durch eine neue Spitzenvertretung und durch eine entschiedene verjüngte Besetzung mit den Dichtern des Volkstums ein radikaler Richtungswechsel erfolgen. Damit dürften auch diejenigen Dichter eine Rechtfertigung erfahren, die vor zwei Jahren unter Führung von Kolbenheyer wegen der unverträglichen und unfruchtbaren Zustände die Akademie der Dichtkunst verlassen haben. Mit der Umgestaltung der Dichterakademie, die mit diesen drei Fällen keineswegs abgeschlossen ist, sondern sich zwangsläufig auch auf die anderen Vertreter der kulturpolitischen Linksfront wie z. B. Döblin erstreckt, wird auch die Erneuerung aus den bisher verdächtigten und übersehenen nationalen Kräften des Schrifttums und der bildenden Künste erfolgen. Diese Erneuerung bedeutet die Säuberung des Dichterparlaments und seine Verjüngung aus der lebendigen und volkstümlichen Auslese des kämpferischen Nationalismus.

Deutsche Tageszeitung, 16. 2. 1933: Wir bemerken: Reinigung der Akademie

[...] Wir haben uns kürzlich bereits mit dem sogenannten „Initiativ-Komitee“ zur Erhaltung der demokratischen Grundrechte und der Freiheit des Geistes, das von Heinrich Mann maßgeblich beeinflußt wird, beschäftigt und dessen Zeitfremdheit gegenüber dem nationalen Deutschland gebrandmarkt. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß ein Schrifttum, dessen Exponent ein Heinrich Mann ist, seine Rolle im deutschen Geistesleben der Gegenwart und Zukunft ausgespielt haben muß, und können es deshalb nur begrüßen, daß die Säuberungsaktion der Akademie so

rasch und so entschieden eingesetzt hat. Denn der „freiwillige“ Rücktritt ist, wie verlautet, auf Veranlassung des preußischen kommissarischen Kultusministers Rust nach einer Rücksprache mit Professor Max v. Schillings erfolgt, nachdem der Minister mit der Auflösung der Akademie oder wenigstens der Sektion für Dichtkunst gedroht hatte. Daß Stadtbaurat Wagner aus Gesinnungsverwandtschaft sich den beiden sofort angeschlossen hat, muß mit besonderer Befriedigung vermerkt werden. Hoffentlich ist damit für dichterische Kräfte der Nation wie Kolbenheyer, Wilhelm Schäfer und andere, die wesenhaft im deutschen Kulturbewußtsein verwurzelt sind, und die darum seinerzeit den Literatenbetrieb der Akademie angewidert verließen, der Weg zur Rückkehr in die Akademie wieder offen!

Berliner Illustrierte Nachtausgabe, 16. 2. 1933: Warum Heinrich Mann aus der Dichterakademie ausschied. Der Krach in der Kunstakademie. Eine Folge der marxistischen Politik.

[. . .] Als die Preußische Akademie vor ungefähr sieben Jahren eine Sektion für Dichtkunst gründete, offenbarte sich schon in deren Zusammensetzung der damals herrschende Kulturgeist und das in den Parteibüchern verbürgte „System“. Die Linksgesinnung regierte, und wer Deutschland am heftigsten schmähte, hatte beste und schnellste Aussicht, Dichter-Senator zu werden. Dieser grüne Literatur-Tisch war eigentlich niemals berechtigt, im Namen des deutschen Schrifttums zu sprechen, gar erst, als man nach Walter von Molos Rücktritt den Vorkämpfer für „Demokratie“, Heinrich Mann, an die Spitze berief. Der Exodus, der fast zur selben Zeit erfolgte und Hesse, Kolbenheyer, Schäfer und Strauß zwang, die Tafelrunde der „preußischen Dichter“ zu meiden, war nur eine selbstverständliche Folge. Nun waren die Herrschaften fast ganz unter sich, und Heinrich Mann spielte sich als ihr Festreden haltender und demokratischen Glauben predigender Prophet auf.

Jetzt geschieht nun endlich die Säuberung. Die größten Rufer, die eben noch die höchste Literatur-Instanz mißbrauchen wollten, um für die sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront zu werben, mußten einsehen, daß in der neuen Zeit kein Platz mehr für sie auf den Akademie-Sesseln war. Sie zogen die Bilanz aus all den Jahren Marktschreierei und demokratischer Phrasenprägung und traten gestern gefechtslos den Rückzug an.

Das ist gut so. Denn nun kann die Abteilung der Dichter in der Preußischen Akademie vielleicht wieder den Zwecken dienen, zu denen sie gegründet wurde. Nach Heinrich Manns Abgang sollte nicht mehr der Asphalt, sondern die Scholle als Wahrzeichen gelten.

Tempo (Berlin), 16. 2. 1933: Der Konflikt in der „Akademie der Künste“. Erklärungen von Heinrich Mann und Käthe Kollwitz

Im Laufe des gestrigen Tages sind Heinrich Mann, Käthe Kollwitz und Stadtbaurat Wagner aus der „Akademie der Künste“ ausgeschieden. Der Grund darin [sic!] ist in der Rede des preußischen Kultusministers Dr. Rust zu suchen, der ein Verbleiben der ersten beiden Künstler in der Akademie als „Skandal“ bezeichnet hatte.

Heinrich Mann äußert sich: „Den Aufruf zur Einigung der Arbeiter hatte ich längst vergessen, ich weiß auch nicht, wer ihn außer mir noch unterschrieb, ich unterzeichnete ihn auch noch zur Zeit der Kanzlerschaft Schleichers. Durch eine falsche Adressenangabe erhielt ich den Rohrpostbrief der Akademie, der mich zu einer um 8 Uhr beginnenden Sitzung rief, erst um ½10 abends; ich hatte keine Ahnung, um was es sich handeln könnte. Schließlich wurde ich noch – bevor ich zur Akademie fuhr – telefonisch von Freunden über die Gründe der schnellen Zusammenrufung der

Akademienmitglieder unterrichtet, natürlich auch über die Äußerungen des kommissarischen Kultusministers Rust.

Die Sitzung der Akademie war bereits in vollem Gange; so ging ich gar nicht erst in den Sitzungssaal, sondern bat den Präsidenten, Max von Schillings, um eine kurze Unterredung (nachdem ich vorher bereits von Freunden erfahren hatte, daß in der erregten Debatte der Akademiesitzung beschlossen wurde, daß mich Schillings auf gutlichem Wege zum Ausscheiden veranlassen wolle). Schillings bemühte sich, seinen Standpunkt zu rechtfertigen; ich sagte ihm, daß das nicht nötig sei: es sei seine Pflicht, die Akademie zu erhalten – und es sei die meine, ihn dabei zu unterstützen. Ich äußerte ihm gegenüber noch, daß ich gar nicht Kommunist bin, sondern daß ich diesen Aufruf zur Einigung der Linken als Republikaner unterschrieben hätte. Ich würde austreten.

Ich nahm dann später auch nicht mehr an der Sitzung teil – ich fühle mich also auch nicht an die Schweigepflicht gebunden, die den anderen aus der Akademie Ausgeschlossenen – Käthe Kollwitz und Stadtbaurat Wagner – angeblich auferlegt wurde. Stadtbaurat Wagner gehört ursprünglich gar nicht zu den vom kommissarischen Kultusminister Angegriffenen – der Kultusminister sagte lediglich, daß, wenn nicht Heinrich Mann und Käthe Kollwitz, die diesen Aufruf unterzeichnet hätten, ausgeschlossen werden, die Akademie aufgelöst werde. Vielmehr erklärte Stadtbaurat Wagner seinen freiwilligen Austritt, wenn die Ausschließung von Käthe Kollwitz und Heinrich Mann aufrechterhalten bleibe. Es ist bedauerlich, daß Käthe Kollwitz durch diese Maßnahme auch noch ihrer Lehrtätigkeit bzw. ihrer Schüler an der Akademie verlustig geht.“

Von seiten der Frau *Käthe Kollwitz* erfahren wir, daß sie gestern abend völlig ahnungslos auf die Akademie kam, da sie zu einer Sitzung gerufen worden war. Dort erfuhr sie in einer Unterredung mit Professor von Schillings zu ihrem Erstaunen, daß der kommissarische Kultusminister Dr. Rust mit der Auflösung der Akademie gedroht habe für den Fall, daß Heinrich Mann und Käthe Kollwitz nicht freiwillig zurückträten. (Denn eine Handhabe, sie zum Rücktritt zu zwingen, also auszuschließen, gibt es nicht: man müßte die gesamte Institution zum Schaden der gesamten Künsterschaft und Literatur aufheben.) Da viele Mitglieder von anerkanntem Ruf persönlich durch eine solche Maßnahme auf das schwerste geschädigt würden, entschloß sich Frau Kollwitz sofort zum Rücktritt. Draufhin trat auch der Berliner Stadtbaurat Wagner freiwillig aus.

Deutsche Allgemeine Zeitung, 17. 2. 1933:

[...] Die geistigen Gegensätze, die sich nach der Änderung der Machtverhältnisse in Preußen und im Reich mit Notwendigkeit in den repräsentativen Körperschaften des kulturellen Lebens ergeben mußten, sind noch schneller zutage getreten, als man erwarten konnte. Der Preußische Kultusminister Rust hat in seiner Rede vor den Studenten mit Recht offen erklärt, daß für ihn die Tatsache, daß Heinrich Mann den Aufruf zur Vereinigung von SPD und KPD gegen die jetzige Regierung unterzeichnet hat, nicht vereinbar sei mit seinem Verbleiben in der offiziellen Preußischen Dichterakademie, sogar an leitender Stelle. Heinrich Mann hat denn auch die Konsequenzen gezogen und seinen Rücktritt erklärt, und mit ihm hat das gleiche Frau Käthe Kollwitz, die den Aufruf ebenfalls unterzeichnet hat, getan: sie ist zugleich mit Heinrich Mann aus der Akademie der Künste ausgeschieden. Als Dritter hat sich ihnen freiwillig Stadtbaurat Wagner angeschlossen. – Uns will scheinen, daß diese Klärung nur zu begrüßen ist. Wer den heutigen führenden Kräften der Nation, die jetzt die Leitung des Staates übernommen haben, so feindlich gegenübersteht, daß er Aufrufe der KPD gegen die Regierung und damit gegen die Führung des Staates

unterzeichnet, muß dann notwendig auch auf persönliche Beziehungen zu eben diesem nun einmal so geführten Staat verzichten. Die Kommunistische Partei selbst wird sicher das größte Verständnis dafür haben, daß ein Staat sich einen derartigen Kampf gegen seine Leitung nicht gefallen läßt; man stelle sich einmal spaßeshalber vor, daß Mitglieder einer russischen Sowjet-Dichterakademie es wagen würden, einen entsprechenden Aufruf gegen Stalin und seine Regierung in aller Öffentlichkeit zu unterzeichnen. Wer Überzeugungen hat, muß die praktischen Konsequenzen, die sich aus ihnen ergeben, selbstverständlich auf sich nehmen, so hart das manchmal für die Betroffenen sein mag. Wichtig scheint uns ferner die Frage, was nun mit der Dichterakademie weiter geschehen soll. Es wird naturgemäß bei diesen Austritten nicht bleiben: schon jetzt hört man, daß Alfred Döblin und Leonhard Frank Protest-erklärungen gegen das Ausscheiden von Heinrich Mann vorbereiten. Es ist also wahrscheinlich, daß sie ebenfalls der Preußischen Dichterakademie verlorengehen werden. Das ist auch kein Unglück, wenn man dafür nunmehr in diese erlauchte Runde diejenigen Leute holt, die heute wirklich den lebendigen Geist des Landes vertreten. Es gibt genug Männer von dieser Art, von Hans Grimm und Paul Ernst bis zu Kolbenheyer und Emil Strauß und wie sie sonst noch alle heißen mögen. Es wird für den Kultusminister Rust eine Kleinigkeit sein, die freiwerdenden Stühle der grollend Verschwindenden mit würdigen Vertretern einer wirklich deutschen Dichtung neu zu besetzen. Worauf er achten muß, ist nur dies, daß die neuen Männer, die jetzt in die Preußische Akademie hineinkommen, Menschen eben vom Range von Hans Grimm und Paul Ernst, von Agnes Miegel und Börries v. Münchhausen, von Hans Friedrich Blunck und all den vielen sind, die heute mit Werken von Niveau und Kraft die wirkliche deutsche Welt in der Dichtung zeigen. Daß er jeden wohlmeinenden Dilettantismus, wenn er sich noch so anständig national gebärdet, fernhält, darf man wohl als selbstverständlich voraussetzen.

Der Tag, 17. 2. 1933: Kunst – nicht Rotfront! Säuberung in der Preußischen Akademie der Künste

[. . .] diese Akademie kann kein Schlupfwinkel für Kräfte der Verneinung sein, die unfähig sind, die Nation als ein Ganzes zu sehen und sich zum Klassenkampf bekennen. Alle Kräfte des geistigen, des künstlerischen Lebens, die sich der Verpflichtung gegenüber Staat und Volk bewußt sind, müssen hier einen Sammelpunkt finden. Heinrich Manns Werk aber diente nur der Zersetzung; was jenseits seiner Fassungslage lag, bedachte er mit Hohn und Spott. Mit diabolischer Freude verfolgte er alle Regungen des Untermenschentums und zog sie in den Bereich der Kunst, die er so herabwürdigte. Mit seinem Austritt aus der Akademie ist unter ein trübes Kapitel nun ein Schlußstrich gezogen worden. Das junge Deutschland will mit solchen Exponenten eines traurigen Gestern nichts mehr zu tun haben. Es bestätigt den liberalen Anarchisten einer vergangenen Zeit nur, daß sie dahin gehören, wohin sie sich selbst seit jeher gestellt haben: außerhalb der Nation und ihres Schicksalskampfes. Mit einer Beschränkung der Meinungsfreiheit hat dieser selbstverständliche Akt der Selbsthilfe nicht das mindeste zu tun. Mann, Wagner und Frau Kollwitz haben sich mit ihrer öffentlichen Stellungnahme für Rotfront auf ein Gebiet begeben, das jenseits jeder Meinungsfreiheit liegt, genau so wie die vielen stereotypen Kundgebungen gleichgesinnter Intellektueller, die die Unterschriften der drei früheren Akademiker trugen. Die Vokabeln Geist und Freiheit sind hier völlig fehl am Platze. Sie decken Wesensinhalte, die weder Heinrich Mann noch seine Freunde betreffen.

Völkischer Beobachter, 17. 2. 1933: Die Preußische „Dichter“-Akademie – eine politische Schreckenskammer

Der Austritt Manns und seiner beiden Gefolgsleute gibt uns Veranlassung, auf die noch vorhandenen Mitglieder der Dichtera Akademie, die eine Teilorganisation der Akademie der Künste bildet, hinzuweisen: Wo Heinrich seine zersetzenden Sentenzen zum besten gab, durfte Thomas selbstverständlich nicht fehlen. Auch Thomas Manns sicherten sich die Väter der Preußischen Dichtera Akademie so schnell wie möglich. Wo hätten sie auch so leicht einen ähnlich frankophilen, erfüllungsbegeisterten, marxistischen, dazu mit dem Zentrum liebäugelnden, überdies pazifistischen und jüdisch versippten „Kopf“ finden können! Überdies empfahl ihn seine Bewunderung des „grandiosen bolschewistischen Experiments“ und der „alten, zähen, vornehmen jüdischen Rasse“ sowie sein „Abscheu vor jeder germanischen Gefühlsfeuchte“.

Ganz im Fahrwasser der jüdischen Asphaltpresse hat sich stets auch Walter von Molo bewegt, wenn er sich dessen jetzt vielleicht auch nicht allzu gern erinnert. Wie tapfer wies er doch 1926 eine ihm von seiten des Kronprinzen vertraulich zugegangene Aufforderung, sich gegen die Fürstenenteignung auszusprechen, öffentlich im „Berliner Tageblatt“ zurück. Und wie rührselig und von „Humanität“ überfließend schrieb er in der CV-Zeitung gegen die entmenschten Antisemiten. Und bei alledem traf es sich so schön, daß man unter Hinweis auf Molo sich großzügiger Vorurteilslosigkeit rühmen konnte, war Molo doch der Verfasser sogenannter preußischer Romane. Daß ein echter Preuße diese königliche Intimitäten ans Licht zerrenden „Dichtungen“ ablehnen müsse, hat sich ja erst durch unsere jahrelange Aufklärungsarbeit herumgesprochen.

Selbstverständlich ist auch das Judentum in der Dichtera Akademie außerordentlich stark vertreten. Franz Werfel, der sich schon im Frühjahr 1914 zum Pazifismus bekannte und zur rechten Zeit seinen Revolutionsaufruf zu dichten wußte, war als Verfasser durchweg heldenfeindlicher Gedichte gewissermaßen der geborene Dichtera Akademiker. Er hat sich denn auch als solcher bewährt, bezeichnete er doch die Nationalsozialisten als „böartige Kerle“.

Nicht weniger jüdisch als Werfel und obendrein literarisch bei weitem unbedeutender war Herr Döblin. Seine Forderung einer „Senkung des Bildungsniveaus“ entsprach zu sehr den Interessen der Novemberparteien, als daß man Döblin den Akademiker-rang hätte versagen können. Er ist recht eigentlich die Seele der Dichtera Akademie und somit gleichsam die Inkarnation der Systemgeistigkeit; daher alles, was er sagte, auf seine Protektoren zurückfällt – und er hat schon allerlei gesagt, beispielsweise in seinem Buch „Wissen und Verändern“. „Als erstes, geehrter Herr, haben Sie zu dem russischen Faktum zu sagen: dort liegt ein Versuch zu der ungeheuer notwendigen sozialen Ordnung vor. Von irgend etwas sonst dürfen Sie nicht sprechen und, ich bitte sehr, ein Satz wie: wir haben eben unsere Geschichte, wir haben sie in Fleisch und Blut – ist ganz unmöglich und ich lasse ihn absolut nicht durch.“

Es sitzt also ein Jude in der Dichtera Akademie, der, die deutsche Geschichte als Krankheit aus unserem Blute zu entfernen, ungestraft verlangen konnte. Ausgerechnet er forderte zensurgewaltigen Einfluß auf Schule und Erziehung.

Neben Döblin mutet der verstorbene Wiener Jude Arthur Schnitzler fast harmlos an. Er verdient aber, der Vergessenheit entrissen zu werden. Da man den Verfasser des frivolen „Reigens“ für akademiewürdig erachtete, konnte es nicht wundernehmen, daß man auch Herrn Jakob Wassermann bemühte, berühmt einerseits wegen seiner merkwürdigen Art, Quellen auszuwerten, andererseits wegen seiner Nazifresserei. Er bezeichnete uns als – „den schädlichsten und verderblichsten Auswurf der Zeit“. Zurückhaltender verhielten sich seine Rassegenossen Oskar Loerke und Ludwig Fulda. Zweifelloos stellt Ludwig Fulda die erheiternde Oase in dieser jüdischen Literaturwüste

dar. Oder war es etwa nicht belustigend, Fulda, diesen Autor von schlechthin ent-
 waffener geistiger Bedeutungslosigkeit, zum Gralhüter der Kultur befördert zu
 sehen? Von seiner schriftstellerischen Betätigung verdiente allenfalls seine Erklärung
 zugunsten des jüdisch-ungarischen Landesverraters Hatvany einige Beachtung.

Den jüdischen Preußenfressern schlossen sich bewußt „derzeitige“ oder instinktlose
 Literaturgrößen deutschen Blutes an. Wir nennen Georg Kaiser, den bekannten
 „Gemäldepezialisten“, der sich auch in Kriegsächtung bewährte. Ganz im Sinne des
 Systems erdichtete er ein platonisches Gespräch, in welchem folgende Sätze vorkom-
 men:

„Ihr habt die Ächtung des Krieges beschlossen. Wie könnt ihr eine Sache ächten,
 wenn ihr die Träger dieser Sache mit Ehren überhäuft? – Dein Krieger bleibt ein
 Ehrenmann – doch der Krieg ist ein Verbrechen. So nenne deine Ehrenmänner auch
 Verbrecher. Verscheuche sie von den Plätzen – führe wie lichtscheues Gesindel sie
 durch Nebenstraßen im Morgengrauen, bevor das gute Volk zur Arbeit aufsteht.
 Laß sie in Lumpen laufen – mit schwarzen Pestmasken – ein Abscheu für Kinder
 schon: rennt weg – ein Krieger. Schaff das: dann ist geächtet, was geächtet werden
 muß: der Krieg im Krieger.“

„Freunde“ der Reichswehr . . .

Bernhard Kellermann legitimierte vermutlich der Riesenerfolg seines Romans „Der
 Tunnel“ zum Dichterakademiker, ein Roman, dessen Held ein Mädchenhändler ist.
 Solche Leistungen reichten schon aus, um die Gunst der Novembertgewaltigen zu
 erwirken, mehr natürlich noch an Landesverrat grenzende Äußerungen, wie sie sich
 der schon ausgeschiedene Hermann Hesse leistete. Hesse beklagte in einer deutsch-
 feindlichen Schweizer Zeitung die nationale Schwenkung, die der Münchener „Sim-
 plicissimus“ nach Ausbruch des Krieges machte. Er bedauerte „die verhängnisvolle
 Anpassung an den Krieg“ und das Aufgeben der „Kritik an der alten Regierung
 zugunsten eines erfolgreichen Witzfeldzuges gegen die äußeren Feinde“. Nach der
 Meinung dieses preußischen Akademikers hätte der „Simplicissimus“ gerade nach
 Ausbruch des Krieges „mit allen nur möglichen Mitteln seinen alten Kampf gegen
 den Kaiser, gegen den Unteroffiziersgeist und gegen die Klassenjustiz fortsetzen
 müssen“.

Konkurrenzfähig mit dieser unverantwortlichen Haltung Hesses war die Betätigung
 der Herren Schickele, Leonhard Frank und Theodor Däubler. Schickele leitete wäh-
 rend des Krieges jenseits der deutschen Reichsgrenzen in der Schweiz die „Weißen
 Blätter“, die „einer europäischen Gemeinschaft vorarbeiten“ sollten. Diese Vor-
 arbeit war so, daß die deutsche Zensur die meisten Hefte verbieten mußte, weswegen
 einen Schickeles Bekenntnis: „Am 9. November war ich am glaubhaftesten, fast
 möchte ich sagen, nachweislich im Himmel,“ nicht weiter wundernehmen kann.
 Schickeles Freund, der Literaturbolschewist Frank, war an dem Dolchstoß gegen den
 nationalen Widerstandswillen, den die „Weißen Blätter“ führten, ausgiebig beteiligt.
 Seine Novelle „Der Vater“, in der er das Feld der Ehre als das absolute Nichts bezeich-
 nete, ist bekannt genug, wie ja überhaupt alle hier in Erinnerung gebrachten Tat-
 sachen von uns seit Jahr und Tag dem deutschen Volke eingehämmert worden sind.
 Auch Theodor Däubler verschmähte die Mitarbeit an pazifistischen Zeitschriften
 während des Weltkrieges nicht. Alfons Paquet hat sich im Gegensatz zu den Vor-
 genannten erst nach 1918 einen Namen von „derzeitigem“ Klang errungen durch
 rote Dramatik und Bücher über Sowjetrußland und Palästina. Augenblicklich zetert
 er über die durch das nationale Kabinett angeblich bedrohte Geistesfreiheit.

Von den restlichen Mitgliedern der Dichterakademie, unter denen sich manche be-
 finden, die in der angeführten Gesellschaft zu sehen, uns in der Seele wehtut, von
 den Hermann Stehr, Eduard Stucken, Max Halbe, Ricarda Huch, Josef Ponten, Karl

Schönherr und Wilhelm v. Scholz (welch letzterer freilich Kleist einmal zum Pazifisten stempeln wollte) vermochten wir schon früher nichts anderes zu sagen, als: „Es ist mir leid um dich, mein Bruder Jonathan . . .“ Zwar haben wir an einzelnen von ihnen nicht gleichmäßig „große Wonne und Freude“ gehabt, immer wußten wir indessen die schöpferischen Menschen in ihnen zu achten. In die Judenschule neu-preußischer Geistigkeit, genannt Dichterakademie, haben sie sich im Grunde nur verirrt. Daher haben auch nicht sie, sondern die Juden, Pazifisten, die Wehrfeinde und Paneuropäer der Dichterakademie ihr Gepräge verliehen . . .

Diese Dichterakademie muß sterben, wenn die deutsche Dichtung leben soll! Ist es so? Es ist so!
Dr. S.¹

Welt am Abend, 20. 2. 1933: Kulturwille

Der neue kommissarische Kultusminister für Preußen, Dr. Rust, sprach Anfang der letzten Woche in der Berliner Universität vor Studenten über „Nationalistischen Kulturwillen“. Der Rektor der Universität, Professor Dr. Kohlrausch, führte den Redner durch eine Ansprache ein, in der er sagte, daß die Wissenschaft immer mit der Zeit marschiert sei. Dr. Rust erläuterte dann im einzelnen die Pläne, die er als kommissarischer Kultusminister durchführen werde, und erwähnte dabei auch die Dichterakademie, über die er nach einem Bericht der „DAZ“ sagte:

„Lassen Sie mich ein Beispiel auswählen, an dem ich zeigen kann, was ich zu tun gedenke: Es gibt da z. B. eine Dichterakademie. Die hat auch einen Leiter. In den letzten Tagen hat man den Namen dieses Mannes von den Litfaß-Säulen prangen sehen, der die Sozialdemokraten und Kommunisten aufforderte, die ‚gemeinsame Abwehrfront‘ zu formieren.

Mir scheint, es sei nicht nur jener Leiter schuldig, sondern ebenso schuldig alle jene, die diesen Mann, Herrn Heinrich Mann, zum Leiter ihrer Akademie erkoren. Seien Sie unbesorgt! Ich werde dem Skandal an dieser Akademie ein Ende bereiten! Aber seien Sie auch geduldig.“

Was hatte Heinrich Mann verbrochen? Er hatte zusammen mit einigen anderen Männern und Frauen des Geistes und der Künste einen Aufruf unterzeichnet, der einem einheitlichen Zusammengehen der beiden Arbeiterparteien bei den Wahlen das Wort redete.

Die Geduld wurde auf keine lange Probe gestellt. Am Tage nach der Rede berief der Präsident der Akademie, Max von Schillings, die Mitglieder zu einer Sitzung zusammen, um „lebenwichtige Fragen“ zu besprechen. Er teilte den Erschienenen mit, daß Dr. Rust die Auflösung der Akademie angedroht habe, falls nicht Heinrich Mann und Käthe Kollwitz freiwillig ihren Austritt erklären würden. Käthe Kollwitz vollzog daraufhin ihren Austritt, später legte auch Heinrich Mann sein Amt nieder. Der Berliner Stadtbaurat Dr. Wagner protestierte gegen den Druck, der auf die Akademie ausgeübt werde, fand aber keinen Anhang und schied daraufhin ebenfalls freiwillig aus der Akademie. Die Dichter Leonhard Frank und Alfred Döblin beschränkten sich auf einen vorläufigen Protest, der zu Protokoll gegeben worden sein soll. Weitere Austritte sollen bevorstehen.

Käthe Kollwitz ist die größte deutsche Graphikerin, deren Werk Weltruf genießt. Von ihr sind soeben zwei Figuren auf einem der deutschen Kriegerfriedhöfe in Belgien aufgestellt worden, deren Abgüsse jetzt auch im Neuen Haus zu sehen sind und jedermann erkennen lassen, welche wunderbare Künstlerin hier höchsten Grad der Menschlichkeit erreicht. Die Figuren sind dem Andenken eines ihrer Söhne geweiht, der auf den Schlachtfeldern in Flandern fiel.

¹ D. i. Dr. Rainer Schlösser, vgl. Dok. Nr. 1.

Heinrich Mann gehört zu den führenden Romanschriftstellern Deutschlands; wie Käthe Kollwitz hatte auch er schon in der Vorkriegszeit internationalen Ruf gewonnen, aber auch den Haß aller hohen Repräsentanten des wilhelminischen Zeitalters.

Tägliche Rundschau, 21. 2. 1933: Brauchen wir eine Akademie der Künste? Zum Austritt dreier Mitglieder

Wie wir vor einigen Tagen meldeten, sind Heinrich Mann, Käthe Kollwitz und Stadtbaurat Martin Wagner aus der Akademie der Künste ausgetreten. Dem Kultuskommissar Dr. Rust gab Anlaß für ein entschiedenes Vorgehen, daß Heinrich Mann und Käthe Kollwitz einen Aufruf zur Einigung der Linksparteien unterschrieben hatten. Heinrich Mann wies demgegenüber darauf hin, daß in der republikanischen Vergangenheit der Akademie die persönliche Freiheit der rechtsstehenden Akademiemitglieder nie angetastet worden sei. Die Fronten sind demnach klar: Die Rechte ist für den Kommissar, die Linke für Heinrich Mann. Aus dieser Perspektive urteilte Stadtbaurat Wagner, als er sich dem Austritt der beiden anderen anschloß. Die Politisierung des Falles aber verdunkelt ihn erheblich.

Heinrich Mann gehört innerhalb der Vorkriegsgeneration zu den radikal westeuropäisch Ausgerichteten. Unter ihnen aber gibt es einen erhaltenden und einen zerstörenden Typ. Thomas Mann repräsentiert den ersten, sein Bruder den zweiten. Thomas Mann flüchtet immer wieder aus dem Chaos seiner Gegenwart zurück in die feste und stattliche Ordnung seiner Vorfahren. Im Chaos noch hütet er die Schätze seiner Väter und nur unter ihnen wird er sterben. Darin liegt Größe. Das soll man umso offener gestehen, je härter man ihn um der Zukunft willen angreifen muß. Heinrich Mann dagegen warf immer nur weg, was er besaß. Sein Lebenswerk ist voller Sucht nach Auflösung. Nach dem Kriege, in der Zeit der allgemeinen deutschen Verwirrung, war seine Stunde gekommen. Er umhüllte sich mit einem politischen Mantel und steht nun als Märtyrer der „Linken“ da. In Wahrheit aber geht es nicht um Rechts oder Links, sondern um Aufbau und Zerstörung. Gerade der aufbauende Sozialist sollte sich vor Männern wie Heinrich Mann und in der jüngeren Generation Bertolt Brecht hüten, die nichts mit den gesunden und gläubigen Kräften des Sozialismus zu tun haben. Und auf der anderen Seite sollte man sich klarmachen, daß man sich mit einer höchst veralteten und oberflächlichen Auffassung von der „Linken“ herumschleppt, wenn man in ihr immer nur den Inbegriff aller Kräfte des Untergangs sieht. Würde man das auf allen Seiten klar erkennen, so müßte Stadtbaurat Wagner seine Sympathie für Heinrich Mann berichtigen und Dr. Rust seine Antipathie gegen Käthe Kollwitz.

Das Daseinsrecht der Akademie der Künste wird nun dadurch aufs schwerste erschüttert, daß Heinrich Mann Präsident ihrer Sektion für Dichtkunst war. Diese Sektion für Dichtkunst ist 1926 durch Minister Becker gegründet worden, ohne Schwung und fruchtbare Ideen, lediglich aus einer formalen Erkenntnis ihrer Notwendigkeit heraus. Es verhielt sich hier ähnlich wie mit der Pädagogischen Akademie. Bei der Zusammensetzung der Akademie ergaben sich sofort Schwierigkeiten aus der liberalistischen Grundhaltung der Dichter. Jeder Künstler ist heute seine eigene Akademie, zitierte Thomas Mann in seiner Eröffnungsrede. Entscheidend für die Entwicklung der Sektion wurde es, daß bei der relativistischen Einstellung des späten Bürgers jeglicher Maßstab bei der Zuwahl fehlte, so daß beispielsweise seit 1931 Ricarda Huch neben Heinrich Mann im Präsidium sitzen konnte. Auf diese Art verwickelte man sich bei der Zuwahl bald in gesellschaftliche Verpflichtungen und Rücksichten, bis dann ein Parlament vorhanden war, das dem politischen an Wesenlosigkeit nichts nachgab. Männer wie H. Hesse, Kolbenheyer und W. Schäfer schüttelten sich und traten aus. Andere kümmern sich nicht mehr um die Akademie. In Berlin amtiert

ein Rest von betagten Literaten und geschäftigen Dichter-Parlamentariern. Ab und zu fordern sie gewaltig: Geistesfreiheit, Einfluß auf Unterricht und Erziehung u. a. Sie lassen ausgewählte Schriften unter akademischer Glorie veröffentlichen und veranstalten Vorleseabende, die unvorstellbar öde sind. Und nichts, nichts, was sie tun und sagen, hat bisher einen einzigen deutschen Menschen bewegt. [...] Wedel

Der Vorwärts, 23. 2. 1933: Krach in der Akademie

Ein in der Geschichte sämtlicher Akademien der Welt unerhörter Vorfall hat sich in der preußischen Akademie der Künste am 15. Februar ereignet. Der Kommissar für das preußische Kultusministerium, Rust, hatte vom Präsidenten der Akademie, Max von Schillings, den Hinauswurf von Heinrich Mann, dem Vorsitzenden der Abteilung für Dichtkunst, verlangt und mit der Aufhebung der Dichterabteilung gedroht, falls Mann nicht ginge. Heinrich Mann wurde zur Last gelegt, daß er zur Bildung einer einheitlichen Front der SPD und KPD aufgefordert habe, „damit man nicht in Barbarei versinke“, als Mitunterzeichner eines öffentlichen Aufrufes. In der vom Präsidenten schleunigst einberufenen, aber nur von wenigen besuchten Mitgliederversammlung der Akademie, erklärte sich Heinrich Mann freiwillig bereit, sein Amt niederzulegen und auszuscheiden, um das Bestehen des Ganzen nicht zu gefährden.

Käthe Kollwitz und Stadtbaurat Martin Wagner erklärten aus Solidarität mit Heinrich Mann ihren Austritt aus der Akademie. Inzwischen hat auch die Dichtersektion der Akademie getagt. Wie verlautet, wurde einstimmig eine Erklärung an den Präsidenten der Akademie angenommen, in der Heinrich Mann ein herzlicher Dank ausgesprochen wird. Da sowohl die Sitzung der Gesamtakademie, wie die der Dichtersektion für vertraulich erklärt wurde, sind Details bisher nicht an die Öffentlichkeit gedrungen.

Die Geschichte wird eines Tages die genauen Umstände erfahren und ihr Urteil sprechen.

III. STELLUNGNAHMEN EINZELNER MITGLIEDER

[Dr. Alfons Paquet] Frankfurt am Main, Wolfgangstr. 122, 17. Februar 33

7

Preußische Akademie der Künste, Abteilung für Dichtung, Berlin W 8

Sehr verehrter Herr Kollege Loerke,

leider ist es mir unmöglich, der Einladung zu der auf Montag, den 20. ds. Mts., einberufenen Sitzung Folge zu leisten. Den Mitgliedern der Abteilung für Dichtung bitte ich Sie, in der Sitzung meine hier folgende Äußerung zur Tagesordnung zur Kenntnis bringen zu wollen. Darf ich Sie freundlichst bitten, mich vom Ergebnis der Sitzung baldmöglichst unterrichten zu wollen.

Ihr ergebenster Alfons Paquet

Anlage: Erklärung zur Tagesordnung einer Sitzung der Preußischen Akademie, Abteilung für Dichtung, am 20. II. 33

Das Bestehen einer Preußischen Akademie und in ihr einer Abteilung für Dichtung hat nach meiner Überzeugung nur einen Sinn, solange die Freiheit des Wortes in Deutschland, und namentlich das Recht des Schriftstellers auf die volle Unabhängigkeit seiner Meinungsäußerung, selbstverständlich auch in politischen Dingen, unangestastet bleibt. Tot und wertlos, eine bloße Dekoration ist eine zur höchsten Sichtbarmachung geistiger und künstlerischer Werte berufene Körperschaft, die in dem Augen-

blick schwerwiegender Gefährdung des verfassungsmäßigen Rechtes auf Gedankenfreiheit sich nicht zur Wehr setzt, woher der Angriff auch komme. Das Reich braucht in dieser Zeit der Bürgerkriegsstimmung eine letzte Stätte, wo der Zusammenhalt, die Gemeinsamkeit des deutschen Geisteslebens in Dichtung, Künsten und Wissenschaften über alle politischen Gegensätze hinaus unverwüstlich ist und die einzelnen Regierungen überdauert. Es muß über alle Universitäten und Vereine hinaus eine letzte unabhängige Instanz geben, die mit allem Ernst vor den unabsehbaren Gefahren der Verletzung der für den Dichter wichtigsten Grundbedingung fruchtbaren Schaffens warnt.

Kaum vermag ich zu bezweifeln, daß bei der heutigen Zusammenkunft eine der meinen entsprechende Auffassung zum Durchbruch kommt. Die Notwendigkeit einer unzweideutigen Kundgebung gegen jeden Eingriff in die geistige Selbständigkeit der Akademie liegt vor. Es ist klar, daß ich mich dem Protest anschließe, und ich überlasse dessen Formulierung vertrauensvoll den damit Beauftragten.

Vermag sich gegen mein Erwarten die Überzeugung nicht durchzusetzen, daß angesichts von Tatsachen eine schroffe Verwahrung, unter Umständen sogar die Konsequenz des demonstrativen Austrittes sämtlicher Mitglieder der Abteilung geboten ist, so erkläre ich mich nachträglich mit dem Austritt unseres bisherigen Vorsitzenden Heinrich Mann einverstanden und verzichte unter feierlicher Berufung auf das Prinzip und die reichsdeutsche Tradition der geistigen Freiheit auf weitere Mitgliedschaft an der Preußischen Akademie.

Alfons Paquet

8 [Dr. Ricarda Huch] Heidelberg, Friesenberg 1, 17. II. 33

Sehr geehrter Herr Loerke,

Leider ist es mir nicht möglich, aus den Zeitungsnachrichten mir eine klare Vorstellung von den Vorgängen zu machen; namentlich, ob das Kultusministerium wirklich einen Druck auf die betreffenden ausgeübt hat. Es ist nach meiner Ansicht sehr zu beklagen, daß Herr Mann ausgetreten ist; ich finde, man hätte es darauf ankommen lassen müssen, ob der Kultusminister wirklich den Mut hat, unsere Abteilung aufzulösen.

Vielleicht erinnern Sie sich, daß ich immer der Ansicht war, Dichter sollten nicht Mitglieder einer staatlichen Akademie sein. Regierungen haben immer die Neigung, wo sie können ihre Richtung zu oktroyieren; auch die vorige hatte es. Ich habe von jeher beschlossen gehabt, auszutreten, wenn es sich zeigen sollte, daß die Akademie von der Regierung als an eine bestimmte politische Richtung gebunden betrachtet werde. Indessen möchte ich nichts tun, bis ich bestimmt weiß, wie der Austritt von Herrn Mann und Frau Kollwitz zustande gekommen ist. Ich bitte Sie deshalb dringend, sehr geehrter Herr Loerke, mir davon Mitteilung zu machen.

Sollte ich es für notwendig halten, meinen Austritt zu erklären, so würde ich hinzufügen, daß das nicht eine Art von Sympathiekundgebung ist (denn ich gehöre weder der sozialist. noch der kommunist. Partei an und bin im allgemeinen nicht für das Unterzeichnen von Aufrufen), sondern daß ich es tue, um mir das Recht der freien Meinung und freien Meinungsäußerung zu wahren. Auf dieses Recht muß meiner Ansicht nach gerade der Dichter bestehen. Es tut mir leid, daß ich nicht in Berlin bin und die Ansichten der Kollegen nicht hören kann.

Mit den besten Grüßen

Ricarda Huch

Walter von Molo, Berlin-Zehlendorf, Schweitzerstr. 7, den 17. Februar 1933.

9

An die Preußische Akademie der Künste, Abteilung f. Dichtung, Berlin W., Pariser Platz 4.

Lieber Freund Loerke!

Wie ich Ihnen telefonisch sagte, muß ich morgen zu Vorträgen verreisen, ich bin erst wieder Mittwoch nächster Woche hier. Nun kam heute die Einladung für Montag, den 20. d.M. Fast zur gleichen Stunde, in der diese Sitzung stattfindet, werde ich in der „Schopenhauer-Gesellschaft“ in Hamburg sprechen, ich kann also daher leider wieder nicht kommen. Aber ich möchte nicht wegfahren, ohne meine Anschauung der Dinge Ihnen mitzuteilen, und ich bitte Sie, von meinem Brief allen anwesenden Kollegen Kenntnis zu geben.

Im vorigen Jahr, am entscheidenden Tag im Januar dieses Jahres, im Augenblick als die neue Leitung ins Kultusministerium trat, hat die Akademie geschwiegen. Heinrich Mann ist ausgetreten, um die drohende Auflösung der Akademie zu verhüten, weil er diese Gefahr unter allen Umständen vermeiden wollte. Es ist mir daher unverständlich, wieso man jetzt dann von neuem diese Gefahr schaffen will, indem man protestiert oder demonstrativ austritt. Ich sähe in einem solchen Vorgehen keine Logik, und ich bin darum und aus genauer Kenntnis der Dinge gegen jeglichen Protest und gegen jeglichen Austritt. Wir erfüllten nur die Wünsche unserer Gegner, wenn wir anders handelten. Wir machten Plätze frei für Menschen, die wir bisher abgelehnt haben. Die Akademie und im besonderen unsere Abteilung hat die Pflicht, nunmehr auszuharren. Denn wenn man anderes wollte, dann hätte man zumindest in der letzten Sitzung der Gesamtakademie sich gegen den Austritt Herrn Heinrich Manns wehren müssen. Jede Protesthandlung jetzt nachher lehne ich ab. Und ich bitte meine Kollegen, die Sache ebenso reiflich zu überlegen, wie ich es getan habe, und ich hoffe, sie werden mir dann zustimmen.

Mit herzlichen Grüßen an Sie und die anderen Kollegen

Ihr Walter v. Molo

[Dr. Wilhelm von Scholz] Zürich, z. Zt. Kurhaus Zürichberg, den 18. Februar 1933.

10

Lieber Walter von Molo,
nach Ihrer telegrafischen Darlegung, die ich soeben erhalten habe, schließe ich mich Ihrer Meinung an, daß es das Richtigste ist, von Austritt oder Protesten abzusehen. Vor irgendwelchen Entschließungen, die für die ganze Abteilung gelten sollen, müssen m. E. die auswärtigen Mitglieder einen genauen Bericht des Vorgegangenen und das Protokoll der Besprechungen in der Sitzung am Montag, dem 20., der ich leider nicht beiwohnen kann, erhalten haben.

In großer Eile mit herzlichen Grüßen

Ihr alter Wilh. v. Scholz.

[Dr. Alfred Mombert] Heidelberg, 18. II. 1933

11

Preußische Akademie der Künste. Abteilung für Dichtung.

Sehr verehrter Herr Kollege!

Nach den Informationen, die mir die Berliner Presse gab, kann ich zum Austritt von Heinrich Mann nur Folgendes sagen:

Ich bedauere es außerordentlich, daß die Akademie einen großen Künstler und kühnen Geist, wie Heinrich Mann es ist, verlieren mußte. Was aber geschehen ist, mußte geradezu mit Naturnotwendigkeit *so* eintreten. Als Mann diesen Aufruf (von dem mir allerdings die Presse nur den letzten Passus wiedergibt) mitunterzeichnete, mußte er sich darüber völlig im Klaren sein, daß eine Regierung, die die Kommunistische Partei für ihren Todfeind erklärt hat, sich das *nicht* gefallen lassen *kann* von einem Manne, der gleichzeitig das deutsche Schrifttum an erster staatlicher Stelle vertreten soll. Ich will hier nicht davon sprechen, daß es für die meisten geradezu unbegreiflich ist, wie ein einsichtiger Geist sich heute vom Kommunismus die Rettung der deutschen Kultur erhofft. Man mag sich vorstellen, wie nun eine solche Erklärung mitten im Kampf der Leidenschaften auf Parteigänger wirken muß.

Ich kann das Vorgehen des derzeitigen verantwortlichen Reichskommissars *nicht* mißbilligen. Es ist heute sehr leicht, eine Institution, wie die Akademie der Künste es ist, mit etwas Pathos in die Luft zu sprengen. Wir haben aber die Pflicht, sie zu *erhalten* für kommende Zeiten.

Mit kollegialem GruÙe
Mombert

12 Dr. Max Halbe, München 23, Wilhelmstraße 2, 19. Febr. 33

Preußische Akademie der Künste, Abteilung für Dichtung, Berlin

Sehr verehrte Herren Kollegen!

Die Einladung zur Sitzung des Senats und der Abteilung für Dichtung am 20. Februar (morgen Montag) habe ich mit Dank erhalten, bedaure aber, ihr nicht Folge leisten zu können, da meine wirtschaftliche Lage mir nicht gestattet, die Reisekosten selbst zu übernehmen.

Ich bin auch nicht imstande, zu der Sache selbst – wie es Ihrem Wunsche entspricht – von hier aus Stellung zu nehmen, da ich nur durch ein paar spärliche Zeitungsnotizen davon weiß. Näheres ist mir nicht bekannt. Nur soviel sei mir gestattet zu bemerken, daß die schon seit langem latente Krisis unserer Abteilung, wie sie sich ja auch in der Versagung von staatlichen Mitteln für unsere notwendigsten Bedürfnisse äußert, nunmehr offen zum Ausbruch gelangt zu sein scheint und unbedingt einer Lösung durch eine Hauptversammlung aller Mitglieder bedarf, wenn nicht alles mühsam bisher Aufgebaute zusammenbrechen soll. Daß dabei zunächst und vor allem auch unser Verhältnis zur gegenwärtigen Staatsregierung geklärt werden muß, halte ich für selbstverständlich.

Mit kollegialen Grüßen
Ihr ergebenster Max Halbe

13 [Dr. Josef Ponten] 19. 2. 33.

An die Abteilung für Dichtung der Preußischen Akademie der Künste.

Sehr geehrte Herren und Damen Kollegen!

Ich stellte vor zwei Jahren in sachlicher Absicht den Antrag, es möchten einmal die Rechnungen der neuen Abteilung vor den Mitgliedern offengelegt werden. Dieser Antrag kam überhaupt nicht zur Verhandlung, sondern wurde abgelehnt – durch den Herrn Sekretär! In offenbarer Überschreitung seiner ihm von der Abteilung übertragenen Vollmachten. Er ließ ein in höhnischem Tone abgefaßtes Rundschreiben hinausgehen, das geeignet war, den einen Kollegen vor den anderen bloßzustellen.

Ich war tief enttäuscht und verstimmt darüber, daß in einer kollegialen Körperschaft ein solch unkollegiales und böses Verhalten möglich sei und zog mich in eine vorsichtig abwartende und völlig untätige Haltung gegenüber der Abteilung zurück. Ähnliche Vorfälle hatten kurz vorher den Austritt einiger bedeutender Mitglieder zur Folge gehabt. Der Herr Sekretär hat in den zwei verflossenen Jahren noch keine Zeit gefunden, das Unrecht wiedergutzumachen. Eine Stimmung von Verdrossenheit und Akademiemüdigkeit, die gleich nach Gründung der Abteilung aufkam, hat man in Berlin bis heute nicht zu beseitigen verstanden. Dies zur Erklärung meiner persönlichen Haltung.

Was nun den Fall Heinrich Mann angeht, so hat Herr Mann mit seinem Rücktritt vom Vorsitz und seinem Austritt aus der Akademie das Richtige getan. Mir will scheinen, als ob freiwillige weitere Austritte von Persönlichkeiten, welche die Lage von heute belasten, der Akademie Schwierigkeiten und Gefahren ersparen würden. Wenn man etwa Herrn Mann zurückrufen, die Abteilung aus Anlaß des Falles Mann auflösen und ähnliches augenfällig Geflissentliche tun wollte, so würde man meine Stimme nicht dafür haben.

In kollegialer Hochachtung
Dr. Josef Ponten

Ina Seidel, Berlin W 8, Kronenstr. 70, 20. II. 33

14

An die Preußische Akademie der Künste, Abteilung für Dichtung, z. H. des Herrn Oskar Loerke, Berlin

Sehr verehrter Herr Loerke,

zu meinem großen Bedauern kann ich nun doch nicht an der heutigen wichtigen Sitzung teilnehmen, da mein Bruder Willy infolge eines Unfalls ernstlich erkrankt ist und heute Nachmittag operiert wird; ich muß in der fraglichen Zeit bei ihm in der Klinik sein. Ich habe meinen Standpunkt zum Gegenstand unsrer heutigen Zusammenkunft in folgender Erklärung formuliert, die ich Sie gegebenenfalls vorzulesen bitte. —

Nachdem sich meine erste Erregung über den vom Standpunkt der Geistesfreiheit aus anscheinend nicht zu rechtfertigenden Eingriff der Regierung in die Rechte der Akademie der Künste gelegt hatte, bin ich nach ruhiger Überlegung zu dem Ergebnis gekommen, daß ein öffentlicher Protest oder gar ein Gesamtrücktritt der Abteilung für Dichtung unter den gegebenen Umständen nicht ratsam sein würde. Eine solche Kundgebung würde zwar der beruflichen Kollegialität und Solidarität entsprechen. Es fragt sich aber doch, ob diese Forderungen in dem vorliegenden Fall so in den Vordergrund gestellt werden dürfen, und ob es sich hier nicht vielmehr um den Bestand eines überpersönlichen Gebildes handelt, das nicht eine Berufsgemeinschaft im engeren Sinne, sondern das jenseits aller Partei- und Privatauffassungen die deutsche Kunst als Ausdruck deutschen Geistes repräsentativ vertritt.

Aus dieser Voraussetzung ergäbe es sich, daß die Mitglieder der Akademie sich einer überzeitlichen Gemeinschaft verpflichtet fühlen müßten, und in diesem Sinne hat die Abteilung für Dichtung wohl auch eine Reihe von Mitgliedern, die zwar weder „gewählt“ noch von einer Regierung hineinberufen worden sind, auf deren Geist und Wesen wir uns aber in Ehrfurcht berufen dürfen, wenn wir uns zu der Ansicht bekennen, daß Vertreter der Akademie sich nicht durch zeitbedingte Oberflächenvorgänge dazu bestimmen lassen sollten, sich für Strömungen einzusetzen, denen der Kampf gegen solche Oberflächenvorgänge nur als Vorwand und Scheinmanöver dient, um Machtansprüche durchzusetzen auf Gebieten, die mit Geist schließlich wenig zu tun haben.

Nichts liegt mir ferner, als hiermit Kritik an dem Vorgehen der von mir hochverehrten und hochgeschätzten Kollegen Käthe Kollwitz und Heinrich Mann zu üben! Ich sehe in diesem Vorgehen, soweit es der Ausdruck persönlicher Stellungnahme ist, eine folgerichtig auf der Linie ihrer von jeher dokumentierten Einstellung liegende Meinungsäußerung. Wenn ich der Ansicht bin, daß so hohe menschliche Ideale nie durch eine politische Partei, der es letzten Endes doch immer nur um Machtfragen geht, sondern nur durch den Einzelnen und sein Werk getragen werden – daß somit *keine* Partei den Anspruch erheben kann, zur Wahrung der Kulturgüter des Volkes besonders berufen zu sein, so weiß ich, daß ich damit sowohl die Handlungsweise der Regierung, als diejenige unsrer ausgeschiedenen Mitglieder in Frage stelle.

Die Würde der Preußischen Akademie der Künste und ihre große Tradition, die für unsere junge Abteilung freilich einzig in der Berufung auf die große Überlieferung der deutschen Dichtung im allgemeinen wurzelt – aber hat es nicht vielleicht von jeher eine „unsichtbare Akademie“ gegeben, wie eine „unsichtbare Kirche“? – diese Würde und diese Tradition also erfordern es meinem Gefühl nach, daß die Akademie unter allen Umständen die Neutralität einer über den Zeitströmungen stehenden Vertretung wahre und sich nicht einer politischen Machtprobe aussetze, was durch einen öffentlichen Protest zweifellos geschehen würde. Ich habe es seinerzeit als hohe Ehre empfunden, in diese Vertretung aufgenommen zu werden, und würde für meine Person die Notwendigkeit eines Rücktritts erst dann empfinden, wenn ich den Eindruck gewinnen sollte, daß jene Kollegen, von denen ich weiß, daß sie meine hier vorgetragene Auffassung teilen, und ich nicht mehr imstande sein sollten, den rein geistigen und überzeitlichen Charakter der Abteilung für Dichtung zu wahren.
Ina Seidel.

15 Ernst Barlach, Güstrow (Mecklenburg), Haus Heidberg, 23. II. 33

Sehr geehrter Herr Professor,
trotzdem ich mangels anderer Information die Freiwilligkeit des Austritts von Heinrich Mann und der Frau Professor Käthe Kollwitz aus dem Verband der preuß. Akademie der Künste annehme, ist mir dennoch nicht ganz wohl dabei und ich unterbreite Ihnen, sehr verehrter Herr Professor, somit die Bitte, mir gütigst Klarheit darüber zukommen zu lassen, ob mit dem Verbleib in der Akademie der Künste ein irgendwie politisch gefärbtes Gesinnungsbekanntnis verbunden oder nur vorausgesetzt wird.

Ogleich ich keiner der momentan mißliebigen Parteien als Mitglied angehöre, so ist die Unterschiedlichkeit zweier Rechte, desjenigen der freien Meinungsäußerung als Künstler und desjenigen als Staatsbürger für mich nicht annehmbar. Ich würde bei bleibender Ungeklärtheit der Frage Gefahr laufen, mit den Folgerungen aus mir unbekanntem Voraussetzungen gegebenenfalls belastet zu werden. Ich bitte, mir freundlichst eine Aufhellung meiner Zweifel nicht vorzuenthalten.

In außerordentlicher Hochachtung
E. Barlach

16 Der Präsident der Akademie der Künste zu Berlin, Berlin W 8, den 28. 2. 33

Sehr geehrter Herr Barlach,
In Ihrem Briefe vom 23. 2. stellen Sie die Frage an mich, „ob mit dem Verbleib in der Akademie der Künste ein irgendwie politisch gefärbtes Gesinnungsbekanntnis verbunden oder nur vorausgesetzt wird“. Das ist selbstverständlich nicht der Fall.

Niemals wird von einem Mitgliede der Akademie das Bekenntnis zu irgendeiner politischen Partei gefordert oder wird ihm das Bekenntnis zu einer bestimmten Partei verwehrt. Das Recht der freien Meinungsäußerung, das er als Staatsbürger hat, wird ihm „als Künstler“ (– so schrieben Sie –) von niemandem verwehrt. Dagegen stehe ich auf dem Standpunkt, daß ein Künstler, der die Ehrung, Mitglied der Akademie zu sein, annimmt, nicht nur die Satzung, die geschriebene und paraphirierte, als bindend für sich anerkennt, sondern darüber hinaus auch Pflichten des höheren Taktes, die man nicht in Paragraphen fassen kann, empfindet und anerkennt. Zu dieser Art von Pflichten gehört die, sich eine gewisse Zurückhaltung in der Ausübung des Rechtes der freien Meinungsäußerung aufzuerlegen, und das ganz besonders in Zeiten heftiger politischer Leidenschaftlichkeit, wo es vollkommen unangebracht und untunlich erscheinen muß, daß man durch Unterzeichnung eines, die nationale Regierung aufs heftigste angreifenden sozialistisch-kommunistischen Wahlaufs, die Interessen der Akademie aufs schwerste schädigt. Die beiden von Ihnen genannten bisherigen Mitglieder waren in besonders gehobenen Ehrenstellungen, vom Staate dafür honoriert, tätig. – Ich brauche wohl kaum darauf hinzuweisen, daß es auch unter einer früheren, politisch anders gerichteten Regierung zu schwersten Konflikten geführt haben würde, wenn Mitglieder der Akademie in ähnlicher Weise zum Niederringen dieser Regierung (– „da sie die Barbarei herbeizuführen drohe“ –) öffentlich aufgefordert hätten. Die beiden Mitglieder haben freiwillig auf ihre Mitgliedschaft verzichtet; Frau Käthe Kollwitz wurde aber das Amt und die Bezüge eines Vorstehers des akademischen Meisterateliers für Graphik belassen.

Indem ich hoffe, sehr verehrter Herr Barlach, durch die vorstehenden kurzen Ausführungen Ihre Besorgnisse und Zweifel behoben zu haben, begrüße ich Sie in besonderer Hochschätzung

Max v. Schillings.

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 20. Februar 1933. 17
[Aktenvermerk:] abgesandt nach Paris Hôtel Majestic mit 2 Anl[agen].

Lieber Herr Professor [Thomas] Mann,
auf Anraten Dr. Bermanns, dem ich, weil Sie ihn angerufen hatten, meine Auffassung der so überaus peinlichen Akademieangelegenheit entwickelt habe und der sich vollkommen meiner Meinung anschließt, möchte ich Ihnen mein Urteil über den erschütternden Vorgang mitteilen. Die meisten Mitglieder der drei Abteilungen, darunter auch die meisten politisch linksstehenden können sich mit dem Aufruf des Internationalen sozialistischen Kampfbundes in keiner Weise identifizieren und sie meinen, es müsse ihnen erlaubt sein, die eigene Ansicht zu äußern, auch wenn es sich um ein so hervorragendes und verehrtes Mitglied wie Ihren Bruder handelt. Es muß doch erlaubt sein, zu sagen, daß er sich einmal geirrt hat. Diese Mitglieder finden, daß der Aufruf gerade das an sich, worauf sie den größten Wert legen: das Recht der freien Meinungsäußerung. Die Akademiemitglieder fast insgesamt geben dem Internationalen sozialistischen Kampfbund, der das Plakat herausgegeben hat, nicht das Recht, die Akademie zu sprengen. Sie wollen sich von der Meinung dieses Kampfbundes nicht terrorisieren lassen, sondern wünschen, ihr Recht auf Äußerung ihrer Überzeugung auch zu behalten. Der Aufruf versucht diesen Terror aber in der Tat auszuüben, denn wer sich nicht parteipolitisch in SPD. und KPD. soweit betätigt, daß diese beiden Parteien im Wahlkampf, in der parlamentarischen und in der weiteren Abwehr (hierunter kann auch der Bürgerkrieg verstanden werden, wenn es auch nur rein zeitlich gemeint wäre) zusammengehen, der wird der Trägheit der Natur und Feigheit des Herzens beschuldigt. Wer also ablehnt, nicht nur in der SPD., sondern

auch in der KPD. *aktiv* zu sein, ist träge und feige und befürwortet die Barbarei. Sollten in dem unklaren Text mit den Trägen und Feigen aber die seelisch und materiell schwer bedrohten Mitglieder der SPD. und KPD. gemeint sein, so kann von den Mitgliedern der Akademie ebenfalls nicht verlangt werden, daß sie sich dieser Beleidigung anschließen. In der Anlage übersende ich Ihnen eine Abschrift des Appells sowie meine Notizen.

In alter herzlicher Verehrung grüßt Sie
Ihr Loe[rke]

IV. STELLUNGNAHME DER ABTEILUNG FÜR DICHTUNG

18 *Streng vertraulich!* Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Abteilung für Dichtung, Berlin, den 20. Februar 1933. Beginn der Sitzung: 6 Uhr abends

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Rudolf Binding: v. Schillings, Amersdorffer, Benn, Binding, Döblin, Frank, Fulda, Loerke, Stucken

Binding wird durch Akklamation zum Leiter der Sitzung gewählt. Bevor er die Wahl annimmt, gibt er der Befürchtung Ausdruck, nicht genügend unterrichtet zu sein, und schlägt an seiner Stelle Benn vor; dieser findet, daß gerade ein Mitglied, das vergangenen Mittwoch bei der Sitzung der Gesamtkademie nicht aktiv hervorgetreten sei, sich besonders zum Vorsitzenden der heutigen Verhandlung eigne. Binding eröffnet danach die Sitzung.

Der *Präsident* erklärt, er habe es bei der fortdauernd äußerst schwierigen Lage für seine Pflicht gehalten zu erscheinen. Er bittet, alle Mitglieder möchten sich im Interesse der Zukunft unserer Akademie um eine versöhnliche Einigung bemühen, diese müsse unbeschadet der Überzeugungen und Bekenntnisse des einzelnen möglich sein.

Binding schlägt vor, das Protokoll der Mittwoch-Sitzung zu verlesen. Dem wird entsprochen. *Amersdorffer* erläutert vorher das Zustandekommen der Sitzung am Mittwoch. Er verliest auch den „Dringenden Appell“ des Internationalen sozialistischen Kampfbundes. Dieser hat als Plakat an allen Litfaßsäulen Berlins und der Provinz mehrere Tage lang gehangen und fordert dringend den Zusammenschluß der KPD und SPD, um die hereinbrechende Barbarei in Deutschland zu bekämpfen; der Aufruf enthält den Satz: „Setzt die Verantwortlichen unter Druck“. Unter diesem Aufruf stand der Name Heinrich Manns.¹ Auf Anfrage Bindings nach der Beteiligungsziffer gibt Amersdorffer Auskunft, daß am Mittwochabend 53 Mitglieder anwesend gewesen sind und verliest die Namen der Dichter, die zugegen waren.

Döblin befragt den Präsidenten, warum er die Lage für unverändert schwer halte, wie er eingangs gesagt habe. Der *Präsident* erwidert, daß die Schwierigkeiten in der Stellungnahme der Presse zum Ausdruck kommen. Von der Regierung aus sei man an ihn nicht mehr herangetreten, seitdem die amtliche Erklärung das Ergebnis der Mittwoch-Sitzung zusammengefaßt habe. Der *Präsident* betont nochmals, die Abteilung solle gewiß nicht alle Gegensätze der Weltanschauung aufgeben, aber er fragt, ob die Kollegen nicht eine einheitliche Meinung herstellen könnten, um die Gefahren für den Fortbestand der Akademie nicht neu heraufzubeschwören. Er bittet ganz offen zu reden und sich auch, was seine Person angehe, in keiner Weise zurückzuhalten.

¹ Die Ausführungen von Amersdorffer sind in einem Punkt zu berichtigen: Die Aufforderung „Setzt die Verantwortlichen unter Druck!“ ist nicht Teil des Appells, den Heinrich Mann unterschrieben hatte. Die Aufforderung ist ein Zusatz, den der Veranstalter, der Internationale sozialistische Kampfbund, unter Text und Unterschriften des Appells gesetzt hatte. Vgl. dazu Dok. Nr. 2.

Fulda fragt, ob der Reichskommissar eine Institution wie die Akademie auf Grund einer gesetzlichen Grundlage auflösen könne. Der *Präsident* erinnert an seine Mitteilungen aus der Unterredung mit dem Reichskommissar, wonach er diesem sein Amt zur Verfügung gestellt hat, falls die Akademie oder ein wesentlicher Bestandteil der Akademie aufgelöst werden sollte; unter seiner Präsidentschaft jedenfalls sollte das nicht erfolgen.

Benn schlägt vor, formelle Fragen zurückzustellen. Wir müßten zunächst wissen: welche Gegensätze liegen vor. *Döblin* hat in der Gesamtsitzung am 15. Februar einen Protest der Abteilung für Dichtung angekündigt. Wir müssen uns nun fragen, gegen wen soll sich der Protest richten, und welche Grundlage hat er. *Döblin* weist auf § 7 der Satzung hin, wonach ein Vorgehen gegen die nunmehr ausgeschiedenen Mitglieder nicht möglich gewesen wäre. Aber der Präsident habe besondere Anweisungen erhalten, wie er am Mittwoch mitteilte. *Döblin* erkennt an, daß sowohl der Präsident wie *Heinrich Mann* sich um die Erhaltung der Akademie bemüht hätten. Aber es gäbe ein Erhalten und ein würdiges Erhalten. Er glaube in bezug auf die Würde habe die Akademie eine Schlappe erlitten. Noch ein weiterer formaler Punkt sei zu berücksichtigen. Bei den Beratungen über die Statutenreform habe Herr Ministerialdirektor *Hübner* wiederholt den Gesichtspunkt eingeprägt, wir seien ein Selbstverwaltungskörper. Es steht jetzt in der Präambel der neuen Satzung. Darauf hätten wir im Falle *Heinrich Mann* mehr Rücksicht nehmen müssen. Es sei ihm durchaus verständlich, daß Herr von *Schillings* wahrscheinlich schockiert gewesen sei, als er im Ministerium plötzlich von den beabsichtigten schweren Maßnahmen (Auflösung der Akademie oder wenigstens der Abteilung für Dichtung) erfuhr; ihm selbst würde es vielleicht nicht anders gegangen sein. Der *Präsident* entgegnet, er habe einen Schreck nur bekommen, als er unter dem plakatierten Aufruf die Namen der beiden Mitglieder las. *Binding* warnt (*Döblin* gegenüber), die Verhandlung auf ein falsches Gleis zu schieben.

Der *Präsident* erklärt, er habe sich, als er im Ministerium hörte, welche Schritte beabsichtigt gewesen seien, sofort gesammelt und überlegt, wie er eine knappe Frist gewinnen und was er für die Erhaltung der Akademie tun könne. *Frank* betont, *Heinrich Mann* sei unter Druck ausgeschieden. Mehrere Mitglieder rufen *Frank* zu: unter einem Druck, den er sich selbst geschaffen hat. *Frank* erwidert, darüber seien die Ansichten verschieden. *Benn* macht darauf aufmerksam, daß am Mittwoch aus unserer Abteilung 5, aus den anderen Abteilungen 50 Mitglieder anwesend gewesen wären. Es sei sicher, mit welchem Resultat abgestimmt worden wäre, wenn *Heinrich Mann* nicht zurückgetreten wäre. *Döblin* ruft ihm zu, das sei nicht sicher, aber auch heute nicht entscheidend.

Der *Präsident* berichtet ein persönliches Erlebnis, das ihm unter dem Ministerium *Becker* widerfahren ist. Er war damals aus dem Ehrenkomitee einer Versammlung ausgeschieden, weil er sich mit dem scharfen und rohen Ton der dort gehaltenen Reden nicht einverstanden erklären konnte. Am nächsten Tage fand er in der Frankfurter Zeitung einen Artikel mit der Überschrift „*Max von Schillings, der Teutsche*“. Es wurde darin gefordert, daß er kein öffentliches Amt mehr bekleiden dürfe. Die ganze Mosse- und Ullstein-Presse übernahm den Angriff. Herr von *Schillings* mußte unter diesem Druck dem Minister *Becker* sein Wort zurückgeben, daß er ihm für die Vorgänge bei dem Intendantenstreit durch Übertragung der Dirigentenstelle bei der Städtischen Oper Genugtuung geben werde. Es wäre auch unter früheren Regierungen nicht möglich gewesen, in jedem Falle die volle Gerechtigkeit durchzusetzen.

Benn fragt *Döblin*, ob er es für richtig halte, daß *H. Mann*, der als Senator der Akademie laut § 8 der Satzung „als Inhaber eines bestimmten Amtes berufen“ sei, für das er eine jährliche Aufwandsentschädigung erhalte, und der laut § 10 der Satzung „als

Sachverständiger des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“ durch Handschlag verpflichtet sei, in einem Litfaßsäulenplakat die KPD zur Bekämpfung der Barbarei eben dieses Ministers und seiner Partei aufrufe? *Döblin* gibt zu, daß dies nach den formalen Bestimmungen der Satzung nicht richtig sei. Indessen müsse er nochmals den Gedanken an die freie Selbstverwaltung der Akademie wiederholen. Nach seiner Meinung habe Heinrich Mann einen Fehler gemacht, aber keinen überaus großen. *Döblin* selbst hätte diesen Taktfehler nicht gemacht. Wir ständen der Staatsmacht gegenüber, und wir ständen vor der schwierigen Frage: wieweit wollen wir auch Macht sein?

Fulda bekundet, er sei kein politischer Mensch, aber er habe 30 Jahre für Geistesfreiheit gekämpft. Er würde es mißbilligt haben, wenn unter einem sozialistischen Minister ein rechtsstehender Mensch beeinträchtigt worden wäre. Jeder Staatsbürger habe, und besonders bei einem Wahlkampf, das Recht, seine politische Meinung auszudrücken. Einem Akademiemitgliede, das außerhalb der Akademie von seinen Rechten Gebrauch mache, sollte es nicht bestritten werden. *Benn* weist darauf hin, wie oft er seine große Verehrung für den Künstler Heinrich Mann öffentlich bekundet habe. Er werde dafür von links und rechts angegriffen. Er brauche also nicht zu wiederholen, wie er zu dem Dichter Heinrich Mann stehe. Indessen Heinrich Mann eröffne den Kampf gegen die legal und verfassungsmäßig gebildete Regierung und sage, bei dieser Regierung sei die Barbarei. Daraufhin habe sich die Regierungsmacht zur Wehr gesetzt. Er müsse scharf betonen, wir seien nicht angegriffen worden, sondern Heinrich Mann habe den Angriff eröffnet. Die Weimarer Verfassung als Grundlage unserer staatsbürgerlichen Rechte tastet niemand an. Wir aber hatten außer der Weimarer Verfassung als Akademie eine innere Verfassung, die uns Zurückhaltung auferlege. Auch *Binding* glaubt, daß die Meinungsfreiheit, die uns vor allem wertvoll sein müsse, nicht in der politischen Betätigung liege. Er sieht in der politischen Betätigung Heinrich Manns nicht eine Äußerung dieses besonderen und bedeutenden Geistes. Unmöglich sei es, daß ein Atheist als Priester wirke. Unmöglich sei es, daß etwa Justi, der eine große Galerie unter sich habe, einen Aufruf unterschreibe, der fordere, daß die Barbarei, Bilder aufzuhängen, aufhören müsse. Es sei bedauerlich, daß die Abteilung nicht schon früher Heinrich Mann gebeten habe, sich zurückzuhalten.

Frank weist darauf hin, daß die Presse auf eine Erklärung warte. Wir müßten mehrere Erklärungen formulieren, weil Einigkeit nicht erzielt werden würde. *Döblin* glaubt, daß eine für alle Mitglieder annehmbare Fassung möglich sei. Sie müßte die beiden Gesichtspunkte haben: 1. Heinrich Mann ist ausgetreten, 2. Die Abteilung will sich nicht auflösen.

Der *Präsident* versichert, er habe niemals ausdrücken wollen, das Verhalten Heinrich Manns habe gegen die Ehre der Akademie verstoßen, sondern er habe nur einen Taktfehler feststellen müssen. Es liege ihm nicht ob, sich gegen das politische Verhalten Manns auszusprechen, aber der Taktfehler Heinrich Manns sei gegeben. *Frank* ist der Ansicht, der Fehler habe darin gelegen, daß der Präsident dem Reichskommissar gesagt habe, er halte die Handlungsweise Manns nicht für richtig. Dies sei seine, Franks, Meinung, die Meinung des Präsidenten sei für diesen natürlich ebenfalls richtig.

Binding schlägt vor, in der Kundgebung auszudrücken:

1. Die Vorgänge, die zum Austritt Heinrich Manns geführt haben, bieten keinen Anlaß zu Schritten in gleicher Richtung. Die Freiheit künstlerischen Schaffens, über die die Akademie zu wachen hat, ist in den Vorgängen nicht angetastet.
2. Die Schritte, die der Präsident getan hat, entsprechen dieser Feststellung.
3. Die Mitgliederversammlung bedauert den künstlerischen Verlust, den der Austritt Heinrich Manns aus ihren Reihen bedeutet.

Benn hält eine Erklärung außer einem Dank an Heinrich Mann überhaupt nicht für nötig, sofern sie den Bestand der Akademie gefährdet. Er wendet sich gegen die Einstellung aller derjenigen Mitglieder, die immer und ohne weiteres geneigt sind, alles, was die Akademie und ihr eigenes Wesen betrifft, zu bagatellisieren. Alles sei nach deren Meinung weit wichtiger: die Weimarer Verfassung, der Zusammenschluß der Arbeiterparteien, hemmungslose politische Agitation, als gerade die Akademie. Die Akademie sei nach ihrer jahrhundertelangen Tradition und nach ihrer Funktion eine glanzvolle Angelegenheit, sie könne es jedenfalls sein als die einzige Stätte zur literarischen Traditionsbildung und zur künstlerischen Repräsentation, die Deutschland hat. Daß die Akademie eine hohe innere Aufgabe habe, habe ja gerade Heinrich Mann wiederholt ausgesprochen, z. B. in seiner Rede, die er an seinem 60. Geburtstag hier gehalten habe.

Der *Präsident* gibt seiner großen Befriedigung darüber Ausdruck, daß *Benn* den Gedanken der Akademie hochhalte. Es läge an den Mitgliedern, was die Akademie aus sich mache, nicht an den Satzungen. Heinrich Manns Schritt sei im Sinne der Akademie unpolitisch gewesen, die Haltung Manns gefährde den Bestand der Akademie. Er bittet nochmals, den Blick auf das Ganze zu richten und sich die im Augenblick erforderliche Beschränkung aufzuerlegen. Er befürchte endlose Weiterungen, wenn mehr als eine ganz knappe Notiz an die Presse gehe.

Benn stellt den Antrag, die Erklärung nicht fest zu beschließen, bevor sie nicht den auswärtigen Mitgliedern vorgelegt sei. Dieser Antrag wird abgelehnt wegen der bestimmt zu erwartenden Indiskretion. Nachdem der *Präsident* nochmals dringend darum gebeten hat, sich nicht in politische Enge zu begeben, verläßt er die Sitzung, einer anderweitigen Verpflichtung wegen, mit dem Hinweis, daß die in Frage stehende Entschließung ihm vor der Veröffentlichung satzungsgemäß vorgelegt werden müsse. Neue Resolutionsvorschläge werden noch von Fulda und Döblin gemacht.

Auf Wunsch Franks werden die Äußerungen der *auswärtigen Mitglieder* durch Loerke verlesen. Gegen Austritt und Proteste erklären sich von Molo, von Scholz, Ina Seidel, Ponten, Mombert, eine nähere Unterrichtung wünschen Halbe und Frau Huch. Frau Huch äußert auch ihre oft vorgetragenen Zweifel an der Möglichkeit einer staatlichen Akademie für Künstler, deren Ausdrucksmittel das Wort ist, Paquet wünscht einen scharfen Protest, widrigenfalls er die Akademie verlassen wolle. *Frank* befürwortet, auf die Gesamthaltung der Briefe Rücksicht zu nehmen. Eine Reihe von Mitgliedern macht ihn darauf aufmerksam, daß darin ja gewünscht werde, keine Aktion zu unternehmen. *Benn* betont nochmals die Notwendigkeit, bei unseren Beschlüssen auch die nichtanwesenden Mitglieder und deren Gesinnung zu berücksichtigen. In gemeinsamer Beratung wird auf Grund der verschiedenen Vorschläge schließlich der folgende Text einer Erklärung aufgesetzt:

„Die Abteilung für Dichtung bedauert tief den Austritt des großen Künstlers Heinrich Mann aus ihren Reihen und dankt ihm, daß er jahrelang seinen Namen und seine Kraft der Abteilung als Vorsitzender zur Verfügung gestellt hat.

Die Abteilung ist entschlossen, auch in erregter Zeit sich keinen Schritt von ihrer Pflicht abdrängen zu lassen, die Freiheit des künstlerischen Schaffens zu schützen. Sie sieht sich zu dieser Erklärung genötigt, da sie sich klar bewußt ist, daß der Reichtum der deutschen Kunst zu allen Zeiten aus der Mannigfaltigkeit der Weltanschauungen erwachsen ist.

Preußische Akademie der Künste
Abteilung für Dichtung.“

Dieser Entwurf wird einstimmig gebilligt. Er soll dem Präsidenten, der nach der Satzung die Akademie nach außen hin vertritt, zur Stellungnahme vorgelegt und nach seiner Zustimmung der Presse zugeleitet werden.

Amersdorffer glaubt, der Präsident werde Vorbehalte machen müssen. *Döblin* fragt, was im Falle der Mißbilligung des Entwurfs durch den Präsidenten geschehe. Die Mehrzahl der Mitglieder ist der Ansicht, daß dann eine neue Sitzung zusammenberufen werden müsse, um eine kollegiale Einigung herbeizuführen.

Schluß der Sitzung: Nach 9 Uhr

Rudolf G. Binding

Oskar Loerke

V. VERHINDERTE PRESSEERKLÄRUNG

19 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 21. Februar 1933

Sehr geehrter Herr Kollege!

Nachdem durch bedauerliche Indiskretion eines Mitgliedes der wesentliche Inhalt der Erklärung der Abteilung für Dichtung bereits heute früh in die Presse gekommen und dadurch der Entscheidung des Unterzeichneten vorgegriffen worden ist, kommt eine Veröffentlichung der Erklärung nicht mehr in Frage.

Der Präsident

Max von Schillings

[Aktenvermerk:] am 21. 2. abgesandt an: Benn, Stucken, Binding, Frank, Döblin, Fulda, von Molo, Ina Seidel; ferner übergeben an: Amersdorffer, Loerke.

20 Walter von Molo, Berlin-Zehlendorf, Schweitzerstr. 7, Zehlendorf 4990, den 23. Februar 1933.

Sehr verehrter Herr von Schillings!

Ich habe es außerordentlich bedauert, in letzter Zeit derartig mit Arbeit überlastet gewesen zu sein, daß ich Sie nach Ihrer Rückkehr noch nicht sprechen konnte.

An der entscheidenden Sitzung der Gesamtakademie konnte ich nicht teilnehmen, da mir von unserer Abteilung aus nicht telefoniert worden war, und ich nachmittags um 5 Uhr keine Änderung mehr vornehmen konnte. Ich war an diesem Abend als Sachverständiger wegen eines Filmplagiates beschäftigt, und an der Sitzung der Abteilung für Dichtung am Montag, den 20., konnte ich nicht teilnehmen, da ich an diesem Tage in Hamburg sowohl im Rundfunk als auch in der „Schopenhauer-Gesellschaft“ sprach. Ich schickte jedoch unserer Abteilung einen Brief, in dem ich meinen Standpunkt dahin präziserte, daß ich gegen jegliche Demonstration sei, um nicht neue Gefahren heraufzubeschwören. Ich las jedoch in der Presse, daß die Abteilung eine Kundgebung für Heinrich Mann beschlossen habe. Beruhigend war für mich an der Sache, daß diese Erklärung Ihrer Entscheidung unterstand. Nun erfahre ich aus Ihrem heutigen Rundschreiben, daß wieder die Indiskretion eines Mitgliedes vorgekommen ist. – Ich kenne diese dauernden Indiskretionen sehr gut aus der Zeit, als ich noch Vorsitzender unserer Abteilung war. Diese Indiskretionen machten jede sachliche Arbeit unmöglich. Ich habe deshalb seinerzeit durchgesetzt, daß wir uns eine Ordnung dahin gaben, es müsse derjenige, der die Vertraulichkeit einer Sitzung verletzt, ausgeschlossen werden. Diese höchst notwendige Einrichtung ist leider nach meinem Rücktritt wieder aufgehoben worden, aber es müssen dagegen Mittel gefunden werden, da sich leider immer wieder zeigt, daß sich manche Akademiker nun eben nicht akademisch benehmen können.

Wäre für uns beide die Zeit nicht derartig besetzt, so hätte ich gerne einmal ausführlich über diese Dinge mit Ihnen vertraulich gesprochen. Vielleicht läßt sich das noch bewerkstelligen, aber ich muß bereits wieder am 3. März zu Vorlesungen verreisen,

und ich bin im März immer nur ein paar Tage vorübergehend hier. Erst im April wird das leichter. Jedenfalls möchte ich heute Ihnen, sehr verehrter Herr von Schillings, kurz meine Genugtuung darüber aussprechen, daß nunmehr eine Veröffentlichung dieser Erklärung, die man nur für die Anwesenden als „einstimmig angenommen“ bezeichnen kann, nicht mehr in Frage kommt.

In herzlicher Ergebenheit

Ihr Walter von Molo

Der Präsident der Akademie der Künste zu Berlin, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 28. 2. 33 **21**

Sehr geehrter Herr Dr. Döblin,

Es ist nun eine Woche vergangen, seitdem ich mich in die Lage versetzt gesehen habe, den Mitgliedern der Abteilung für Dichtung durch Rundschreiben mitteilen zu müssen, daß und *warum* ich meine Zustimmung zu einer Mitteilung an die Presse über die in der Sitzung der Abteilung am 20. 2. gefaßten Entschlüsse nicht geben könne.

Ich hatte erwartet und gehofft, daß Sie sich veranlaßt sehen würden, zu diesem Rundschreiben mir gegenüber Stellung zu nehmen. Da das bisher nicht der Fall war, erkenne ich es als meine Pflicht, Sie zu fragen, ob Sie aus dem Rundschreiben tatsächlich keine Konsequenzen zu ziehen gedenken.

In vorzüglicher Hochachtung

Max v. Schillings

[Dr. Alfred Döblin] Kreuzlingen/Schweiz, Schweizerhof, 4. III. 33

22

Lieber Loerke,

ich habe wegen der schlechten Witterung in Norddeutschland für eine kleine Zeit Berlin verlassen, höre von meiner Frau von Schillings und Ihrer Unterhaltung mit meiner Frau.

Ich muß noch einmal (*und zwar auf mein Wort*) zur Sache bemerken, daß ich mein Telefonat mit Schillings nach einem völlig oberflächlichen Blick in eine einzige Zeitung (Voß) führte, daß ich erst nachträglich unterwegs die Zeitungen, d. h. „Berl. Tagebl.“, wirklich las und erkläre *feierlich*, daß diese Informationen, die wirklich den wesentl. Inhalt unserer Sache wiedergeben, *nicht von mir* stammen. Wollen Sie das der Abteilung zur Kenntnis geben.

Schöne Grüße

Dr. Döblin

I. VORBEREITUNG DER SITZUNG ÜBER „LEBENSWICHTIGE FRAGEN DER ABTEILUNG“, FEBR./MÄRZ 1933

23 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 7. März 1933 – Abteilung für Dichtung

Sehr verehrter Herr Präsident, gestern und heute haben Herr Professor Amersdorffer und ich versucht, uns telefonisch mit Ihnen zu besprechen, doch war die Unterredung ja Ihrer Erkrankung und Reise wegen leider nicht möglich. Darf ich Ihnen zunächst eine recht baldige und völlige Wiederherstellung wünschen.

Auch uns ist ganz außerordentlich an einer möglichst restlosen Klärung der Verhältnisse in der Abteilung für Dichtung gelegen. Dazu scheint uns eine möglichst sichere Vorbereitung einer Sitzung, an der die auswärtigen Mitglieder teilnehmen, erforderlich. Ich habe an die stellvertretende Vorsitzende, Frau Dr. Ricarda Huch (eine sehr besonnene, selbständige Persönlichkeit in nationalem Sinne), geschrieben, daß in dieser schweren Zeit ihre Anwesenheit in Berlin erforderlich wäre. Frau Huch hat bei ihrer Übersiedlung nach Heidelberg im vorigen Jahr in Aussicht gestellt, daß sie in diesem Frühjahr möglicherweise nach Berlin zurückkehren werde. Kann sie in der Tat jetzt wieder nach Berlin kommen, so wäre die Frage des stellvertretenden Vorsitzes geregelt. Ist ihr die Rückkehr nicht möglich, so nehme ich mit Sicherheit an, daß sie auf das Amt, das sie infolge ihrer Abwesenheit nicht ausfüllen kann, verzichten wird, und die Ersatzwahl könnte dann gleichzeitig mit der Wahl des Vorsitzenden vorgenommen werden.

Was die Gewährung der Reisekosten an die auswärtigen Mitglieder betrifft, so befürchten wir nach der Erfahrung in einer ganzen Reihe von Jahren, daß gerade ein großer Teil der Mitglieder erscheinen wird, deren Anwesenheit uns bei der Entscheidung lebenswichtiger Fragen eher hemmend als förderlich sein würde, während wir nach der gleichen Erfahrung glauben müssen, daß für die Mitglieder, auf die es uns in diesem Fall ganz besonders ankommen muß, der Ersatz der Reiseauslagen für ihren Reiseentschluß nicht ausschlaggebend ist.

Ich habe die Angelegenheit auch mit dem Referenten der Akademie im Ministerium, Herrn Oberregierungsrat Dr. Zierold, besprochen, der dringend bat, nichts zu über-eilen. Er hält es unter den gegebenen Umständen nicht für unwahrscheinlich, daß die Kosten bewilligt würden, indessen sei es ihm bei der in diesen Tagen drängenden Fülle von Geschäften, die der Kommissar des Reichs zu erledigen habe, nicht möglich, sofort die Entscheidung über diese Kosten herbeizuführen. Anfang nächster Woche hält er dem Kommissar Vortrag; er versichert, daß er mir dann sehr viel mehr wird sagen können als heute.

In ausgezeichnete Hochachtung

Ihr sehr ergebener Loe[rke]

24 Rudolf G. Binding, Buchschlag (Hessen), 23. 2. 33

Sehr geehrter Herr Präsident,

es fällt mir – wie eine Art einfachen Anstands ein daß ich mich Ihnen zu irgend einem Schritte den Sie unternehmen würden persönlich zur Verfügung stellen sollte. Ich tue das hiermit.

Vielleicht ist es angebracht daß die Abteilung für Dichtkunst auch – wenn auch nur

zunächst mit einer Stimme – gehört oder vernommen wird, wo es um ihre Sache geht. Einen Vorsitzenden hat sie zurzeit nicht. Aber vielleicht wäre es nicht unnützlich, wenn einer – ich oder ein anderer – als „von dem Präsidenten der Akademie darum gebetenes Mitglied“ dieser Abteilung ihn begleiten würde.

Denn offenbar besteht eine ziemliche Unkenntnis über Charakter und Haltung der Abteilung, da man diese lediglich von den politisch oder zeitungsmäßig hervortretenden Mitgliedern abnimmt. Sie haben sich aber, besonders auch durch die brieflichen Stimmen, selbst überzeugen können daß es – wie in der Gesamtakademie – auch bei uns Akademiker gibt; d. h. solche die wissen was es heißt der preuß. Akademie der Künste anzugehören.

Ihr sehr ergebener Rudolf G. Binding, Dr. h. c.

Der Präsident der Akademie der Künste zu Berlin, Berlin W 8, Pariser Platz 4, 25
den 28. 2. 33

Lieber und geehrtester Herr Dr. Binding,
mit einiger Verspätung, die ich einem z. Z. besonders stark mit Arbeiten u. Pflichten Belasteten zu verzeihen bitte, danke ich Ihnen vielmals für Ihre Zeilen vom 23. 2.

Sie stellen sich mir, und damit der Akademie persönlich zur Verfügung „zu irgendeinem Schritte“ und sprechen besonders über die Frage des Vorsitzes der Abteilung für Dichtkunst. Ich habe in Hinsicht auf diese letztere doch Bedenken, ein Provisorium zu schaffen und halte es für richtiger, baldigst die Abteilung zur Anberaumung einer Sitzung aufzufordern mit der Tagesordnung: „Wahl eines Vorsitzenden“. Nach der Satzung wählen allerdings nur die Senatsmitglieder den Vorsitzenden (sowie einen stellvertretenden). Immerhin hielte ich es für wichtig, vor dieser Wahlhandlung auch das „Plenum“ zusammenzurufen. Ich darf hoffen, daß Sie zu dieser Sitzung erscheinen werden! – Wenn Sie Ihren Wohnsitz in Berlin hätten, wüßte ich, wer nach meinem Wunsch Vorsitzender werden müßte! Wie denken Sie aber über Dr. Benn?

Heute gehen Briefe von mir an die Herren Dr. Döblin u. Frank ab über deren Ergebnis ich Sie unterrichten möchte. –

Ihr sehr ergebener Max v. Schillings

PS. Der Brief an Herrn Frank unterbleibt zunächst noch.

[Dr. Rudolf G. Binding] Breslau, 11. 3. 33.

26

An die Preußische Akademie der Künste, Abt. für Dichtung, Berlin

Sehr geehrte Herren,

es ist mir sehr schmerzlich daß ich – durch schon übernommene Verpflichtungen abgehalten – zu der Sitzung am 13. März nicht erscheinen kann.¹

Es ist schwer von fernher zu den Dingen und Hintergründen etwas zu sagen die heute vieles ins Schwanken und ins Ungewisse bringen – aus keinem andern Grunde als weil sie selbst den festen Grund und Boden suchen. Diesen Elementen und Umständen gegenüber sollte die Akademie – jede Abteilung für sich oder als ganze Körperschaft – darauf verweisen daß sie als staatliche Einrichtung in jeder Zeit und in jeder Zusammensetzung der Gemeinsamkeit dient der auch der Staat dient:

¹ Binding kam doch.

nämlich der Nation. Sie darf kühnlich behaupten daß sie nie etwas anderem gedient hat und wird ohne Übertreibung und Überhebung hoffen dürfen daß sie auch der künftigen Nation dienen werde. Ich halte es für völlig widersinnig, sie vom Leben der Nation zu trennen, wie immer diese aussehen mag.

Es scheint wichtig und unerlässlich daß die Akademie dies öffentlich ausspreche und der jeweiligen Regierung – als dem Wahrer und Förderer nationalen Lebens – dieses erkläre. Es erscheint mir als abwegig und unlebendig, die Akademie als eine lediglich überpolitische oder apolitische Körperschaft in Anspruch nehmen zu wollen, die am Leben der Kunst aber nicht an dem Leben des Staates teilhaben wolle.

Die Kunst und zumal die Dichtung kann nichts anderes sein als der höchste Ausdruck der Nation. Der Staat aber wird sich einer Körperschaft nicht entäußern, die solchem Ausdruck dient.

Ich erhebe es zum Antrag in der Sitzung – oder bitte einen Kollegen es zum Antrag zu erheben – diese Sätze sowohl öffentlich wie der Regierung gegenüber zu einer Erklärung der Akademie (oder der Abteilung) zu machen.

Ich werde es ermöglichen, am 15. März früh in Berlin zur Verfügung zu sein.

In kollegialer Hochachtung und Gesinnung

Rudolf G. Binding Dr. h. c.

In Berlin: Hotel Adlon

II. GEFORDERTE LOYALITÄTSERKLÄRUNG, 13./14. 3. 1933

27 Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Abteilung für Dichtung, Berlin, den 13. 3. 1933. Beginn der Sitzung: 6 Uhr [abends]

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Binding: v. Schillings, Amersdorffer, Loerke, Benn, Binding, Stucken, Fulda, v. Molo, Haslinde

Binding wird durch Zuruf zum Verhandlungsleiter gewählt. Er übernimmt den Vorsitz. Die Mitglieder haben erfahren, daß der künstlerische Leiter des Staatstheaters, Herr Hanns Johst, zum Amtssenator der Abteilung ernannt worden ist. Es ist telefonisch bei Herrn Johst erkundet worden, ob er zur heutigen Sitzung erscheinen könnte. Herr Johst antwortete, daß er infolge einer Reise erst von Dienstag ab zur Verfügung stehen könnte. Es wird Erstaunen darüber geäußert, daß von den auswärtigen Mitgliedern bei einer so wichtigen Sitzung nur eins erschienen ist.

Aufgrund von Unterredungen mit dem Präsidenten nimmt *Benn* das Wort zur Erläuterung der Lage. Er befürwortet, daß wir die Regelung der Verhältnisse in der Abteilung selbst in die Hand nehmen, um Auflösung oder Zwangsmaßnahmen zu vermeiden. Wir seien alle mit der Vorkriegszeit auch verbunden; ebenso seien wir der Gegenwart verpflichtet, um die Zukunft der Nation mitzugestalten. Er schlägt vor, eine Erklärung zu formulieren, die allen Mitgliedern zur Unterzeichnung zugehen und ebenso sowohl der Reorganisation der Abteilung wie einer eindeutigen zuverlässigen Arbeit der Abteilung dienen könnte. Er hat folgenden Wortlaut zur Diskussion gestellt:

„Sind Sie bereit, unter Anerkennung der veränderten geschichtlichen Lage weiter Ihre Person der Preußischen Akademie der Künste zur Verfügung zu stellen? Eine Bejahung dieser Frage schließt die öffentliche politische Betätigung gegen die Regierung aus und verpflichtet Sie zu einer loyalen Mitarbeit an den satzungsgemäß der Akademie zufallenden Aufgaben der Nation.“

Die Abteilung erkennt durch Eintritt in die Diskussion über die Formulierung der Erklärung an, daß sie eine solche für notwendig hält.

Binding wünscht die Vorfrage geklärt, ob der Beginn der dieser Sitzung zugrunde liegenden Unterhaltung der Initiative des Präsidenten oder der der Abteilung ent-

stamme. *Benn* antwortet: Gedanke und Formung des Entwurfs seien von ihm selbst. *Loerke* ergänzt diese Auskunft durch die Mitteilung, der Präsident wünsche nur, daß gehandelt werde.

Bindings Meinung geht dahin, daß die Anwesenden durch ihr Erscheinen dartun wollen, daß sie eine zwangsweise oder Selbstauflösung der Abteilung verhindern wollen. *Benn* erklärt, es sei Sache des Präsidenten, bei der zuständigen Stelle zu erkunden, ob die vorgeschlagene Erklärung ihren Zweck erfüllen würde. *Haslinde* begrüßt es, daß der heute erörterte Vorschlag von der Abteilung selbst gemacht werde. Er dürfe mitteilen, daß der Kommissar des Reichs Hochachtung vor der Selbstverwaltung der Akademie habe und scharfe Maßnahmen zur Umbildung der Abteilung vermeiden möchte.

Binding schlägt vor, bei der weiteren Aussprache zunächst nicht die Redaktion der Erklärung, sondern die sachlichen Gesichtspunkte zu erörtern. Jedes anwesende ordentliche Mitglied wird durch den Vorsitzenden einzeln befragt, ob es mit dem Erklärungsentwurf einverstanden sei. Sämtliche Mitglieder bejahen die Frage einzeln. Darauf wird einstimmig beschlossen, den Entwurf dem Präsidenten zuzuleiten mit der Bitte um Weiterreichung.

Der *Präsident* erscheint nach einiger Zeit und wünscht folgende Abänderung des zweiten Satzes: „Eine Bejahung dieser Frage schließt die öffentliche politische Betätigung gegen die Regierung aus und verpflichtet Sie zu einer loyalen Mitarbeit an den satzungsgemäß der Akademie zufallenden nationalen kulturellen Aufgaben im Sinne der veränderten geschichtlichen Lage.“

Die Aussprache über die vorgeschlagenen Änderungen des Präsidenten endet sehr bald damit, daß sich wiederum jedes einzelne Mitglied mit der hier ersichtlichen Fassung einverstanden erklärte. Der *Präsident* betont, daß die heutige Verhandlung selbstverständlich streng vertraulich zu behandeln sei. Die Zustimmung zu der Erklärung oder ihre Ablehnung müsse mit kurzer Befristung erfolgen.

Binding erklärt, daß die logische Folge unserer Einstimmung zu der Erklärung sei, eine Zuwahl neuer Mitglieder durch die Abteilung vorzunehmen, um dieser die genügende Basis für ihre Wirksamkeit zu schaffen. Dies wurde anerkannt und daraufhin der Präsident gebeten, vertrauliche Mitteilung darüber zu machen, welche Persönlichkeiten seiner Kenntnis nach bei der Regierung für die Abteilung genannt würden. Der *Präsident* nannte Namen. Es ergibt sich, daß diejenigen Namen, welche von der Abteilung aus genannt werden, bis auf wenige mit denen übereinstimmen, die augenblicklich bei der Regierung genannt wurden. Der *Präsident* wird gebeten, die Vorschlagsliste der Abteilung in Verbindung mit der geplanten Erklärung bei der Regierung zur Besprechung zu bringen, und wird zugleich ermächtigt zu erklären, daß die Abteilung die auf dieser Liste stehenden Persönlichkeiten zur Wahl zu stellen bereit sei. *Benn* wird von den Mitgliedern gebeten, bis zur Wahl eines neuen Vorsitzenden die Sitzungen der Abteilung zu leiten. *Benn* ist dazu bereit.

Schluß der Sitzung: 9 $\frac{3}{4}$ Uhr

Rudolf G. Binding

Oskar Loerke

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 14. März 1933 – 28
Abteilung für Dichtung – *Vertraulich!*

Sehr geehrter Herr Kollege,

die Sitzung vom 13. d. Mts. unter Teilnahme des unterzeichneten Präsidenten (Tagesordnung „Stellungnahme zu lebenswichtigen Fragen der Abteilung“), zu der Sie eingeladen waren, hat zu folgendem Ergebnis geführt:

In Anbetracht der Lage müssen von der Abteilung sofortige Entschlüsse gefaßt wer-

den. Die Abteilung unternimmt den Versuch, sich aus sich selbst heraus neu zu organisieren; sie sieht sich gezwungen, allen Mitgliedern die anliegende Frage vorzulegen und bittet um sofortige Beantwortung ausschließlich mit ja oder nein und Ihre Unterschrift. Die Antwort muß spätestens am 21. März bei der Akademie eingetroffen sein.

Mit kollegialem Gruß

Max von Schillings

[Als Anlage:] *Vertraulich!*

Sind Sie bereit, unter Anerkennung der veränderten geschichtlichen Lage weiter Ihre Person der Preußischen Akademie der Künste zur Verfügung zu stellen? Eine Bejahung dieser Frage schließt die öffentliche politische Betätigung gegen die Regierung aus und verpflichtet Sie zu einer loyalen Mitarbeit an den satzungsgemäß der Akademie zufallenden nationalen kulturellen Aufgaben im Sinne der veränderten geschichtlichen Lage.

Ja

Nein

(Nicht Zutreffendes bitte zu durchstreichen).

Name:

Ort und Datum:¹

AUSTRITTE (PAQUET, TH. MANN, DÖBLIN, HUCH)

29 [Dr. Alfons Paquet] Frankfurt am Main, Wolfgangstr. 122, 15. III. 1933

Hochverehrter Herr Präsident,

ich erhielt den mir unter dem 14. III. ds.Js. zur Unterschrift vorgelegten Text einer Willenserklärung. Ich muß es ablehnen, diese Erklärung zu beantworten. Ein Ja könnte für mich zu unabsehbaren Folgerungen führen, ebenso wie ein Nein mich unter Umständen in einen Gegensatz zu der Haltung in nationalen kulturellen Dingen stellen würde, die ich in meinen Büchern und Schriften immer vertreten habe und die für jedermann offenliegen.

Um Ihnen eine genaue Kennzeichnung meines Standpunktes nicht schuldig zu bleiben, erlaube ich mir, Ihnen den beifolgenden Antrag an die Sektion für Dichtkunst vorzulegen. Einige Mitglieder, denen ich diesen Antrag zur Kenntnis bringen konnte, haben mir ihre Zustimmung ausgesprochen. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß ich es vor allem begrüßen würde, wenn die Akademie aus Gründen der Selbständigkeit ihrer Haltung sich entschließen könnte, den Antrag zum Beschluß zu erheben. Da ich es vermeiden möchte, ein anderes Mitglied der Sektion um die Vertretung meines Antrages zu bitten, so muß ich es Ihnen, Herr Präsident, anheimstellen, diesen Antrag zur Kenntnis der Sektion zu bringen.

Sollte ich bis zum 18. ds.Mts. ohne Ihre Antwort bleiben, so bitte ich Sie, von meiner Austrittserklärung Kenntnis nehmen zu wollen.

Verehrungsvoll und ergebenst

Alfons Paquet

[Als Anlage:] *Antrag*

Die Abteilung für Dichtung in der Preußischen Akademie wolle beschließen, die Reichsregierung auf den Zustand der Erregung und der Unsicherheit hinzuweisen,

¹ Zu den Unterschriften vgl. die Anmerkung zu Dok. Nr. 49.

der im deutschen Volke durch die Entfesselung triebhafter Strömungen entstanden ist. Unerfüllbare Versprechen nach der einen, unverdiente Beleidigungen nach der anderen Seite sind die Ursachen dieses Zustandes. Die in der Abteilung vereinigten deutschen Dichter und Schriftsteller halten es für ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß ein von der Regierung gefördertes Übergewicht gewaltmäÙig betonter Handlungen, die jede Besonnenheit im Volke unmöglich machen, die Gefahr von Rückschlügen in sich trägt, die noch schlimmere Leiden mit sich führen werden als sie bereits durch die Aufhebung verfassungsmäßiger Grundrechte über das Volk verhängt sind.

12. III. 33, Alfons Paquet

Der Präsident der Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, 22. März 1933 30

Herrn Dr. Alfons Paquet, Frankfurt a./Main, Wolfgangstr. 122

Sehr geehrter Herr Doktor,
auf Ihr Schreiben vom 15. d.Mts. erwidere ich Ihnen, daß es nicht möglich war, in Anbetracht der Zeitumstände Ihnen in so ultimativer Form eingereichten Antrag der Abteilung vorzulegen. Der Ihnen vorgelegte Entschluß der Abteilung war ein definitiver und keiner Revision mehr zugänglich. Es bleibt mir daher nichts übrig, als Ihren Austritt der Abteilung zur Kenntnis zu bringen.¹

In vorzüglicher Hochachtung
ergebenst Max von Schillings

[Dr. Thomas Mann] Lenzerheide, 17. 3. 33

31

Sehr verehrter Herr Präsident:

Den mir vorgelegten Revers kann ich in der gewünschten Form nicht beantworten. Ich habe nicht im Geringsten die Absicht, gegen die Regierung zu wirken und der deutschen Kultur glaube ich immer gedient zu haben, werde auch in Zukunft versuchen, es zu tun. Es ist aber mein Entschluß, von meinem Leben alles Amtliche abzustreifen, das sich im Lauf der Jahre daran gehängt hat, und fortan in vollkommener Zurückgezogenheit meinen persönlichen Aufgaben zu leben. Darum bitte ich Sie, sehr verehrter Herr Präsident, von meinem Austritt aus der Sektion für Dichtung der Preußischen Akademie der Künste Kenntnis zu nehmen.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung
Ihr sehr ergebener Thomas Mann.

Der Präsident der Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, 22. März 1933 32

Sehr verehrter Herr Professor [Thomas Mann],
ich bestätige Ihnen den Eingang Ihres eingeschriebenen Briefes vom 17. d.Mts. aus Lenzerheide. Ich muß aus ihm ersehen, daß Sie nicht gesinnt sind, weiter der Akademie anzugehören. Eine Stellungnahme zu Ihrem Entschluß steht mir bei der Entscheidung Ihrer Absage nicht zu. Ich möchte aber Ihren Abschied sich nicht voll-

¹ Von Schillings erteilte diese Antwort auf mündliche Anweisung von Minister Rust; dies geht aus einem akademieinternen Verzeichnis der Austritte und Ausschlüsse (M1, Bd. 13) hervor.

ziehen lassen, ohne Ihnen meinen Dank für Ihre Zugehörigkeit zur Akademie und Ihre Tätigkeit als Senator auszusprechen.

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr ganz ergebener Max von Schillings

33 [Dr. Alfred Döblin] Zürich, Hochstraße 37, Pension, 17. III. 33

Sehr geehrter Herr Präsident,
ich erhalte erst heute gleichzeitig eine Einladung zu einer Sitzung und den Brief mit dem Revers hierher. Mit Recht kann von den einer staatlichen Instanz angegliederten Akademiemitgliedern eine politische Loyalitätserklärung verlangt werden, und ich kann sie ohne Weiteres abgeben, – da ich kein Politiker bin, nicht im mindesten im politischen öffentlichen Leben stehe, mein episches und philosophisches Werk liegt offen zutage und zeigt meine Weltanschauung und meine Kunstart. Ich stelle dem Herrn Kurator der Akademie anheim dies zu überprüfen. Entscheidend aber könnte unter Umständen ein anderer Punkt sein, auf den ich mir gestatte, Sie, Herr Präsident, aufmerksam zu machen. Die geschichtliche Umwälzung, von der der Revers spricht, schließt, wie Ihnen bekannt ist, ein starkes völkisches Element in sich ein. Ich bin von jüdischer Abstammung, und bisher bewirkte dieser Punkt für die Akademie keinen Unterschied im modus provocendi, weder für die Aufnahme noch für die Arbeit, die rein künstlerischer Art war. Sollte nun das erwähnte völkische Element jetzt nach der Umwälzung eine wesentliche Rolle spielen, so müßte ein Abweichen von der alten Praxis eintreten, und das müßte sich notgedrungen auf Zuwahlen wie auf das Verbleiben in der Akademie auswirken. Da ich hierüber im Unklaren bin, so bitte ich Sie, Herr Präsident, ergebenst, die Auffassung des Herrn Kurators ermitteln zu wollen und mich (und natürlich auch die Kollegen Fulda, Wassermann, Werfel, Kaiser, Mombert) gütigst zu informieren. Es versteht sich von selbst, daß wir uns der Auffassung des Herrn Kurators anschließen werden.

Ich sehe, sehr geehrter Herr Präsident, Ihrer gefl. Benachrichtigung entgegen; ich zeichne ergebenst

Dr. Alfred Döblin

P.S. Im Übrigen halte ich für rascher klärend folgenden Weg und trage meine Auffassung in Form eines Antrags für die Abt. vor:

„Die Abt. sieht die Notwendigkeit ein, den neuen staatlichen Gewalten bei der Einrichtung der Verhältnisse freie Hand zu lassen. Die Abt. bietet daher ihre Gesamtdemission an.“ Darauf kann der Kurator nach Belieben nun bestätigen und Zuwahlen anordnen, oder eine Gründerkommission wie[?] im Beginn ernennen.

D.

34 [Dr. Alfred Döblin] Zürich, Hochstraße 37, Pension, 18. III. 33

Sehr geehrter Herr Präsident,
ich überdenke eben noch einmal den heute an Sie expreß gesendeten Brief. Ich bejahe die geforderte Loyalitätserklärung, wie ich schon schrieb, sehe aber ein, daß ich als Mann jüdischer Abstammung unter den heutigen Verhältnissen eine zu schwere Belastung für die Akademie wäre. Ich stelle daher meinen Sitz in der Akademie zur Verfügung, – eine Sache, die mir außerordentlich schwer wird, denn die Kollegen wissen, wie sehr mich die Entwicklung unserer Abteilung interessiert hat.

In Ergebenheit Dr. Alfred Döblin

Der Präsident der Akademie der Künste, Berlin W8, Pariser Platz 4, 22. März 1933 35

Herrn Dr. Alfred Döblin, Zürich, Hochstr. 37, Pension

Sehr geehrter Herr Doktor,
auf Ihre beiden Briefe vom 17. und 18. d.Mts. erwidere ich Ihnen, daß ich Ihren Austritt aus der Abteilung für Dichtung hiermit zur Kenntnis nehme. Ihren im ersten Brief gestellten Antrag, eine neue Resolution in der von Ihnen vorgeschlagenen Form der Abteilung vorzulegen, ist in Anbetracht der Lage nicht möglich gewesen.
In vorzüglicher Hochachtung
ergebenst Max von Schillings

[Dr. Ricarda Huch] Heidelberg, Friesenberg 1, 16. III. 1933

36

Sehr geehrter Herr Präsident,
In Erwidering Ihrer Zuschrift vom 14. März bestreite ich Ihre Kompetenz, mir eine Frage von so unübersehbaren Konsequenzen vorzulegen, und lehne infolgedessen ab sie zu beantworten. Die Mitglieder der Akademie werden nach Wortlaut der Satzung zur Ehrung und Anerkennung ihrer Leistungen berufen, ohne daß ein politisches Bekenntnis von ihnen gefordert würde. Ich bin, seit ich der Akademie angehöre, stets mit Nachdruck dafür eingetreten, daß bei Beurteilung oder Wahl von Mitgliedern nichts anderes maßgebend sei als ihre künstlerische Leistung und die Bedeutung ihrer Persönlichkeit. Daran werde ich auch künftig festhalten.
Mit ausgezeichneter Hochachtung
Ricarda Huch

Der Präsident der Akademie der Künste, Berlin W8, Pariser Platz 4, 22. März 1933 37

Sehr verehrte gnädige Frau,
Sie haben darin vollkommen recht, daß nach dem Wortlaut der bisher gültigen Satzung der Akademie meine an die Mitglieder gestellte Frage nicht zu meinen unmittelbaren Kompetenzen gehört. Aber wir befinden uns ja in einem Zustand der allgemeinen politischen und geschichtlichen Umwälzung, in der man auf Satzungen und Statuten nicht mehr allein sich beziehen kann, wenn man zu lebensnotwendigen Beschlüssen gelangen will. In Einvernehmen mit der Abteilung für Dichtung ist der Beschluß gefaßt worden, außerhalb der Satzung allen Mitgliedern diese Frage zur Beantwortung vorzulegen.
Ich erlaube mir jedoch aus Ihrem Brief zu entnehmen, daß Sie zwar eine Beantwortung dieser Frage nicht zu geben wünschen, daß Sie aber andererseits auch nichts dagegen einzuwenden haben werden, wenn wir ein Mitglied von Ihrer hohen geistigen Bedeutung, Ihrem tiefen konservativen Lebensgefühl und Ihrer großen ins Volk reichenden schöpferischen Wirkung als Künstler weiter zu den Unseren zählen zu dürfen [sic!].
Mit dem Ausdruck ganz besonderer vorzüglicher Verehrung
Ihr sehr ergebener Max von Schillings

[Dr. Ricarda Huch] Heidelberg, Friesenberg 1, 24. März 1933

38

Sehr geehrter Herr Präsident!
Aus Ihrem Schreiben vom 22. März schließe ich, daß Sie meine Ablehnung, die mir vorgelegte Frage zu unterzeichnen, so aufzufassen gedenken, als hätte ich sie mit

Ja beantwortet; dies Ja kann ich aber um so weniger aussprechen, als ich verschiedene der inzwischen von der neuen Regierung vorgenommenen Handlungen auf das schärfste mißbillige.

Sie zweifeln nicht, davon überzeugt mich Ihr Brief, daß ich an dem nationalen Aufschwung von Herzen teilnehme; aber auf das Recht der freien Meinungsäußerung will ich nicht verzichten, und das täte ich durch eine Erklärung, wie die ist, die zu unterzeichnen ich aufgefordert wurde. Ich nehme an, daß ich durch diese Feststellung automatisch aus der Akademie ausgeschieden bin.

Außerdem müßte ich darauf gefaßt sein (Erlauben Sie, daß ich den ernststen Gegenstand durch einen Scherz würze), wenn ich in dieser Form in der Akademie bliebe, mein Leben im Zuchthause zu beschließen als „in einen nationalen Verband eingeschlichen“.

Ich bin, sehr geehrter Herr Präsident,
mit dem Ausdruck ausgezeichnete Hochachtung
Ihre ergebene Ricarda Huch

[Aktenvermerk:] A. [für Amersdorffer] Sehr bedauerlich! Ob sich noch eine Einwirkung zur „Vernunft“ erreichen ließe? S[chillings].

39 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 6. April 1933

Hochverehrte gnädige Frau,
die Fülle der Arbeiten der letzten Zeit und die Abhaltungen durch die Hundertjahrfeier der Musikabteilung der Akademie lassen mich erst heute dazu kommen, Ihren geschätzten Brief vom 24. v.Mts. zu erwidern.

Sie betonen mit Recht, daß ich nicht daran zweifle, daß Sie an dem nationalen Aufschwung von Herzen teilnehmen. Sie legen aber unserer, den Mitgliedern zur Stellungnahme vorgelegten Erklärung einen nicht zutreffenden Sinn unter, wenn Sie annehmen, daß sich aus einer bejahenden Stellungnahme zu ihr ein Verzicht auf das Recht der freien Meinungsäußerung ergeben würde. Dies ist selbstverständlich keineswegs der Fall. Der Inhalt der Erklärung besagt doch nur, daß die Mitglieder, die ihr beitreten, gesonnen sind, im Sinne des nationalen Aufschwungs weiter an den Aufgaben der Akademie mitzuwirken und sich nicht öffentlich in einen Gegensatz zu der Regierung, die die Trägerin dieser nationalen Bewegung ist, zu setzen.

Zur Vorlage dieser Erklärung gab uns das Verhalten des Herrn Heinrich Mann Anlaß, der in einem öffentlich plakatierten Aufruf die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei zu einem Zusammenschluß und gemeinsamen Vorgehen gegen die nationalen Parteien bei der letzten Wahl aufforderte. Herr Heinrich Mann hat ja, wie Ihnen bekannt, aus seinem Verhalten die einzig mögliche Konsequenz gezogen und ist aus der Akademie ausgetreten. Daß Sie durch Ihre mir dargelegte Auffassung „automatisch aus der Akademie ausgeschieden“ seien, – dem vermag ich in Übereinstimmung mit meinen Herren Kollegen von der Dichterabteilung nicht beizustimmen. Ihr Austritt aus der Abteilung würde eine seltsame, unlogische Parallele zum Fall Heinrich Mann ergeben, die ganz sicher nicht in Ihrem Sinn liegen würde. Daß Sie in Ihren Anschauungen mit diesem Herrn und mit Herrn Dr. Döblin (der inzwischen ebenfalls aus der Akademie ausgetreten ist) im entschiedensten Gegensatz stehen, das ist, wie mir von Herren der Dichterabteilung versichert wird, früher in Sitzungen, deren Beratungen auf politische und weltanschauliche Gebiete führten, deutlich genug hervorgetreten. Es würde daher in der Öffentlichkeit nur mißverstanden werden, wenn auch Sie, ebenso wie Heinrich Mann und Dr. Döblin, aus der Akademie ausscheiden wollte. Daß ein solcher Schritt von Ihrer Seite undenkbar ist, das ist uns allen klar, denen Ihre deutsche Gesinnung und nationale Einstellung aus

Ihrer von uns verehrten Persönlichkeit und aus Ihrem künstlerischen Schaffen bekannt ist. Wir können Ihnen nur versichern, daß es zu dieser Überzeugung für uns der formalen Unterzeichnung der Erklärung nicht bedarf. Wir erhoffen aber von Ihnen ein bestimmtes Wort darüber, daß Sie uns treu bleiben werden, denn wie sollten wir die Möglichkeit gewinnen, die Abteilung für Dichtung im Sinne deutscher, nationaler Kunst zu stärken und auszubauen, wenn wir auf die Zugehörigkeit und Mitarbeit von Persönlichkeiten verzichten müßten, die schon längst auf die Gesinnung eingestellt sind, der die jetzige große nationale Bewegung zum Siege verholfen hat? Das Recht der freien Meinung verbleibt jedem nach wie vor; die Abteilung wünschte durch die Versendung der Erklärung nur eine Sicherung gegen unangebrachte, mit der nationalen Bewegung unvereinbare öffentliche politische Betätigung und zugleich ein Bekenntnis der Bereitschaft zur Mitarbeit an den Aufgaben der Akademie im nationalen Sinne. Dies möchte ich nochmals besonders betonen.

Mit der Versicherung größter Verehrung
Ihr ganz ergebener Max von Schillings
Präsident

[Dr. Ricarda Huch] Heidelberg, Friesenberg 1, 9. April 1933

40

Sehr geehrter Herr Präsident!

Lassen Sie mich zuerst Ihnen danken für das warme Interesse, das Sie an meinem Verbleiben in der Akademie nehmen. Es liegt mir daran, Ihnen verständlich zu machen, warum ich Ihrem Wunsche nicht entsprechen kann.

Daß ein Deutscher deutsch empfindet, möchte ich fast für selbstverständlich halten; aber was deutsch ist und wie Deutschland sich betätigen soll, darüber gibt es verschiedene Meinungen. Was die jetzige Regierung als nationale Gesinnung vorschreibt, ist nicht mein Deutschland. Die Zentralisierung, den Zwang, die brutalen Methoden, die Diffamierung Andersdenkender, das prahlerische Selbstlob halte ich für undeutsch und unheilvoll. Bei einer so sehr von der staatlich vorgeschriebenen abweichenden Auffassung halte ich es für unmöglich, in einer staatlichen Akademie zu bleiben. Sie sagen, die mir von der Akademie vorgelegte Erklärung werde mich nicht an der freien Meinungsäußerung hindern. Abgesehen davon, daß „eine loyale Mitarbeit an den satzungsgemäß der Akademie zufallenden nationalen kulturellen Aufgaben im Sinne der veränderten geschichtlichen Lage“ eine Übereinstimmung mit dem Programm der Regierung erfordert, die bei mir nicht vorhanden ist, würde ich keine Zeitung oder Zeitschrift finden, die eine oppositionelle Meinung druckte. Da bleibt das Recht der freien Meinungsäußerung in der Theorie stecken.

Sie erwähnen die Herren Heinrich Mann und Dr. Döblin. Es ist wahr, daß ich mit Herrn Heinrich Mann nicht übereinstimmte, mit Herrn Dr. Döblin tat ich es nicht immer, aber doch in manchen Dingen. Jedenfalls möchte ich wünschen, daß alle nichtjüdischen Deutschen so gewissenhaft suchten, das Richtige zu erkennen und zu tun, so offen, ehrlich und anständig wären, wie ich ihn immer gefunden habe. Meiner Ansicht nach konnte er angesichts der Judenhetze nicht anders handeln als er getan hat. Daß mein Verlassen der Akademie keine Sympathiekundgebung für die genannten Herren ist, trotz der besonderen Achtung und Sympathie, die ich für Herrn Dr. Döblin empfinde, wird jeder wissen, der mich persönlich oder aus meinen Büchern kennt. Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Akademie.

Indem ich Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, nochmals für Ihre Teilnahme danke, bin ich

Ihre ergebene Ricarda Huch

41 [Dr. Ricarda Huch] Heidelberg, Friesenberg 1, 9. V. 1933

Sehr geehrter Herr Loerke,

Ich lese in verschiedenen Zeitungen Notizen über die Veränderungen in der Akademie, wonach ich als darin verblieben bezeichnet werde. Da ich am 9. April dem Präsidenten förmlich meinen Austritt erklärt habe, ist mir das unbegreiflich. Jedenfalls möchte ich Sie bitten, dafür zu sorgen, daß der Irrtum berichtigt wird. An die Redaktion der Frankfurter Zeitung habe ich bereits in dem Sinne geschrieben.

Mit bestem Gruß

Ricarda Huch

42 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 9. Mai 1933

Sehr geehrte gnädige Frau!

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 9. d.Mts. erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die aus Anlaß der Umbildung der Abteilung für Dichtung erschienene Pressenotiz nicht von der Akademie, sondern vom Ministerium ausgegangen ist.

In vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener Max von Schillings

Präsident

AUSSCHLÜSSE (FRANK, FULDA, KAISER, KELLERMANN, MOMBERT, SCHICKELE, V. UNRUH, WERFEL; PANNWITZ, WASSERMANN)

43 [Jakob Wassermann] Wiener Cottage-Sanatorium, Wien XVIII, Sternwartestraße 74, 18. 3. 1933

Verehrter Herr Präsident,

Ihre Zuschrift vom 14. ds. läßt sich in meiner Situation ohne die Beantwortung einer *Vorfrage* nicht schlechthin mit Ja oder Nein beantworten.

Ich bin zu jeder loyalen Mitarbeit, zu jeder Aufbau-Arbeit an der Akademie grundsätzlich bereit, da mein ganzes Werk und Sein auf nichts anderes abzielt als auf Aufbau und Erneuerung. Doch müßte ich, bevor ich eine offizielle Erklärung abgebe, erst wissen, ob mich die der Akademie vorgesetzte Behörde als Juden überhaupt annehmen wird. Sonst habe ich ja zu gewärtigen, daß man mir nach Abgabe der Erklärung trotzdem den Stuhl vor die Türe setzen wird.

Ich bin Ihr ergebener Jakob Wassermann

44 Der Präsident der Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, 23. März 1933

Sehr geehrter Herr Wassermann,

in Ihrem Schreiben vom 18. d.Mts. nehmen Sie zu der an die Mitglieder der Abteilung für Dichtung gerichteten Anfrage Stellung und machen Ihren endgültigen Entschluß von der Klärung der Frage abhängig, inwieweit für Ihre Annahme oder Ablehnung dieser Erklärung bei der vorgesetzten Behörde die Tatsache mitbestimmend ist, ob der Unterzeichner jüdischer Abstammung ist. Diese Frage kann in der jetzigen Situation noch nicht endgültig beantwortet werden; ich bitte Sie daher, einer weiteren Mitteilung darüber entgegenzusehen zu wollen.

In größter Hochachtung

Ihr sehr ergebener Max von Schillings

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 11. April 1933 **45**

Sehr geehrter Herr Wassermann,
im Anschluß an mein Schreiben vom 23. v.Mts. möchte ich auf die aus dem jüngst erlassenen Beamten-gesetz¹ erkennbare amtliche Stellungnahme zur Judenfrage hinweisen und bemerken, daß ich auf die in Ihrem Schreiben vom 18. v. Mts. gestellte Frage kaum eine Sie befriedigende Antwort erteilen kann. Ich darf auch nicht verschweigen, daß Ihr im Märzheft der „Neuen Rundschau“ erschienener Artikel „Selbstschau am Ende des sechsten Jahrzehnts“ durch seine scharfen Ausführungen über das Schicksal der Juden in Deutschland außerordentlich großes Aufsehen erregt hat. Namentlich der präzise und eindeutige Satz „Und der Herd der Umtriebe, das Zentrum der Infektion, ist nach wie vor Deutschland“, der sich doch auf das ganze Deutschland, auch der früheren Zeit bezieht, wird in künstlerischen wie in politischen Kreisen als ungemein ungerecht empfunden. Auch die Mitglieder der Abteilung für Dichtung vermögen für Ihre Auffassung kein Verständnis aufzubringen und sehen deshalb keine Möglichkeit, Sie weiter zu den Mitgliedern der Abteilung zu rechnen.
In größter Hochachtung
Der Präsident
Max von Schillings *Einschreiben*

Rudolf Pannwitz, Kolocep, Kod Dubrovnik, Dalmacija (Jugoslawien), 18. 3. 33 **46**

Sehr geehrter Herr Kollege,
Heute erst erhielt ich den Brief vom 14., der meine kann nicht vor dem 22. in Berlin eintreffen.
Nachdem ich bis zu meinem 52. Jahre voll Verantwortung und in täglicher Treue an einem Lebenswerke für den Menschen, den Europäer und den Deutschen geschaffen habe bleibt mir nur übrig die Frage abzulehnen.
Mit kollegialem Gruß
Rudolf Pannwitz

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 18. April 1933 **47**

Sehr geehrter Herr Schickele,
unterm 14. v. Mts. übersandte ich Ihnen das anliegend in einer Abschrift nochmals beigefügte Schreiben mit der ebenfalls hier in einem weiteren Exemplar beigefügten Erklärung. Da wir bis heute ohne Ihre Antwort geblieben sind, wiederhole ich meine Bitte um baldgefällige Stellungnahme bis zum 18. d. Mts. spätestens. Falls Sie beabsichtigen, dieser Erklärung nicht beizutreten, so müßten wir annehmen, daß Sie selbst den Wunsch haben, sich außerhalb unserer Akademie zu stellen.
In größter Hochachtung
Der Präsident
Max von Schillings

René Schickele, Badenweiler (Schwarzwald), z. Zt. Sanary s. mer (Var), Villa Ben qui hado, 18. 4. 33. **48**

Sehr geehrter Herr Präsident,
Ihr Brief ging über Badenweiler und hat mich verspätet erreicht. Leider kann ich Ihre Frage nicht, wie Sie wünschen, ohne weiteres mit ja oder nein beantworten, solange ich nicht weiß, inwiefern der „Sinn der veränderten geschichtlichen Lage“

¹ Vgl. Dok. Nr. 107.

auch den Sinn der Akademie verändert. Zweifellos wurde gerade die Abteilung für Dichtung nach unpolitischen Gesichtspunkten gegründet, ohne Rücksicht auf staatliche Grenzen, für die Anerkennung und Pflege des gesamtdeutschen Schrifttums. Sollte dieser Sinn eine neue, über die bestehenden Statuten hinausgehende Bindung sein, so könnte ich, übrigens schon mit Rücksicht auf meine Staatsangehörigkeit, der Akademie nicht länger angehören. Es wird Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, ein leichtes sein, dies zu entscheiden, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich Ihre Entscheidung wissen ließen.

Hochachtungsvoll

Ihr sehr ergebener René Schickele

49 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 5. Mai 1933

Sehr geehrter Herr Schickele,

unter Bezugnahme auf Ihr gefälliges Schreiben vom 18. v.Mts. und nach an maßgebender amtlicher Stelle eingeholten Informationen muß ich Ihnen leider mitteilen, daß Sie nach den für die Neuordnung der kulturellen staatlichen Institute Preußens geltenden Grundsätzen künftig nicht mehr zu den Mitgliedern der Abteilung für Dichtung gezählt werden können.

In größter Hochachtung

Der Präsident

Max von Schillings

Einschreiben

50

<p><u>Vertraulich!</u></p> <p>Sind Sie bereit, unter Anerkennung der veränderten geschichtlichen Lage weiter Ihre Person der Preussischen Akademie der Künste zur Verfügung zu stellen? Eine Bejahung dieser Frage schliesst die öffentliche politische Betätigung gegen die Regierung aus und verpflichtet Sie zu einer loyalen Mitarbeit an den satzungsgemäss der Akademie zufallenden nationalen kulturellen Aufgaben im Sinne der veränderten geschichtlichen Lage.</p> <p style="text-align: center;">Ja</p> <p style="text-align: center;">(Nicht Zutreffendes bitte zu durchstreichen)</p> <p>Name: <i>Georg Kaiser</i></p> <p>Ort und Datum: <i>Berlin - Karlshorst</i></p> <p><i>J. April 1933</i></p> <p style="text-align: right;"><i>Trudenallee 94 1/2</i></p>	<p>4 APR 1933</p>
--	-------------------

51 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 5. Mai 1933

Sehr geehrter Herr Kaiser,¹

nach an maßgebender amtlicher Stelle eingeholten Informationen muß ich Ihnen leider mitteilen, daß Sie nach den für die Neuordnung der kulturellen staatlichen Institute Preußens geltenden Grundsätzen künftig nicht mehr zu den Mitgliedern der Abteilung für Dichtung gezählt werden können.

In größter Hochachtung

Der Präsident

Max von Schillings

Einschreiben

RÜCKTRITT DES EHRENPRÄSIDENTEN MAX LIEBERMANN

[Max Liebermann] An das Sekretariat der preuß. Akademie der Künste, Berlin

52

Sehr verehrter Herr Professor,

ich ersuche Sie, von nachstehender Erklärung der zuständigen Stelle Mitteilung zu machen.

„Hiermit lege ich das Ehrenpräsidium der preuß. Akademie der Künste nieder und erkläre meinen Austritt als Senator sowie ordentliches Mitglied der Genossenschaft der Akademie.“

Berlin, 7. Mai 1933

Dr. h. c. Max Liebermann

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener d. O.

Erklärung Max Liebermanns in der Centralvereins-Zeitung, Berlin, 11. 5. 1933

53

Ich habe während meines langen Lebens mit allen meinen Kräften der deutschen Kunst zu dienen gesucht. Nach meiner Überzeugung hat Kunst weder mit Politik noch mit Abstammung etwas zu tun, ich kann daher der Preußischen Akademie der Künste, deren ordentliches Mitglied ich seit mehr als dreißig Jahren und deren Präsident ich durch zwölf Jahre gewesen bin, nicht länger angehören, da dieser mein Standpunkt keine Geltung mehr hat. Zugleich habe ich das mir verliehene Ehrenpräsidium der Akademie niedergelegt.

III. GRÜNDUNG EINER „DEUTSCHEN AKADEMIE DER
DICHTUNG“, MAI 1933

54

Telegramm – buchschatz bei sprenglingen – F 8372284/50913 – 4. 5. 1933

preussische akademie pariser platz berlin

gestrige ausfuehrungen ministers ueber akademieabt seine auffassung ihrer stellung und aufgaben erachte sehr schoen beruhigend fruchtbar hoffe daher vorgeschlagener weg werde beiderseits gangbar — binding

An die Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, 6. 5. 33,
Herrn Prof. Dr. Amersdorffer

55

[. . .] Bei der Besprechung mit dem Minister am Mittwoch [3. 5.] schien der Wunsch schnellen Handelns eine gewisse Übereilung nicht auszuschließen, die hoffentlich

¹ Derselbe Bescheid ging am 8. Mai 1933 an Pannwitz und Wassermann, die wie Schickele die Loyalitätserklärung nicht unterschrieben hatten. Am 5. 5. 1933 ging er auch an Frank, Fulda, Kaiser, Kellermann, Mombert, von Unruh und Werfel, obwohl sie die Erklärung zustimmend unterschrieben hatten. Die Ausschlußbescheide erfolgten nach mündlicher Anweisung des Ministers an Akademiepräsident von Schillings; sie stützten sich, ohne daß bereits ein entsprechender Erlaß ergangen war (vgl. den Erlaß v. 9. 12. 1933, Dok. Nr. 120), auf die sinngemäße Anwendung des § 3 des Berufsbeamtengesetzes (Dok. Nr. 107). Alle übrigen nichtausgeschlossenen Mitglieder der Abteilung für Dichtung unterschrieben die Erklärung in gewünschtem Sinn. Eine Ausnahme machte Hermann Bahr, der zu diesem Zeitpunkt bereits schwer erkrankt war.

Herr von Schillings anschließend für beide Teile vermieden hat. Wenn auch eine Einberufung der Mitglieder mit kürzerer Frist als die Satzungen vorschreiben, selbstverständlich erscheint und unbedingt nötig ist, so sollte meines Erachtens wenigstens von einer Ladung aller Mitglieder zu der notwendigen Sitzung nicht abgesehen werden. Ich halte es für völlig unnötig die Mitglieder auszuschalten. Auch erbiere ich mich – was Sie bitte dem Herrn Präsidenten mitteilen wollen – zu persönlicher oder brieflicher Behandlung einiger Fälle die uns vielleicht besonders angehen; ich denke da besonders an Mombert und Fulda.

Bei dem ganz ausgezeichneten Eindruck den ich während der langen Unterredung von der Person und den Absichten des Ministers empfangen habe glaube ich mit Bestimmtheit an eine Lösung der Situation die nicht kompromißhaft, sondern ganz klar ist – auch im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der Akademie, Abt[eilung]. f. Dichtung. Ich liebäugle sogar mit der Möglichkeit einer Art Verbannung – einer Selbstverbannung auf Zeit oder lebenslänglich – für Einzelne, wie sie das Altertum kannte.

In aller Hochachtung und Ergebenheit
Ihr Rudolph G. Binding

BERUFUNGEN NEUER MITGLIEDER

56 [Aktennotiz] Herrn Dr. Benn ganz ergebenst

Der Minister empfiehlt die Zuwahl folgender Herren:

Hans Grimm, Paul Ernst, Wilhelm Schäfer, Agnes Miegel, Börries von Münchhausen, Blunck, Emil Strauß, Carossa, Werner Beumelburg, Peter Dörfler, Kolbenheyer, Griese, Hanns Johst, Will Vesper, eventuell Otto Erler.

[Handschriftlich:] Im übrigen beziehe ich mich auf das Telefongespräch. Zie[rold] 5. 5. [abgezeichnet:] Benn 5./5., 6h

57 Verhandelt in der Abteilung für Dichtung am 5. Mai 1933, nachmittags 6 Uhr – Beginn der Sitzung: 6 Uhr

Anwesend: Dr. Benn als Vors., Loerke, Stucken, von Molo – zugezogen: Amersdorffer (ohne Stimmberechtigung).

Der *Vorsitzende* berichtet über die mündlichen Vorverhandlungen wegen der Ergänzung der Mitglieder der Dichterabteilung, besonders über eine in seinem und Herrn Dr. Bindings Beisein vor zwei Tagen stattgehabten Besprechung bei dem Herrn Kultusminister. Der Vorsitzende teilt ferner mit, daß der Herr Minister die Abteilung für die heute vorzunehmende Wahl neuer Mitglieder von der Einhaltung aller Einzelbestimmungen des § 5 der Satzung der Akademie¹ entbunden hat. Er verliest die nach Vereinbarung mit allen Instanzen aufgestellte Liste, die zu einem großen Teil mit der früher von der Abteilung selbst aufgestellten Liste übereinstimmt. Es erfolgt eine Aussprache, nach der folgende Dichter einstimmig in die Abteilung gewählt werden:

Hans Grimm, Paul Ernst, Wilhelm Schäfer, Agnes Miegel, Börries von Münchhausen, Hans Friedrich Blunck, Emil Strauß, Hans Carossa, Werner Beumelburg, Peter Dörfler, Erwin Guido Kolbenheyer, Friedrich Griese, Hanns Johst, Will Vesper.

¹ In § 5 der Satzung war die Wahl neuer Mitglieder durch die Wahlversammlung der Akademiemitglieder (geheime Zettelabstimmung) genau geregelt.

Der Schriftsteller Otto Erler, auf den von bestimmter kulturpolitischer Seite aus hingewiesen wurde [ursprüngl.: auf dessen Wahl die bisher gehörten Instanzen ein geringeres Gewicht legen], wird vorläufig nicht gewählt, weil sein Schaffen den anwesenden Mitgliedern nicht bekannt und die zur Verfügung stehende Zeit zu kurz ist, um Informationen über sein Werk einzuholen.

[Folgender Abschnitt ist mit der Bemerkung *Bitte fortlassen!* versehen:] Herr Loerke spricht im Namen der Anwesenden dem kommissarischen Vorsitzenden den Dank der Abteilung für die Führung der schwierigen Verhandlung in der gegenwärtigen Zeit aus.

Schluß der Sitzung 7 ¼ Uhr

Dr. Benn

Dr. Amersdorffer

Münchener Zeitung, 8. 5. 1933: Die neue Dichter-Akademie

58

Nunmehr ist es, wie der preußische Kultusminister Rust heute vor einem Kreis von Pressevertretern im Rahmen grundsätzlicher Ausführungen über die Kulturpolitik der neuen Regierung mitteilte, zu einer völligen Neuordnung der Dichterakademie, der Abteilung 3 der preußischen Akademie der Künste gekommen. Aus der Dichterakademie sind ausgeschieden: Döblin, Bruno Frank, Fulda, Georg Kaiser, Kellermann, Thomas Mann, Alfred Mombert, Alfons Paquet, Rudolf Pannwitz, René Schickele, von Unruh, Wassermann, Werfel.

Der Kultusminister hat die folgenden Dichter in die Dichterakademie berufen: Werner Beumelburg, Hans Friedrich Blunck, Hans Carossa, Peter Dörfler, Paul Ernst, Friedrich Griese, Hans Grimm, Hanns Johst, Kolbenheyer, Agnes Miegel, Börries von Münchhausen, Wilhelm Schäfer, Emil Strauß und Will Vesper. Über die Auswahl weiterer Persönlichkeiten des deutschen Schrifttums wird die neugeformte Abteilung 3 der Akademie nunmehr selbst entscheiden können. Es ist also schon in allernächster Zeit, wenn die erste konstituierende Sitzung stattgefunden hat, mit weiteren Berufungen zu rechnen. Kultusminister Rust wies auf die große Aufgabe hin, die der Dichtung gerade in diesen Tagen, da der patriotische Kitsch sich in den Vordergrund zu drängen scheint, gestellt ist.

Stefan George ist nicht aufgefordert worden, weil er es bisher stets abgelehnt hat, sich zur Verfügung zu stellen. Man hofft aber, eine Form zu finden, in der die Verbundenheit des neuen Deutschland mit Stefan George klar zum Ausdruck gebracht werden kann. [. . .]

Walter von Molo, Berlin-Zehlendorf, Schweitzerstr. 7, den 11. Mai 1933

59

Hochverehrter Herr Minister!

Mit wirklich innigem Dank für die in der heutigen vormittäglichen Audienz gesagten Worte beehre ich mich, beiliegend einiges entscheidende Material noch vorzulegen.

Zur Sache selbst¹ bemerke ich:

Ich war mit Herrn Kolbenheyer herzlich befreundet vor dem Kriege, und ich war einer der allerersten, der über seine Werke schrieb in der Öffentlichkeit, auf seine Bitte hin. Lange Jahre nach dem Krieg verbreitete noch der Georg Müller-Verlag

¹ Der neu in die Abteilung berufene Erwin Guido Kolbenheyer hatte den Ausschluß Walter von Molos aus der Sektion gefordert; unter von Molos Vorsitz hatten die Sektionsmitglieder im Oktober 1930 die von Kolbenheyer und Schäfer vorgelegte Geschäftsordnung abgelehnt. Daraufhin waren Kolbenheyer, Schäfer und Strauß im Jan. 1931 demonstrativ aus der Akademie ausgetreten. Akademiesekretär Amersdorffer hatte von Molo auf seinen bevorstehenden Ausschluß vorbereitet, woraufhin dieser bei Minister Rust intervenierte.

einen Prospekt über Kolbenheyer's Werke, auf denen mein Lob angeführt war. Ich lege den „Meister Joachim Pausewang“ bei mit einer Widmung Kolbenheyer's. Als wir uns nach dem Kriege in der Akademie wieder trafen, haben wir gemeinschaftlich ernst gearbeitet. Und noch am 13. Oktober 1930, als ich als Vorsitzender bereits zurückgetreten war, haben wir freundschaftlich miteinander gesprochen und mit Wilhelm Schäfer und anderen gemeinsam zu Mittag gegessen.

Über die Generalversammlung der Akademie vom 13. und 14. Oktober 1930 unterrichten Sie, sehr verehrter Herr Minister, die Originalprotokolle der Akademie (1, 2, 3). Dann bitte ich, Beilage 4 (Protokoll) einzusehen; hieraus ist der Beginn des Konfliktes zu ersehen. Ich mache darauf aufmerksam, an dieser Sitzung nahmen außer den ausgeschiedenen Mitgliedern Fulda und Döblin teil: Amersdorffer, Haslinde, Loerke, Stucken, Frau Huch und ich. Beilage 5 unterrichtet über den Rücktritt Hermann Hesses. Beilage 6 enthält den Bericht über die Ablehnung der Kolbenheyer-Schäferschen Geschäftsordnung. Der Beschluß war, wie das Protokoll erweist, einstimmig, also stimmten Stucken und Loerke ebenso wie ich und zwei inzwischen ausgeschiedene Mitglieder. Wohlgemerkt: dieser Beschluß war darin einstimmig, wie aus dem Protokoll hervorgeht, als wir *baten*, die Geschäftsordnung möge zurückgezogen werden. Beilage 7 enthält den formulierten Beschluß, der an die auswärtigen Mitglieder verschickt wurde.

Nunmehr setzte erst der Protest von Kolbenheyer ein, wie aus dem Sitzungsprotokoll vom 17. Dezember 1930 (Beilage 8) zu ersehen ist. Außer den zwei inzwischen ausgeschiedenen Mitgliedern nahmen an der Sitzung teil Amersdorffer, Haslinde, Petersen, Loerke, Stucken, Molo. Für den Beschluß, die Geschäftsordnung zu beseitigen, traten weiter Däubler und von Scholz ein. Wie aus dem Schluß des Protokolls hervorgeht, regte der Vertreter des Kultusministeriums, Herr Ministerialrat Haslinde, an, in einem von ihm zu verfassenden Gutachten die Frage juristisch zu klären. Beilage 9 zeigt das Gutachten unseres damaligen rechts- und verwaltungskundigen Senatsmitgliedes, Ministerialrat Dr. Haslinde. In der Sitzung vom 12. Januar 1931 (Beilage 10) überreichte Loerke die inzwischen eingegangenen Austrittserklärungen von Kolbenheyer, Schäfer und Emil Strauß. Diese Sitzung leitete Herr Döblin. Es waren anwesend, außer drei ausgeschiedenen Mitgliedern, Loerke, Stucken, Frau Huch. Ich war auf Vortragsreise und daher nicht anwesend. Man wird mir also schwerlich einen Vorwurf machen können, daß ich gegen diese Austritte nicht aufgetreten wäre. Beilage 11 zeigt das Protokoll vom 11. Januar 1931, in dem, außer drei inzwischen ausgeschiedenen Mitgliedern, Amersdorffer, Haslinde, Petersen, Frau Huch, Stucken, Loerke und ich anwesend waren. Auf Seite 2 dieses Protokolls ist meine politische Haltung eindeutig zu erkennen. Ebenso, daß ich gegen den Antrag Heinrich Mann und Frank war, die Schriftstücke der Ausgetretenen der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Herr Kolbenheyer hat nach seinem Austritt, den ich nicht zur Kenntnis nahm, da ich nicht bei der Sitzung anwesend war, als ich davon hörte, machte ich den damals anwesenden Herren Vorwürfe, daß sie nicht nochmals an ihn geschrieben hätten, sondern daß Herr Loerke als Sekretär die Austritte einfach zur Kenntnis nahm, – ich war ja seit Monaten nicht mehr Vorsitzender – Herr Kolbenheyer hat nach seinem Austritt den Senat namentlich in der Presse angegriffen mit wirklich beleidigenden Unterstellungen infolge unrichtiger Informationen. Ich habe nie darauf erwidert. Heute aber wird Herr Kolbenheyer nach Kenntnisnahme dieser vorliegenden Originalprotokolle wohl selbst zugeben, daß er zu weit gegangen ist. Um der Sache willen habe ich am Freitag, den 5. d.M., damit wir endlich zu geschlossener Arbeit kommen, für die Wiederwahl Kolbenheyer's, Schäfer's, Strauß' u.s.w. gestimmt. Ich meine, wenn mir die Sache und die Autorität des neuen Staates über allem Persönlichen steht, dann müßte das auch bei allen anderen Herren gleich sein. Und warum, frage ich

schließlich, werde ich allein verfolgt, wenn die Amtssenatoren und die anwesenden Mitglieder Loerke und Stucken nicht verfolgt werden? Um so mehr muß ich diese Frage tun, als ich, wie aus Beilage 12 hervorgeht, ebenso aus Beilage 13, in der Hauptversammlung vom 27. Januar 1931 absichtlich nicht anwesend war, als Heinrich Mann (Seite 14 v. Beilage 13) einstimmig durch Akklamation gewählt wurde von den in der Akademie verbliebenen Mitgliedern Ponten, Halbe, Huch, Stucken, Loerke, Däubler.

Ich glaube, hochverehrter Herr Minister, nunmehr bewiesen zu haben, daß nicht der geringste Anlaß für Herrn Kolbenheyer und etwaige andere Herren vorliegt, anders zu mir zu stehen, als zu anderen Mitgliedern der ehemaligen Abteilung, die in der Akademie verblieben sind. Ich habe über die Vorgänge in der Akademie bisher geschwiegen, nunmehr mußte ich aber doch die Originaldokumente vorlegen, und ich bitte, sich die Mühe zu machen, sie durchzusehen, weil daraus mein Handeln eindeutig ersichtlich ist.

Nicht ohne Humor darf ich wohl hier noch erwähnen, daß der Verlag Albert Langen, Georg Müller, dem Herr Kolbenheyer heute zugehört, ebenso wie Herr Schäfer und Herr Grimm, heute im Besitze von Ullstein wäre, hätte ich es seinerzeit nicht verhindert. Im Jahre 1923 machte mir Ullstein wieder einmal ein großes Verlagsangebot. Es lautete dahin, meine Gesamtausgabe herauszubringen. Und als ich daraufhin erklärte, ich sei an den Verlag Albert Langen gebunden, meinte der damalige Chef des Hauses Ullstein, Langen würde mir doch sicherlich kein Honorar bezahlt haben. Daraufhin sagte ich, daß ich wohl eine größere Summe dem Verlag, der seit Jahren in Schwierigkeiten war, stundete. Da wollte Ullstein, daß ich ihm meine Forderung an den Verlag Albert Langen übertrüge. Er sagte damals wörtlich: „Sie übertragen mir Ihre Forderung, und damit gehört der Verlag Albert Langen mir. Wir fahren dann morgen nach München und machen die Sache perfekt. Wenn Sie von dem Verlag Langen nicht weg wollen, dann kommen Sie auf diese Art zu uns.“ Ich ging natürlich auf eine derartige Geschäftstüchtigkeit nicht ein, sondern unterrichtete Albert Langen und hielt bei ihm so lange aus, als es irgend möglich war. Die Schriftstücke liegen im Verlag Langen-Müller. Verzeihen Sie, hochverehrter Herr Minister, daß ich auch davon sprach, aber ich habe in den letzten sechs Tagen lernen müssen, daß es nötig ist. Ich lege einiges, das Sie vielleicht interessieren dürfte, über meinen seinerzeitigen Rücktritt ect. bei.

In aufrichtiger Verehrung ganz ergeben

Walter v. Molo

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, *Aktennotiz*

60

Herr O[be]RR[egierungsrat] Dr. Zierold teilte mir heute telefonisch mit, daß gestern nachmittag mit einer Anzahl der neugewählten Dichter eine Besprechung bei dem Herrn Minister stattgefunden habe. Einige Mitglieder hatten für die Annahme ihrer Berufung gewisse Vorbehalte gemacht, so Hans Grimm, der erst die Versicherung wünschte, ob die Souveränität der Akademie genügend bewahrt bleibe. Alle diese Vorbehalte und sonst geäußerten Bedenken sind beseitigt und die Besprechung ist sehr gut verlaufen. Eines der neuen Mitglieder, Hans Carossa in München, hat die Berufung abgelehnt mit der Begründung, daß er prinzipiell keiner Gemeinschaft beitrete. (Aus gleichem Grunde hat Carossa schon früher erklärt, daß er eine Wahl in die Akademie nicht annehmen würde.) Schriftliche Mitteilung über die Annahme der Berufung durch die übrigen neuen Mitglieder wird die Akademie in den nächsten Tagen erhalten.

Schon jetzt soll die konstituierende Sitzung der erneuerten Abteilung vorbereitet

werden. Den in der Besprechung bei dem Herrn Minister anwesenden Mitgliedern wäre Mittwoch, der 7. Juni, der erwünschteste Termin für die Sitzung. An diesem Termin solle, wenn irgend möglich, festgehalten werden.

Dr. Zierold meinte, der alte Senat werde zurücktreten müssen. Ich erwiderte ihm darauf, daß dies wohl selbstverständlich sei, im übrigen sei der alte Senat durch die Austritte ohnehin so gut wie ganz verschwunden; er werde schon aus diesem Grunde im ganzen neu gewählt werden müssen.

Die Reise- und Aufenthaltskosten für die an der konstituierenden Sitzung teilnehmenden auswärtigen Mitglieder wird das Ministerium zur Verfügung stellen. Eine vorläufige Berechnung dieser Kosten erfolgt durch das Büro der Akademie und wird Dr. Zierold mitgeteilt.

Dr. Zierold teilte weiter mit, daß die Angelegenheit von Molo völlig bereinigt sei. Es sei weiter kein Widerspruch gegen ihn erfolgt, aber von Molo werde sich selbstverständlich äußerste Zurückhaltung auferlegen müssen, da noch große Gegensätze vorhanden seien. (Ich habe in diesem Sinne heute mittag mit Herrn von Molo gesprochen.)

Berlin, den 22. Mai 1933

Dr. Amersdorffer

61 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 1. Juni 1933

Sehr verehrter Herr Dr. Binding,

die konstituierende Sitzung der „erneuerten Abteilung“ steht am 7. Juni bevor und wir freuen uns, Sie dann wieder in Berlin begrüßen zu können. Vorher noch ein paar informierende Worte für Sie, zu deren Absendung ich infolge der vielfachen Inanspruchnahme der letzten Wochen leider erst heute komme:

Die Abwicklung des Neuaufbaus der Abteilung hat sich nach der Besprechung bei dem Herrn Minister, an der Sie teilgenommen haben, verhältnismäßig rasch vollzogen. Die Liste der erwünschten neuen Mitglieder ist nach Anhörung der verschiedenen Instanzen (man sollte es kaum für möglich halten, wer hierbei heutzutage mitzusprechen hat!) zustande gekommen. Auch der Rumpfabteilung schien die Liste im allgemeinen durchaus annehmbar, und tatsächlich ist diese Liste einstimmig angenommen worden. In unserem Bericht an den Minister konnte deshalb mit Recht betont werden, daß diese Mitglieder von der Abteilung einstimmig *gewählt* worden sind. Trotzdem wurde von diesem uns sehr günstig scheinenden Umstand kein Gebrauch gemacht, sondern die neuen Mitglieder wurden in der amtlichen Kundgebung ausdrücklich als *berufen* bezeichnet, was wohl dem ausdrücklichen Wunsch einiger der neuen Herren entsprach. (Dies vertraulich!) Die Liste der Neuen kennen Sie ja aus den Zeitungsveröffentlichungen. Aus dieser publizierten Liste müssen Sie allerdings Hans Carossa streichen. Er hat die Berufung abgelehnt mit der Begründung, daß er prinzipiell keiner Gemeinschaft beitrete. Aus der Presse werden Sie ja auch ersehen haben, welche Mitglieder noch ausgeschieden sind. Die Schreiben, die wir an einige von ihnen richten mußten, waren für uns eine recht unerfreuliche Aufgabe; aber sie mußte leider erfüllt werden. Der Austritt von Frau Ricarda Huch ist in der amtlichen Veröffentlichung zunächst noch verschwiegen worden. Man glaubte wohl immer noch, eine gewisse Hoffnung hegen zu dürfen, daß sie ihren Entschluß zurücknimmt. Da wir aber bereits alles versucht haben, wird sich diese Hoffnung wohl leider nicht erfüllen. Da Paul Ernst gleich nach seiner Berufung verstorben ist, beträgt die Zahl der neuberufenen Mitglieder 12. Von den früheren Mitgliedern sind 16 verblieben, sodaß die Abteilung jetzt aus 28 Dichtern besteht.

Die konstituierende Sitzung am 7. Juni wird Herr von Schillings als Präsident mit Begrüßungsworten einleiten. Dann wird das älteste anwesende Mitglied (wahrschein-

lich Stehr) die Versammlung leiten müssen bis der Vorsitzende gewählt ist. Die Frage, wer mit dieser Ehre betraut werden soll, ist natürlich von ganz besonderer Wichtigkeit. Auf wen die Wünsche der neuen Mitglieder hinzielen, darüber konnten wir noch nichts Endgültiges erfahren. Es scheint, daß die Herren sich selbst noch nicht ganz einig werden konnten. – Mir persönlich ist auch sehr daran gelegen, daß die Frage der Bestellung eines neuen Sekretärs bald gelöst wird. Unmaßgeblich würde ich dafür Herrn Dr. Benn für vorzüglich geeignet halten; ob alle neuen Mitglieder mit dieser Person einverstanden sein würden, das steht allerdings dahin.

Vorgestern hat der Herr Minister Herrn von Schillings gegenüber die bestimmte Absicht ausgesprochen, an der konstituierenden Sitzung teilzunehmen und in einer Ansprache Programmatisches auszuführen.

Nebenbei erwähne ich noch ganz vertraulich, daß einige der Neuen, besonders Herr E. G. K[olbenheyer] auch das Ausscheiden von W. v. M[olo] gefordert haben. Ich hatte die unangenehme Aufgabe, W. v. M. auf das Schlimmste vorzubereiten, worauf er sich mit gewaltigem Temperament zu wehren begann – und nicht ohne Erfolg. Es ist dem Herrn Minister, nachdem auch Herr von Schillings sich Herrn W. v. M. an die Seite gestellt hatte, gelungen, Herrn E. G. K. zu einer freundlicheren Haltung zu bringen. Hoffentlich bleibt der Frieden bestehen, wenn die beiden jetzt wieder in der Abteilung zusammensitzen! [. .]

Mit hochachtungsvoller Empfehlung

Ihr sehr ergebener Amersdorffer

KONSTITUIERUNG DER NEUEN ABTEILUNG FÜR DICHTUNG

Konstituierende Sitzung der erneuerten Abteilung für Dichtung am 7. Juni 1933, 62
vormittags 10 ½ Uhr

Anwesend: Herr Minister B. Rust, ORR Dr. Zierold; Präs. v. Schillings als Vors.; von Scholz, von Molo, Binding, Ponten, Stucken, Agnes Miegel, Benn, Halbe, Beumelburg, von Münchenhausen, Strauß, Kolbenheyer, Schäfer, Johst, Loerke, Ina Seidel, Grimm, Blunck, Vesper, Stehr, Dörfner, Griese; zugezogen Dr. Amersdorffer.

Der *Präsident* eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, besonders den Herrn Minister. Er betont die in der Akademie vertretene Einheit der Künste, die alle aus einer gemeinsamen Wurzel ersprießen, und weist darauf hin, daß unsere Akademie ihrem Namen nach wohl eine preußische, ihrer Zusammensetzung, ihrem Wesen und ihrer Wirksamkeit nach aber eine deutsche Akademie ist. Alle bedeutenden Künstler, die die deutsche Sprache sprechen, können in unsere Akademie gewählt werden. Wir hoffen, daß bald im Laufe einer organischen Entwicklung anstelle des Wortes „preußische“ das Wort „deutsche“ gesetzt werden kann.

Der *Präsident* gedenkt dann des Hinscheidens des neuberufenen Mitgliedes Paul Ernst und verliest aus einem Brief seiner Witwe folgende Sätze: „Der Verstorbene hat in den Tagen seiner letzten Krankheit von den schweren Aufgaben der Akademie gesprochen. Seine Überzeugung war, daß sie ein geistiges Gewissen für das ganze deutsche Volk sein müsse. Dabei packte ihn eine ungeduldige Verzweiflung, daß er gerade jetzt, durch sein Leiden gehemmt, den Anforderungen, die an ihn herantraten, nicht genügen konnte.“ Die Anwesenden erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen.

Der *Präsident* betont, daß der Zweck der heutigen konstituierenden Sitzung der sei, die Grundlagen für die erneuerte Abteilung für Dichtung auszubauen. Er dankt Herrn Dr. Benn für die kommissarische Leitung der Abteilung während der letzten Monate und begründet die Anwesenheit von Professor Dr. Amersdorffer in der heu-

tigen Sitzung mit dessen Zuständigkeit für die organisatorischen Fragen der Gesamtakademie. Der Präsident dankt dem Herrn Minister für sein bisher gezeigtes Streben, die Akademie wirklich zu einer Vertreterin aller Künste zu machen. Er spricht den Wunsch aus, daß wirklich ersprießliche Arbeit in dieser konstituierenden Sitzung geleistet werde, daß alle einst vorhandenen Gegensätze begraben und vergessen sein sollen und daß eine reine Harmonie in dieser Tagung vorwalten möge. — Er erteilt alsdann dem Kurator der Akademie, Herrn Staatsminister Rust, das Wort.

Herr Minister *Rust* knüpft an das Wort von Paul Ernst (in dem von dem Präsidenten verlesenen Brief seiner Witwe) an: die Dichterabteilung müsse *ein geistiges Gewissen* für das ganze deutsche Volk sein. Diese Auffassung gäbe der gegenwärtigen Tagung die Bedeutung einer feierlichen und ernsten Stunde. — Er habe zunächst den Wunsch, seine Neuberufung von Mitgliedern durch ein Wort zu rechtfertigen: Die von ihm vorgefundene Abteilung für Dichtung konnte von den Vertretern des geistigen Lebens nicht als eine Vertretung geistigen deutschen Lebens angesehen werden. Es mußte ein gemeinsamer Boden gefunden, eine Brücke geschlagen werden. — Der eine oder der andere sei vielleicht der Auffassung, hier solle etwas Vergangenes, Ehrwürdiges wieder in Ordnung gebracht werden. Dies sei nicht der leitende Gedanke. Wenn aus der Neuordnung ein lebendiges Leben erwachsen kann, so könne dies heute geschehen. Aber mehr noch solle geschehen: nicht ein Parnaß des deutschen Dichtertums solle erstehen, zu dem das Volk hinaufblickt, sondern es gelte: dem Volke den Weg zur Dichtkunst freizubrechen! Dessen bedürfen wir dringend. Dieses Ziel konnte nicht durch Statuten, nicht durch Richtlinien erreicht werden. Freiheit und Autonomie seien keine festen, konstanten Begriffe, ebensowenig wie der Begriff Revolution. Entscheidend sei, ob aus einer Handlung lebendiges Leben erwachsen könne. Die sei auch der entscheidende Maßstab für eine Revolution. — Wenn aus der gewaltigen Bewegung nicht ein Wachsen deutscher Kräfte entstehen würde, so würde sie umsonst gewesen sein. Deshalb habe er sich maßgebend eingesetzt für eine Neuordnung der Abteilung für Dichtung. Unter diesem Gesichtspunkt sei auch der Eingriff in die Abteilung zu verstehen. Es kam darauf an: einen Organismus wieder lebensfähig zu machen. —

Er habe zwei Aufgaben vor sich gesehen: die eine rein vom Volke gesehen. Es war nicht möglich, eine Dichterakademie bestehen zu lassen, die das Volk als die seine nicht anerkannte. Es sei ihm nicht leicht geworden, die auf das Ausscheiden mancher Mitglieder abzielenden Wünsche trotz gewisser Sympathien für ihre Persönlichkeiten zu erfüllen. Diese Mitglieder waren aber für die Akademie weiterhin unmöglich in einer Zeit des völkischen Erwachens. Deshalb durfte man sich nicht durch einen Mangel an Entschlußkraft schwächen lassen. Das Volk habe eben seine Vorstellungen, seine Liebe und seinen Haß. Andererseits könne nicht verschwiegen werden, daß es überhaupt schwer sei, mit einem Wertmesser an diese Persönlichkeitsfragen heranzugehen, denn wir sind alle Irrtümern unterworfen. Eines konnte bestimmt getan werden: Blutlosigkeit und Formlosigkeit mußten verschwinden. Die intuitive Erkenntnis unserer Zeit habe der Abteilung gefehlt.

Manche haben wohl gefürchtet, die völkische Revolution würde eine künstlerische Reaktion bringen, die zur Unfruchtbarkeit, zu einem hohlen patriotischen Pathos führen könnte; man könne vielleicht die als Führer ansehen, die sich durch lautes Gebaren besonders bemerkbar machten. Dies wäre erschütternd gewesen! Was geschehen mußte, war: es mußte dem deutschen Volke zunächst etwas Greifbares gezeigt werden. Vieles ist beiseite geworfen worden, vieles wird nicht mehr anerkannt. Ist eine Welt verschwunden und eine andere noch nicht da? Oder ist die andere im Dämmerzustande des Werdens?

Diese andere neue Welt, fährt Herr Minister Rust fort, sind Sie für mich. Die ungeheure völkische Bewegung lebte ja schon im deutschen Dichter. Sie lebte bereits, es mußte nur gezeigt werden, daß sie schon da ist. Über alle persönlichen Schwierigkeiten hinweg mußte diese Körperschaft hergestellt werden. Dies wird vielleicht doch einmal als eine Tat anerkannt werden: daß mit Fleisch und Blut erfüllt worden ist, was die Menschen in Deutschland erstreben und ersehnen. Ich danke Ihnen, daß auch Sie den Mut gehabt haben. Die völkische Bewegung wird sich nicht mit toten Dekorationen belasten. Etwas Lebendiges muß geschaffen, nicht etwas Totes fortgeschleppt werden. Das ist das Entscheidende. Die Aufgabe liegen vor. Ich möchte aber die Feststellung dieser Aufgaben nicht Ihnen selbst vorwegnehmen.

Der Eingriff in die Abteilung war notwendig, um dieses Lebendige zu schaffen. Dieser Eingriff soll der letzte sein. *Die Akademie ist wieder autonom.* Das weitere ist Ihre Angelegenheit. Man könnte vielleicht sagen: dies oder jenes ist unterlassen. Man soll aber zunächst nicht fragen, was *kann* man ändern, sondern, was *muß* man ändern.

Für die bevorstehende Arbeit der Abteilung bemerkt der Herr Minister: Ich bin nicht weit von Ihnen, ich stehe mit dem Apparat des Ministeriums, aber auch mit dem unserer Bewegung zur Verfügung. – Sie sollen zur Geltung kommen. Sie sollen das Edelste, das Wertvollste vermitteln. Ich denke nicht etwa an den Rundfunk. Es ist allerhöchste Zeit, daß unsere deutsche Presse, besonders in ihren Feuilletons, ein ganz anderes Gesicht erhält. Ich habe bereits Fühlung nach dieser Richtung genommen und absolute Bereitschaft gefunden. Die deutschen Dichter sollen im besten Sinne populär werden! – Der deutsche Buchhandel hat Pflichten zu erfüllen, hat vieles gutzumachen. Doch will ich mich auf diese wenigen Andeutungen beschränken.

Die Preußische Akademie soll nicht Gegenstand ständiger enger staatlicher Erziehungsarbeit sein. Auch hier soll dem groß-deutschen Gedanken Raum gegeben werden. Ich bin Niedersachse und habe immer vom Standpunkt der Heimat und des Stammes aus gesehen. Hitler hat eine große Verwirrung in unserem Staatsleben dadurch vermieden, daß er überall Statthalter eingesetzt hat. Wir werden nicht dabei stehen bleiben; die biologische zwangsweise Entwicklung wird kommen! Preußens Aufgabe ist es, einem Groß-Deutschland den Weg zu bereiten. – Ein Staat mußte einmal die Brutalität haben, in der deutschen Tiefebene einen großen Staat zu schaffen. Wenn dies nicht geschehen wäre, würden wir das heutige Deutschland nicht besitzen. Das ist Preußens Leistung für das ewige Leben unseres ganzen Volkes. – Unter diesem Gesichtspunkt habe ich auch die Aufgabe der Preußischen Akademie gesehen: als große deutsche Dichterakademie der Zukunft. Die Autonomie der Akademie ist in diesem Augenblick wiederhergestellt. Diese Stunde ist die Stunde einer deutschen Dichterakademie mit der Aufgabe eines großen lebendigen Wirkens. Sie haben viel einzusetzen, Sie bringen Ihr Lebensschaffen, Ihre Namen mit. Aber auch die gegenwärtige Staatsleitung hat viel einzusetzen.

Der deutsche Dichter steht ewig auf seinem Volkstum! Der Staat kann sich nur als eine Selbstschutzorganisation des Volkes entwickeln. Stellen Sie sich immer vor Augen: vor uns steht ein deutsches Volk, das seine Existenz immer wieder zu verteidigen hat, von dem wir überzeugt sind, daß es das beste und edelste Material ist, aus dem Gott ein Volk formen kann. – Halten Sie sich dieses immer vor: draußen steht ein Volk, so erwartungsvoll, so aufnahmebereit, so gläubig! Dieses Volk glaubt an Sie, wird an Sie glauben, wenn von hier aus das Leben ihm wieder lebendig entgegentritt. Letzten Endes wird jede Bewegung beurteilt nach ihren Ergebnissen. Man darf heute nicht zu hart urteilen über das, was draußen geschieht. In derartigen unerhörten Abschnitten unserer Geschichte kann nicht gleich alles den höchsten Anforderungen gerecht werden. Es muß alles erst einmal reif werden. Tun auch Sie das Ihrige dazu! Diese Bewegung, deren Kraft anzuschüren zehn Jahre mittätig gewesen sind,

wird nicht in eine Überorganisation abirren. Was weiter geschieht, ist jetzt in Ihre Hand gelegt. Wo die Künstler und der Staat zusammengegangen sind, ist immer etwas ganz Großes entstanden. Wenn zwischen Ihnen und dem Ministerium ein lebendiges Wollen bleibt, wenn Sie immer wieder das Volk sind, dann wird aus unserem Handeln etwas Großes entstehen. Ich glaube daran, und ich wünsche Ihrer Arbeit allen Segen! (Lebhafter Beifall)

Der *Präsident* erwidert: Der Beifall hat Ihnen, verehrter Herr Minister, gezeigt, wie tief Ihre Worte in die Seelen gefallen sind. Wir dürfen uns glücklich schätzen, daß in dieser Stunde ein Mann wie Herr Minister Rust vom Schicksal an diese Stelle gesetzt ist. Schon vom ersten Augenblick an hatte ich die Freude und die Ehre, die Kraft, Größe, Klugheit und das Schöpferische zu erkennen, das sich in Herrn Minister Rust, dem Kurator unserer Akademie, vereinigt. Sein Ernst, seine Gedanken und Hoffnungen sind würdig des Festes, das wir eben gefeiert haben. Möge er wirken als ein wahrer creator spiritus. Auch die Abteilung für Dichtung möge sich irgendwie eines Pfingstwunders freuen, in dem die Wünsche des Herrn Ministers in Erfüllung gehen. – Die nun wieder selbständige Abteilung möge ihre Arbeit jetzt beginnen.

Dr. Schäfer erbittet das Wort und führt aus: Es handelt sich um Dichter, Volk und Staat. Wir Dichter waren mit dem Volk immer in Ordnung, aber nicht das Verhältnis des Staates zum Dichter, und deshalb auch nicht das Verhältnis des Staates zum Volk. Der Staat konnte etwas für das Volk und für die Dichter tun. Aber was hätte er tun sollen? Der Staat hätte die Dichter rufen sollen, die Dichter als Volk, nicht um etwas zu geben, sondern damit die Dichter dem Volk etwas geben. (Beifall).

Der Herr Minister und Oberregierungsrat Dr. Zierold verlassen die Versammlung.

11 ½ Uhr Beginn der Arbeitssitzung

Hermann Stehr übernimmt auf Bitte des Präsidenten als Alterspräsident der Abteilung den Vorsitz. Präsident *von Schillings* führt noch aus: Die Arbeit der Abteilung der Dichter wird vorbildlich sein für die Arbeit der anderen Abteilungen. Die Akademie wird sich nun auf der ihr gegebenen Grundlage mit neuer Kraft entwickeln. Sie soll eine wahre universitas artium werden. Die alten chinesischen Mauern zwischen den einzelnen Abteilungen müssen fallen, und es muß künftig mehr als bisher eine Aussprache zwischen den verschiedenen Abteilungen der Akademie stattfinden. Präsident *von Schillings* verläßt alsdann die Sitzung.

Max v. Schillings

Amersdorffer

Sodann wird die allgemeine Aussprache eröffnet. *Schäfer* bezeichnet als das Ziel der Arbeit die Schaffung der Deutschen Akademie, die natürlich aus den bestehenden Verhältnissen heraus zu entwickeln sei. *Blunck* bestätigt diese Ansicht von Schäfer. *Kolbenheyer* erörtert die Frage, welches die Rechtsgrundlagen seien, aus denen heraus die neue Arbeit zu beginnen habe.

Amersdorffer bezeichnet die geistige Grundlage für wesentlicher als die Rechtsgrundlage. Man sei sich darüber einig, daß man sich an das bisherige Statut in der neuen Arbeit nicht zu kehren brauche. Natürlich sei die Abteilung für Dichtung nach wie vor der Preussischen Akademie der Künste angegliedert. *Benn* weist darauf hin, daß man mit Absicht keine formale Auflösung der alten Abteilung ausgesprochen habe. Die Lage sei so, daß sich die älteren schon vorhandenen Mitglieder mit den neuen Mitgliedern zur Neugründung der Abteilung zusammengeschlossen hätten. Es handle

sich also um eine neue Versammlung mit konstituierenden Rechten. Die Erörterung über dieses Thema wird weiter fortgesetzt.

Ponten stellt die Frage, ob die Befugnisse der heutigen Versammlung sich darauf erstreckten: 1. die Akademie durch neue Mitglieder zu erweitern; 2. die neue Abteilung gegenüber der Preußischen Akademie der Künste in ihren Rechten und Aufgaben abzugrenzen. *Schäfer* betont, daß wir rechtlich uns innerhalb der Preußischen Akademie befinden, daß wir dabei aber das Bewußtsein haben, eine Deutsche Akademie der Dichtung zu werden. Dieses Bewußtsein sei für ihn die Voraussetzung zur Mitarbeit. *Stehr* stellt fest, daß die Absicht zur Entwicklung der Deutschen Akademie einwandfrei und unbestritten sei. Früher sei die Entwicklung in Widerspruch zu dieser Absicht gegangen, und es sei dadurch zur Absentierung einer Reihe von Mitgliedern gekommen. Heute sei diese ursprüngliche Grundlage wieder hergestellt. Wir, die Anwesenden, seien die Grundlage, unserem Wesen nach seien wir bereits die Deutsche Akademie, wir hätten aber formale Rücksichten zu nehmen.

Blunck beantragt die folgende EntschlieÙung: „Das Vorgehen des Herrn Ministers bei Neuberufung der Mitglieder der Preußischen Akademie der Künste wird nachträglich genehmigt.“ Er weist darauf hin, daß eine solche Fassung auch im Sinne des Ministers liege und schlägt als zweite EntschlieÙung die folgende vor: „Die am 7. 6. 33 in der Preußischen Akademie der Künste zur konstituierenden Sitzung der Abteilung für Dichtung anwesenden Dichter sind sich darüber einig, daß sie sich unter Anerkennung der jetzigen Rechtsgrundlage als den Beginn der Deutschen Akademie der Dichtung ansehen und den Herrn Minister bitten, mit den Ministerien der anderen Länder wegen dieser Umbildung Föhlung zu nehmen.“

Vesper begründet diese EntschlieÙung eingehender. Er weist darauf hin, daß die Frage der Akademie eingeschlossen sei in die größere Frage eines Reichskultusministeriums. Wünschenswert sei, daß das Preußische Kultusministerium sich zu einem solchen entwickle. Darum liege es uns fern, uns von ihm zu lösen, und darum sei es wesentlich, daß wir unseren Wunsch in der beantragten Form aussprechen. Beide EntschlieÙungen werden von der Versammlung durch Akklamation gebilligt.

Stehr bittet, ihn von der Leitung der Sitzung aus persönlichen Gründen zu entheben, und erörtert die Frage, ob man sofort zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters“ schreiten solle. *Ponten* bittet, von der endgültigen Wahl des Vorsitzenden noch Abstand zu nehmen, denn man müsse sich doch erst über Satzung und Organisationsform klar sein. Er schlägt vor, für die laufende Sitzungszeit Schäfer zum Vorsitzenden zu wählen, da *Stehr* aus persönlichen Gründen zurücktreten wolle. Die Versammlung wählt mit Einstimmigkeit Schäfer zum Vorsitzenden bis zur Wahl des endgültigen Vorsitzenden.

Prof. v. Schillings, der vorübergehend noch einmal an der Sitzung teilnimmt, bittet die Versammelten, den Blickpunkt immer auf das Wesentliche gerichtet zu halten. Es sei unmöglich, sich in nutzlose Debatten zu verlieren, und es müsse praktische Arbeit geleistet werden, wobei man den Rahmen der Gesamtakademie nicht aus dem Auge lassen dürfe. *Schäfer* stimmt dieser Auffassung zu. Es sei nicht unsere Absicht, in großartiger Form abzuspringen und dabei den Boden zu verlieren. Es entspinnt sich eine kurze Debatte über die finanziellen Mittel, die der Akademie zur Verfügung stehen. Diese Frage soll baldigst geklärt werden. Darauf wird die allgemeine Aussprache fortgesetzt.

Kolbenheyer entwickelt in längeren Ausführungen einen von ihm ausgearbeiteten Plan für die Satzung einer Deutschen Akademie der Dichtung. Im Mittelpunkt dieses Plans steht die Festlegung der Stellung und der Befugnisse des Senats und die Schaffung eines Mittlertums für die deutsche Dichtung, das in irgendeiner organisatorischen Form der Akademie zu praktischer Arbeit und größerer Wirksamkeit ange-

gliedert werden soll. Im Anschluß daran entwickelt sich eine erste Aussprache über die Gedanken Kolbenheyers, insbesondere über den Vorschlag des Mittlertums.

v. Münchhausen schlägt Vertagung der Sitzung auf morgen vor. Dagegen erhebt sich zahlreicher Widerspruch. *v. Scholz* bezeichnet die Wahl des Vorsitzenden als das Wichtigste und stellt den Antrag, diese Wahl unverzüglich vorzunehmen. *Grimm* schließt sich diesem Antrag an. Der Antrag wird mit 16 von 22 vorhandenen Stimmen angenommen. *Prof. Amersdorffer* weist darauf hin, daß gleichzeitig auch der Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt werden müsse. Nach weiterer Erörterung schlägt *Grimm* vor, eine Mittagspause eintreten zu lassen und nach dieser Pause unmittelbar zur Wahl des 1. Vorsitzenden, seines Stellvertreters und des Schriftführers zu schreiten. Im Anschluß daran werden von einzelnen Mitgliedern der Akademie bestimmte Mitglieder für die Stelle des 1. Vorsitzenden vorgeschlagen. Die Vorschläge betreffen Hanns Johst, Wilhelm Schäfer, Kolbenheyer und Hans Grimm. Hans *Grimm* lehnt für seine Person einen Vorsitz ab.

Blunck erörtert die Frage, daß ebenso wichtig wie die Wahl des Vorstandes die Bestimmung eines Arbeitsausschusses sei, der nach den Vorschlägen von Kolbenheyer und eventuellen anderen Vorschlägen die Satzung der Akademie zu formulieren habe. *Halbe* tritt ebenfalls für die Notwendigkeit ein, einen Ausschuß, ein kleineres Kollegium zu bilden, damit endlich fruchtbare Arbeit geleistet werde. *Stehr* ist ebenfalls für den Ausschuß. *Grimm* schlägt vor, daß dieser Ausschuß, der in der Nachmittags-sitzung zu bestimmen sei, nach Möglichkeit so rasch arbeite, daß die Versammlung noch im Laufe des morgigen Tages zu seinen Arbeiten Stellung nehmen könne. *Blunck* schlägt die folgende Entschließung vor: „1. Die Preußische Akademie der Künste, Abteilung für Dichtung, wählt einen Ausschuß zur Prüfung der Statuten. 2. Der Ausschuß wird den Vorschlag des Herrn Dr. Kolbenheyer und die im Verlauf der Debatte gegebenen weiteren Anregungen prüfen und wird beauftragt, dem Herrn Minister die formulierten Vorschläge vorzutragen.“ Es wird in diesem Sinne beschlossen, worauf die Mittagspause eintritt.

Um 4.15 Uhr nachmittags wird die Sitzung wieder eröffnet.

Anwesend sind: *v. Scholz*, *v. Molo*, *Binding*, *Ponten*, *Stucken*, *Miegel*, *Benn*, *Halbe*, *Beumelburg*, *v. Münchhausen*, *Strauß*, *Kolbenheyer*, *Schäfer*, *Johst*, *Loerke*, *Seidel*, *Grimm*, *Blunck*, *Vesper*, *Stehr*, *Dörfler*, *Griese*; *Amersdorffer*.

Schäfer legt aus persönlichen Gründen den Vorsitz nieder. Nach Zustimmung der Versammlung übernimmt *Binding* den Vorsitz und schlägt vor, nach dem Beschluß der Vormittags-sitzung die Wahl des Vorstandes vorzunehmen, wobei er bittet, auf die am Vormittag genannten Namen keine Rücksicht zu nehmen.

v. Münchhausen schlägt *Blunck* als 1. Vorsitzenden vor. *Binding* möchte, daß einzelne Namen vor der Abstimmung nicht mehr genannt werden. *Stehr* schlägt vor, den 1. Vorsitzenden durch Zettel, den 2. auf Vorschlag des 1. Vorsitzenden durch Akklamation und den Schriftführer durch Akklamation zu bestimmen. *Ponten* bittet, die Wahl auszusetzen, bis die Frage geklärt sei, auf welche Zeit der Vorstand gewählt werde. *Binding* bezeichnet die Entscheidung dieser Frage als Aufgabe des nachher zu wählenden Satzungsausschusses. *Schäfer* sagt, er sei nach Berlin gekommen unter der Voraussetzung, daß hier die deutschen Dichter zusammengetreten seien, um die Aufgaben der Akademie festzulegen. Erst wenn das geschehen sei, könne man den Vorstand wählen. *Binding* lehnt diese Auffassung ab.

v. Scholz betont, daß, solange kein neues Statut angenommen sei, das alte Statut in Geltung bleibe. Nach diesem Statut regelt sich also auch die Zeitdauer, für die der neue Vorstand gewählt werde. *Binding* stellt fest, daß auch für diesen Punkt der Minister der Akademie volle Autonomie zugesichert habe, und bezeichnet noch einmal die Wahl des Vorsitzenden als unbedingt dringend, weil sie der neubegründeten

Akademie das Gesicht gäbe. *Schäfer* bestreitet die Auffassung von *Scholz*, nach welcher es angängig sei, den Vorsitzenden im Rahmen der bisherigen Statuten zu wählen. *Binding* tritt dann in die Wahl des 1. Vorsitzenden ein, die durch Zettelabstimmung geschehen soll. *v. Münchhausen* und *Stehr* erklären, daß sie aus persönlichen körperlichen Gründen eine etwaige Wahl nicht annehmen können.

Anwesend sind 23 Stimmen. Im ersten Wahlgang erhalten: *Johst* 7 Stimmen, *Blunck* 4 Stimmen, *Schäfer* 4 Stimmen, *Grimm* 3 Stimmen, *Gerhart Hauptmann* 2 Stimmen, *Kolbenheyer* 1 Stimme, *Binding* 1 Stimme, 1 Zettel unbeschrieben.

Im zweiten Wahlgang ist also zu entscheiden zwischen *Johst*, *Blunck* und *Schäfer*. Das Ergebnis ist folgendes: *Johst* 14 Stimmen, *Blunck* 6 Stimmen, *Schäfer* 2 Stimmen, 1 Zettel unbeschrieben.

Binding stellt fest, daß damit *Hanns Johst* zum 1. Vorsitzenden gewählt ist. *Johst* schlägt vor, *Blunck* durch Akklamation zum 2. Vorsitzenden zu wählen und *Vesper* zum Schriftführer. *Vesper* lehnt für seine Person ab. *Johst* schlägt darauf *Beumelburg* zum Schriftführer vor. *Blunck* wird bei 2 Stimmenenthaltungen einstimmig durch Akklamation zum 2. Vorsitzenden gewählt. *Beumelburg* wird einstimmig durch Akklamation dem Minister als dem Kurator der Akademie zur Ernennung zum Schriftführer vorgeschlagen. *Binding* übergibt den Vorsitz an *Johst*.

Johst dankt für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und nimmt die Wahl zum 1. Vorsitzenden an. Er betont, daß er seine Wahl als eine ganz unpersönliche Angelegenheit auffasse, als ein Bekenntnis der deutschen Dichter zu gewissen Prinzipien der nationalsozialistischen Idee, mit denen er verhaftet sei, und als einen starken Ausdruck dafür, daß niemand das Recht habe, die Nationalsozialisten als Barbaren zu bezeichnen. Persönlich bittet er, bei der Fortsetzung der Arbeiten sein Tempo und sein Temperament zu berücksichtigen. Praktische Arbeit sei etwas anderes als Diskussion. Darauf erteilt er dem neuen Schriftführer das Wort. *Beumelburg* dankt für seine Person ebenfalls für das Vertrauen, das man ihm entgegenbringe. Wenn er dieses Amt annehme, so geschehe das unter der Bedingung, daß von nun an und sofort praktische Arbeit geleistet werde. Er schlägt dann die Bildung von 7 Ausschüssen vor.

1. Ausschuß: zur Durchberatung und Formulierung der neuen Satzung aufgrund der Anregungen des Herrn *Kolbenheyer*.

2. Ausschuß: Buchhandel, Leihbücherei, Presse des Inlandes, Rundfunk, Film und Theater.

3. Ausschuß: Berufsständische Organisationsfragen, Pflege des dichterischen Nachwuchses, künstlerischer Arbeitsvertrag, Urheberrecht, Schaffung eines Katalogs über das deutsche Schrifttum, Verhältnis der Akademie zu anderen schriftstellerischen Organisationen.

4. Ausschuß: zur Behandlung aller Fragen, die die deutsche Sprache betreffen, worunter auch die Beziehungen der Akademie zum Sprachverein pp. zu betrachten seien.

5. Ausschuß: zur Behandlung aller Fragen, die sich aus den Beziehungen des deutschen Dichtertums zum Ausland ergeben, worunter auch die Auslandspresse zu verstehen sei.

6. Ausschuß: Fragen des Unterrichts, soweit sie Schulen und Hochschulen betreffen, und alle Fragen, die sich unter dem Begriff der Heranführung der deutschen Dichtung an die deutsche Jugend zusammenfassen lassen.

7. Ausschuß: zur Prüfung und Bearbeitung aller finanziellen Angelegenheiten und zur besonderen Erörterung der Frage einer Kulturabgabe.

Der 1. Vorsitzende *Johst* schlägt vor, daß man, bevor man die Frage der Ausschüsse zu einem Abschluß bringe, zunächst die Wahl des Senats der Akademie vornehme. *Amersdorffer* entwickelt die Aufgaben und die Befugnisse des Senats als einer be-

ratenden Stelle des Ministers. *v. Scholz* schlägt vor, daß man in der Weise verfare, daß der 1. Vorsitzende, sein Stellvertreter und der Schriftführer, die aus amtlicher Befugnis dem Senat angehören, die weiteren Senatoren zur Wahl vorschließen. *Johst* macht eine Reihe von Herren namhaft, die er bittet, sich mit ihm zu einer internen Beratung über die Frage des Senats in ein besonderes Zimmer zu begeben. Es sind dies die Herren *Johst*, *Grimm*, *Schäfer*, *Stehr*, *Kolbenheyer*, *v. Münchhausen*, *Strauß*, *Frau Miegel*, *Blunck* und *Beumelburg*. Die Sitzung des Plenums wird für die Dauer dieser internen Beratung unterbrochen.

Nach ihrer Beendigung und nach Wiedereröffnung der Plenarsitzung trägt der Schriftführer den Beschluß dieser internen Beratung vor. Zur Wahl in den neuen Senat werden vorgeschlagen: *Johst*, *Grimm*, *Schäfer*, *Stehr*, *Kolbenheyer*, *v. Münchhausen*, *Strauß*, *Frau Miegel*, *Blunck* und *Beumelburg*. Dieser Vorschlag wird von der Versammlung durch Akklamation genehmigt. Sodann wird in die Beratung über die Frage der Arbeitsausschüsse eingetreten.

Der *Vorsitzende* schlägt zur Leitung der einzelnen Ausschüsse die folgenden Herren vor: 1. Ausschuß: *Kolbenheyer*; 2. Ausschuß: *Vesper*; 3. Ausschuß: *Binding*; 4. Ausschuß: *v. Münchhausen*; 5. Ausschuß: *Grimm*; 6. Ausschuß: *Griese*; 7. Ausschuß: *Strauß*. Es wird in diesem Sinne von der Versammlung beschlossen. Weiter wird beschlossen, daß jeder Leiter eines Ausschusses die Befugnis hat, nach eigenem Ermessen andere Mitglieder der Akademie zur Mitarbeit heranzuziehen. Von Amts wegen gehören der 1. Vorsitzende, sein Stellvertreter und der Schriftführer jedem einzelnen Ausschuß an. Die Zahl der Ausschußmitglieder soll möglichst eng gehalten werden.

Die Versammlung tritt sodann in eine grundsätzliche Erörterung der Vorschläge *Kolbenheyers* für die neue Satzung der Akademie ein. *Kolbenheyer* spricht in längeren Ausführungen über seinen Plan eines Mittlertums. *Grimm* befürchtet, daß man sich durch die Schaffung dieses Mittlertums und durch seine Angliederung an die Akademie im Sinne des *Kolbenheyerschen* Vorschlags von dem Grundgedanken der Akademie entferne. *Binding* stimmt *Kolbenheyer* im Grundsatz zu, möchte aber eine andere Form der Heranziehung des Mittlertums haben.

Vesper stellt zur Erörterung, ob es überhaupt die Absicht der Versammlung sei, die Akademie zu erweitern, wenn ja, ob es sich dann um eine Erweiterung ausschließlich durch neue Dichter handle, oder um eine Erweiterung auch durch Schriftsteller und Publizisten, oder schließlich um eine Erweiterung auch durch Männer aus praktischen Berufen, wie es der Vorschlag *Kolbenheyers* vorsehe. *Johst* stellt *Vespers* formulierten Vorschlag zur Abstimmung. Die Abstimmung ergibt, daß die Versammlung für eine prinzipielle Erweiterung durch Hinzuziehung anderer Dichter stimmt, daß sie aber gegen eine Erweiterung der Akademie durch Schriftsteller und Publizisten und gegen eine solche Erweiterung durch Männer des praktischen Lebens in irgendeiner Form ist. *Blunck* bezeichnet das Arbeitsgebiet der neuen Akademie als so ungeheuer groß, daß man im Grundsatz den *Kolbenheyerschen* Gedanken eines Mittlertums nur annehmen könne. Ebenso wichtig aber sei es, die Heiligkeit des Grundsatzes der Akademie zu wahren. Er halte es für den gangbarsten Weg, wenn die einzelnen Kommissionen von sich aus Sachverständige aus Kreisen des praktischen Lebens heranzögen und wenn man diese Herren als Sachverständige der Akademie auch offiziell bezeichne.

Kolbenheyer macht streng vertrauliche Ausführungen über die Ressortverteilung zwischen den Zentralbehörden in den Angelegenheiten des deutschen Dichtertums. *Amersdorffer* schlägt für die geplanten Sachverständigen den Titel „Beisitzer der Akademie“ vor. *Johst* stellt noch einmal fest, daß diese Beisitzer von den Leitern der Arbeitsausschüsse vorgeschlagen und dann durch den Senat ernannt werden sollen.

Kolbenheyer ist dafür, daß die Ernennung durch den Minister auf Vorschlag des Senats vorgenommen werden soll. Die Versammlung beschließt in diesem Sinne. Sodann wird in die Erörterung der Zuwahlen zur Akademie eingetreten. Aus der Versammlung heraus werden im einzelnen folgende deutsche Dichter vorgeschlagen: Schaffner, Claudius, Ernst Jünger, Hans Franck, Magnus Wehner, Winkler, Kneip, Rudolf Huch, Isolde Kurz, Gustav Frenssen, Frau Handel-Mazzetti, Wilhelm Stapel, Watzlik, von Gagern, Stickelberger, Hohlbaum, Heinrich Wolfgang Seidel, Mechel, Schröder, Hermann Burte, Rudolf Paulsen, Friedrich Schnack, Meschendörfer, Wilhelm Wiegand, Johannes Schlaf, Heinrich Lersch, Lilienfein, Lulu von Strauss und Torney, Paula Grogger, Karl Röttger.

Johst stellt zur Erörterung, wie hoch man die Zahl der Akademiemitglieder äußerst beschränken will. Die Versammlung beschließt, die Zuwahl von 5 Mitgliedern vorzunehmen. Es entspinnt sich eine Erörterung darüber, ob man die Zuwahlen sofort oder später vornehmen solle. 16 von den vorhandenen Stimmen sind für sofortige Erledigung. Es wird zur Wahl geschritten. In einem einzigen Wahlgang nach dem Grundsatz der relativen Majorität werden folgende Stimmen abgegeben: Jakob Schaffner 13 Stimmen, Gustav Frenssen 9 Stimmen, Isolde Kurz 9 Stimmen, Magnus Wehner 8 Stimmen, Ernst Jünger 5 Stimmen. Die übrigen Stimmen sind zersplittert.

Johst weist darauf hin, daß diese Wahlen einstweilen eine vertrauliche Angelegenheit seien, da der Minister als Kurator das Recht habe, die Neugewählten zu berufen. Er setzt die nächste Vollversammlung für den kommenden Morgen 10 Uhr vormittags an. Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Vollversammlung vom 8. Juni 1933, vormittags 10 Uhr

Anwesend sind: *Johst*, Beumelburg, Blunck, Vesper, Griese, Dörfler, Miegel, Seidel, v. Molo, v. Münchhausen, Ponten, Binding, Halbe, v. Scholz, Stehr, Kolbenheyer, Strauß, Grimm, Schäfer.

Der 1. Vorsitzende *Johst* eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr. Er weist darauf hin, daß für die kommenden Verhandlungen eine strengere Disziplin nötig sei. Vor allem habe jedes persönliche Moment auszuschneiden. Wenn einer gereizt sei, so möge er sich hier drinnen im Saale Luft machen, aber nicht nach draußen. Die Grundsätze der neuen Zeit verlangten, daß Geräusche nach außen vermieden würden, auch in der Presse. Man müsse sich darüber klar sein, daß eine Schweigepflicht für alle Mitglieder der Akademie insofern bestehe, daß niemand das Recht habe, über interne Vorgänge nach außen zu berichten, und daß die Kontrolle derartiger Veröffentlichungen in den Händen des Schriftführers oder des Vorsitzenden der 2. Kommission läge.

Die Versammlung beschließt sodann die Absendung dreier Telegramme an den Herrn Reichspräsidenten, den Herrn Reichskanzler und den Herrn Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Vesper trägt vor, daß er gewisse Bedenken gegen die gestrige Wahl neuer Mitglieder habe. Er bedauere, daß der eine oder der andere nicht hinzugewählt worden sei. Man müsse großzügig sein. Er schlägt die Wahl weiterer 5 Mitglieder vor, und zwar: Lersch, Johannes Schlaf, Frau Handel-Mazzetti, Stickelberger und Watzlik. *Binding* hat keine prinzipiellen Bedenken, wohl aber Bedenken gegen die Wahl von Stickelberger.

v. *Münchhausen* stimmt dem Grundsatz, eine weitere Zuwahl vorzunehmen, zu und hat ebenfalls Bedenken gegen den technischen Wahlgang vom gestrigen Tage. Ihm erzeuge ebenso die stärkere Berücksichtigung der Jüngeren gewisse Bedenken, denn die Mitgliedschaft der Akademie sei eine Würde und eine Auszeichnung. Von diesem Gesichtspunkt gehörten in erster Linie Stefan George, Thomas Mann und Ricarda Huch zu uns. Ein gewisser Formalismus sei nötig, und es sei zu erwägen, ob man

nicht die Mitgliedschaft der Akademie von einem bestimmten Lebensalter, etwa von 50 Jahren, abhängig machen solle. *Johst* meint, die Erörterung einer solchen Frage gehöre in die 1. Kommission. *v. Münchhausen* präzisiert seine Bedenken gegen *Stickelberger* und *Watzlik*, auch gegen *Lersch*. Entscheiden dürfe nur der Wert der künstlerischen Leistung. Er sei von den Genannten für *Rudolf Huch* und *Frau Handel-Mazzetti*.

Halbe stimmt *Vesper* im Grundsatz zu. Auch er hat Bedenken gegen die gestrige Wahl. Das Prinzip der relativen Majorität sei bei einem solchen Falle unmöglich anzuwenden. Er bittet, die gestrige Wahl zu revidieren und eine Nachwahl vorzunehmen. Er persönlich sei gegen *Stickelberger* und *Watzlik*, aber für *Rudolf Huch*, *Handel-Mazzetti* und *Johannes Schlaf*, dessen Fehlen in der Liste der Neu vorgeschlagenen er von Anfang an bedauert habe. *Johst* stellt fest, daß die gestrige Wahl jedenfalls bestehen bleibe.

Ponten erörtert ebenfalls seine Bedenken gegen den gestrigen Vorgang und ist gegen eine Erweiterung der Akademie auf 40 Mitglieder insgesamt. Persönlich stimmt er für die Zuwahl von *Rudolf Huch*, *Johannes Schlaf* und *Frau Handel-Mazzetti*. *Kolbenheyer* schlägt vor, die Abstimmung über die drei Genannten sofort vorzunehmen, die Höchstzahl der Mitglieder auf 40 festzusetzen und dann im Rahmen der noch vorhandenen Sitze über die übrigen Genannten einzeln Beschluß zu fassen. In den nachfolgenden Einzelwahlen werden sodann *Johannes Schlaf*, *Frau Handel-Mazzetti* und *Rudolf Huch* als neue Mitglieder in die Akademie gewählt.

Blunck bittet dringend, auch die jüngere Generation zu berücksichtigen. Er schlägt *Lersch* und *Hermann Claudius* vor. Von verschiedenen Seiten werden Bedenken gegen die Vornahme weiterer Zuwahlen geäußert. *Kolbenheyer* beantragt Schluß dieser Debatte und stellt *Claudius* zur Wahl. *Ponten* protestiert gegen dieses Verfahren. *Schäfer* hält *Lersch* für ebenso würdig wie *Claudius* und schlägt die Zuwahl beider vor. *Johst* stellt diesen Vorschlag zur Wahl, der durch Akklamation der Versammlung gebilligt wird. *Ponten* gibt seinen Protest gegen dieses Verfahren zu Protokoll. Durch die Wahl gelten als gewählt: *Johannes Schlaf*, *Frau Handel-Mazzetti*, *Rudolf Huch*, *Hermann Claudius* und *Heinrich Lersch*. Die Frage der Neuwahlen wird damit abgeschlossen und die Erörterung über allgemeine Fragen wird fortgesetzt.

Ponten gibt zwei Anregungen. 1. Man müsse einmal im Jahre regelmäßig zusammenkommen, etwa in der dritten Oktoberwoche, aus praktischen Gründen. 2. erörtert er die Frage des Namens „Deutsche Akademie der Dichtung“. *Binding* erörtert die Frage der Autonomie. *Kolbenheyer* stellt fest, daß wir zunächst dem Preußischen Kultusminister als Kurator der Akademie unterstellt seien. Bei einer Erweiterung der Akademie über ganz Deutschland müßten natürlich die übrigen Kultusminister zugezogen werden, am zweckmäßigsten unter dem Vorsitz des Preußischen Ministers. *Binding* und *Johst* erklären sich mit dieser Auffassung einverstanden. *Kolbenheyer* schneidet noch einmal die Frage der Befugnisse der Arbeitsausschüsse an. *Ponten* stellt den Antrag auf offizielle Namensgebung und schlägt den Namen vor: „Deutsche Akademie der Dichtung“. Die Versammlung nimmt diesen Vorschlag einstimmig an. Sodann ergibt sich eine Erörterung über eine gegen Deutschland gerichtete Publikation von *Romain Rolland*. Soll die Akademie als Ganzes antworten? Soll sie ein einzelnes Mitglied zu einer Antwort im Namen der Akademie autorisieren, oder soll sie es einzelnen Mitgliedern überlassen zu antworten? Auf Vorschlag des *Vorsitzenden* wird der Grundsatz angenommen, daß die Akademie als Gesamtheit nur dann antworten solle, wenn sie als solche angegriffen wird. Im vorliegenden Falle käme also nur der Grundsatz privater Erwiderung in Frage.

Kolbenheyer stellt noch einmal fest, daß es sich bei den Arbeiten der Ausschüsse um etwas Endgültiges handeln müsse. Wichtige Winke für diese Arbeiten müßten heute

schon gegeben werden. *Grimm* hat gegen eine solche Auffassung Bedenken. Für ihn seien die Satzungen Glaubensartikel, zu denen er erst in dem Augenblick ihrer endgültigen Formulierung ja oder nein sagen könne. *Johst* stellt fest, daß es sich bei den Ausschubarbeiten um große und wichtige Dinge handle und daß wir zu den Herren, die diese Arbeiten durchführen sollen, unbedingtes Vertrauen haben müßten. Die Größe und Schwierigkeit würde erst dann einsetzen, wenn es sich darum handle, die Ergebnisse der Ausschubarbeiten zu verwirklichen. Wir müßten bereit sein, den Ausschüssen das Recht der Protestes zu geben. Mit diesem Grundsatz sei es vollkommen zu vereinigen, daß jeder für sich das Recht und die Pflicht zu schöpferischen Anregungen habe. *Grimm* hält gleichwohl seine Bedenken aufrecht. *v. Münchhausen* schließt sich diesen Bedenken an. *Johst* stellt fest, daß es keinem Mitglied der Akademie benommen sei, seine Bedenken zu äußern und seine Einwände vorzubringen.

Grimm fragt, wer das Recht der endgültigen Entscheidung über die Sitzung habe. *Kolbenheyer* beansprucht dieses Recht für den Senat. *v. Scholz* widerspricht. Der Senat habe nur eine technische Funktion. Es sei nicht angängig, aus dem Gesamtkreis der Akademie heraus noch einmal eine besondere Elite zu bilden. *Blunck* präzisiert die Aufgaben des Senats als eines kleinen praktischen Arbeitsausschusses, der bei jeder dringenden Gelegenheit sofort zur Stelle sein könne.

Kolbenheyer beantragt, daß die Wahl der Senatoren auf Lebenszeit gelte. *Strauß* ist der Meinung, daß sich die zeitliche Regelung ganz von selbst ergebe und daß es nicht nötig sei, eine zeitliche Beschränkung vorzunehmen. *Johst* stellt fest, daß man sein Vertrauen nicht für eine beschränkte Frist ausspräche, es sei ein falsches Verfahren, wenn wir den Senat der liberalistischen Weltanschauung ausliefern wollten. *v. Scholz* beantragt Abstimmung darüber, ob die Senatoren lebenslänglich oder für drei Jahre gewählt seien. *Binding* schlägt vor, daß der Senat mit dem gleichen Turnus wie der Vorsitzende wechsele. *Blunck* hält innerhalb der Gesamtakademie eine Einrichtung für notwendig, die von Zeitströmungen nicht abhängig sei. *Kolbenheyer* sagt, wenn man den Senat nicht als dauernde Einrichtung bestelle, so trete er aus ihm aus. *Johst* betont noch einmal, daß es sich hier um eine neue Form handle. Er stellt noch einmal fest, daß die Senatoren auf seine eigene Anregung und seine eigene Verantwortung hin gewählt worden seien, daß sie also in Funktion blieben, solange er es auch blieb. *Kolbenheyer* beantragt, den Senat für lebenslänglich zu erklären und zu bestimmen, daß der Vorsitzende immer aus den Reihen des Senats gewählt werde. *Johst* bittet, die Diskussion über dieses Thema heute abzuschließen. Senator sein bedeute lediglich eine größere Belastung, keine größere Ehrung. Es handle sich hier um ein Prinzip und ein Symbol, und er wehre sich dagegen, daß etwas, was gestern schweigend hingenommen worden sei, heute wieder zur Diskussion gestellt werde. *Kolbenheyer* betont, daß es ja innerhalb der eigenen Befugnis des Senats stehe, daß er sich ändere. *Johst* schlägt vor, man müsse die lebendige Entwicklung der Dinge zunächst abwarten. Die Diskussion über diesen Punkt wird damit geschlossen.

Kolbenheyer bringt noch einmal das Thema des Mittlertums für die Akademie zur Sprache und schlägt für diesen Kreis den Titel „Ständige Kammer der Beiräte“ vor. Die Mitglieder dieser Kammer seien vom Senat zu bestätigen. Der Vorschlag *Kolbenheyers* wird in dieser Fassung von der Versammlung gebilligt.

Johst schließt darauf die Sitzung des Plenums. Er betont, daß es sich bei den Verhandlungen und bei der freimütigen Aussprache herausgestellt habe, daß im Grunde alle Mitglieder das Gleiche wollten und fordert die Herren auf, mit dieser Gesinnung ins Land hinauszugehen und für sie zu werben. Die Akademie stehe jetzt ganz anders im Volke als früher.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Johst

Beumelburg

63 Am 8. Juni 1933 wurden von der Akademie der Künste, Abteilung für Dichtung folgende Telegramme aufgegeben:

1. *An den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg*

Die Deutsche Akademie der Dichtung grüßt am Tage ihrer Erneuerung den Herrn Reichspräsidenten im Namen des gesamten deutschen Schrifttums in herzlicher Verehrung und in Verbundenheit mit dem neuen, dem alten ewigen Deutschland.

Der Vorsitzende: Hanns Johst

2. *An den Herrn Reichskanzler Adolf Hitler*

Die Deutsche Akademie der Dichtung wünscht am Tag ihrer Eröffnung dem Herrn Reichskanzler als Führer des neuen Deutschland ihre Huldigung und den Ausdruck ihrer lebendigen Verbundenheit zum Ausdruck zu bringen.

Der Vorsitzende: Hanns Johst

3. *An den Herrn Kultusminister Rust*

Die Deutsche Akademie der Dichtung dankt am Tage ihrer Erneuerung dem Herrn Kultusminister als ihrem Kurator für allen vergangenen und zukünftigen Beistand bei der Vertretung der Interessen der Akademie und des gesamten deutschen Schrifttums.

Der Vorsitzende: Hanns Johst

64 Amtlicher Preußischer Pressedienst -4- Berlin, den 9. Juni 1933: Tagung der Deutschen Akademie der Dichtung.

APP. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Am 7. und 8. Juni tagte in Berlin die erneuerte Abteilung für Dichtkunst in der Preußischen Akademie der Künste. Kultusminister Rust als Kurator und Max von Schillings als Präsident der Gesamtakademie eröffneten die Gründungsversammlung. In freimütiger Entscheidung sicherte Kultusminister Rust der Abteilung für Dichtkunst bei ihrem weiteren Ausbau und Aufbau volle Selbständigkeit zu.

Die Mitglieder der Akademie beschlossen darauf einmütig, sofort die Durchführung jener Aufgabe in Angriff zu nehmen, die nach übereinstimmender Auffassung aller Mitglieder die wichtigste Vorbedingung einer wirkungsvollen Arbeitsleistung ist: den Ausbau der Abteilung für Dichtkunst zu einer allgemeinen deutschen Akademie der Dichtung.

Die Abteilung für Dichtkunst vereint in sich die deutschen Dichter aller Volksstämme. Aus dem betont außervölkischen Zustande ihrer früheren Zusammensetzung ist sie zu einem volksbewußten und artgerechten Lebenskörper umgebaut worden. Daher darf und will sie auch in ihrer Entwicklung der lebendigen Entwicklung des Reiches Ausdruck verleihen und erklärt sich, unter Wahrung der bisherigen Rechtsgrundlage, *reichszuständig* als die Deutsche Akademie der Dichtung. Die nächsten Arbeiten der Deutschen Akademie der Dichtung werden ihrer organisatorischen und rechtlichen Durchbildung gewidmet sein.

Die Deutsche Akademie der Dichtung hat zurzeit folgende Mitglieder: Hermann Bahr, Gottfried Benn, Rudolf G. Binding, Werner Beumelburg, Hans Friedrich Blunck, Theodor Däubler, Peter Dörfler, Friedrich Griese, Hans Grimm, Max Halbe, Gerhart Hauptmann, Hanns Johst, Erwin Guido Kolbenheyer, Oskar Loerke, Max Mell, Agnes Miegel, Walter von Molo, Börries von Münchhausen, Josef Ponten, Wilhelm Schäfer, Wilhelm Schmidtbonn, Karl Schönherr, Wilhelm von Scholz, Ina Seidel, Hermann Stehr, Emil Strauß, Eduard Stucken, Will Vesper. Zur Berufung in die Akademie der Dichtung sind ferner gewählt worden: Hermann Claudius,

Gustav Frenssen, Enrica von Handel-Mazzetti, Rudolf Huch, Ernst Jünger, Isolde Kurz, Heinrich Lersch, Johannes Schlaf, Josef Magnus Wehner.¹

Ferner wurde die Berufung einer ständigen Kammer der Beiräte der Akademie für Dichtung beschlossen.

Zum ersten Vorsitzenden der Deutschen Akademie der Dichtung wurde gewählt Hanns Johst, zum zweiten Vorsitzenden Hans Friedrich Blunck, zum Schriftführer Werner Beumelburg. Zu Senatoren wurden bestimmt: Werner Beumelburg, Hans Friedrich Blunck, Hans Grimm, Hanns Johst, Erwin Guido Kolbenheyer, Agnes Miegel, Börries von Münchhausen, Wilhelm Schäfer, Hermann Stehr und Emil Strauß. Durch ihre innere und äußere Neugestaltung hofft die Akademie der deutschen Dichtung, ihrem Volke besser und wirksamer die Erlebniswerte zu wahren, zu steigern und zu vermitteln, die das deutsche Volk zu seinem Wiederaufbau aus den Werken der Meister seines Schrifttums schöpfen kann.

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 10. Juni 1933

65

An die Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums, Berlin W 8, Wilhelmstraße 63/64 – *Vertraulich!* –

Im Amtlichen Preußischen Pressedienst vom 9. d.Mts. findet sich eine längere Notiz „Tagung der Deutschen Akademie der Dichtung“. Ich wäre dankbar für eine baldgefällige Auskunft darüber, auf welchem Wege und durch wen der Text dieser Notiz an die Pressestelle gelangt ist und bemerke, daß mir und dem zur Zeichnung berechtigten Ersten Ständigen Sekretär über die Absendung dieser Notiz nichts bekannt war. Ich habe erst aus den Zeitungen von ihr Kenntnis erhalten. Schon jetzt darf ich bemerken, daß zur Versendung von Pressenotizen, die die Akademie oder deren Abteilungen betreffen, natürlich nur der Präsident als Leiter der Akademie oder der von ihm beauftragte Erste Ständige Sekretär befugt sind.

Der Präsident

Max von Schillings

Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums, Berlin W 8, Wilhelmstraße 64, den 12. Juni 1933 – J.Nr. A. 592

66

An den Herrn Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste, Herrn Professor Dr. Max von Schillings, Berlin W 8, Pariser Platz 4

Auf das Schreiben vom 10. d.Mts. betreffend die Notiz „Tagung der Deutschen Akademie der Dichtung“ im Amtlichen Preußischen Pressedienst vom 9. d.Mts. wird ergebenst mitgeteilt, daß der Text der Notiz der Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums vom Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zur Veröffentlichung übermittelt worden ist. Da die Notiz in der üblichen Form mit der persönlichen Unterschrift des Pressereferenten, Ministerialrat Sunkel, hier einging, konnte nicht angenommen werden, daß gegen ihre Veröffentlichung irgendwelche Bedenken bestehen konnten.

i. V. Dr. Kunckel

Regierungsrat

¹ In dieser Presseerklärung ist der Name des ebenfalls gewählten Jakob Schaffner vergessen worden (vgl. Dok. Nr. 71). Im Unterschied zu den in der Sitzung vom 5. 5. 1933 gewählten 14 Mitgliedern ist für die in der Sitzung vom 7./8. 6. 1933 gewählten keine Berufung durch den Minister nachweisbar. Noch im Januar 1934 teilt der Vorstand mit, daß diese Berufung ausstehe (vgl. Dok. Nr. 90). Die 10 Gewählten werden aber in den Akten als ordentliche Mitglieder der Abteilung für Dichtung geführt.

67 Ernst Jünger, Berlin-Steglitz, Hohenzollernstraße 6 pt., den 16. 11. 33

An die Deutsche Akademie der Dichtung, Berlin

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich die Wahl in die Deutsche Akademie der Dichtung *nicht* annehmen kann. Die Eigenart meiner Arbeit liegt in ihrem wesentlich soldatischen Charakter, den ich durch akademische Bindungen nicht beeinträchtigen will. Im besonderen fühle ich mich verpflichtet, meine Anschauungen über das Verhältnis zwischen Rüstung und Kultur, die ich im 59. Kapitel meines Werkes über den Arbeiter niedergelegt habe, auch in meiner persönlichen Haltung zum Ausdruck zu bringen. Ich bitte Sie daher, meine Ablehnung als ein Opfer aufzufassen, das mir meine Teilnahme an der deutschen Mobilmachung auferlegt, in deren Dienst ich seit 1914 tätig bin.

Mit der Versicherung, daß ich bereits in der Tatsache, daß Sie an mich gedacht haben, eine hohe Auszeichnung erblicke,

Ihr sehr ergebener Ernst Jünger

67a Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, 18. November 1933 – J.Nr. 1232

Sehr geehrter Herr Jünger,

ich habe von Ihrem Schreiben vom 16. d. Mts. an die Akademie Kenntnis genommen. Eine Ablehnung Ihrer Berufung in die Deutsche Akademie der Dichtung wäre erst in Frage gekommen, sobald der Kurator der Akademie diese Berufung Ihnen amtlich mitgeteilt hätte. Ich werde dem Kurator eine entsprechende Mitteilung machen und bin Ihnen dankbar, daß Sie mich in die Lage versetzen, eine Ihnen unerwünschte Berufung zu verhindern.

Der Präsident der Deutschen Akademie der Dichtung

Im Auftrage Beumelburg

67b Ernst Jünger, Berlin-Steglitz, 18. 11. 1933

Sehr geehrter Herr Beumelburg,

Ihr Schreiben vom heutigen Tage erhielt ich mit bestem Dank und sehe dadurch die Lage zu meiner Zufriedenheit geklärt. Ich möchte nochmals betonen, daß ich dem Institut der Akademie mit der allergrößten Hochachtung gegenüberstehe und daß der Hinweis auf mein Schrifttum in meinem vorigen Briefe lediglich in der Bedeutung eines für meine persönliche Lebensführung gültigen Grundsatzes aufzufassen ist. Zum Formalen möchte ich bemerken, daß ich mich zu meinem Briefe natürlich erst berechtigt fühlte, nachdem ich unter einem amtlichen Aufrufe der Akademie genannt worden war. Ich habe bei dieser Gelegenheit meinen Namen mit besonderer Freude zur Verfügung gestellt, – einmal des ausgezeichneten Anlasses wegen, dann aber auch, um zu betonen, daß ich zur positiven Mitarbeit am neuen Staate, ungeachtet mancher persönlichen Verärgerung, wie etwa der Haussuchung, die in meinen Räumen stattgefunden hat, durchaus entschlossen bin. Ich bin überzeugt, daß dies auch auf meine eigene Weise möglich ist und schreibe Ihnen diese Zeilen frei von der Leber weg.

Mit kameradschaftlicher Hochachtung

als Ihr ergebener Ernst Jünger

RECHTLICHE BEDENKEN DES PRÄSIDENTEN

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 10. Juni 1933

68

Dem rechts- und verwaltungskundigen Mitglied des Senats, Herrn Ministerialrat Dr. von Staa, ganz ergebenst vorgelegt.

Die beiliegende, vom Amtlichen Preußischen Pressedienst verbreitete Notiz ist mir gestern Abend durch die Zeitungen bekannt geworden. Auf welchem Wege und durch wen sie an den Staatlichen Pressedienst gelangt ist, konnte ich noch nicht ermitteln. Die Notiz wurde mir vor der Veröffentlichung nicht vorgelegt, obwohl in der Sitzung der erneuerten Abteilung für Dichtung der Erste Ständige Sekretär der Akademie, unterstützt von Herrn Dr. Benn, ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß eine etwaige die Dichtertagung behandelnde Pressenotiz durch meine Hand weiterzuleiten sein würde. Ich bin somit nicht in der Lage gewesen, als Präsident der Akademie in irgendeiner Form zu dem Inhalt der Notiz Stellung zu nehmen. Die Namen der neugewählten bzw. – wie es in der Notiz heißt – „bestimmten“ Senatoren sind in dieser Notiz veröffentlicht, ohne die vorgeschriebene Bestätigung des Herrn Ministers abzuwarten.

Ich bitte Sie als den Justitiar der Akademie um gefällige gutachtliche Äußerung zu folgenden Fragen:

1. Wie ist die Tatsache rechtlich zu beurteilen, daß die erneuerte Abteilung für Dichtung, die am 7. und 8. d.Mts. zur Konstituierung in der Akademie versammelt war, sich selbst ohne Rücksicht auf die Autorität der Akademie und ihres Präsidenten und auf die Hoheitsrechte der staatlichen Instanzen als eine Deutsche Akademie der Dichtung „erklärt“ hat? Welche rechtlichen Folgerungen sind aus diesem Vorgang zu ziehen?

2. Wie ist der Begriff „reichszuständig“, den sich die Abteilung für Dichtung selbst beigelegt hat, vom rechtlichen Standpunkt aus zu rechtfertigen und nach den maßgebenden Verfassungs- und sonstigen staatsrechtlichen Bestimmungen zu interpretieren?

Für eine gefällige möglichst umgehende Stellungnahme wäre ich Ihnen zu großem Dank verpflichtet, da ich erst auf der Grundlage Ihres begründeten Rechtsgutachtens in dieser Angelegenheit an den Herrn Minister herantreten möchte.

Der Präsident

Max von Schillings

Das rechts- und verwaltungskundige Mitglied des Senats der Akademie der Künste, Berlin W 8, Unter den Linden 4, den 15. 6. 1933

69

Auf die mir mit Schreiben vom 10. d.Mts. zugeleiteten Fragen erlaube ich mir folgende gutachtliche Äußerung abzugeben:

Zu 1.: Die Tatsache, daß sich die Abteilung für Dichtkunst der Akademie durch Beschluß als eine „Deutsche Akademie der Dichtung“ erklärt hat, hat keine unmittelbare rechtliche Wirkung. Sie könnte nur bewertet werden als Antrag der Abteilung auf entsprechende verwaltungsmäßige Durchführung durch das vorgesetzte Ministerium.

Zu 2.: Der Begriff „reichszuständig“, welcher in der mir zugegangenen Abschrift der fraglichen Pressenotiz angewandt ist, muß m.E. ausgelegt werden unter Heranziehung der vorhergehenden Worte: „unter Wahrung der bisherigen Rechtsgrundlage“. Das soll offenbar bedeuten, daß die organisatorische und finanzielle Zuständigkeit der Abteilung für Dichtkunst im Gefüge der Preußischen Akademie der Künste,

also einer im preußischen Staatshaushalt behandelten Institution, unverändert bleiben soll. Ist dies so, dann kann der Ausdruck „reichszuständig“ nur den auch sonst in dem betreffenden Absatz zum Ausdruck kommenden Sinn haben, daß alle deutschen Volksstämme durch ihre Dichter Vertretung in der Abteilung für Dichtkunst finden sollen. Unter diesem Gesichtspunkt würde auch der vorgeschlagene Name „Deutsche Akademie der Dichtkunst“ mehr eine programmatische und publikatorische, als eine rechtliche Bedeutung besitzen.

Dr. von Staa
Ministerialrat

[Aktenvermerk]: Vertraulich. H[errn] Prof[essor] A[mersdorffer]. Auf diese Sache muß ich noch zurückkommen. Man kann doch nicht einfach dazu schweigen! Oder ist Schweigen Gold u. Reden wertloses Silber? S[chilling]s.

70 Dr. Hans Friedrich Blunck, Hamburg 37, Parkallee 35, 24. 6. 33

Lieber Herr Beumelburg!

Mir geht noch Ihre Bemerkung über die Sorgen mit der Akademie durch den Kopf. Liegt ein besonderer Anlaß vor? Ich vermute, daß die neuen Statuten den Widerspruch des Herrn von Schillings herausgefordert haben. Warum legen einige Herren so großes Gewicht darauf, den Verband mit den Malern, Bildhauern und Musikern zu lösen? Ich habe die alten Satzungen durchgesehen und geprüft und könnte mir vorstellen, daß man gut die Gedanken der Deutschen Akademie, wie auch die Änderungen Kolbenheyers hineinarbeiten kann. Es hat ja auch keinen Zweck, eine neue Satzung (die mir heute noch in keiner Weise genügt) aufzustellen und dann zu hören, daß keine Mittel da sind, wenn man sich von den Malern, Bildhauern und Musikern trenne. (So würde ich sagen, wenn ich der Kultusminister wäre.)

Jedenfalls ist es nicht angängig, daß die Protokolle heute nach vierzehn Tagen unabgeschrieben in den Räumen der Akademie liegen. Ich habe zehnerlei Dinge im Kopf und möchte zumal die Beschlüsse die wir gefaßt haben, auf ihre Rechtswirkung nachprüfen und einen Vorschlag über Auffüllung und präzisere Abgrenzung der Kommissionen machen. Ohne die Unterlagen ist man aber einfach lahmgelegt. Selbst wenn das Protokoll mit dem Amtsschimmel um die Wette läuft, sollte es doch einmal ans Ziel kommen. Ich vermisse Schaffners Namen in den Veröffentlichungen. Hat der Herr Kultusminister ihn vielleicht gestrichen? Ich würde es bedauern im Hinblick auf die Deutsche Schweiz, in der sich der Zusammenhaltsgedanke heute ganz stark entwickelt. Wir blicken immer zu starr nach Österreich, – wir müssen aber auch die Wandlungen in Holland und in der Schweiz im Auge behalten. Für mich ist es etwas Erschütterndes, daß der Schweizer Schaffner die Marienburg als das gewaltigste germanische Kunstwerk besingt. Wenn er dabei seinen demokratischen Standpunkt betont, so ist das kein „Asphalt-Demokratismus“, sondern jener alte Gemeinschaftswillen, der auch in Hitlers Worten von der germanischen Demokratie enthalten ist. Abschattungen tun da nichts zur Sache. Uns soll es darauf ankommen, die junge Schweiz neu zu gewinnen, – gerade uns aus dem Westen.

Ich schicke morgen einen Aufsatz über die neue Akademie, den ich für eine englische Zeitschrift geschrieben habe, an Johst und hoffe, daß er ihn mir umgehend zurückschickt. Die publizistische Behandlung der neuen Akademie ist bislang noch sehr dürftig. Aber es vergeht ja alles vor den Entscheidungen in der Politik.

Dies für heute in Eile. Bitte schreiben Sie mir, ob Sie mit dem 2. Juli einverstanden sind.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr ergebener Hans Friedrich Blunck

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, 26. Juni 1933

71

Lieber Herr Blunck!

Besten Dank für Ihre beiden Briefe vom 24. 6. und vom 22. 6. Alles Gegenständliche möchte ich persönlicher Unterredung überlassen. Sobald ich von Ihnen Nachricht habe, daß Sie bestimmt am 2. Juli nach Berlin kommen, werde ich alles versuchen, um auch Zierold und Johst heranzuziehen. Wir setzen uns dann zusammen und sprechen den ganzen Fragenkomplex und unsere weiteren Handlungen gründlich durch.

Meine Bemerkung über die Sorgen, die mir die Akademie mache, ist nicht pessimistisch zu verstehen. Ich halte es aber für wichtig, daß wir zunächst mit dem Kultusminister bzw. mit Zierold völlig ins Klare kommen, ehe wir darangehen, die Arbeit der Ausschüsse zu aktivieren. Das Protokoll wird inzwischen hoffentlich bei Ihnen eingetroffen sein, sonst ist es unterwegs. Jakob Schaffner ist von Will Vesper in der Eile damals einfach vergessen worden. Sobald der Minister die Neuwahlen bestätigt hat, werden wir eine neue Liste, und diesmal eine vollständige, veröffentlichen und an die Presse geben.

In Eile und mit herzlichen Grüßen

Ihr ergebener Beumelburg

IV. REICHSGEDANKE UND PROJEKT EINER „GROSSEN AKADEMIE DER DEUTSCHEN KUNST“, JULI 1933

Lieber Herr Zierold!

6. Juli 1933

72

Aus einem Brief von Dr Vesper nachstehend ein kurzer Auszug, der sich auf die Haltung des sächsischen Kultusministeriums bezieht:

„... Ich glaube aber, daß wir von der Akademie aus doch ein wesentliches Gegengewicht schaffen müssen und können. Voraussetzung wäre, wie ich immer wieder betone, daß die Akademie der Dichtung vom ganzen Reich, also von sämtlichen Kultusministern als reichszuständig anerkannt wird, und daß dann die Behörden von den Kultusministern angewiesen werden, in allen Fragen, die das Schrifttum angehen, also auch in den Fragen der Schriftsteller-Organisationen, die Akademie zu hören!“ [Forts.] s. weiter unten!

Mir scheint es doch wohl das Richtigeste, wenn die Instanzen der Kultusministerien anderer Länder diese Vollmacht erteilen. Wir hätten dann die Ideallösung, die uns allen vorschwebt. Vielleicht aber wird noch früher eine solche Anregung vom Reichskultusministerium unter Ihrem von uns allen hochverehrten Chef verwirklicht? Dann macht uns das alles kein Kopfzerbrechen.

Ich komme eben von München zurück, das ich zuletzt kurz vor der Revolution sah und das ich damals in schwerer Sorge um die Reichseinheit verließ. Eine andere Welt heut! Ich habe mich bei diesem Besuch zum ersten Mal nicht in einem bayerischen, sondern in einem deutschen München befunden.

Mit vielen freundlichen Grüßen bin ich

Ihr Ihnen sehr ergebener Beumelburg

Fortsetzung: „... Die Voraussetzung aber für alles ist, daß unsere Reichszuständigkeit als oberster Rat in Fragen des Schrifttums von allen Kultusministerien anerkannt wird. Die Leitung der Akademie muß darauf dringen, daß dies erreicht wird. Ich selber verhandelte, wie ich Dir schon schrieb, mit dem sächsischen Kultusminister, natürlich nur aufklärend und sondierend, und fand bei ihm volle Bereitschaft, die Akademie auch für Sachsen anzuerkennen, wenn er auf amtlichem Wege darum angegangen würde. –“

73 An die Mitglieder der Deutschen Akademie der Dichtung [12. 7. 1937]

1. Am 1. und 2. Juli fand in Berlin eine eingehende Besprechung innerhalb des Vorstandes der Akademie statt. Die Mitglieder des Vorstandes waren sich darüber einig, daß unabhängig von der noch ausstehenden endgültigen Regelung der Stellung und des Inhalts der Akademie dennoch unverzüglich in die praktische Arbeit eingetreten werden müsse. Die finanziellen Fragen werden in der nächsten Zeit eine befriedigende Regelung finden, sodaß von dieser Seite her keine Behinderung der praktischen Arbeit zu erwarten ist. Die Frage der neuen Satzung ist durch die Arbeit des 1. Ausschusses soweit gefördert, daß man damit rechnen kann, sie vor dem Oktober d. Js. zu einem positiven Abschluß zu bringen. Schon heute kann gesagt werden, daß der organisatorische Aufbau der Akademie in der Richtung liegen wird, in absehbarer Zeit die große Akademie der deutschen Kunst zu bilden, als deren wesentlicher Bestandteil die Deutsche Akademie der Dichtung bestehen wird.

2. Eingehend wurde die Frage einer großen Gesamttagung der Akademie, etwa Ende Oktober d. Js., besprochen. Wenn auch noch nicht endgültig festliegt, wo und in welchem Rahmen diese Tagung stattfinden wird, so muß doch heute schon gesagt werden, daß diese Versammlung eine Form haben wird, die der deutschen Öffentlichkeit einen eindrucksvollen Beweis von der neuen Aktivierung der Akademie geben wird. Schon heute ergeht an alle Mitglieder der Akademie das dringende Ersuchen, ihrerseits alle positiven Anregungen für diese Herbsttagung dem Vorstand mit tunlichster Eile zu übermitteln. Es muß gelingen, mit dieser Tagung den Beweis zu erbringen, daß die Akademie der Dichtung entschlossen ist, am Aufbau und Ausbau des neuen Staates mit aller Kraft und Geschlossenheit teilzunehmen. Es wird dafür Sorge getragen werden, daß die Öffentlichkeit auf den Wegen des Rundfunks und der Presse in ganz anderem Umfange als bisher sich dieser Tagung annehmen wird.

3. An die einzelnen Ausschüsse, die in der konstituierenden Sitzung Anfang Juni 1933 eingesetzt worden sind, ergeht hiermit die dringende Aufforderung, ihre Arbeit unverzüglich in Angriff zu nehmen. Es steht gemäß den damals gefaßten Beschlüssen nichts im Wege, daß diese Ausschüsse sich mit einzelnen Sachverständigen in Verbindung setzen. Es wird aber den Vorsitzenden der Ausschüsse empfohlen, sich vor der endgültigen Heranziehung bestimmter Persönlichkeiten mit dem Vorstand ins Benehmen zu setzen, der dann sofort seine Stellungnahme übermitteln wird. Die Bestätigung dieser Beiräte wird eine provisorische sein, solange die endgültige neue Satzung der Akademie vom Minister als dem Kurator der Akademie noch nicht verkündet ist. Dieser Umstand darf aber kein Hinderungsgrund sein, um die praktischen Arbeiten zu verzögern.

4. Die Arbeitsweise der Ausschüsse ist so gedacht, daß die Vorsitzenden im Benehmen mit den Mitgliedern der Ausschüsse und den heranzuziehenden Sachverständigen die Fragen ihres Arbeitsgebietes so weit klären, daß unmittelbar vor der noch zu bestimmenden Gesamttagung der Akademie im Herbst die einzelnen Ausschüsse zusammentreten können, um ihren Arbeiten die Form von Anträgen an die Akademie zu geben.

5. Wenn irgendwelche Zweifel darüber entstehen, welche Befugnisse in diesen oder jenen Ausschuß gehören, so wird gebeten, sich an den Vorstand zu wenden, der dann alsbald eine genauere Abgrenzung der Arbeitsgebiete vornehmen wird.

6. Nach den Beschlüssen der konstituierenden Sitzung Anfang Juni sind die Aufgabenkreise Rundfunk, Film und Theater dem 2. Ausschuß zugesprochen worden. Herr Will Vesper, der Vorsitzende dieses Ausschusses, hat darum gebeten, ihn von diesen Gebieten zu entlasten. Bevor der Vorstand diese Arbeitsgebiete einem anderen

Mitglieder überträgt, bittet er diejenigen Mitglieder der Akademie, die für diese Gebiete ein besonderes Interesse haben, sich zu melden.

7. Mit der Deutschen Akademie in München sind Verhandlungen eingeleitet. Diese Verhandlungen können nicht ohne Rücksicht auf die politische Lage in Deutschland betrachtet werden. Es wird den Mitgliedern der Deutschen Akademie der Dichtung dringend geraten, einstweilen keine Einzelschritte zu tun, weil solche unter Umständen geeignet sein können, die Aufgaben des Ganzen zu stören. Die Mitglieder werden gebeten, zum Vorstand auch in diesen Punkten dasjenige Vertrauen zu haben, das unerlässlich ist, um heute bei der drängenden Entwicklung des politischen und kulturellen Geschehens die notwendigen raschen Entschlüsse fassen zu können. Es wird auch in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hingewiesen, daß wir der festen Zuversicht sind, in absehbarer Zeit die große Akademie der deutschen Kunst in engster Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen ins Leben rufen zu können. Dies Ziel wird der Vorstand unter allen Umständen verfolgen.

8. Alle Mitglieder der Akademie werden gebeten, sehr viel aktiver als bisher für die grundsätzlichen Ziele des Aufbaus der Akademie einzutreten. Es hat sich herausgestellt, daß Presse und Zeitschriften eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legen, teils aus Unsicherheit, teils aus mangelnder Kenntnis dessen, was wir mit dem Neuaufbau der Akademie erstreben. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn alle Mitglieder sich verpflichtet fühlten, in Wort und Schrift und im Sinne eines freien Meinungsaustausches in positiver Richtung tätig zu sein und auch die ihnen nahestehenden Zeitungen und Zeitschriften zu solchem Verfahren zu ermuntern. Es wird ferner gebeten, Belege über solche Veröffentlichungen der Akademie zuzuleiten, damit dort ein Gesamtbild über das Geschehene entstehen kann.

9. Mit dem Kampfbund für deutsche Kultur sind Verbindungen aufgenommen, und es wurde auf beiden Seiten die Bereitwilligkeit zu engerer Zusammenarbeit festgestellt. Die Ausschüsse werden darum gebeten, den Kampfbund für deutsche Kultur in ihre Erwägungen miteinzubeziehen.

10. Schon heute erscheint es dringend notwendig, daß sich die Akademie bemüht, im Gegensatz zu den vorhandenen und noch zu erwartenden schwarzen Listen eine weiße Liste aufzustellen. Die Herstellung einer solchen Liste gehört in das Arbeitsgebiet des 2. Ausschusses unter Vorsitz von Herrn Will Vesper. Der Vorstand wird demnächst vor der gesamten deutschen Presse entweder in der Form eines Presseempfanges oder einer Erklärung sich zu den Zielen der Akademie äußern. Die Absicht dieser Äußerung wird darin liegen, Presse und Zeitschriften viel mehr als bisher in unserem Sinne zu aktivieren. Wenn einzelne Mitglieder der Akademie besondere Anregungen für diese Pressekundgebung haben, so werden sie gebeten, diese unmittelbar an den Schriftführer zu leiten.

11. Noch einmal muß hervorgehoben werden, daß die Aktivierung der Akademie und ihre bewußte Einschaltung in die Zeitentwicklung nur das Ergebnis der freimütigen und energischen Mitarbeit aller Mitglieder sein kann. In dieser Hinsicht steht der Vorstand allen Mitgliedern jederzeit zur Verfügung.

Der Vorstand

I. A. Beumelburg

(Deutsche Akademie der Dichtung), 14. Juli 1933

74

An die Mitglieder des Senats der Deutschen Akademie der Dichtung¹

Aus den Kreisen der Akademie ist der Vorschlag gemacht worden, die im Entwurf

¹ Das Schreiben wurde an Beumelburg, Blunck, Grimm, Johst, Kolbenheyer, Miegel, v. Münchhausen, Schäfer, Stehr, Strauß gesandt.

beigefügte Erklärung gelegentlich im Namen der Akademie abzugeben. Bevor dies geschieht, wird der Entwurf hiermit den Mitgliedern des Senats zugeleitet mit der Bitte, dazu kurz Stellung nehmen zu wollen.

Im Auftrage Beumelburg

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DER DEUTSCHEN AKADEMIE DER DICHTUNG

Die deutschen Dichter, die in der Akademie der Künste vereinigt sind, kennen kein anderes Volkstum als jenes, das von Art und Sprache umgrenzt wird. Sie sehen nur dann die Möglichkeit, zu einem dauernden Frieden in Europa zu kommen, wenn die Völker dieses Erdteils frei sind, über sich selbst zu bestimmen und den herrschenden Staaten die Möglichkeit genommen wird, anderssprachige Volksgruppen innerhalb ihrer Grenzen zu unterdrücken oder fremde Volksteile in sich einzuverleiben.

Die deutschen Dichter kennen die furchtbare Geschichte ihres Volkes, das, von Glaubenskämpfen und von der Eifersucht der Dynastien zerrissen, durch die Jahrhunderte vergeblich um seine Einheit rang. Sie sehen es als ihre Aufgabe an, den Kampf neu aufzunehmen und werden sich mit aller Hingabe dafür einsetzen. Sie stoßen aus der deutschen Gemeinschaft aus, wer immer diesen Wunsch nach einem einigen Reich entgegentritt, wer deutsche Sprachgruppen verrät oder Teile des Volkstums außerhalb des kommenden Reichs zu stellen versucht. Sie sprechen aus, daß es nichts Hassenwerteres gibt, als jene Männer, die unter Billigung des Auslandes der ewigen Sehnsucht deutschen Geistes nach Einheit und Vereinigung, dem Zusammenschluß der Volksgruppen entgegenarbeiten.

Unauslöschlich ist zumal auch der Wunsch der Dichter nach einem engeren Zusammenschluß zwischen Reichsdeutschland und dem deutsch-österreichischen Volk. Sie fordern deshalb die Jugend auf, niemals von ihrem Ziel abzulassen und die Hoffnung zu pflegen auf den Tag, da sich ein Zelt über alles Volk deutscher Sprache spannt, da das Recht der Selbstbestimmung, wie es im alten Reich gegolten hat, von neuem über Europa die Herrschaft gewinnt, allen seinen Völkern zum Segen.

75 Hans Grimm, Klosterhaus, Lippoldsberg, Weser, bei Bodenfelde, 15. 7. 33

Lieber Herr Beumelburg,

ich empfang heute den Entwurf. Ich will ihn wohl zeichnen, obgleich ich eigentlich nicht recht einsehe, daß solche Verlautbarungen zu den Aufgaben der Akademie gehören.

Auf keinen Fall aber möchte ich meinen Namen unter die Fassung des mittleren Teiles gesetzt sehen. Von der Akademie aus kann nicht geschrieben werden: „Sie sehen es als ihre Aufgabe an, den Kampf neu aufzunehmen und werden sich mit aller Hingabe dafür einsetzen.“ Das ist Bürodeutsch. Erstens muß gesagt werden, welcher Kampf neu aufgenommen wird, da nehme ich wohl mit Recht an, daß es heißen soll „den Kampf um die Einheit“, aber das muß erst gesagt werden, und dann „werden wir diesen Kampf mit aller Hingabe führen oder werden wir ihn mit aller Hingabe führen“, aber um Gottes willen nicht dafür einsetzen. Die Herren auf den Ministerien sitzen ein. Im übrigen ist dann auch der Bramarbaston unmöglich „sie stoßen aus der Gemeinschaft aus“ und dann ist wieder sprachlich falsch „sie stoßen aus der Gemeinschaft aus, wer deutsche Sprachgruppen verrät“. Der Passus muß lauten „Sie sehen in dem ihren Feind oder einen deutschen Feind, der dem Wunsche nach einem einigen Reich entgegentritt, der deutsche Sprachgruppen verrät usw.“. Wenn die Herren ausstoßen wollen, dann können sie nur den aus der deutschen Gemeinschaft

ausstoßen, den sie nennen. Es muß dann also heißen „sie stoßen aus der Gemeinschaft aus jeden, der [durchgestrichen: immer] diesem Wunsche entgegtritt“. Ich bin ganz überzeugt, daß Sie mit mir einig sind, daß wenigstens diese sprachliche Redaktion vorgenommen werden muß.

Bei dem anderen Entwurfe ist mir nicht ganz klar, was wir als Akademie mit dem Kampfbunde für deutsche Kultur zu tun haben sollen. Der Kampfbund für deutsche Kultur hat sich noch nicht bewiesen. Beweist er sich, so kann er unserer Anteilnahme sicher sein. Die Akademie muß aber *über* diesen Dingen bleiben, sonst dient sie *niemand*.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Hans Grimm

Dr. Hans Fr. Blunck, Hamburg 37, Parkallee 35, 21. 7. 33

76

Lieber Beumelburg!

Anbei einige Abänderungen aufgrund des Briefes von Grimm. „Wer immer diesem Wunsch entgegtritt“ ist ein Relativsatz im Akkusativ, das müßte Hans Grimm wissen. Wenn ich bei der zweiten Formulierung das Wort „immer“ auslasse (wer deutsche Sprachgruppen verrät), so ist diese Auslassung sprachlich schöner als die Wiederholung.

„Sich für etwas einsetzen“ ist eines von Goethes Lieblingsworten, wenn ich mich recht erinnere. Ich verstehe durchaus den Kampf gegen die Schablonenworte, es gibt aber manche, die man sich nicht versauern lassen soll, nur weil die Bürokratie sie gern führt. Immerhin habe ich in beiden Fällen nach Grimms Vorschlag Abänderungen getroffen, weil ich selbst oft einen recht eigenwilligen Sprachgebrauch habe.

Ob es richtig ist, daß man bramarbasiert (woher kommt das Wort eigentlich?), wenn man jemanden aus der Deutschen Volksgemeinschaft austößt? Ich gebe Dir gern Vollmacht, die Wendung zu mildern, meine aber, daß man beim Teufel nicht allzu lau mit den Verrätern am Reichsganzen verfahren soll. Denn, mein Lieber, die Zeit des Säuselns ist noch nicht gekommen, und was vor uns liegt, ist ernster, als wir denken.

Ich habe es nicht ungern, wenn man einmal am Stil krittelt. Man lernt immer wieder, deshalb Grimm schönen Dank und Dir herzliche Grüße von Deinem
Hans Friedrich Blunck

Ich glaube übrigens, daß die Zeit für die Veröffentlichung reif ist.

Hermann Stehr, Ober-Schreiberhau, Faberhaus, den 19. Juli 33

77

Sehr geehrter Herr Beumelburg!

In Beantwortung Ihres Anschreibens vom 14. Juli mit den beiden Anlagen teile ich Ihnen mit, daß ich mit dem Entwurf dieses Beschlusses der Deutschen Akademie der Dichtung vollkommen inhaltlich einverstanden bin.

Mit kollegialem Gruß

Hermann Stehr

Dr. h. c. Wilhelm Schäfer, Sommerhalde, Post Ludwigshafen-Bodensee, den 20. Juli 33

78

An den Vorstand der Deutschen Akademie der Dichtung

Liebe Herren!

Zur Anfrage vom 14. d.M. meine herzliche Bitte, nichts zu übereilen, namentlich

keine Proklamationen hinausgehen zu lassen, die nicht unumgänglich sind. Es war der Grundfehler der vergangenen Sektion, daß sie sich nicht genügend distanzierte; wir sind keine Schriftsteller-Kammer. M.E. wird sich als Resultat der Hauptversammlung eine derartige Erklärung, wie die vorgeschlagene, von selber ergeben. Vorläufig sind wir noch nicht unter dem Dach eines Statuts; dies zu erlangen und dann mit einem Programm vor das deutsche Volk zu treten, muß unsere vorläufige Aufgabe bleiben.

Zur Mitteilung vom 12. d.M., die ich als Lebenszeichen begrüße, im Einzelnen folgende Bemerkungen:

Zu 1.) Ich hätte es gern gesehen, wenn die Vorst. Sitzg. vom 1. u. 2. d.M. schon mit einer Sitzung des Senats verbunden gewesen wäre, mit einer von uns aus endgültigen Verabschiedung des Statuts. Es sollte alles daran gesetzt werden, diese Sitzung sobald wie möglich zu erreichen.

Zu 2.) Das wichtigste an dieser Tagung ist ihr Programm; wir sollten darüber schon jetzt im Klaren sein. Dringend ist auch die Frage des Orts, damit dort der Gegenklang des Volkes vorbereitet werden kann, den wir unbedingt erreichen müssen. Es muß ein großer Tag der deutschen Dichtung werden, nicht nur eine Akademie-Tagung. Ich würde Nürnberg vorgeschlagen haben, wenn uns die Partei-Tagung dort nicht den Ort vorweg genommen hätte. Eine große Stadt muß es sein; also München, Frankfurt oder Leipzig (Dresden). In München hätten wir 7 Mitglieder, also Arbeitskräfte zur Vorbereitung.

Zu 7.) Wir dürfen nicht übersehen, daß die D[eutsche] A[kademie] dabei ist, ein Sprachamt zu schaffen, also in unser Gebiet einzugreifen. Die Herren müssen genötigt werden, sich mit uns abzufinden. Mein Vorschlag, daß der Senat dort als vollberechtigt mitzusprechen habe, bleibt bestehen.

Zu 8.) Solange wir nicht selber unsere Form gesichert haben, halte ich einen öffentlichen Meinungsaustausch nicht nur für unnütz sondern auch bedenklich.

Zu 9.) Die Verbindung mit dem Kampfbund ist unerlässlich, weil er für die Dichtung die Antwort des Volkes vorstellt. Wir dürfen aber kein Organ für ihn werden; er muß das unsere sein.

Zu 10.) Sowohl der Presseempfang wie eine schriftliche Erklärung, die die schwarzen und weißen Listen betreffend [sic!], scheint mir verfrüht. Wollen wir nicht damit bis zur Haupttagung warten, so doch bis zu dem Tag, da das Statut anerkannt, der Senat verpflichtet und die Akademie in der Lage ist, eine auf ihrer neuen Daseinsform gegründete Erklärung abzugeben. In dieser neuen Form ist der Senat das Entscheidende; er sollte dabei in Erscheinung treten. Der Schlüssel zu allem, was wir vorhaben, scheint mir der Plan Emil Straussens zu sein. Er sollte der Mittelpunkt unserer Erklärungen sein und mit dem Gewicht des Senats betont werden.

Mit freundlichen Grüßen

Wilhelm Schäfer

79 Dr. Kolbenheyer, München-Solln, 27. 7. 33

An den Vorstand der Deutschen Akademie der Dichtung, Berlin W 8

Sehr geehrte Herren!

Zu Ihrer Aufforderung vom 14. Juli 33:

Zu 1.: M.E. ist eine praktische Arbeit erst dann möglich, wenn über die Funktion, Rechtslage und Geldmittel der Akademie Gewißheit herrscht. Den Abschlußtermin der Statutredaktion habe ich in meinem Brief vom 25. unter Zusendung der II. Redaktion bekanntgegeben. Eine „große Akademie der deutschen Kunst“ ist nur dann

gesichert, wenn die Deutsche Akademie der Dichtkunst, wie beschlossen und zugesichert, ihren Organismus autonom gefestigt hat. Der Aufbau kann hier nicht durch eine Zentralorganisation aller Künste erfolgen, er muß durch Zusammenwuchs bewirkt werden.

Zu 2.: Mir scheint es nützlich, wenn die 1. Hauptversammlung der Akademie nach Bestätigung des Statuts vor allem den Beratungen der Ausschüsse über ihre Arbeiten zugewendet bleiben sollte; es scheint mir günstig für diese erste Tagung die allzu-große Öffentlichkeit noch zu meiden. Nach einer Jahresarbeit und etlichen Erfolgen wird eine Hauptversammlung eindrucksvoller werden. Ich stelle zur Erwägung, daß das deutsche Volk unter dem Begriffe der Dichterakademie noch nichts Begrüßens-wertes verbinden kann, weil dieser Begriff durch die frühere Akademie recht belastet ist. Wir sollten ohne geleistete Arbeit nicht auftreten, wir sind noch im Werden, haben noch nicht einmal unser Statut. Presse, Rundfunk und sonstiger Aufwand scheint mir für dieses erste Mal noch nicht am Platze.

Eine erste öffentliche Erklärung müßte wohl eine besondere Form erhalten und auch einem besonderen Anlasse folgen.

Zu 4. und 5.: Widerspricht in gewissem Sinne bereits gefaßten Beschlüssen und muß diesen angepaßt bleiben.

Zu 7.: Die Zusammenarbeit der Akademie der Dichtung „mit staatlichen Stellen“ kann nur Gegenstand der Beratung des Senates sein. Es wäre gut wenn der Vorstand hierüber einen Plan vor dem Senate entwickeln könnte (Oktoberversammlung).

Zu 8.: Es ist empfehlenswert, erst nach Bestätigung des Statuts und nachdem die Arbeiten der Ausschüsse ihre feste Form erhalten haben mit der Öffentlichkeit (Presse, Zeitschriften) in Verbindung zu treten. Die ersten Verlautbarungen sollten ihrem Inhalte nach gemeinsam beraten sein. Erfahrungsgemäß ist da große Vorsicht notwendig. Auch muß der letzte Punkt des Statuts, der gleichfalls Beschluß ist, mit dieser Aufforderung erst in Einklang gebracht sein; auch darüber wären während der Oktoberversammlung Aussprachen nötig.

Zu 9.: Auch das Verhältnis zum K[ampfbund] f[ür] D[eutsche] K[ultur] muß erst durchberaten sein, zumal schon eine Pressenachricht zu lesen war, in der einer der Leiter dieser Organisation von einer Einbeziehung der Dichterakademie spricht. Die Akademie kann keinesfalls das Organ einer Organisation werden. Ihr ist Autonomie und Unmittelbarkeit dem Kuratorium gegenüber fest zugesagt. Vorbesprechungen dieser Art scheinen m.E. äußerster Vorsicht zu unterliegen.

Zu 10.: Über diese Listen kann auch nur im Oktober gemeinsam beraten werden.

Zu 11.: Erst klares Statut, klare Aufgabenstellung, dann folgt die Aktivität von selbst. Die Aktivität der Akademie kann m.E. nie eine sehr laute und augenfällige werden. Einschaltung in die Zeitentwicklung ist durch die Mitglieder gegeben, soweit sie einer Akademie entsprechen kann.

E. G. Kolbenheyer

V. AUFNAHME DER SEKTIONSARBEIT

Will Vesper, Herausgeber der „Neuen Literatur“ – Meißen, Badgasse 2, d. 22. 6. 33 80

Lieber Herr Beumelburg!

Schönen Dank für Ihren Brief. Warten wir also noch etwas ab, aber nicht zu lange, damit es uns nicht geht, wie den Poeten schon einmal bei der Verteilung der Welt. Ich habe übrigens nun die Vorbereitung der Fragen, die Buchhandel und Büchereien angehen und auf Wunsch von Hans Grimm noch die Fragen der Inlandspresse übernommen, Hans Grimm die Auslandspresse. Theater, Rundfunk und Film muß schon

jemand anders übernehmen. Filme sehe ich nie. Ins Theater gehe ich kaum noch und einen Rundfunkapparat besitze ich nicht. Dennoch gibt es auf all diesen Gebieten wichtige Fragen, die unbedingt unsere Aufmerksamkeit verdienen. Ich wäre durchaus dafür, daß wir in diesen Dingen Fühlung zum Kampfbund für deutsche Kultur suchen und ihn mit unserer Autorität unterstützen und ihn beraten.

Grimm schickt mir den beiliegenden Brief von Münchhausen, den ich Ihnen weitergebe. Ich bin sicher, daß auch sonst die Grammophonplattenindustrie einer Aufsicht bedarf. Auch hier können wir beratend wirken. Ich denke mir ja unsere Mitwirkung in allen solchen Dingen überhaupt im Wesentlichen so, daß wir solche Dinge nur zur endgültigen Regelung an das Kultusministerium weitergeben. Wir geben die Anregungen und Ratschläge. Natürlich müssen sie auch ernst genommen, beachtet und durchgeführt werden. Vielleicht können Sie herausbekommen, wie man solches Zeug packt und verschwinden macht*.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Will Vesper

* Das Ministerium müßte zunächst die Industrie selbst zur Säuberung auffordern und sie unter Druck setzen.

81 Enrica von Handel-Mazzetti

Linz, den 8. 9. 1933

Hochverehrte Herren,
verzeihen Sie, daß ich Ihre vorletzte, sehr wichtige Sache noch nicht beantwortete. Ich wollte gleich mit einigen ausgearbeiteten Vorschlägen kommen und bin nun damit fertig geworden. Außerordentlich viel Arbeit liegt auf mir, und gerade in dieser Sache von höchster Wichtigkeit will ich nicht schlendern. Das ergreifende Wort Ihres gewaltigen Führers: „Die Meinung, daß in materiell dürftigen Zeiten kulturelle Fragen in den Hintergrund treten müssen, ist ebenso töricht wie gefährlich“ gibt den Standpunkt, von dem aus die von Ihnen aufgerollten Fragen betrachtet werden müssen.

Ich lege mir zwei Weiße Listen an, die ich dieser Tage auszufüllen hoffe. Die eine für Volksbibliotheken; für diese möchte ich von dem ungemein vielen Guten, das unser deutsches Schrifttum Gott sei Dank besitzt, das anführen, was ich *selbst gelesen* habe, und was ich *ganz genau kenne*. – Die zweite Weiße Liste ist für Schulbibliotheken. Auch darauf ist größter Wert zu legen, was der werdende junge Mensch an geistiger Nahrung zu sich nimmt. Ferner habe ich, auf Anregung eines äußerst geschickten und zielbewußten kathol. Strafanstaltsseelsorgers in Nürnberg, noch eine dritte kleine Weiße Liste aufgestellt für Straf- und Besserungsanstalten. – Es ist gar nicht zu ermessen, wieviel Einfluß die Lektüre auf primitive und auch auf geistig fehlerhafte Menschen ausüben kann. In der Schule wirkt das gute Buch propagandistisch; auf die Gestrandeten *kann* es regenerierend wirken. – Ich bat meinen Gewährsmann in Nürnberg, mir eine Musterliste der Bücher, die er befürwortet, zu schicken. Aus ihr und aus einigem anderen guten Material will ich *meine* dritte Weiße Liste zusammenstellen.

Dadurch, daß Sie, unter der zielsicheren Führung eines Mannes, dem die Not des Volkes immer zu denken gibt, Kehraus mit Schmutz und Schund gemacht haben, ist viel, *sehr* viel geschehen, dies wird auch in meiner lieben Heimat rückhaltlos anerkannt, ja es ist niemand, der diese Großtat nicht lobt. Aber darin haben Sie sehr recht: zuerst roden[?], dann neue Kulturen anpflanzen. Die Versorgung des Volkes – jener, die schon im Leben stehen, jener, die erst zu Lebenskämpfern werden, und selbst jener, die im Kampf schon gestrandet und verwundet sind, – mit bester geistiger Nahrung ist mir die schönste Aufgabe, die das geistige Deutschland sich stellen kann.

Lasterkunst bedeutet Siechtum und Untergang; reine kräftige Kunst Gesundes und Hochblüte eines Volksstammes.

Sie teilen in Ihrem bemerkenswerten neuen Rundschreiben mit, daß die Werke mehrerer Mitglieder unserer Akademie fehlen, und mit großer Freude werde ich Ihnen in allernächster Zeit meine Werke in Gesamtausgabe zugehen lassen.

Für die Zusendung des „Bücherwurm“ mit den wunderschönen und charakteristischen Bildnissen der Mitglieder der Deutschen Akademie der Dichtung danke ich verbindlichst. Dieses Heft ist ganz vorzüglich. Ich sandte das Exemplar, das Sie mir zugedacht haben, sogleich an Dr. Artur Dörrer in Innsbruck, den Staatsbibliothekar an der dortigen städtischen Bücherei, der mit den meisten österr. Bibliotheken ständig in Fühlung ist, und hat ihn um kurze Besprechung des schönen Heftes. Sie erhalten Belege von seinem Aufsatz. — Zum Wiener Katholikentag ist unsere größte Kulturrevue, die *Schönere Zukunft*, in festlicher Ausgabe erschienen. Ich habe mit dem mir befreundeten Redakteur Dr. Eberle Fühlung genommen, und er hat in der Festnummer, die in hoher Auflage gedruckt wird und weit herumkommt, auch eine hübsche Notiz über die Akademie gebracht. Ich lege Ihnen die Nummer in duplo bei. Sie sehen, daß darin alles Einigende betont wird, daß nicht ein Wort gegen unsere deutschen Brüder fällt und daß das Neue Reich verständnisvolle Würdigung findet. Auch von mir finden Sie eine kleine Studie, die keinen anderen Zweck hat als Brücken zu schlagen zwischen den beiden Bruderreichen, unseren beiden geliebten Heimaten, daß der allmächtige Gott bald vollsten Frieden und segensvolles Zusammenwirken gewähren möge.

Wenn Sie, verehrteste Herren, die Revue im Lesesaal auflegen wollen, so würde ich Herrn Dr. Eberle verständigen, daß er sie Ihnen regelmäßig kostenlos zugehen läßt. Auch die No. 51 ist noch als Festgabe zum Katholikentag gedacht und bringt u. a. den II. Teil meiner Studie „Die Heimat meiner Kunst“.

Darf ich Sie bitten, mir von dem prächtigen Bücherwurm-Heft 14 Exemplare zu senden?

Ich wurde schon von mehreren Seiten darum gebeten, ich will es unter anderem auch an meine Korrespondenten in Frankreich, in der Schweiz und in Amerika schicken.

Mit dem Ausdruck hoher Verehrung bin ich

Ihre aufrichtig ergebene Enrica v. Handel-Mazzetti

Vertraulich! Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats, Abteilung für Dichtung (Deutsche Akademie der Dichtung), Berlin, den 26. Oktober 1933. Beginn der Sitzung: 10 ¼ Uhr 82

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Johst: Beumelburg, Binding, Blunck, Grimm, Johst, Kolbenheyer, Miegel, v. Münchhausen, Schäfer, Stehr, Strauß, Vesper, entschuldigt: Griese

Blunck teilt mit, daß Hanns Johst erst im Laufe der Sitzung eintreffen wird, da er zu einer Besprechung zum Führer gerufen wurde. Als sein Vertreter eröffnet er die Sitzung und gibt einen kurzen Bericht über die im Sommer geleistete Arbeit. Viermal ist der Vorstand in Berlin zu Beratungen zusammengekommen. Die Fragen der Akademie können nur im Zusammenhang mit den großen politischen Fragen betrachtet werden. Unser Wunsch geht dahin, die Preußische Akademie der Künste in eine Akademie der Deutschen Kunst umzubilden und dadurch der gesamten Entwicklung Rechnung zu tragen. Diese besonderen Gründe haben den Vorstand veranlaßt, in diesem Herbst lediglich eine Sitzung der Senatoren gemeinsam mit den Vorsitzenden der Ausschüsse einzuberufen und von der Abhaltung einer Gesamttagung abzusehen, solange nicht die erstrebte organisatorische Gesamtlösung ge-

funden ist. Über Einzelheiten wird der Schriftführer berichten. Der Vorstand hat beschlossen, folgende Tagesordnung zu empfehlen:

1. Bericht des Vorsitzenden
2. Verlesung der aus dem Kreise der Mitglieder gestellten Anträge
3. Berichte der Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse, wobei die in das Gebiet des zweiten Ausschusses fallende Erörterung des Urheberrechtsgesetzes als besonderer Gegenstand ausgenommen werden soll.
4. Bericht des Schriftführers
5. Aussprache über die zu Punkt 2 gestellten Anträge
6. Grundsätzliche Aussprache über die Aufgaben der Akademie und über die Satzung
7. Besprechung des vom Reichsinnen- und Reichsjustizministerium aufgestellten Entwurfes eines Urheberrechtsgesetzes

Punkt 2: Anträge

Beumelburg gibt zu den Ausführungen von *Blunck* nähere Erläuterungen und verliest sodann die vorliegenden Anträge.

1. Der Antrag *Binding* über die Pflugschaft am Nachlaß bedeutender Künstler soll im Rahmen der Aussprache über das Urheberrechtsgesetz behandelt werden.
2. *Grimm* beantragt, daß über die Statuten gesprochen wird, ferner über die Haltung der Akademie gegenüber dem Kampfbund für deutsche Kultur, schließlich über die besondere Lage der Mitglieder *Claudius* und *Frenssen*. Die Aussprache über die Satzungen ist einem besonderen Punkt vorbehalten, die Aussprache über die Haltung zum Kampfbund soll mit der Aussprache über die Aufgaben der Akademie verbunden werden.

Münchhausen beantragt, daß die Akademie bei besonderen Anlässen Botschaften verkündet. Auf Vorschlag von *Kolbenheyer* wird *Wilhelm Schäfer* gebeten, eine Botschaft der Akademie zum 12. November 1933 zu verfassen und zu Beginn der morgigen Sitzung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Binding beantragt, daß über die innere Not junger Menschen in der heutigen Zeit gesprochen wird.

Münchhausen beantragt, daß über den Reichsverband deutscher Schriftsteller gesprochen wird, insbesondere über den Ehrensenat, den der Reichsverband eingerichtet hat.

Kolbenheyer wiederholt seinen Antrag über eine Kundgebung der Akademie zum 12. November. Er hält es für gut, daß die Akademie im Gegensatz zu den Kundgebungen anderer Organisationen zum ersten Mal mit einer schönen und stilistisch gut gefaßten Veröffentlichung hervortritt.

Punkt 3: Ausschlußberichte

1. *Ausschuß*: Für die Satzungen. Vorsitzender: *Kolbenheyer*. Über diese Frage soll im Verlaufe der Sitzung besonders gesprochen werden.

2. *Ausschuß*: Buchhandel, Leihbüchereien, Presse. Vorsitzender: *Vesper*.

Vesper: Die Arbeit des Ausschusses ist durch die Tatsache gehemmt, daß die endgültigen Statuten der Akademie noch nicht vorliegen. Zusammenarbeit mit der Reichsstelle für Schrifttum ist wesentlich. Die Akademie muß sich eine gewisse Kontrolle über deren Arbeit sichern. Einrichtung eines Zeitungsdienstes der Akademie ist nötig.

Beumelburg stellt fest, daß ursprünglich in das Arbeitsgebiet des zweiten Ausschusses auch die Behandlung von Rundfunk, Film und Theater fallen sollte. Diese Einteilung habe sich als unpraktisch erwiesen. Es wird darum die Einrichtung zweier neuer Ausschüsse, eines für die Fragen des Theaters und eines für Rundfunk und Film vorgeschlagen. *Kolbenheyer* erklärt sich bereit, den Vorsitz einer Kommission für das

Theaterwesen zu übernehmen, sofern diese Kommission mit den erforderlichen Vollmachten ausgerüstet wird, um das heute herrschende Durcheinander in den Fragen des Theaters autoritativ zu klären. *Beumelburg* betont, daß es ihm vorerst darauf ankomme zu wissen, ob er sich in einem solchen Falle an *Kolbenheyer* wenden könne. *Kolbenheyer* sagt dies zu. Der Senat ist einverstanden.

Binding erklärt sich bereit, die Fragen des Rundfunks in den Arbeitsbereich seiner Kommission einzubeziehen. Die Behandlung der Filmfragen lehnt er ab mit der Begründung, daß es sich bei dem jetzigen Zustand des Films um keine Angelegenheit handle, die in den Bereich der Akademie falle. Der Senat ist einverstanden. *Beumelburg* betont, daß es ihm auch hier zunächst darauf ankomme, jemanden zu wissen, mit dem er sich in Verbindung setzen kann, sobald irgendwelche Fragen akut werden. Bisher habe er in solchen Fällen von sich aus gehandelt. Die eigentliche Arbeit auch dieses Ausschusses werde erst einsetzen, sobald das endgültige Statut der Akademie festliege.

3. *Ausschuß*: Berufsständische Organisationsfragen, Pflege des Nachwuchses, künstlerischer Arbeitsvertrag, Urheberrecht. Vorsitzender: *Binding*.

Binding führt aus, daß sein Arbeitsausschuß ein Gebiet umfasse, über dessen weite Bedeutung man sich erst nach und nach klar werde. Die Zeitentwicklung bringe es mit sich, daß man fast von Tag zu Tag vor neue Situationen gestellt werde. Um jederzeit eingreifen zu können, sei es von Bedeutung, daß er als Vorsitzender des Ausschusses sich häufiger in Berlin aufhalte. Er überlege, ob es nicht sogar nötig sei, daß er seinen Wohnsitz für den Winter aus diesem Grunde in die Hauptstadt verlege. Der Schriftführer habe im Benehmen mit ihm selbst bereits dafür Sorge getragen, daß die unwichtigen Aufgaben von den wichtigen getrennt und abgeschoben würden. Es handle sich einmal um die allgemeinen Fragen wie Urheberrecht und Standesorganisation, zum zweiten um eine Fülle von persönlichen Fragen. Ihm liege besonders daran, das Thema zu besprechen, das er als „innere Not“ bezeichnet habe. Er habe Bedenken dagegen, daß die jungen Leute heute durch das körperliche Training zu stark beansprucht würden und daß der richtige Ausgleich zwischen Pflege des Körpers und Pflege des Geistes noch nicht gefunden sei. Es sei die Frage, ob man darüber eine öffentliche Stellungnahme der Akademie herbeiführen solle, oder ob es nicht zweckmäßiger sei, durch Fühlungnahme mit den betreffenden Amtsstellen das Richtige zu erreichen. Er wolle sich darauf beschränken, diese grundsätzlichen Ausführungen zu machen, ohne die Fülle der Einzelheiten zu berühren, die er im unmittelbaren Benehmen mit dem Schriftführer und dem Vorstand erledigt habe.

Johst teilt mit, daß er soeben von einer Besprechung mit dem Führer komme. Der Führer habe ihm zugesichert, daß er, sobald die außenpolitischen Dinge eine Beruhigung erfahren hätten, bereit sei, mit uns in einer ruhigen Stunde alle Dinge zu besprechen, die uns beunruhigten und beschäftigten. Die Bestimmung des Termins müßten wir dem Führer selbst überlassen. Schon heute könnte aber festgestellt werden, daß die Angelegenheiten der Kultur und des Theaters einer strengen Konzentration bedürften, die in der Schaffung einer Stelle zum Ausdruck kommen müsse, die dem Führer allein verantwortlich und unmittelbar unterstellt sei. Man müsse sich darüber klar sein, daß es nicht leicht sei, einer großen politischen Bewegung unsere besonderen Begriffe verständlich zu machen, dazu sei eine unentwegte und intensive Arbeit erforderlich. Es habe sich bisher um eine Massenbewegung gehandelt, und es sei eine alte Erfahrung, daß die Umschaltung der Masse nach gewonnenem Siege auf die Innerlichkeit viel Zeit und viel Arbeit erfordere. Diese Arbeit sei nur zu leisten, wenn das Präsidium des vollen Vertrauens des Senats sicher sei, so wie er verspreche, daß er niemals die großen Gesichtspunkte unserer kulturellen Arbeit aus dem Auge lassen werde.

4. *Ausschuß*: Deutsche Sprache. Vorsitzender: v. Münchhausen.

Münchhausen weist darauf hin, daß es ganz von der Energie und dem Interesse des einzelnen Vorsitzenden abhängt, welche Arbeit einstweilen im Rahmen seines Ausschusses geleistet werde. Ihn beschäftige vor allen Dingen eine Neuregelung der deutschen Rechtschreibung. Er habe Verbindung zum Deutschen Sprachverein aufgenommen und ebenso zu der betreffenden Abteilung des Reichssinnenministeriums. Ihm sei dort versichert worden, daß in absehbarer Zeit ein Reichssprachamt gebildet werde, zu dessen Arbeit man ihn zuziehen wolle. Auch er empfinde das Nichtvorhandensein der endgültigen Satzung für seine Arbeit als hinderlich. Für besonders wichtig halte er den Kampf gegen den Gebrauch der Fremdwörter in den Verlautbarungen der Regierung.

Beumelburg weist darauf hin, daß die Tatsache, daß noch keine endgültige Satzung vorhanden sei, für die Arbeiten der Akademie und der Ausschüsse keineswegs eine Behinderung bedeute. Jeder Ausschußvorsitzende und jedes Mitglied könne sich mit jeder Anregung an den Vorstand wenden und dabei sicher sein, daß der Vorstand seinerseits sofort die richtigen Stellen ermittle, bei welchen er einzusetzen habe. Die bisherige Erfahrung habe bestätigt, daß die Stimme der Akademie im Gegensatz zu früher überall gehört werde und daß auch die Bereitschaft zum Handeln vorhanden sei.

Johst weist auf die besonderen Schwierigkeiten hin, die sich bei den Erlassen der Regierung und bei den Reden der Staatsmänner für den Gebrauch der Fremdwörter ergeben. *Münchhausen* betont, daß man darauf hinwirken müsse, daß alle Eingaben an die Behörden frei von Fremdwörtern seien und daß man ebenso auf die Schulen einwirken müsse.

Beumelburg: Über das Arbeitsgebiet des 5. Ausschusses (Beziehungen des deutschen Dichtertums zum Ausland und zur Auslandspresse, Vorsitzender Grimm) liegt ein besonderer Bericht nicht vor.

Über den 6. Ausschuß (Fragen des Unterrichts, Schulen und Hochschulen, Vorsitzender Griese) liegt ein schriftlicher Bericht des Vorsitzenden vor. Griese werde im späteren Verlauf der Sitzung erscheinen, um seinen Bericht vorzutragen.

7. *Ausschuß*: Finanzielle Angelegenheiten, Vorsitzender: Strauß.

Strauß bringt einzelne Fragen seines Ausschußbereiches zur Sprache, die vom Schriftführer zur weiteren Behandlung zur Kenntnis genommen werden.

Im Anschluß an die Besprechung einer Reihe von Einzelfällen, die dem Bereich des 7. bzw. 3. Ausschusses angehören, ergibt sich eine grundsätzliche Aussprache über die Haltung der Akademie gegenüber den politischen und kulturellen Fragen der Gegenwart, die als vertraulich bezeichnet wird. Diese Aussprache berührt auch die Beziehungen der Akademie zu den einzelnen Ministerien und die Haltung, die von ihr gegenüber diesen Ministerien eingenommen werden soll. Besondere Beschlüsse werden dabei nicht gefaßt, jedoch wird der Vorstand die ihm gegebenen Anregungen bei seinem Verhalten beachten. Darauf tritt die Mittagspause ein.

Beginn der Nachmittagsitzung: 4 Uhr 15

Punkt 4: Bericht des Schriftführers

Beumelburg bespricht den Fall Hermann Bahr. Bahr wurde beschuldigt, an einer Emigrantenzeitschrift mitgearbeitet zu haben. Es stellte sich heraus, daß dies gegen seinen Willen unter Mißbrauch seines Namens geschehen war. Der Schriftführer hat alle Zeitungen und Zeitschriften, die diese Beschuldigung Bahrs abgedruckt hatten, zur Berichtigung aufgefordert und damit fast überall Erfolg gehabt. Der Fall ist als erledigt zu betrachten.

Das Verhältnis zwischen der Akademie und der Notgemeinschaft für das deutsche

Schrifttum wird erörtert. Die Zusammenarbeit hat sich als reibungslos und zufriedenstellend ergeben. Sie ist besonders dadurch gewährleistet, daß sowohl der Vorsitzende der Akademie als auch der Schriftführer Mitglieder der Notgemeinschaft sind.

Das Verhältnis der Akademie zum Reichsverband deutscher Schriftsteller wird erörtert. *Münchhausen* wendet sich gegen den Ehrensenat, der vom Reichsverband eingerichtet wurde. *Stehr* ist dafür, daß hier der Staat mit einem Verbot eingreifen solle. *Kolbenheyer* ist dafür, daß man zwischen schon lange bestehenden Institutionen dieser Art und zwischen neugegründeten einen gewissen Unterschied machen müsse. *Johst* weist darauf hin, daß der Reichsverband unter der Schirmherrschaft des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda stehe. *Schäfer* bespricht den Charakter des Reichsverbandes als einer Zwangsorganisation der Schriftsteller. *Vesper* macht dazu längere Ausführungen im Rahmen des ständischen Aufbaus. Er erklärt den Reichsverband als eine juristische Organisation, deren Funktion hauptsächlich in der Wahrung des Urheberrechts liege. *Grimm* bespricht verschiedene Fälle, in denen der Reichsverband sich nicht korrekt verhalten habe und in denen er sich des Eingriffs in ein schwebendes Gerichtsverfahren schuldig gemacht habe. Er berührt dabei besonders den Fall Bischoff, Breslau. *Johst* erklärt, daß solche Angelegenheiten erst dann befriedigend erledigt werden könnten, wenn die Akademie die Kontrolle über alle Vereinigungen dieser Art erlangt habe. *Münchhausen* betont, daß man im Falle Bischoff zunächst die schwebende Entscheidung des Reichsgerichts abwarten müsse. Nach längerer Erörterung wird beschlossen:

„Der Senat der Akademie hält es für nötig, daß die Politische Polizei bei Überprüfung der politischen und kulturpolitischen Haltung deutscher Schriftsteller den Vorstand der Akademie anhört und nach seinem Gutachten entscheidet.“

Beumelburg bringt den Fall Rudolf Huch zur Sprache. Von verschiedenen Seiten ist auf die Notlage Rudolf Huchs hingewiesen worden. Soll die Akademie ihm Unterstützung gewähren? Nach Aussprache wird in diesem Sinne beschlossen.

Grimm bringt den Fall Gustav Frenssen zur Sprache, der sich ebenfalls in einer gewissen Notlage befindet. Er behandelt dabei die Frage, ob die Akademie nicht von sich aus für ältere, um das Volk verdiente Dichter Ehrensolde aussetzen könne, damit diese nicht gezwungen seien, Betteln zu gehen. Er halte dies für eine der wesentlichen Pflichten der Akademie. Es wird beschlossen:

„Der Senat sieht es als seine Pflicht an, aus den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln verdienten älteren Dichtern der Nation Ehrensolde auszusetzen.“

Beumelburg bespricht die Fälle Claudius und Griese. Bei beiden handle es sich darum zu erreichen, daß sie vom Staate von ihren Pflichten befristet entbunden würden bei Fortgewährung ihrer Bezüge zur Erledigung dichterischer Arbeiten. Der Senat beschließt in diesem Sinne.

Kolbenheyer bespricht in diesem Zusammenhang die Frage von Arbeitsunterstützungen für jüngere Autoren. Nach Erörterung wird beschlossen: „Der Senat beschließt, jüngeren Schriftstellern zur Erledigung dichterischer Arbeiten befristete Arbeitsunterstützungen zu gewähren.“

Beumelburg bespricht die Kreismann-Stiftung. Bisher war Loerke Mitglied. Loerke hat seine Mitgliedschaft im Kuratorium niedergelegt. Zu seinem Nachfolger wird Binding bestimmt.

Es war dem Vorstand zur Kenntnis gekommen, daß eine gewisse Gefahr bestand, daß der diesjährige literarische Nobel-Preis einem der emigrierten deutschen Schriftsteller gewährt werden sollte. Der Vorstand hat sich mit dem Auswärtigen Amt ins Benehmen gesetzt. Es ist in Stockholm darauf hingewiesen worden, daß Deutschland eine solche Verleihung als einen unfreundlichen Akt betrachten würde. Diesem Schritt ist entsprochen worden.

Johst bespricht die Lage der Kleist-Gesellschaft, der das Recht zusteht, den Kleist-Preis zu verleihen. Die Gesellschaft befinde sich in einer Umorganisation. Es findet eine Erörterung über den Kleist-Preis statt. Der Senat beschließt, sich nicht an der Kleist-Gesellschaft zu beteiligen, aber bestimmend bei der Verteilung des Kleist-Preises mitzuwirken. Die Einzelverhandlungen mit der Gesellschaft werden dem Vorstand überlassen.

Grimm bespricht das Verhalten des Kampfbundes für deutsche Kultur in Vortragsangelegenheiten. Er wendet sich dagegen, daß der Kampfbund von sich aus eine für die Vortragenden unbefriedigende Lösung der finanziellen Frage bestimmt habe. *Schäfer* und *Binding* schließen sich Grimms Ausführungen an.

Johst erörtert die Frage, ob die Akademie von sich aus finanzielle Richtlinien bestimmen solle. *Münchhausen* und *Binding* sind dagegen. *Vesper* regt an, mit dem Kampfbund in Verhandlungen zu treten, um dessen Richtlinien zu beseitigen. *Schäfer* weist darauf hin, daß es sich bei der Deutschen Gesellschaft für Volksbildung um einen gleichen Fall handle. *Kolbenheyer* erklärt sich bereit, mit der Reichsstelle für Schrifttum diese Fälle zu besprechen und sie einer befriedigenden Regelung zuzuführen.

Blunck erörtert in diesem Zusammenhang verschiedene Anregungen, die der Akademie von der Nordischen Gesellschaft in Lübeck zugeleitet worden sind. Es handle sich dabei um die Ermöglichung von Vorträgen deutscher Dichter im nordischen Ausland. Es wird beschlossen: „Der Senat gibt dem Vorstand Vollmacht, mit der Nordischen Gesellschaft in Lübeck über den Inhalt ihrer beiden Denkschriften zu verhandeln mit der Einschränkung, daß keine ausschließlichen Bindungen für die einzelnen Mitglieder der Akademie daraus entstehen dürfen.“

Johst schließt die Sitzung um 1/27 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung des Senats am 27. Oktober 1933. Beginn 10 Uhr 15

Johst eröffnet die neue Sitzung.

Schäfer verliest den Wortlaut der von ihm verfaßten Kundgebung zum 12. November: „Wir Mitglieder der Deutschen Akademie der Dichtung stimmen dem Entschluß der Reichsregierung bei, einen unerträglichen Zustand durch den Austritt aus dem Völkerbund zu beenden. Wir begrüßen, daß der Aufruf ins deutsche Volk gegangen ist, seine Einigkeit in dieser Ehrenfrage vor der Welt zu bekunden. Wir erwarten, daß jeder Deutsche am 12. November durch sein Ja die gerade Politik des Volkskanzlers Adolf Hitler stärken wird.“ Der Senat ist mit diesem Wortlaut einverstanden und beauftragt den Schriftführer, das weitere zu veranlassen.

Beumelburg gibt davon Kenntnis, daß sich Staatssekretär a. D. Lewald als Vorsitzender des olympischen Komitees an die Akademie gewandt habe, um eine Beteiligung der Akademie am Preisgericht für eine olympische Hymne zu erreichen. Nach kurzer Aussprache wird Münchhausen für diese Aufgabe in Vorschlag gebracht; er nimmt den Auftrag an.

Beumelburg gibt davon Kenntnis, daß vom 26. 11. bis 6. 12. 1933 in Berlin unter dem Protektorat des Propagandaministeriums, veranstaltet von der Fichte-Gesellschaft, eine deutsche Büchermesse stattfindet. Die Fichte-Gesellschaft ist an die Akademie herantreten, um die Frage einer Beteiligung der Akademie an dieser Messe zu klären. Es wird beschlossen, daß Münchhausen im Verlauf der Buchwoche einen Vortrag über das deutsche Buch hält. *Johst* bringt die prinzipiellen Bedenken der Akademie gegen den weiteren Vorschlag der Fichte-Gesellschaft, der sich auf Autogramme bezieht, zum Ausdruck. Der Schriftführer wird beauftragt, die Auffassung der Akademie der Fichte-Gesellschaft zu übermitteln.

Beumelburg bittet um die Meinung der Anwesenden über die Stellungnahme der Akademie gegenüber der im Entstehen begriffenen Reichsschrifttumskammer. Nach

kurzer Aussprache übernimmt es Kolbenheyer, die Angelegenheit im Propagandaministerium zur Sprache zu bringen, um zu klären, was mit der Reichsschrifttumskammer von dort aus bezweckt ist. Er wird über das Ergebnis dem Vorstand berichten. *Beumelburg* bringt das Verhältnis der Akademie zur Deutschen Akademie in München zur Sprache und hält es für erwünscht, daß mit dieser ein besonderes Abkommen getroffen wird. *Schäfer* stellt fest, daß in einer der letzten Sitzungen der Deutschen Akademie in München Grimm und Kolbenheyer in den Senat dieser Akademie gewählt worden sind. Er hält dadurch eine ausreichende Fühlungnahme für gewährleistet. *Vesper* betont, daß aus dem Gleichklang der beiden Namen eine gewisse Verwirrung entstehen könne. Er würde es begrüßen, wenn die Münchener Akademie veranlaßt werden könnte, ihren Namen zu ändern. *Grimm* weist darauf hin, daß die Münchener Akademie die ältere ist. *Johst* betont, daß es sich bei München um eine private Akademie handle, bei uns um eine staatliche. Die Frage müsse vom Staat bei Gelegenheit autoritativ geklärt werden.

Beumelburg bringt auf Wunsch von Binding den Fall Ernst Hardt zur Sprache. Nach kurzer vertraulicher Aussprache stellt sich der Senat auf den Standpunkt, daß die Angelegenheit Hardt nicht die Akademie berühre.

Beumelburg bringt einen weiteren Antrag Bindings zur Sprache, der den Wunsch äußert, in jedem Jahre möge ein Mitglied der Akademie einmal in Berlin einen Vortrag halten. Er bittet, dabei grundsätzlich die Vortragsfrage zu berühren. *Schäfer* weist darauf hin, daß in früheren Zeiten in ähnlicher Weise verfahren worden sei. Man habe jedoch dabei schlechte Erfahrungen gemacht. Zu begrüßen sei, wenn bei den geplanten großen Herbsttagungen der Akademie, die nach unsern Wünschen in einer deutschen Stadt außerhalb Berlins stattfinden sollten, jedesmal ein Mitglied der Akademie eine bedeutsame Rede halten würde.

Beumelburg bringt einen Antrag Münchhausens zur Sprache, der sich mit Botschaften der Akademie zu besonderen wichtigen Anlässen beschäftigt. *Münchhausen* begründet seinen Antrag und weist darauf hin, daß durch die zu Beginn der Sitzung beschlossene Kundgebung der Senat in der Praxis diesem Antrag zum ersten Mal entsprochen habe. Er betont, daß diese Botschaften nur bei besonderen Anlässen und nur selten erfolgen dürften.

Beumelburg bittet, die Tagesordnung derart umzustellen, daß man jetzt zunächst die Frage des Urheberrechts besprechen möge und in der Nachmittags Sitzung die Frage der Satzungen und der Aufgaben der Akademie. Der Vorschlag wird genehmigt.

Punkt 6: Urheberrecht

Strauß verliest seinen ausführlichen Vorschlag zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes und über die Pflege des Nachlasses bedeutender Künstler. Der Vorschlag gipfelt darin, daß nach Ablauf der 30jährigen Schutzfrist bis zum 50. Jahre die Akademie durch eine besondere Kommission die Pflege dieses Nachlasses übernimmt und bei vollkommener Wahrung der Erbrechte der Nachkommen das Recht besitzt, von den Verlegern einen geringfügigen Prozentsatz als Kulturabgabe zu erheben und zu verwalten. [...]

Punkt 7: Statuten und allgemeine Aufgaben der Akademie

Kolbenheyer berichtet über die Entstehung des Entwurfs der Statuten, der dem Minister mit der Bitte um Genehmigung zugeleitet ist. *Beumelburg* stellt fest, daß der Vorstand genau den Beschlüssen des 1. Ausschusses entsprechend verfahren habe. Das Statut liege beim Minister, sei aber noch nicht verkündet. Grundsätzliche Bedenken dagegen seien ihm nicht bekannt geworden. Allerdings spiele hier die Gesamtlage eine gewisse Rolle. Solange die kulturellen Kompetenzen der einzelnen Mini-

sterien noch nicht endgültig abgegrenzt seien, solange werde wohl auch die endgültige Verkündung des Statuts der Akademie noch ausstehen. Es sei zu hoffen, daß eine endgültige Lösung in allernächster Zeit erreicht werde. Soviel sei wohl heute schon festzustellen, daß der Minister an dem Gedanken der Gesamtakademie festhalten werde. Die Abteilung für Dichtung habe von sich aus den Schritt von Preußen zum Reich bereits getan. Logische Fortsetzung dieser Aktion werde sein, daß man die Akademie der deutschen Kunst bilde, zusammengesetzt aus den drei Akademien für die bildenden Künste, für Musik und für Dichtung. *Kolbenheyer* stellt fest, daß man gegen den Gedanken der Gesamtakademie keine grundsätzlichen Einwendungen erhebe. Er habe es aber für richtiger gehalten, daß sich zunächst die Abteilung für Dichtung konsolidiere und daß man von dort aus zur Gesamtlösung gelange.

Grimm erörtert die Frage der Autonomie. Er hegt Bedenken gegen die Fassung der §§ 2, 4 und 6 des Satzungsentwurfs. *Kolbenheyer* macht zu diesen Einwendungen nähere Ausführungen. Nach kurzer Aussprache erklärt *Kolbenheyer* sich damit einverstanden, daß im § 6, wo es lautet „gewählt und ernannt“, die Worte „und ernannt“ gestrichen werden. Darauf tritt die Mittagspause ein.

Beginn der Nachmittags Sitzung: 4 Uhr 15

Anwesend: alle Mitglieder außer Stehr

Johst stellt die Frage, ob vor der Besprechung der allgemeinen Aufgaben der Akademie noch einer der Herren irgendwelche Angelegenheiten von Bedeutung zur Sprache zu bringen habe.

Vesper schlägt vor, daß die Akademie als solche Mitglied der Paul-Ernst-Gesellschaft werde. *Kolbenheyer* ist dagegen. *Strauß* ebenfalls. Nach kurzer Aussprache zieht *Vesper* seinen Antrag zurück.

Beumelburg gibt Kenntnis davon, daß der Staatliche Ehrensold, der bisher Paul Ernst gewährt wurde, zu neuer Verfügung frei geworden sei. Er bittet um Vorschläge. *Schäfer* schlägt *Lersch* vor, *Vesper* schlägt *Rudolf Huch* vor. *Binding* schlägt *Gustav Frenssen* vor. *Johst* schlägt *Agnes Miegel* vor. Es wird beschlossen, für die Verleihung des staatlichen Ehrensoldes *Agnes Miegel* dem Minister vorzuschlagen.

Grimm bringt eine Reihe von Einzelfällen zur Sprache, die er nicht für bedeutend genug hält, um die Akademie als solche damit zu befassen, die ihm aber als Kennzeichen der besonderen gegenwärtigen kulturellen Lage erscheinen.

Beumelburg fragt, ob der Senat mit folgendem technischen Verfahren einverstanden sei. Die zu Beginn der Sitzung beschlossene Kundgebung zum 12. November 1933 sei an den Kanzler zu leiten und gleichzeitig zur Veröffentlichung in der Presse freizugeben. Über die gestrige und heutige Sitzung des Senats und der Ausschußvorsitzenden sei ein Protokoll niederzulegen, das allen Teilnehmern der Sitzung zugestellt werde. Außerdem sei ein Bericht zu verfassen, der allen Mitgliedern der Akademie zugehe. Schließlich übernehme *Vesper* die Aufgabe, eine kurze Verlautbarung für die Presse zu formulieren, sobald er im Besitz des Protokolls sei. Der Senat ist damit einverstanden.

Binding spricht über den Begriff der inneren Not und formuliert ihn folgendermaßen: „Über die innere Not wertvoller Teile unseres Volkes, insbesondere unserer Jugend, hat die Deutsche Akademie der Dichtung als von einer sie tief berührenden oder bewegenden Frage gesprochen und hat sich entschlossen, unter Darstellung dieser inneren Not und ihrer Gründe über das Ministerium deren Milderung bei dem Führer zu erbitten.“ *Johst* lehnt eine solche Formulierung ab. *Binding* betont, daß es nicht seine Absicht sei, in der Öffentlichkeit vorzugehen, sondern auf dem Wege über das Ministerium bzw. die maßgeblichen Stellen. *Johst* stellt fest, daß es die Absicht des Führers sei, nach der Wahl und nach dem Abklingen der politischen Ereignisse von

sich aus in solchem Sinne zu handeln. Wir könnten unsere Bedenken und Wünsche in die Form von Anregungen bringen. Er halte aber das Wort „innere Not“ für bedenklich. Binding wird um eine entsprechende Formulierung seines Antrags gebeten.

Schäfer bringt die Frage der neuesten Literaturgeschichte zur Sprache und wendet sich scharf gegen das Verhalten gewisser Professoren. Es gehe nicht an, daß in literaturhistorischen Werken neuesten Ursprungs davon gesprochen werde, es gebe keine Volksdichter, sondern es gebe in Deutschland nur Dichter von provinzieller Bedeutung. Hier werde von unberufenen Händen der Versuch unternommen, das zu zerstören, was in langen Jahren aufgebaut worden sei. *Johst* weist darauf hin, daß solche Dinge nur möglich seien, weil die deutschen Dichter sich scheuten, den Weg in die Öffentlichkeit zu gehen. Man dürfe sich auch vor dem Wort Propaganda nicht fürchten. Andererseits sei es Sache des Staates, für die Publizität der Dichter zu sorgen. *Münchhausen* bespricht ähnliche Fälle.

Johst stellt zur Erörterung, wie die Akademie gegen solche Dinge mit Erfolg einschreiten könne. *Vesper* führt aus, man dürfe sich nicht scheuen, für oder gegen einzelne Bücher eindeutig Stellung zu nehmen. Bei den Büchern der Dichter sei eine solche Stellungnahme heikel und schwierig, aber bei literarhistorischen Werken sei sie durchaus angebracht und möglich. Er empfiehlt Zusammenarbeit mit dem zukünftigen Reichsamt für das Schrifttum.

Er bespricht weiter die Notwendigkeit eines Zeitungsdienstes für die Akademie und einer Kartei über das neue deutsche Schrifttum, die man zur Pflege des Nachwuchses unbedingt nötig habe. Auf Grund einer solchen Kartei werde man in der Lage sein, dem Auswärtigen Amt geeignete Vorschläge zur Förderung deutscher Dichtung im Auslande zu machen. Es wird beschlossen, *Vesper* mit der Herstellung und der laufenden Ergänzung einer Kartei über das gegenwärtige deutsche Schrifttum zu beauftragen. Alle Mitglieder der Akademie sind gehalten und verpflichtet, geeignete Beobachtungen an *Vesper* mitzuteilen. *Vesper* wird jeweils vor den Tagungen der Akademie an den Vorstand über seine Arbeit berichten.

Münchhausen macht einen Vorschlag für die in jedem Jahre geplante Herbsttagung der Akademie. Er wünscht, daß am ersten und zweiten Tag die Sitzung des Senats stattfinde, der dritte Tag soll sitzungsfrei sein, am 4. und 5. Tag sollen Plenarsitzungen stattfinden. Der sitzungsfreie Tag sei dazu bestimmt, jungen Dichtern der Nation Gelegenheit zu geben, vor der Gesamtheit der Akademie und einem besonderen, geladenen Publikum aus ihren Werken vorzulesen. Dies sei ein ungeheuer wirksames Mittel, um junge Talente zu fördern. Er denke sich das Verfahren so, daß auf Vorschlag einzelner Mitglieder der Akademie etwa 4 oder 5 junge Dichter ausgewählt würden, von denen jeder etwa 20 Minuten lesen solle.

Schäfer fragt, ob schon heute ein fester Plan über die zukünftige Hauptsitzung der Akademie vorliege. *Beumelburg* äußert dazu, daß man im Augenblick noch nicht endgültig entscheiden könne, ob die nächste Hauptversammlung im kommenden Frühjahr oder erst im Herbst stattfinden werde. Diese Entscheidung hänge aufs engste mit der gesamten Lage zusammen. Der Vorstand habe den Wunsch, eine Entscheidung möglichst bald herbeizuführen, sei aber einstweilen noch durch Dinge gehemmt, über die bereits genugsam vertraulich gesprochen sei.

Johst weist darauf hin, daß aller Wahrscheinlichkeit nach in absehbarer Zeit der Senat noch einmal berufen werden müsse, um, wie er bereits gestern ausgeführt habe, mit dem Führer zu einer vertraulichen Besprechung zusammenzukommen.

Münchhausen fragt, ob sein Vorschlag über die Gesamttagung der Akademie und insbesondere über die Vorträge junger Dichter vom Senat gebilligt werde. Der Senat beschließt in diesem Sinne.

Johst stellt fest, daß weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Er dankt für die außerordentlich rege und wertvolle Mitarbeit aller Anwesenden und versichert, daß der Vorstand alles daran setzen werde, diese Anregungen zu verwirklichen.

Binding drückt seinen besonderen Dank aus, daß man die Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse zur Sitzung des Senats zugezogen habe. Er hält dieses Verfahren für praktisch, außerordentlich wertvoll und hofft, daß man auch in Zukunft daran festhalten werde.

Agnes Miegel bringt in ihrem eigenen und im Namen aller Anwesenden zum Ausdruck, daß Hanns Johst wie bisher so auch in Zukunft ihr und der anderen volles Vertrauen genieße. [„Es ist mein erstes Wort, daß ich zu Ihnen sprechen darf. Ich werde das Vertrauen haben, solange ich unter Ihnen sein darf, und ich glaube, wir alle sind der gleichen Auffassung.“¹] Der Senat stimmt diesen Ausführungen zu.

Die Sitzung wird geschlossen.

Werner Beumelburg

83 Kundgebung der Deutschen Akademie der Dichtung [30. 10. 1933]

Wir Mitglieder der Deutschen Akademie der Dichtung stimmen dem Entschluß der Reichsregierung bei, einen unerträglichen Zustand durch den Austritt aus dem Völkerbund zu beenden.

Wir begrüßen, daß der Aufruf ins deutsche Volk gegangen ist, seine Einigkeit in dieser Ehrenfrage vor der Welt zu bekunden.

Wir erwarten, daß jeder Deutsche am 12. November durch sein Ja die gerade Politik des Volkskanzlers Adolf Hitler stärken wird.²

84 Deutsche Akademie der Dichtung, 13. 11. 1933

Herrn Dr. Haupt, Fichte-Gesellschaft e.V., Berlin W 35, Am Karlsbad 8

Sehr geehrter Herr Dr. Haupt,

in der Anlage übersende ich Ihnen einige Sätze zur Buchmesse, deren Verwendung ich Ihnen als Äußerung der Dichterakademie anheimstelle.

Mit deutschem Gruß

Ihr ergebener Beumelburg

Aufruf!

Alle große Kunst ist Rechtfertigung eines Volkes vor Gott; sie ist auch Erfüllung des Überkommenen und Auftrag an die Nachfahren.

Aber es ist nicht das allein. Wie der Leib des Brotes bedarf, so will die Seele das Ge-

¹ Später gestrichen

² Diese Kundgebung ist von Wilhelm Schäfer im Auftrag des Senats der Abteilung formuliert worden (vgl. Dok. Nr. 82). Sie erschien im Völkischen Beobachter v. 7. 11. 1933 mit folgenden Unterschriften: Der Präsident Hanns Johst, Benn, Beumelburg, Binding, Blunck, Claudius, Däubler, Dörfler, Frenssen, Griese, Grimm, Halbe, Hauptmann, Rud. Huch, Mell, Miegel, v. Molo, v. Münchhausen, Ponten, Schäfer, Schlaf, Schmidtbonn, Scholz, Seidel, Stehr, Strauß, E. Stucken, Vesper, Joseph Magnus Wehner. Auf gleicher Seite erschien (ohne Unterschriften) eine „Kundgebung der Abteilungen Bildende Künste und Musik“, in der die Mitglieder dem Reichskanzler Hitler „ihre treue Ergebenheit und Gefolgschaft“ versichern. Diese Kundgebungen sollten die Volksabstimmung am 12. 11. 1933 unterstützen, in der nachträglich der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund plebiszitär bestätigt wurde. Gleichzeitig wurden bei dieser Volksabstimmung die Abgeordneten für einen neuen Reichstag (Einheitsliste) gewählt.

heimnis vorahnen, das zwischen Gott und Mensch steht, will sie die Schauer von Lied und Dichtung empfinden und auch das Glück kosten, das aus der schwingenden Sprache ihres Volkes aufsteigt, einer Gemeinschaft, mit der sie schon auf Erden gewinnt, siegt und weiterlebt.

Arm ist, wer nicht darum weiß. Erst die Feier des Sonntags bestimmt die Kraft im Werk des Alltags; wer sich den stillen Stunden der Besinnlichkeit, wer sich dem Glück eines guten Buches, wer sich der Sammlung am Tage der Einkehr entzieht, hat in der Woche einen engen Blick oder auch freudlosen, mißmutigen Gewinn.

Echte Kunst macht stark; sie ist die Erfüllung deiner selbst; sie erst ist aber auch die höchste Kraft deines Volkes, das gleich dem einzelnen der Schöpfung Antwort zu stehen hat auf die Frage nach Weg, Wert und Ziel.¹

VI. KOMPETENZÜBERSCHNEIDUNGEN UND ZUNEHMENDE FUNKTIONSLÖSUNG

Hanns Johst, Oberallmannshausen, Starnberger See [o. D.]

85

Mein lieber Werner Beumelburg,

ich höre durch Blunck, daß ihr zwei unsere Akademie bei M. v. Schillings vertreten habt.

Ich lege einen Zeitungsausschnitt bei², der mich nervös macht. Was ist gegen diesen Typus des Gewerkschaftsgedankens (unter Regie Goebbels) zu tun? Eines Tages schluckt wohlmöglich von der Flanke her die Propaganda die Kultur, wenn wir nicht auf der Hut.

Laß dir doch einmal Wulf Bley (Kampfbund für deutsche Kultur) kommen. Ihr zwei habt von mir her plainpouvoir [pleins pouvoirs] gegen diesen Kram. Vielleicht warten wir aber auch September (also meine Rückkehr) ab? Nur – wenn es brennt, löscht *schnell*!! Ich sprach hier mit Hinkel eben drüber, der meinte, die Akademie müsse sich diesen Kram *unterordnen*. Wäre vielleicht Will Vesper und sein Arbeitsgebiet dafür fällig?

Im übrigen scheint die Sonne, und ich spüre die Pflicht gegenüber meinem Kadaver, ihn bescheinen zu lassen.

Ich grüße Dich auf das Lebendigste und bin und bleibe Dein getreuer

Hanns Johst

Hans Grimm, Klosterhaus Lippoldsberg, Weser, bei Bodenfelde, 17. 11. 33

86

Lieber Beumelburg,

ich muß Sie wieder behelligen. Ich bekomme vom Reichsverband die einliegenden

¹ Dieser Aufruf wurde von Vesper entworfen und von Blunck überarbeitet. Er erschien u. a. im Völkischen Beobachter vom 22./23. 11. 1933.

² *Zwangskartell im deutschen Schrifttum*. Bei der Gründungsversammlung der ersten Fachschaft im Reichsverband deutscher Schriftsteller, der Fachschaft der Erzähler, führte Hans Richter, der Stellvertreter des Präsidenten Götz Otto Stoffregen, aus, daß der Verband als einzige von dem Propagandaministerium anerkannte Organisation des freien Schrifttums zu einem Zwangsverband ausgebaut werden soll. Damit ist verknüpft, daß zukünftig in Deutschland nur ein Buch erscheinen kann, dessen Verfasser Mitglied des Reichsverbandes ist. Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller, der Verband Deutscher Erzähler und der Deutsche Schriftsteller-Verband werden in dem Reichsverband aufgehen. Im ganzen werden zehn Fachschaften gebildet. In den Ehrensenat sind u. a. berufen worden: Walter Bloem, Atz vom Rhyn, Fedor von Zobeltitz, Rudolf Presber, Agnes Miegel, Hermann Stehr und Ina Seidel.

Papiere, die ich *zurück* erbitte. Ich habe damals auf die ersten Papiere nicht geantwortet, weil ich die Fragen für ganz würdelos halte. Ich bin mit meinen sämtlichen Vorfahren und meine Frau mit ihren sämtlichen Vorfahren selbstverständlich arisch. Ich bin Kriegsteilnehmer. Ich bin Nationalist Zeit meines Lebens gewesen. Es ist unmöglich, daß ein Senator der Akademie auf diese Schmockfragen antwortet. Ich bitte einen generellen Beschluß für die Akademie herbeizuführen. Dem Verband deutscher Erzähler gehöre ich seit vielen Jahren an. Ich meinte die Umwandlung erfolge automatisch. *So* geht die Sache nicht. Darf ich um sofortige Antwort bitten. Ich kann mich natürlich als Schriftsteller auch keinen Anordnungen des Reichsführers des R[eichsverbandes] D[eutscher] S[schriftsteller] fügen. Die Anordnungen kommen von Gott. Wo der Staat meint, daß sie ihn stören, hat er seine Zensur. Ich freute mich, daß ich Sie neulich abends sehen konnte.
Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hans Grimm

87 [Emil Strauß] Freiburg i. B., Sandstraße 46, 5. 12. 1933

Dem Vorstand zur gefl. Kenntnisnahme. E. St.

Lieber Börries v. Münchhausen,
gegen die beabsichtigte Veranstaltung von Vorträgen muß ich – für den Augenblick – Einsprache erheben.

Wir sind als Akademie zusammenberufen, als die nach Verdienst und Geltung höchste Vertretung des deutschen Schrifttums, „autonom“, „souverän“. Im Oktober merkten wir, daß wir noch in der Luft schwebten, in der Glücksschaukel schaukelten: nun aber ist die Schaukel oben ausgehängt worden, und wir befinden uns auf einer Luftfahrt in unbekanntem Tiefen. Es ist eine Reichsschrifttumskammer gegründet, die Akademie, die höchste Vertretung des Schrifttums ist als solche nicht zugezogen, nicht befragt, sie ist nicht gebeten worden, einen Akademiker an die Kammer abzuordnen: der zweite Vorstand der Akademie ist unversehens – als ob sie schon nicht mehr wäre – Präsident der Schrifttumskammer, und die „Stellung der Akademie“ ist, wie der Vorstand gelegentlich mitteilt, noch nicht „endgiltig festgelegt“.

Ehe die Akademie feststeht und als solche etwas ist, können wir keine Vorträge veranstalten, als Vortragsverein dürfen wir nicht in Erscheinung treten, – wenn wir überhaupt noch in Erscheinung treten.

Übrigens hat die Akademie, falls sie daseinsberechtigt ist, von vorn herein von der Fürsorge der Schrifttumskammer ausgenommen – juryfrei – zu sein!

Mit den besten Grüßen
Ihr E. Strauß

88 [Hans Grimm] Lippoldsberg, Klosterhaus, 6. 12. 33

Meine verehrten Mitsenatoren,
als ich gestern von Elbing zurückkam, fand ich Münchhausens Vorschlag hier liegen, ich erhielt heute das Schreiben von Emil Strauß, mit dem er Münchhausens Vorschlag beantwortet. Auch ohne diese beiden Vorgänge hätte ich heute ein Rundschreiben an Sie gerichtet.

Mir ist bei meiner neuntägigen Fahrt und bei verschiedenen Gesprächen das noch deutlicher geworden, was meinen sorgenden Brief an Münchhausen veranlaßte. Ich meine immer deutlicher zu sehen, daß die Akademie in großer Gefahr steht, in Bedeutungslosigkeit zu versinken, weil sie sich nicht zu sich selbst macht sondern zu-

wartet in einer brausenden Zeit, wo jeder eben so viel bedeutet, als er aus sich zu machen versteht. Ich glaube, wir sind gleich im Anfang einen falschen Weg gegangen, als wir uns von Aufgaben erzählten, zu deren Erfüllung wir die Macht nicht hatten, und als wir uns um die Beglaubigung von Statuten bemühten. Denn, lieber Emil Strauß, unsere Bedeutung liegt wirklich in unserer „Autonomie“ und „Souveränität“ und nicht in einem ministeriellen Kuratorium. Wir sind eine Gemeinschaft, in der jeder Einzelne von Gottes Gnade her Geltung hat, wir können nicht dadurch etwas für unser Volk und unseren Staat erfüllen und bedeuten, daß uns irgendjemand bestätigt oder ernennt, sondern *nur* dadurch, daß durch unsere gewollte freie Gemeinschaft ein Mehrfaches an Gnade und Dienst und Geltung sichtbar wird. Durch unsere gewollte Gemeinschaft besteht die Akademie zuerst, nicht durch einen Staatsakt. Von dieser Erkenntnis aus muß die Akademie ihre Aufgaben sich stellen. Das ist zum Teil endlich geschehen, als wir uns im Oktober als Senat trafen, aber es ist für die wartende Öffentlichkeit *noch nirgends* geschehen. Bei uns selbst ist aber eine ganze Klärung auch noch nicht erfolgt. Das zeigt mir Straußens Brief und seine Erwähnung der Reichsschrifttumskammer. Diese Kammer hat ausschließlich Aufgaben vom Staate her, sie dient dem ständischen Aufbau des Schrifttums. Sie sucht ihre Wirkung nicht von Gott und Gnade her. Was hat Rechtsschutz, Ehrengericht, Altersversorgung, Vertrag, Buchhandel, Verlagsgeschäft mit Gott und Gnade zu tun? Die Kammer könnte von ein paar sauberen, lebensklugen Männern ebenso gut gemacht werden. Daß die Kammer dennoch Anregungen der Akademie zu hören bereit sein soll, wird immerhin dadurch deutlich, daß die drei berufenen ersten Mitglieder des Präsidialrates der Schrifttumskammer Senatoren der Akademie sind, die – wenn ich nach mir gehe – wahrscheinlich sehr zögernd zustimmten und gerade auch, um die Verbindung dahin herzustellen, wo die Geltung eben von Gott kommt.

Aber jetzt ist es *höchste* Zeit, daß sich die Akademie vor der Nation zu sich selbst macht, daß sie den Mut hat zu der Würde ihrer Gemeinsamkeit und daß sie diese Würde dartut vor der Nation. Es kommt auf den *ersten* Schritt an. Ich bin ein Hasser jeder Geschäftigkeit und jedes Theaters und jeder Kostümierung, dennoch *müssen* Kronen einmal gesehen werden.

Ich erinnerte deshalb Münchenhausen an seinen Vorschlag. Ich sehe den Hergang freilich etwas anders als er und allerdings ganz anders als Strauß, dessen Wort von „Vortragsverein“ erst recht ganz an der Sache vorbeigeht.

Ich will, daß wir als Gemeinsamkeit vor die Nation treten in feierlicher Form. Ich glaube, daß das augenblicklich nur dadurch geschehen kann, daß wir bei gemeinsamem, ganz feierlichem Aufzuge und gemeinsamer Verantwortung etwa in der Aula der Universität zu Berlin oder dem Festsaal des Harnack Hauses alljährlich fünf unbekannte oder wenig bekannte Dichter vor die Öffentlichkeit bringen. Es ist dazu notwendig, daß wir den Schützlingen vorausschreiten wie etwa der Lehrkörper einer Universität bei einer großen Feier der Universität, und hierbei ist der alte Talarvorschlag von Münchenhausen richtig; es ist nötig, daß wir alle teilnehmen und hinter unseren Schützlingen vor der Festversammlung alle während der Veranstaltung sichtbar sitzen und daß große Musik und große Ausstattung die einmal jährlich stattfindende Feier umrahmen und etwa eine kurze Rede Kolbenheyers die große Feier einleitet und jeder Schützling von einem Paten aus dem Senate der Akademie aufgerufen und genannt wird. Gibt der Staat die Mittel nicht, müssen wir selbst dafür aufkommen, ich bin bereit, wenn das nötig ist, natürlich ohne Namensnennung einen sehr erheblichen Betrag zu zeichnen. Art und Kleid der Feier werden Münchenhausen und Kolbenheyer am besten entwerfen können. Ich denke, daß der Kanzler mit der Reichsregierung der Feier, die den *Kommenden* gelten soll, als Gast gern beiwohnen wird. Ihr müßt einmal gesehen werden. Ihr müßt zeigen, daß Ihr etwas zu *vergeben*

habt, was *niemand* sonst hergeben kann. Tut nachher bescheiden schöne stille Arbeit, aber seid einmal endlich da für die suchenden Augen und den ungeduldigen Willen der Jugend. Denn, wenn unsere Gemeinsamkeit einmal verlacht ist, dann ist es zu allem zu spät. Wir nähern uns diesem „Zu spät“, das fürchte ich.

Lieber Münchhausen, wir müssen über die fünf jungen Dichter als Senat in gemeinsamer Sitzung beraten. Wir müssen *alle* dem zugestimmt haben, was jene vorschlagen, vorzutragen. Die Dichter sollen, meine ich, keineswegs „ungedruckt“ sein müssen, sie sollen nur der Akademie noch nicht angehören. Ich möchte sogar einen wenig bekannten Mann wie etwa von Mechow aufrufen dürfen, wenn es nach mir ginge. Der Hinweis auf Gnade, die wir erkennen, soll alles sein, das durch uns geschieht. Zu den Namen, die Sie nennen, schlage ich Dimar Möring vor, der Mann selbst ist mir fremd. Ich finde, daß erst, wenn der ganze Plan gut ausgearbeitet ist, die Erwählten befragt werden sollen. Es muß sich um sie für eine ganz große Ehrung handeln. Ist der Plan ausgearbeitet, soll er der Presse bekanntgegeben werden noch ohne Nennung der Namen der Erwählten. Sie werden am Abend genannt. Mir scheint, der Abend biete größere Möglichkeit als der Nachmittag. Ich schlage vor, daß ein ganz bestimmter Tag alljährlich oder auch alle drei Jahre der Feier dient.

Wir müssen uns die Krone der Akademie vom Altar nehmen oder nach Hause gehen. Unser heutiges Aschenputtel-Wesen wird ja unwürdig und zwecklos.

Die Zugehörigkeit der Akademiker zum Reichsverband für Deutsches Schrifttum scheint mir am besten durch Hans Bluncks Vorschlag erledigt, der mir schreibt, er habe sich mit dem Verband dahin geeinigt, daß die Mitglieder der Akademie keine besondere Erklärung abzugeben brauchen, sondern ipso jure in den Listen geführt werden, ohne mit besonderen Erklärungen behelligt zu werden. Diese Fassung lautet freilich etwas anders als das weniger befriedigende Rundschreiben Beumelburgs.

Mit guten Grüßen an die Senatoren

Ihr Hans Grimm

89 Hans Grimm, Klosterhaus, Lippoldsberg, Weser, bei Bodenfelde, 7. 12. 1935

Lieber Beumelburg, ich muß meinem Brief von gestern noch eine Anfrage nachsenden. Johst schickte ein Rundschreiben, in dem er sich erkundigt, wer den Wunsch habe, durch die deutsche Kunstgesellschaft zu Vorträgen ins Ausland zu gehen. Ich möchte wissen, wer die Deutsche Kunstgesellschaft ist, und auch, wer die Gesellschaft für Deutsche Kultur ist.

Ich habe vor, im Frühjahr, es sei denn, der Anfang einer größeren Arbeit glücke mir, etwa vom 1. 2. an auf zwei bis drei Monate nach England zu gehen. Ich fahre hin für meine Arbeit und zur Neuausbildung in englischen Dingen. Denn da, wie Sie wissen, mein Lieblingsthema ist, daß es nur zwei Herrenvölker gibt, nämlich das deutsche und englische, so sind [sie!] eine immer neue Kenntnis von beiden Seiten für unsere Zukunft notwendig.

Ich will in England gern lesen und sprechen und gehöre ja wohl zu den Schriftstellern, die am ehesten dazu berufen sind. Ich möchte also die Vorschläge der Deutschen Kunstgesellschaft wohl hören, was England angeht.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Hans Grimm

An die Mitglieder der Deutschen Akademie der Dichtung – *Vertraulich!*

1. Reichsschrifttumskammer und Deutsche Akademie der Dichtung

Die Gründung der Reichsschrifttumskammer, die Besetzung ihres Präsidiums und ihre Kundgebungen haben zu einigen Mißverständnissen Anlaß gegeben. Es wird darum folgendes festgestellt:

- a) Die Reichsschrifttumskammer ist ohne Zutun und ohne Befragen der Akademie gegründet worden.
- b) Die Reichsschrifttumskammer beruht auf dem bekannten Reichsgesetz. Dieses Gesetz erfordert die Mitgliedschaft aller am deutschen Schrifttum Tätigen, also auch der Mitglieder der Deutschen Akademie der Dichtung. Im Benehmen mit der Kammer ist die Regelung getroffen worden, daß in gewisser Abänderung des Rundschreibens vom 1. Dezember 1933 – J. Nr. 1314 – die Mitgliedschaft bei der Akademie automatisch die Mitgliedschaft bei der Kammer bzw. beim Reichsverband deutscher Schriftsteller herbeiführt. Hierdurch entfallen alle weiteren Formalitäten.
- c) Das Reichspropagandaministerium hat die Herren Blunck, Johst und Grimm aufgefordert, das Präsidium der Kammer zu übernehmen. Die drei Herren haben diesen Ruf aus eigenem Entschluß angenommen. Für die Übernahme der Präsidentenstelle durch Herrn Blunck war eine Fühlungnahme innerhalb des Vorstandes maßgebend, die Übereinstimmung in der Auffassung ergab, daß die Besetzung des Kammerpräsidiums durch ein Mitglied der Akademie am ehesten geeignet sei, die Wirksamkeit beider Einrichtungen aufeinander abzustimmen. Die bisherige Praxis hat diesen Standpunkt gerechtfertigt.
- d) Die Funktionen der Akademie werden durch die Kammer nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern es ist der Akademie durch die Schaffung der Kammer die Möglichkeit gegeben, eine große Zahl praktischer, das Schrifttum betreffender Dinge rasch, wirksam und in ihrem Sinne zu erledigen. Die Person des Präsidenten der Kammer bietet die volle Gewähr für einen weiteren zweckmäßigen Ausbau dieser Zusammenarbeit.
- e) Die Kammer ist die Zusammenfassung der am Schrifttum Tätigen im Rahmen des ständischen Aufbaus des Reichs. Die Deutsche Akademie der Dichtung ist die Zusammenfassung einer engen Gemeinschaft deutscher Dichter, die in Ehrung und Anerkennung ihrer besonderen Leistungen vom Staate berufen ist, das künstlerische Gewissen der Nation zu bilden und ihre Stimme in den entscheidenden Fragen deutscher Dichtung zur Geltung zu bringen. Dies *kann* auch auf dem Wege über die Kammer geschehen, genauso wie auf dem Wege über das Preußische Kultusministerium oder auf dem öffentlichen Wege. In keinem einzigen Punkt werden die Funktionen der Akademie durch die Funktion der Kammer eingeschränkt¹.
- f) Für die Auffassung der Reichsschrifttumskammer gelten nur die Kundgebungen des Präsidenten oder des zuständigen Reichsministers. Es hat sich leider gezeigt, daß einzelne Mitglieder der Akademie sogar Kundmachungen zum Opfer gefallen sind, die von Stellen ergingen, die mit der Reichsschrifttumskammer nicht das geringste zu tun haben. Bei Zweifelsfällen genügt eine Anfrage an den Schriftführer der Akademie. Es wird empfohlen, von dieser Möglichkeit regen Gebrauch zu machen, damit künftigen Mißverständnissen vorgebeugt wird.

¹ Dieser letzte Satz wurde gestrichen.

2. Satzungen.

In der Frage der Verfassung der Deutschen Akademie der Dichtung kann vertraulich mitgeteilt werden, daß der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung dem Grundsatz einer „Akademie der deutschen Kunst“, zusammengesetzt aus der Akademie für die bildenden Künste, der Akademie für Musik und der Akademie der Dichtung zugestimmt hat. Die weitere Frage, ob die Verfassung der Akademie der deutschen Kunst im Zuge der bevorstehenden Reichsreform erledigt, oder ob sie vorgewegonnen werden soll, ist im Sinne der letzteren Lösung entschieden worden. Die amtliche Stellungnahme des Ministers zu dem Satzungsentwurf der Akademie der Dichtung steht noch aus. Dem Vernehmen nach ist bald mit ihr zu rechnen. Die Arbeiten der Akademie werden durch die Frage der Satzung nicht gehemmt. Die Akademie nimmt den Standpunkt ein, daß sie sich bis zur Verkündung der Satzung so verhält, als ob diese Satzung bereits vorhanden sei.

3. *Der Präsident der Deutschen Akademie der Dichtung* nimmt die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß es der Sache der Akademie nicht zuträglich sein kann, wenn einzelne Mitglieder einer Stimmung Ausdruck verleihen, als ob die Akademie „in der Luft schwebe“, oder als ob es fraglich sei, „ob die Akademie überhaupt noch bestehe“ usw. Die Akademie ist entweder imstande, ihrer Auffassung und ihrer Haltung geschlossenen und nachhaltigen Ausdruck zu verleihen, oder sie ist bedeutungslos. Wenn in der Vergangenheit innere Gegensätze und Spannungen die Akademie oftmals an positiver Arbeit gehindert haben, so wird kein Zweifel darüber gelassen, daß in Zukunft Gegensätze, die sich aus solchen Resten der Vergangenheit ableiten, nicht mehr anerkannt werden. Der Präsident, sein Stellvertreter und der Schriftführer, auf deren Schultern der Hauptteil der Arbeit und die Verantwortung für zahlreiche Entscheidungen liegen, fordern von allen Mitgliedern die regste Mitarbeit beim Aufbau der Akademie, wobei sie sich weder zu übereilten Entscheidungen drängen, noch zur Zielscheibe sachlich nicht gerechtfertigter Vorwürfe machen lassen werden.

4. *Die Berufung der im vergangenen Jahre von der Versammlung neugewählten Mitglieder*, die der Kurator ursprünglich mit der endgültigen Inkraftsetzung der neuen Verfassung verbinden wollte, soll nach neuer Vereinbarung gesondert vorgenommen werden.

5. Gesamttagung der Akademie.

Es kann schon heute als feststehend betrachtet werden, daß die nächste Gesamttagung im Herbst d.Js. stattfinden wird.

6. Pflege des dichterischen Nachwuchses.

- a) In der Oktobersitzung des Senats wurde beschlossen, bei den großen Herbsttagungen der Akademie eine beschränkte Zahl junger Dichter unter der Autorität und der Verantwortung der Akademie öffentlich aus ihren Werken vortragen zu lassen. Die Organisierung dieser Vorträge hat Börries Freiherr von Münchhausen übernommen. Herr von Münchhausen wird gebeten, auf der Grundlage seines Schreibens an die Mitglieder des Senats vom 1. Dezember 1933 einen Vorschlag auszuarbeiten und dem Präsidenten einzureichen. Anregungen irgendwelcher Art sind unmittelbar an Börries Freiherr von Münchhausen, Schloß Windischleuba bei Altenburg zu leiten.
- b) In der gleichen Senatssitzung war beschlossen worden, daß Herr Will Vesper, Meißen, Badgasse 2, eine Kartei über das junge deutsche Schrifttum anlegen möge. Herr Vesper bittet, ihm nicht nur irgendwelche Namen zu melden, sondern neben den Namen und der genauen Anschrift derjenigen jungen Dichter, für die ein Mitglied der Akademie die moralische und künstlerische Verantwortung über-

nehmen zu können glaubt, auch eine kurze Charakteristik der Person und des Werkes ihm einzusenden.

7. *Werkhilfen und Unterstützungsangelegenheiten.*

Mit der Bearbeitung dieses Gebietes ist durch Beschluß der Akademie Herr Rudolf G. Binding, Buchschlag in Hessen, beauftragt. Bei verschiedenen Gelegenheiten, bei denen besondere Mittel zur Verfügung standen, hat sich herausgestellt, daß die Mitarbeit der Mitglieder der Akademie nur sehr unvollständig ist. Es wird nochmals dringend gebeten, fortlaufend alle persönlichen Beobachtungen über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von Werkbeihilfen innerhalb und außerhalb der Akademie vertraulich unmittelbar an Herrn Binding zu leiten, der das gesammelte Material dem Schriftführer zur weiteren Bearbeitung übergeben wird.

8. *Rundfrage der Deutschen Buchgemeinschaft wegen Herausgabe eines Sammelbandes der Akademiemitglieder.*

Der Senat ist der Notwendigkeit, die Ablehnung dieser an alle Mitglieder gerichteten Aufforderung der Deutschen Buchgemeinschaft dringend zu empfehlen, durch die Tatsache enthoben worden, daß die Buchgemeinschaft von sich aus ihren Plan hat fallenlassen. Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß ein solcher Sammelband nur unter der ausschließlichen Autorität und Verantwortung der Akademie selbst erscheinen kann. Herr Will Vesper wird gebeten, einen Plan für einen solchen Band auszuarbeiten und einzureichen.

9. Es wird empfohlen, daß die Mitglieder der Akademie, wenn sie untereinander über Angelegenheiten der Akademie korrespondieren, dem Schriftführer einen Durchschlag ihres Briefes zuleiten. Von den meisten Herren wird diese Praxis, die den Geschäftsgang sehr erleichtert, auch heute schon angewandt.

10. Der Schriftführer war durch eine Erkrankung mehrere Wochen lang nicht in der Lage, die Korrespondenz zu erledigen, und bittet die davon betroffenen Herren um Entschuldigung für die Verzögerung ihrer Angelegenheiten.

Im Auftrage:

Dr. Wilhelm Schäfer, Hanns Johst, Dr. Kolbenheyer, Werner Beumelburg

[Binding, Grimm u. a.]

München, den 29. März 1934 91

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin 8, Unter den Linden 4

Die Unterzeichneten sind von dringlicher Sorge um die Zukunft, ja, um die Möglichkeit der Deutschen Akademie der Dichtung erfüllt:

Der Senat der Akademie, der durch die Satzung für den Bestand und die Arbeit der Akademie verantwortlich ist, findet die Akademie heute *ohne satzungsgemäßen Vorstand*.

Der Vorsitzende befindet sich auf ein halbes Jahr im Ausland. Der Vorstandsstellvertreter hat sein Amt niedergelegt. Der Stellvertreter des Schriftführers hat noch nicht ernannt werden können. Alle Geschäfte bleiben dem Ersten Schriftführer aufgebürdet.

Eine verantwortliche und der Würde einer Akademie vor Volk und Ausland entsprechende Arbeit konnte seit ihrer Neugründung weder vom Senat noch durch die Gesamtakademie geleistet werden. Eine beantragte Senatssitzung konnte nach Auskunft des Schriftführers nicht einberufen werden.

In dieser Lage erinnern die Unterzeichneten daran, daß in der konstituierenden Versammlung am 7. VI. 1933 ihr Kurator, Herr Staatsminister Dr. Rust der Akademie volle Autonomie zugesagt hat (Sitzungsbericht der konstituierenden Sitzung Seite 6, Abs. 3, Seite 7 letzter Absatz, Seite 8 letzter Absatz). Auf Grund dieser Autonomie hat die Akademie eine Satzung beschlossen und sie dem Herrn Kurator ordnungsgemäß als Beschluß vorgelegt.

Nach der Satzung übernimmt der Senat die Verpflichtung, den Vorstand der Akademie zu bestellen, dessen Vorsitzender die Akademie „in allen ihren Angelegenheiten im Auftrage des Senates zu leiten hat“.

Ohne die gewährleistete und in der beschlossenen Satzung festgelegte Autonomie erklären sich die Unterzeichneten außer Stande, Würde, Haltung und Stellung einer Deutschen Akademie, die der neue Staat ihr zugedacht hat, aufrecht zu erhalten, und ihre Arbeit für die Volksgemeinschaft zu leisten.

Rudolf G. Binding, Hans Grimm, E. G. Kolbenheyer, Münchhausen, Wilhelm Schäfer, E. Strauß

92 Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats der Deutschen Akademie der Dichtung, Berlin, den 4. 6. 1935 – Beginn der Sitzung: 10 Uhr 15

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Hanns Johst: Beumelburg, Binding, Blunck, Grimm, Johst, Schäfer, Stehr, Strauß; entschuldigt: Miegel, v. Münchhausen

Die Sitzung wird um 10 Uhr 30 durch den Vorsitzenden Hanns Johst eröffnet. *Johst* stellt zunächst fest, daß die Einladung des Senats ohne seine Befragung erfolgt sei. Er stellt weiter fest, daß eine Einladung an Kolbenheyer ergangen sei, obwohl Kolbenheyer seinen Sitz im Senat niedergelegt habe. Er stellt weiter fest, daß im Gegensatz zu dem bisherigen Verfahren Vesper als Vorsitzender eines Ausschusses nicht eingeladen worden ist. Er stellt schließlich fest, daß ihm Kenntnis geworden sei von einem Schreiben, das Herr Binding in der Angelegenheit des 60. Geburtstages von Thomas Mann an den Reichsinnenminister gerichtet hat. Er ersucht, solche Handlungen in Zukunft nicht mehr ohne sein Wissen vorzunehmen, da er als Vorsitzender der Akademie für die Folgerungen eintreten müsse. Er erteilt sodann das Wort an Binding.

Binding erklärt, daß er Kolbenheyer in einem besonderen Schreiben eingeladen habe und mit dem Hinweis, daß Kolbenheyers Teilnahme an der Sitzung nur in Frage komme, wenn er den ihm offengehaltenen Senatssitz formell wieder einnehme. Dieses sei nicht geschehen. Er erklärt weiter, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, in der Angelegenheit Thomas Mann den Senat zu übergehen. Herr Vesper sei von ihm zunächst eingeladen gewesen, es seien dann aber aus dem Senat heraus Bedenken geäußert worden, denen er stattgegeben habe.

Er spricht dann zu dem ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Akademie und die Organisationen der künstlerischen Berufe“. Man müsse bei allen Vorschlägen und Anregungen beachten, daß es sich auch um die anderen Abteilungen der Preußischen Akademie der Künste handle. Es betreffe also unsere Besprechung die Frage der Gesamtakademie. Er führt aus, daß uns gegenwärtig zwei Dinge beunruhigten, einmal das Dunkel des Wohin und dann die Tatsache des Vorhandenseins der Kulturkammer. Wohin immer wir kommen würden, so würden doch die inneren Erfordernisse der Akademie die gleichen sein. Es sei aber notwendig, sie sichtbar zu machen. Er habe eine Reihe von Punkten aufgestellt, in denen diese Erfordernisse zusammengefaßt seien. Er teilt dem Senat diese Ausarbeitung mit, in der gesprochen wird vom Sinn und Willen einer Akademie, von ihrer Unterstellung, von den Satzungen, von

der Zusammensetzung, von ihrer Aufgabe als Wahrerin, Pflegerin und Schützerin der deutschen Kunst und von ihrer Abgrenzung gegen die berufsständischen Organisationen.

Er erklärt, daß er sich den weiteren Verlauf so denke, daß der Senat diese Punkte dem Vorsitzenden übergebe mit dem Auftrag, den zuständigen Minister darüber zu verständigen. Er betont ausdrücklich, daß er diesen Vorschlag ohne vorausgegangene Besprechung mit irgendjemand zum Zwecke einer unbeeinflussten Stellungnahme des Senats mache. Er berührt das Verhältnis der Akademie zur Reichsschrifttumskammer und betont, daß Hans Friedrich Blunck unsere Auffassung und Stellung, soweit sie die ständische Berufsorganisation betreffe, dort so gut vertrete, wie wir es nur wünschen könnten. Es fehle aber die klare Abgrenzung zwischen beiden Einrichtungen. Es dürfe nicht dahin kommen, daß die Kammer sich gewissermaßen eine Akademie halte, sondern die Akademie habe ihre selbständigen Aufgaben, die in der Substanz des künstlerischen Schaffens liegen.

In der grundsätzlichen Aussprache über die Ausführungen Bindings und seinen Vorschlag über die „Erfordernisse einer Akademie“ ergreift zunächst Grimm das Wort. Grimm findet, daß Bindings Erklärung alles enthalte, was notwendig sei. Bedenklich findet er die Überschrift, und es sei besser, das Schriftstück eine „Erklärung des Senats an den Kurator“ zu nennen. Man möge auch die Frage der Satzungen in dieser Erklärung nicht berühren. Durchaus dagegen aber sei er, daß in diesem Schriftstück die Frage einer Dotierung berührt werde. Es sei jetzt nicht die Zeit, materielle Forderungen zu stellen.

Blunck weist darauf hin, daß es sich bei den Kammern um gesetzlich begründete Einrichtungen handle, indessen die Frage der Akademie noch schwebend sei. Er sei verpflichtet, das Gesetz zu erfüllen. Im Rahmen dieses Gesetzes sei er immer bemüht, die Stellung der Akademie zu wahren und zu sichern. Er glaube, daß die Frage der Zuständigkeit, der gegenwärtigen und der zukünftigen, uns nur mittelbar berühre, und daß es sich hier um eine Entscheidung handle, auf die wir wenig Einfluß hätten. Er weist darauf hin, daß die Stimmung der Akademie gegenüber zunächst sehr kritisch und ablehnend gewesen sei, daß starke Strömungen die Akademie als eine antiquierte und individualistische Einrichtung betrachteten und die Lösung der Fragen des künstlerischen Schaffens auf ständischem Gebiete suchten. Er glaube aber sagen zu können, daß im Gegensatz zu diesen Strömungen der Gedanke einer geschlossenen Akademie der deutschen Kunst als die Vertretung der künstlerischen Substanz sich durchgesetzt habe, während die Kammern sich auf das ständische Gebiet beschränken würden.

Johst macht zu diesem Punkt vertrauliche Ausführungen und warnt vor jeglicher Handlung, die uns falsch ausgelegt werden könnte. Auch er anerkenne Bindings Formulierung und sei bereit, anhand eines solchen Vorschlags zur richtigen Stunde mit der maßgebenden Stelle zu sprechen.

Grimm fragt, ob diese Erklärung an den Kurator gehen werde, oder ob es sich gewissermaßen um eine akademische Verpflichtung unter uns handle. Binding glaubt, die Erklärung sei so zu verstehen, daß der Vorsitzende ermächtigt werde, auf ihrer Grundlage zu verhandeln.

Schäfer erinnert an die ersten Besprechungen mit Minister Rust. Wir seien aufgerufen worden zu helfen, damit die Gefahr der „Organisiererei“ gebannt werde. Er sei der Auffassung, die Bindingsche Erklärung möge sich auf ihren ersten grundsätzlichen Punkt beschränken. In der ständischen Organisation sei die Realität des Volkes aufgerufen, wir aber seien Vertreter der Idealität. Unser Standpunkt sei der, daß wir das, was geschehen sei, billigten, aber daß wir gleichzeitig auf das aufmerksam machten, was nicht geschehe. Wir müßten unsere Berufung und deren Notwendig-

keit ganz klar darstellen. Wir müßten begründen, warum schöpferische Menschen an der Spitze stehen müßten. Wir müßten klarmachen, daß man uns braucht.

Grimm betont, er habe sich die Sitzung so gedacht, daß wir zu einer Art Bekenntnis zusammenkämen, zu einer confessio, die dem Kurator zu übergeben sei. Entweder hätten wir den Glauben an unsere Berufung, oder wir hätten ihn nicht. Wenn wir ihn hätten, so müßten wir damit stehen und fallen. Zu diesem Bekenntnis sei er nach Berlin gekommen, nicht aber zu taktischen Erörterungen.

Strauß meint, Bindings Erklärung sei keine confessio, sondern ein taktischer Vorschlag. Mit einer confessio sei auch er einverstanden, er sei aber dagegen, daß in dieser Erklärung die Fragen der Taktik enthalten seien. *Blunck* warnt davor, ein Bekenntnis abzugeben, das falsche Ausdeutungen zulasse. Wir dürften heute nichts zerbrechen, was uns später von selbst zuwache. *Binding* ist der Meinung, daß ein „Bekenntnis“ seine Ergänzung durch reale Vorschläge verlange. *Grimm* schlägt eine eigene kurze Formulierung vor. *Strauß* ist der Auffassung, daß auch diese Formulierung schon gewisse satzungsmäßige Dinge berühre. Unser Bekenntnis müsse sich auf Aufgabe, Berufung und Selbständigkeit der Akademie beschränken.

Grimm sagt, eine confessio in seinem Sinne müsse zwei Dinge enthalten, einmal, daß der Vorsitzende im Auftrage des Senats handle, zum zweiten, daß sich die Akademie ihre Satzung selbst gebe, wobei natürlich eine Verhandlung mit dem Kurator erforderlich sei. Er möchte im voraus diese Punkte feststellen, um später nicht als ein Frondeur zu erscheinen. *Blunck* ist mit der von *Grimm* vorgeschlagenen Erklärung nicht einverstanden, weil er befürchtet, daß durch sie der praktische Weg zur Gestaltung der Akademie verschüttet werden könnte. Eine allgemeine Erklärung würde ausreichen. Die Aufnahme von Einzelheiten bringe die Gefahr einer Zerstörung des Akademiagedankens mit sich.

Stehr äußert, unsere Aufgabe sei einmal, Wesen und Sinn der Akademie nach außen klar darzustellen. Darüberhinaus hätten wir für uns selbst die sich daraus ergebenden Richtlinien festzulegen. *Binding* stimmt dem zu. Wir müßten neben unserem grundsätzlichen Bekenntnis vorbereitet sein für den Fall, daß wir gefragt werden, was wir uns im einzelnen unter der Akademie vorstellen.

Johst formuliert den Zweck eines Bekenntnisses so, daß der Vorsitzende wissen müsse, was der Senat im Grundsätzlichen will. Es handle sich darum, eine Richtung festzustellen, an die wir gebunden seien. *Blunck* schlägt vor, als dieses „Bekenntnis“ den ersten Satz der Bindingschen Formulierung hinzustellen, der folgenden Wortlaut hat:

„Eine Akademie der deutschen Kunst – oder wie immer künftig die Akademie heißen mag, – soll und will ihr Volk durch die Vereinigung der besten und vornehmsten Kräfte dieses Volkes auf dem Gebiete der Kunst vertreten. Ihre Zusammensetzung erfolgt auf dem Grundsatz von Leistungen für das Volk.“

Er schlägt zu diesem Satz folgenden Zusatz vor:

„Die Akademie bedarf zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Selbständigkeit in Führung und Wahl.“

Er bittet, diesen Vorschlag als Antrag anzunehmen. Es handle sich hier gewissermaßen um ein „Grundgesetz“ oder besser noch „Zielgesetz“. Es könnten Notwendigkeiten eintreten, die Abweichungen von einem solchen Zielgesetz erforderlich machten, die aber getragen werden müßten, ohne daß einer deswegen die gemeinsame Front verlasse. Es dürfe niemandem der Vorwurf des Wortbruchs gemacht werden, wenn nicht gleich alles erreicht würde, was dieses Grundgesetz enthalte. Wir seien verpflichtet, mit allen unseren Mitteln im Sinne dieses Gesetzes zu handeln, aber es müsse Spielraum bleiben, und ein jeglicher sei für die Auslegung des Gesetzes seinem eigenen Gewissen unterworfen. Mit der restlosen Erfüllung des von uns anzunehmenden Gesetzes sei dann das Ziel erreicht. *Grimm* sagt, daß er bei solcher Auslegung

diesem Gesetz nicht zustimmen könne. *Johst* tritt dem entgegen und schließt sich der Auffassung *Bluncks* an.

Strauß weist darauf hin, daß wir seinerzeit unter Voraussetzungen in die Akademie eingetreten seien, die heute noch nicht erfüllt sind. Aber das dürfe kein Anlaß sein, das Streben nach der Erfüllung aufzugeben. Es sei darum richtig, diese Erklärung, wie *Blunck* es tue, als ein Zielgesetz zu bezeichnen, um zu vermeiden, daß Gewissenskonflikte entstünden. *Grimm* betont abermals, daß er einem solchen Grundgesetz oder Zielgesetz nur dann zustimmen könne, wenn es unbedingt gelte, aber nicht, wenn eine Auslegung möglich sei. *Schäfer* und *Binding* bitten *Grimm*, von dieser Haltung abzustehen.

Johst führt aus, daß der Vorsitzende, oder wer in seinem Auftrage mit den zuständigen Stellen zu verhandeln habe, an die von uns zu beschließende Erklärung gebunden sei. Er könne darum die Bedenken *Grimms* nicht teilen. Wenn sich ein Zustand ergäbe, der die Auffassung zulasse, als sei von dem Grundgesetz abgewichen worden, so werde dem Senat Gelegenheit gegeben, dazu Stellung zu nehmen. Nach weiterer kurzer Erörterung stimmt der Senat der vorgeschlagenen Erklärung, die er als sein Grundgesetz ansieht, einstimmig zu.

Schluß der Vormittagssitzung: 1.20 Uhr

[. . .]

Der Vorsitzende
Hanns Johst

Der Schriftführer
Werner Beumelburg

[Rudolf G. Binding] den 21. November 1935

92 a

Lieber *Grimm*,

den sachlichen Bemerkungen dieses Briefes möchte ich einige wenige persönliche vorausschicken. Ich mußte Ihnen vorgestern von Hamburg aus die Untunlichkeit ja fast Unmöglichkeit ankündigen Sie gestern zu besuchen wie ich es vorhatte. Ich war durch zwei entsetzlich überfüllte Vorträge in Hamburg an zwei aufeinanderfolgenden Abenden – und es folgten auch noch Stunden der Nacht in ähnlicher Umdrängung – wirklich so erschöpft, daß die lange Reise nach Lippoldsberg und von dort die nicht kürzere nach Berlin meine Kräfte überschritten hätte. Sie sehen also daß auch der Feldsoldat manchmal schlapp macht, und ich schäme mich, daß es gerade auf dem Weg zu Ihnen war.

Nun traf mich aber zu meinem Glück und meiner Erleichterung inzwischen Ihr Brief, den Sie nach Starnberg geschickt hatten und ich kann also hoffen Sie zum mindesten im Dezember dort zu sehen, wenn es mir nicht gelingt noch vorher (Anfang Dezember) den Besuch nachzuholen, den ich jetzt versäumt habe. Dazu wäre auf einer Vortragsreise Anfang Dezember nach meiner Ansicht Raum. Doch warnt mich eben gerade die Starnberger Helferin insoweit zuviel zu versprechen oder zuviel zu hoffen.

Ich teile daher, vorsorglich und mit der Bitte, jedenfalls diese Möglichkeit für uns beide nie außer Auge zu lassen, mit daß ich zu der von Ihnen angegebenen Zeitspanne im Dezember in Starnberg anwesend bin und *bestimmt* damit rechne Sie zu sehen (ab 7. 12. bin ich von meinen Vorträgen zurück).

In den Dingen die wir verhandeln müssen *Kolbenheyer* zuzuziehen, ist mir durchaus recht, obwohl er sich mir neulich in etwas merkwürdiger Weise entzog als ich ihn bat unserm Mitglied *Max Halbe* zu seinem 70. Geburtstag mit mir gemeinsam persönlich Glückwünsche zu bringen. Bedenklich bei *Kolbenheyer* ist immer, daß er sich nicht vorstellt wie anders die Vorstellungen von einer Akademie sind, die heute

an treibenden Stellen bestehen, als die seinen; und überdies wie unmöglich es ist, andere Vorstellungen bei den treibenden Stellen zu erwarten.

Denn es gibt treibende Stellen und untätige Stellen, zu welcher letzteren ich auch die zu Untätigkeit verurteilten rechne. Welche Stellen zu Untätigkeit verurteilt sind und in welchem Maße sie zu Untätigkeit verurteilt sind, vermag ich nicht zu erkennen. Ich vermag nur untätige Stellen zu erkennen. Bei einer erheblichen Anzahl solcher Stellen, die eigentlich für die Akademie tätig sein müßten und sollten, scheint eine große Unlust eingetreten überhaupt noch etwas zu tun. Dies drückt sich dadurch aus daß auch an die Akademie kaum noch etwas von Belang herankommt, herangebracht wird oder ihr, selbst von dem zuständigen Ministerium, an Arbeit zugemutet wird.

Ich überzeuge mich gerade davon: es liegt nichts vor was nicht ebenso gut Beumelburg mit einem Federstrich hätte erledigen können und was jetzt mit einem Federstrich von mir erledigt wird.

Eben hatte ich eine kurze und mir sehr willkommene, auch persönlich erfreulich offene, Unterredung mit Johst, der mir sagt daß er als Präsident der Reichsschrifttumskammer jeden Monat eine Woche hier in Berlin sei. Seine subjektive Meinung über die Zukunft der Akademie – er betonte ausdrücklich daß diese Meinung subjektiv sei – geht dahin, daß man wohl nichts gerade gegen sie habe, daß man sie aber als für das öffentliche Dasein, wie man es sich vorstellt, als unwichtig und jedenfalls kaum verwertbar ansieht. Diese Ansicht ist auch ganz richtig: von einer *Leidenschaft*, von einem *Aktivismus*, von einem *Kämpfertum* in der Form wie man es allseitig preist und predigt – und man kann dies verstehen – ist allerdings bei der Akademie in keiner ihrer Abteilungen etwas Einheitliches zu erblicken.

Daß eine Akademie durch ihr *Dasein*, durch ihre Körperlichkeit – auch wenn diese regungslos wäre – sagen wir durch ihren Geist und ihre Substanz wirkt, und zwar mächtiger als man denkt, ist vielleicht nicht bekannt oder vielleicht (was wahrscheinlicher ist) nicht anerkannt. Wir können nicht einmal erwarten daß es anerkannt wird. Und es ist nicht einmal ganz nach meinem Sinne, daß es anerkannt wird. Es ist deswegen nicht ganz nach meinem Sinne, sozusagen *blind* anerkannt zu werden, weil ich der Ansicht bin, daß unsere sogenannte *Leistungen*, also sagen wir unser Beitrag zu dem deutschen Schrifttum, zur deutschen Dichtung, zu den Fragen unseres Daseins, wie sich all dies in unseren Büchern auftut, nicht für die Akademie und für uns als Akademie genügen. Wir müssen uns auch als Akademie in unser Recht setzen. Es ist möglich, daß uns unser Ministerium oder unser Minister insoweit nicht allzusehr zu unterstützen vermag. Es ist aber möglich daß wir dieses Recht für uns suchen und auch ihm damit ein höheres Recht an uns verschaffen.

Das was ich mit Ihnen besprechen möchte und *mit Ihnen* ausführen möchte, ist das Herausstellen von zwei Vorträgen (etwa im Februar/März, damit alles genügend vorbereitet sei), von denen einer von Ihnen und einer von mir zu halten wäre. Beide müssen aber im Zusammenhang stehen. Der erste (meiner) hat zum Gegenstand und wird sprechen „*Vom Recht der Dichtung*“ und muß alles Tatsächliche aber auch Grundsätzliche und Substantielle enthalten, was eine Akademie rechtfertigt. Dies muß erst einmal aufgezeigt werden, und ich bin erbötig, es zu tun. – Der zweite (Ihrer) muß handeln „*Vom nordischen Wesen und der nordischen Berufung*“ im Sinne Ihrer amerikanischen Rede und muß also das deutsche Schrifttum in seiner Bedeutung für die Welt und damit auch die Welt in ihrer Bedeutung für uns als geistiges Widerspiel dartun. (Ich skizziere hier nur mit diesen Überschriften die beiden Vorträge.) Diese beiden Vorträge werden zusammen angekündigt, sind nur durch einen Tag voneinander getrennt und sollten etwa in einem Raum, wie die Singakademie es ist, stattfinden. Man muß es richtig aufzichen und jedenfalls sind

die Räume der Akademie zu klein. Ich möchte hoffen, daß wir *gemeinsam* etwas derartiges als Notwendigkeit empfinden, es nunmehr gemeinsam wünschen und gemeinsam unter uns beiden und durch uns beide bei Johst (den ich keinesfalls dabei auslassen möchte) und nötigenfalls bei unserem Ministerium betreiben. Übrigens ist es, wie ich eben erkenne, unnötig das Ministerium überhaupt dafür in Bewegung zu setzen, außer mit der Einladung zu den Vorträgen. (d.h. indem wir es einladen).

Nun bitte ich Sie vorerst, ehe wir uns gesprochen haben, diesen Plan in einem verschlossenen Herzen zu tragen und zu bedenken. Er entspringt nicht dem heutigen Tage und der heutigen Stunde noch einer beim Schopf gefaßten Gelegenheit, sondern es war der Plan, den ich Ihnen bei meinem für gestern angekündigten Besuch mitzubringen gedachte. Ich halte ihn für gut weil er ausführbar ist. Ich halte ihn auch für richtig, weil ich das Vertrauen habe, daß wir beide, Sie und ich, in Dingen der Verantwortung *gleich* denken und auch eine solche zu tragen die Schultern haben.

Womit ich Sie herzlich grüße als
Ihr Binding

P.S. Anfang Dezember werde ich nun im Starnberger Haus soweit auf festem Boden sein, daß ich Sie und die Münchener Freunde des Lippoldsberger Treffens gastlich aufnehmen kann. Bitte verfügen Sie insoweit über mich und das Haus. Die sehr bequemen elektrischen Vorortzüge bringen Sie in 30 Minuten zu mir hinaus und wenn ich mich sozusagen nicht lohne, tut es die Landschaft: hinter dem See stehen die Berge mit ausgebreiteten Armen und den schönsten Farben angetan. Es ist sehr köstlich! Bitte entschuldigen Sie mich bei Luise Siebel für den vergeblich hergestellten Fahrplan und ihre darauf verwandte Mühe.

C: ABTEILUNGEN FÜR DIE BILDENDEN KÜNSTE UND
MUSIK

I. VERSUCH EINER REVISION DES PAIRSSCHUBS, MAI 1933

Formaldemokratische Einwände gegen die von Minister Grimme berufenen Mitglieder der Abteilung für die bildenden Künste.

93 Professor Albert Geßner, Architekt, Berlin W 15, Düsseldorfer Straße 35a, 12. Mai 1933.

An den Herrn Präsident der Akademie der Künste, Herrn Prof. Dr. von Schillings, Berlin-Zehlendorf, Sophie-Charlotte-Straße 15

Hochgeehrter Herr Präsident!

Sie waren Anfang voriger Woche so liebenswürdig, mir mitzuteilen, daß die von Herrn Minister Grimme ernannten 13 Mitglieder der Abteilung für die bildenden Künste nunmehr von der Akademie aufgefordert werden sollen, ihren Austritt zu erklären, resp. sich zur Wahl zu stellen¹. Meine diesbezügl. Erkundigungen bei Herrn Prof. Armersdorfer [sic!] über den Stand der Angelegenheit haben keinerlei Resultat gehabt. Ich habe nicht einmal die Namen der Mitglieder erfahren, welche bereit sind, sich zur Wahl zu stellen. Warum diese Diskretion geübt wird, ist mir unerfindlich, triftige Gründe dafür kann ich nicht erkennen.

Seit Jahren bemüht sich die Ihnen bekannte Gruppe in der Abteilung für bildende Künste, gegen den zersetzenden Geist des getarnten Judentums in der Akademie anzugehen; überall in Deutschland geschieht in dieser Beziehung das Richtige, nur ausgerechnet uns soll dies versagt sein.

Meine Kollegen können es nicht fassen, daß die Entscheidung sich abermals hinauschiebt, sie begreifen es nicht, daß in der Abteilung III sich die Umwandlung restlos vollzogen hat, während in der Abteilung I nichts geschieht. Sie halten diesen Zustand einfach für untragbar und sind, ich darf es wohl sagen, aufs Schwerste enttäuscht.

Mit dem Ausdrucke der ganz besonderen Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener Albert Geßner

94 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 16. Mai 1933

Sehr geehrter Herr Professor Geßner,

auf das geschätzte Schreiben vom 12. d.Mts. erwidere ich Ihnen, daß im Kreise der im August 1931 berufenen Mitglieder der Abteilung für die bildenden Künste selbst der Wunsch hervorgetreten ist, zur Lösung des durch die Berufung entstandenen Zwiespaltes beizutragen. Hiervon ausgehend habe ich eine Aktion eingeleitet, die augenblicklich noch nicht beendet ist, die ich aber mit der gleichen Ruhe und Bestimmtheit zu Ende führen werde, wie die bereits vollzogene Aktion in der Abteilung für Dichtung. Ihre Bemerkung, daß in der Abteilung für die bildenden Künste „nichts geschieht“, schließt doch wohl, wie Sie bei ruhiger Überlegung selbst erfahren werden, weit über das Ziel hinaus. Mit der sprichwörtlichen undeutschen Hast würde nichts gedient sein und nichts Ersprießliches erreicht werden. Ich kann Ihnen also augenblicklich noch keine abschließenden Mitteilungen über die erwähnte Aktion

¹ Zum Pairsschub vgl. Einleitung S. 24

machen. Natürlich war auch Herr Professor Dr. Amersdorffer nicht in der Lage Ihnen über eine Angelegenheit, die er mit mir zusammen bearbeitet, eine Auskunft zu geben. Ich bin selbstverständlich auch verpflichtet, vor dem endgültigen Abschluß der eingeleiteten Schritte dem Herrn Minister nochmals Vortrag zu halten und mich seines Einverständnisses zu versichern. Daß sich zu einer solchen Unterredung nicht immer Gelegenheit bietet und daß es zuweilen recht schwer ist, den in jetziger Zeit sehr überlasteten Herrn Minister zu erreichen, davon mußten, soviel ich weiß, auch Sie sich selbst schon überzeugen. — Wenn die eingeleiteten Schritte durchgeführt sind, dann wird die Bekanntgabe ebenso erfolgen wie die Aktion in der Abteilung für Dichtung nach ihrem Abschluß bekanntgegeben worden ist.

In größter Hochachtung
ganz ergebenst v. Schillings
Präsident

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 15. Mai 1933

95

Sehr geehrter Herr . . .,¹

Sehr geehrte gnädige Frau,

die im August 1931 erfolgte Berufung von Mitgliedern in die Abteilung für die bildenden Künste durch den früheren Kultusminister Dr. Grimme hat, wie Ihnen bekannt, starken Widerspruch und einen bedauerlichen Zwiespalt in der Abteilung hervorgerufen. Durch Herrn Rudolf Belling erfahren wir, daß bei einer Anzahl der seinerzeit berufenen Mitglieder selbst der Wunsch besteht, zur Lösung dieses unerfreulichen Konfliktes beizutragen und sich unter Verzicht auf die Berufung zur ordnungsmäßigen Wahl gemäß den Bestimmungen des Status zu stellen. Es würde dies jedenfalls eine der berufenen Künstler wie der Akademie selbst würdige Lösung sein.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir möglichst umgehend Ihre persönliche Stellungnahme zu diesem Vorschlag und Ihre eigene Entschließung mitteilen würden.

Mit kollegialem Gruß

Der Präsident

Max von Schillings

AUSTRITTE (MEBES, DIX, SCHMIDT-ROTTLUFF)

Prof. Paul Mebes, Berlin-Zehlendorf, Katharinenstraße 11, den 16. Mai 1933.

96

Hochverehrter Herr Präsident!

Schon vor Monaten habe ich Kollegen der Akademie, vor allem Herrn Rudolf Belling gegenüber, geäußert, daß ich zur Beilegung des Konfliktes zwischen den Mitgliedern der Abteilung für die bildenden Künste beitragen möchte, indem ich auf meine Mitgliedschaft verzichten würde. Mir wurde damals erwidert, daß die Angelegenheit noch nicht spruchreif wäre.

Da ich von den Vorgängen, die zu der Berufung der neuen Mitglieder im August 1931 führte, keinerlei Kenntnis hatte, so war ich damals über die Ehrung ganz besonders erfreut. Ich verzichte nunmehr hiermit auf meine durch den früheren Kultusminister Dr. Grimme erfolgte Berufung.

Mit verbindlichsten Empfehlungen:

Paul Mebes.

¹ Dieses Schreiben ging an Mies van der Rohe, Mebes, Mendelsohn, Gies, Sintenis, Nolde, Schmidt-Rottluff, Dix, Kirchner, Scharff: in ähnlichem Wortlaut auch an Belling und Bruno Taut.

97 [Prof. Otto Dix] Dresden, am 17. Mai 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ihren Anregungen folgend trete ich hiermit aus der Preußischen Akademie der Künste aus

Otto Dix, Maler

98 [Karl Schmidt-Rottluff] Hofheim/Taunus, 3 Kapellenstraße, 18. Mai 1933.

Sehr verehrter Herr Präsident,

Ihr Schreiben vom 15. Mai wurde mir nachgesandt. Ich möchte zunächst im Hinblick auf jenen Konflikt in der Abteilung für bildende Künste folgendes feststellen:

Mit dem früheren Kultusminister Dr. Grimme bin ich persönlich nie bekannt geworden, auch ist mir bis heute verborgen geblieben, wer in der Akademie meine Berufung als wünschenswert erachtet und wer der gegenteiligen Meinung zugeneigt hat. Ich kann infolgedessen über diesen Zwiespalt in der Akademie überhaupt nicht urteilen. Da ich aber weiß – und Ihr Brief mir erneut dafür Bestätigung gibt, – daß jene Berufungen vom August 1931 Ihnen die Führung der Akademie in besonderem Maße erschweren, bin ich gern bereit, die Akademie zu verlassen. Um mir selbst etwaige weitere Konflikte mit der Akademie zu ersparen, bitte ich Sie, sehr verehrter Herr von Schillings, der Abteilung für bildende Künste mitzuteilen, daß eine Wiederwahl von seiten des jetzt bestehenden Gremiums für mich nicht in Frage kommt. Meine für die Ausstellung eingelieferten Arbeiten ziehe ich gleichzeitig zurück.

Mit vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich

Ihr sehr ergebener Karl Schmidt-Rottluff

ZURÜCKWEISUNGEN (KIRCHNER, MIES VAN DER ROHE, GIES, SENTENIS, MENDELSON, SCHARFF, BELLING)

99 [Ernst Ludwig Kirchner] Davos, 17. Mai 1933

Sehr verehrter Herr v. Schillings,

ich erhielt ihr Schreiben vom 15ten. Ich lebe seit 16 Jahren im Ausland und bin so wenig oder garnicht über die Vorgänge in der Akademie orientiert. Ich kenne auch Herrn Belling nicht.

Ich hatte mich nicht darum beworben, in die Akademie zu kommen, habe aber die unerwartete Berufung zum Mitglied vor 2 Jahren als eine Ehrung meiner Arbeit aufgefaßt, die ich nicht ablehnen konnte, ohne die hochgeachtete Akademie zu beleidigen. Jetzt nach so langer Zeit zurückzutreten, erschiene mir doch etwas komisch. Ich habe keinerlei persönlichen Vorteil von der Mitgliedschaft, ich habe mich stets bemüht, ihr Ehre zu machen und habe immer von meinen besten Arbeiten zu ihren Ausstellungen geschickt. Seit nun bald 30 Jahren kämpfe ich durch meine Arbeit für eine neue, starke und echte deutsche Kunst und werde das tun, solange ich lebe. Ich bin weder Jude noch Sozialdemokrat noch sonst politisch tätig gewesen und habe auch sonst ein reines Gewissen. Ich bin deshalb dafür, ruhig abzuwarten, was die neue Regierung in der Frage der Akademie tun wird und lege auch die Frage meiner Mitgliedschaft vertrauensvoll in Ihre Hände.

Mit verbindlichen Grüßen stets Ihr

E L Kirchner

[Ludwig Mies van der Rohe] 18. 5. 33

100

Sehr geehrter Herr von Schillings!

Ich kann mich nicht entschließen den in Ihrem Schreiben vom 15. d.M. genannten Vorschlag anzunehmen, umso weniger als ein solcher Schritt in der heutigen Zeit zu Mißdeutungen Anlaß geben kann.

Da ich seinerzeit auf meine Berufung keinen Einfluß genommen habe, muß ich es auch jetzt dem Kultusministerium und der Akademie überlassen, diese Angelegenheit zu ordnen.

Mit ergebenem Gruß

Mies van der Rohe

[Emil Nolde] Berlin-Charlottenburg 9, Bayernallee 10, 18. 5. 33.

101

Sehr verehrter Herr Präsident,

Als mir die Nachricht zuzug, daß ich in der Akademie aufgenommen worden sei, geschah es mit der Mitteilung, daß die Reformcommission meine Künstlerkammeraden und mich dem Minister vorgeschlagen hätte. Ich finde deshalb meine Mitgliedschaft ganz in der Ordnung und kann nicht einsehen, daß eine nochmalige Wahl nötig wäre.

Dies als freundliche Antwort auf Ihr Schreiben v 15 Mai.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Emil Nolde.

Prof. Ludwig Gies, Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße 33, 19. 5. 33

102

Hochzuverehrender Herr Präsident!

Meine Ernennung im August 1931 erfolgte s[einer] Z[eit] ohne mein Zutun. Ich finde es richtiger, wenn auch mein eventueller Ausschluß aus der Akademie ohne mein Zutun erfolgt. Sowohl nach meiner politischen Einstellung als auch nach meiner künstlerischen Leistung fühle ich mich *nicht ungeeignet*, in der heutigen Akademie an der deutschen Kunst mitzuarbeiten.

Es ist aber nach meiner Meinung Sache der Akademie meine Mitgliedschaft gutzuheißen oder mich auszuschließen.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung
ganz ergebenst L Gies

[Renée Sintenis] 21. 5. 33

103

Sehr verehrter Herr Präsident.

Meinen besten Dank für Ihr Schreiben vom 15. 5. 33. Meine Meinung ist folgende: Ich habe seinerzeit nichts dazu getan, in die Akademie herein zu kommen, so möchte ich jetzt auch nichts dazu tun, wieder heraus zu kommen.

Wenn aber die Akademie aus den von Ihnen angedeuteten Gründen glaubt, die damalige Berufung als ungültig erklären zu müssen, so steht dem, soviel ich sehe, nichts im Wege.

Ich bin mit den besten Grüßen

Ihre Renée Sintenis

104 Architekt Dipl. Ing. Erich Mendelsohn, Berlin W 9, Potsdamer Platz 1, Columbushaus, 22. 5. 33

Sehr verehrter Herr Präsident,
meine Ernennung zum Mitglied der Preußischen Akademie der Künste durch den damaligen Kultusminister Herrn Dr. Grimme erfolgte auf Grund des Vorschlages der dazu bestimmten Kommission.

Sie selbst, Herr Präsident, haben in Ihrer Antrittsrede sich diesen Beschluß zu eigen gemacht.

Infolgedessen muß ich die Entscheidung über die mir vorgelegte Frage Ihrem Gefühl für Recht und Ordnung überlassen, das auch für mich maßgebend ist.

Ihr sehr ergebener Erich Mendelsohn

105 [Prof. Edwin Scharff] Berlin, den 22. Mai 1933

Sehr verehrter Herr Präsident!

Auf Ihr geehrtes Schreiben vom 15 ds. Mts. gestatte ich mir Ihnen folgendes zu antworten.

Ich war immer der Meinung, daß meine Ernennung zum Mitglied der Akademie s.Zt. auf Vorschlag einer aus der Mitte der Akademie gebildeten Kommission erfolgt war. Demnach mußte ich auch der Anschauung sein daß die Lösung eines Konfliktes, wenn ein solcher aus den damaligen Berufungen entstanden ist, nicht von Seiten der einzelnen damals Berufenen, sondern nur von Seiten der Akademie erfolgen könne.

So gern ich mich von dieser meiner bisherigen Auffassung entfernen möchte, um mein möglichstes für eine Lösung des Konfliktes im Sinne Ihres Vorschlages beizutragen, so glaube ich doch *heute* einen Verzicht auf meine Berufung nicht aussprechen zu können, *ohne daß dies falsch gedeutet würde*. Es sind über mich Gerüchte im Umlauf, die meine Ehre außerordentlich kränken müssen und die leider auch Eingang in Kreise der Akademie gefunden haben.

In ausgezeichnetener Hochachtung

Ihr sehr ergebener Edwin Scharff

106 [Prof. Rudolf Belling] 31. 5. 33

Sehr verehrter Herr Präsident,

in Beantwortung Ihres werten Rundschreibens: Ich tat nichts dazu, daß man mich in die Kommission berief, es geschah auf „Vorschlag der Reformkommission“, war also eine selbständige Tat der Akademie, ihres Präsidenten, des Kultusministers.

Ich überlasse es also auch jetzt der Akademie und dem Herrn Kultusminister, eine *alle* befriedigende Lösung zu finden.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

stets Ihr Rudolf Belling¹

¹ Eine Antwort von Taut erfolgte nicht. Taut befand sich zu dieser Zeit in Japan.

II. AUSSCHLÜSSE AUS POLITISCHEN BZW. RASSISCHEN
GRÜNDEN, 1933/34

GESETZ ZUR WIEDERHERSTELLUNG DES BERUFSBEAMTENTUMS VOM
7. APRIL 1933

107

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1. Zur Wiederherstellung eines nationalen Berufsbeamtentums und zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Recht hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen.

Als Beamte im Sinne dieses Gesetzes gelten unmittelbare und mittelbare Beamte des Reichs, unmittelbare und mittelbare Beamte der Länder und Beamte der Gemeinden und Gemeindeverbände, Beamte von Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie diesen gleichgestellten Einrichtungen und Unternehmungen. Die Vorschriften finden auch Anwendung auf Bedienstete der Träger der Sozialversicherung, welche die Rechte und Pflichten der Beamten haben.

Beamte im Sinne dieses Gesetzes sind auch Beamte im einstweiligen Ruhestand. [...]

§ 2. Beamte, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung zu besitzen, sind aus dem Dienste zu entlassen.¹

[...]

§ 2a.² Beamte, die der kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- oder Ersatzorganisationen angehört oder sich sonst im kommunistischen Sinne betätigt haben, sind aus dem Dienste zu entlassen. Von der Entlassung kann bei solchen Beamten abgesehen werden, die sich schon vor dem 30. Januar 1933 einer Partei oder einem Verbands, die sich hinter die Regierung der nationalen Erhebung gestellt haben, angeschlossen und sich in der nationalen Bewegung hervorragend bewährt haben. Zu entlassen sind auch Beamte, die sich in Zukunft im marxistischen (kommunistischen oder sozialdemokratischen) Sinne betätigen. [...]

§ 3. Beamte, die nicht arischer Abstammung sind,³ sind in den Ruhestand (§§ 8ff.) zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.

Abs. 1 gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkriege gefallen sind.⁴

¹ 1. Durchführungsverordnung vom 11. April 1933: „Ungeeignet sind alle Beamten, die der kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- oder Ersatzorganisationen angehören. Sie sind daher zu entlassen.“ (RGBl. I, S. 195). Die 3. Durchführungsverordnung vom 6. Mai (RGBl. I, S. 245) ergänzte: „Zu entlassen ist, wer sich im kommunistischen Sinne betätigt hat, auch wenn er nicht mehr der kommunistischen Partei, ihren Hilfs- oder Ersatzorganisationen angehört. Als kommunistisch gilt auch die sogenannte national-kommunistische Bewegung („Schwarze Front“).“

² Eingefügt durch Gesetz vom 20. Juli 1933 (RGBl. I, S. 518).

³ 1. Durchführungsverordnung vom 11. April 1933: „Als nichtarisch gilt, wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großelternanteil nicht arisch ist. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Elternteil oder ein Großelternanteil der jüdischen Religion angehört hat.“ (RGBl. I, S. 195).

⁴ Die 3. Durchführungsverordnung vom 6. 5. 1933 erläutert: „Frontkämpfer im Sinne des Gesetzes ist, wer im Weltkrieg (in der Zeit vom 1. 8. 1914 bis 31. 12. 1918) bei der fechten-

Weitere Ausnahmen können der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachminister oder die obersten Landesbehörden für Beamte im Auslande zulassen.

§ 4. Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden¹. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung werden ihnen ihre bisherigen Bezüge belassen. Von dieser Zeit an erhalten sie drei Viertel des Ruhegeldes (§ 8) und entsprechende Hinterbliebenenversorgung.

Die Vorschriften des Abs. 1 finden auf Beamte, die bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand getreten sind, entsprechende Anwendung, indem an die Stelle der Entlassung die Entziehung des Ruhegeldes tritt.

[...]

§ 15. Auf Angestellte und Arbeiter finden die Vorschriften über Beamte sinnngemäße Anwendung.

[...]

ERMITTLUNGEN

108 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 16. Juni 1933 – J. Nr. 604

An den Herrn Reichsminister des Innern, Berlin NW 7, Königsplatz

Der Arier-Paragraph des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wird sinngemäß auf die Mitglieder der Preußischen Akademie der Künste anzuwenden sein. Der Ermittlung der erforderlichen Unterlagen durch Versendung des Fragebogens an unsere Mitglieder stehen aber starke Bedenken entgegen. Nach Verständigung mit dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erlauben wir uns deshalb die Bitte auszusprechen, durch die Stelle für Rassenforschung über fol-

den Truppe an einer Schlacht, einem Gefecht, einem Stellungskampf oder einer Belagerung teilgenommen hat . . . Es genügt nicht, wenn sich jemand, ohne vor den Feind gekommen zu sein, während des Krieges aus dienstlichem Anlaß im Kriegsgebiet aufgehalten hat . . . Die Teilnahme an den Kämpfen im Baltikum, in Oberschlesien, gegen Spartakisten und Separatisten sowie gegen die Feinde der nationalen Erhebung sind der Teilnahme an den Kämpfen des Weltkrieges gleichzustellen“ (RGBl. I, S. 245).

¹ 1. Durchführungsverordnung vom 11. 4. 1933: „Bei der Prüfung, ob die Voraussetzungen des § 4, Satz 1, gegeben sind, ist die gesamte politische Betätigung des Beamten, insbesondere seit dem 9. 11. 1918, in Betracht zu ziehen. Jeder Beamte ist verpflichtet, der obersten Reichs- oder Landesbehörde auf Verlangen Auskunft darüber zu geben, welchen politischen Parteien er bisher angehört hat. Als politische Parteien im Sinne dieser Bestimmung gelten auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Republikanische Richterbund und die Liga für Menschenrechte“ (RGBl. I, S. 195) und (nach RGBl. I, S. 245, 6. 5. 1933) „auch der Bund republikanischer Beamter und die Eiserne Front“. Die 3. Durchführungsverordnung vom 6. 5. 1933 (RGBl. I, S. 245) ergänzte: „Die Zugehörigkeit eines Beamten zu einer politischen Partei – ausgenommen die kommunistische Partei – rechtfertigt allein noch nicht die Annahme nationaler Unzuverlässigkeit . . . Die Voraussetzungen des § 4, Satz 1, sind insbesondere dann erfüllt, wenn ein Beamter in Wort und Schrift oder auch durch sein sonstiges Verhalten gehässig gegen die nationale Bewegung aufgetreten ist, ihre Führer beschimpft oder seine dienstliche Stellung dazu mißbraucht hat, um national gesinnte Beamte zu verfolgen, zurückzusetzen oder sonst zu schädigen. Ist dies der Fall, so kann ihm auch ein seit dem 30. Januar erfolgter Übertritt zu einer Partei oder einem Verband, die hinter der Regierung der nationalen Erhebung stehen, nicht zur Entschuldigung gereichen.“

gende Künstler² die erforderlichen Ermittlungen anstellen zu lassen, ob sie arischer oder nichtarischer Herkunft im Sinne des Beamtengesetzes sind:

1. Alban Berg, Komponist in Wien XIII, Trautmannsdorffgasse 27, geb. 9. 2. 1885 in Wien, röm.-kath., verheiratet mit Helene, geb. Nahowska. Der Vater (Conrad) ist oder war Kaufmann. Alban Berg stand von 1915–1918 im Heeresdienst.
2. Architekt Prof. Peter Behrens, Berlin, geb. 14. 4. 1868 in Hamburg.
3. Architekt Prof. Alfred Breslauer, Berlin, geb. am 23. 6. 1866 in Berlin ev., verheiratet mit Dorothea Lessing (der Vater war Prof. der Zahnheilkunde und praktischer Zahnarzt).
4. Maler Prof. Philipp Franck, Berlin geb. 9. 4. 1860 in Frankfurt a.M., ev., verheiratet mit einer Pastorentochter. Der Vater (Johann Heinrich Ludwig) war Kaufmann, seine Mutter Antonie stammt aus einer Familie Meyer, die dem Vernehmen nach nicht nichtarisch ist.
5. Maler Prof. (Hans) Herrmann, Berlin, geb. 8. 3. 1858 in Berlin, ev., der Vater – Emil – war Kaufmann, die Mutter hieß Marie geb. Kämpf. (Hans Herrmanns Name war früher im „Semigotha“ verzeichnet).
6. Maler Prof. Oskar Kokoschka, z.Zt. Paris, geb. 1. 3. 1886 in Pöchlarn a. Donau.
7. Bildhauer Prof. Hugo Lederer, Berlin, geb. 16. 11. 1871 in Znaim (Mähren). Der Vater – Eduard – war Dekorationsmaler. Die Mutter hieß Franziska und stammte aus der Familie Balik. Lederer ist verheiratet mit Anny, geb. Lauffs.
8. Architekt Prof. Franz Seeck, Berlin, geb. 11. 2. 1874 in Berlin, ev., verheiratet mit Gabriele, geb. Henin. Der Vater – Ernst Leopold – war Baurat. (Dem Vernehmen nach soll Seecks Mutter aus der jüdischen Familie Neisser, Breslau, stammen).
9. Maler und Graphiker Prof. Heinrich Wolff, Königsberg i. Pr., geb. 10. 5. 1875 in Nimptsch (Schlesien), kath., verh. mit der Malerin Elisabeth, geb. Zimmermann. Der Vater – Gustav – war Apotheker in Nimptsch.

Für eine möglichste Beschleunigung der Ermittlungen wären wir zu besonderem Dank verpflichtet. Dankbar wären wir auch, wenn uns die Einzelermittlungen in jedem abgeschlossenen Falle sofort mitgeteilt werden könnten.

Für die Unterstützung unserer Arbeit durch die dortigen Nachforschungen spreche ich im voraus meinen verbindlichen Dank aus.

Der Präsident

v. Schillings

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 1. Juli 1933 – 109
J. Nr. 604

An den Herrn Reichsminister des Innern, Berlin NW 7 – Im Anschluß an unser Schreiben vom 16. Juni d. Js.

Im Verlauf der weiteren Verhandlungen mit dem Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat es sich als notwendig herausgestellt, noch über folgende Mitglieder der Preußischen Akademie der Künste, Abteilungen für die bildenden Künste und für Musik, Nachforschungen über ihre Abstammung anzustellen:

1. Maler Arthur Kampf, Prof., Berlin, geb. 28. 9. 1864 in Aachen, kath. Der Vater August Kampf war Hof-Photograph.
2. Maler Hermann Max Pechstein, Berlin, geb. 31. 12. 1881 in Zwickau i/Sa., ev.-luth., der Vater Franz Pechstein war Appreturmeister.

² Zur Anwendung der §§ 3 und 4 dieses Gesetzes auf die Mitglieder der Abteilung für Dichtung vgl. die Dok. Nr. 45, 49, 51.

5. Maler Johann Marsilius Purrmann, Prof., Berlin, geb. 10. 4. 1880 in Speyer a. Rh., protestantisch. Der Vater Georg Purrmann war Maler- und Tünchermeister.
4. Architekt Georg Steinmetz, Dr. Ing h. c., Berlin, geb. 28. 9. 1882 in Kassel, ref., der Vater Joh. Friedrich Steinmetz war Schmiedemeister.
5. Maler Hugo Vogel, Prof., Berlin, geb. 15. 2. 1855 in Magdeburg, ev., der Vater Carl Vogel war Kaufmann.
6. Maler Emil Rudolf Weiss, Prof., Berlin, geb. 12. 10. 1875 in Lahr i. B., katholisch, seit 1905 Dissident, der Vater Emil Weiss, Großh. Badischer Amtsrevisor (Breisach, Baden-Baden).
7. Frau Renée Sintenis, (verheiratet mit dem Maler Prof. E. R. Weiss), Bildhauerin, geb. am 20. 3. 1888 in Glatz (Schlesien).
8. Mies van der Rohe, Ludwig, Architekt, geb. am 27. 3. 1886 in Aachen
9. Cauer, Ludwig, Prof. Bildhauer, Kreuznach. (Sohn des Bildhauers Karl Ludwig Cauer,) ev., geb. 28. 5. 1866 in Kreuznach
Cauer, Stanislaus, Bildhauer, Professor in Königsberg, geb. am 18. 10. 1867 in Kreuznach, (Sohn des Bildhauers Robert Cauer).
Die Familie Cauer, die mit den Familien Graf Kalckreuth und von der Goltz verwandt ist, galt bisher als durchaus arisch; es ist jedoch im Ministerium der Verdacht aufgetaucht, ob der Name Cauer nicht eine Abkürzung von Schirokauer oder Krakauer ist.
10. Hahn, Hermann, Bildhauer in München, geb. am 28. 11. 1868 in Kloster-Veilsdorf bei Rudolstadt (Sachs. Mein.).
11. Hoffmann, Josef, Architekt und Kunsthandwerker, Prof. Dr. h. c. Oberbaurat, Wien, geb. 15. 12. 1870 in Pirnitz (bei Iglau in Mähren).
12. Hofmann, Karl Christian, Architekt, Geh. Oberbaurat, Prof. in Darmstadt, geb. 20. 4. 1856 zu Herborn, Reg. Bez. Wiesbaden, ev. (Der Vater Ludwig Hofmann, Bildweber und Kaufmann).
13. Kreis, Wilhelm Heinrich, Architekt, Prof., Dr. Ing. h. c., in Dresden, geb. 17. 3. 1873 in Eltville Rheingau, kath. (Der Vater Franz Kreis, Oberlandmesser).
14. Marr, Karl Ritter von, Maler, Prof., Geheimer Rat Solln II bei München, geb. 14. 2. 1858 in Milwaukee, Wisconsin USA, Vater Johannes Marr, Graveur. Rel.: Freireligiös.
15. Geyger, Ernst Moritz, Maler u. Graphiker, Prof., lebt in Florenz. Geb. 9. 11. 1861 in Neukölln bei Berlin, ev., Vater Gustav Ernst Geyger, Rektor der 77. Gemeindeschule Berlin.
16. Stahl, Friedrich, Maler. Lebt in Rom. Geb. 27. 12. 1863 in München. Vater Ernst Stahl, Buchhändler, kath.
17. Klose, Friedrich, Komponist, Prof. Dr. h. c., lebt in Ruvigliano bei Lugano, geb. 29. 11. 1862 in Karlsruhe.
18. Weismann, Julius Robert August, Komponist, in Freiburg i. Br., geb. 26. 12. 1879 in Freiburg i. Br. Sohn des Universitätsprofessors der Zoologie August Weismann. Religion?
19. Wolf-Ferrari, Ermanno Federico, Komponist, Planegg bei München, geb. 12. 1. 1876 in Venedig, Italien, ev. Vater: August Wolf, Kunstmaler aus Weinheim in Baden (geb. 1842, gest. 1915), Mutter: Emilia Ferrari (geb. 1849 in Venedig).

Wir erlauben uns die Bitte auszusprechen, durch die Stelle für Rassenforschung die erforderlichen Ermittlungen über die vorstehenden Künstler anstellen zu lassen, ob sie arischer oder nichtarischer Herkunft im Sinne des Beamtengesetzes sind.

Zugleich bitten wir wiederum, uns die Einzelermittlungen in jedem abgeschlossenen Falle gefälligst sofort mitzuteilen, da das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und

Volksbildung auf möglichste Beschleunigung der weiteren Verhandlungen besonderen Wert legt.

Der Präsident

Im Auftrage Amersdorffer

Der Sachverständige für Rasseforschung beim Reichsministerium des Innern, Dr. H/H, Berlin NW 40, den 3. Juli 1933 **110**

An die Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4

Zu Ihren Schreiben vom 16. Juni und 1. Juli d.J. (J. Nr. 604) teile ich Ihnen mit, daß ich die angegebenen 28 Fälle in Bearbeitung genommen habe.

In Abweichung von den sonst aus dem Berufsbeamtengesetz sich ergebenden Fällen muß ich hier sämtliche Daten erheben, da nach Ihrer Angabe eine Einreichung von Urkunden durch die zu prüfenden Personen selbst nicht in Frage kommt. Dadurch wird sich die Bearbeitung etwas verzögern, doch bin ich bestrebt, die Fälle so rasch als möglich zu klären.

In denjenigen Fällen, bei welchen die Erhebungen ins Ausland führen (z.B. Alban Berg, Prof. Kokoschka, Prof. Lederer usw.) werden wohl höhere Kosten entstehen, da ich mit den Erhebungen Vertrauensleute im Ausland betrauen muß. Ich bitte daher ergebenst um Ihre Nachricht, ob Sie die erwähnten Kosten für Auslandsbearbeitungen, welche ich Ihnen in jedem einzelnen Falle berechnen würde, zu tragen gewillt sind, da die mir vom Reichsministerium des Innern zur Verfügung gestellten Mittel dafür nicht ausreichen. Die im Inland zu führenden Erhebungen sind selbstverständlich im Sinne der ersten Durchführungsverordnung kostenfrei. Für eine umgehende Stellungnahme wäre ich Ihnen dankbar.

In Zukunft bitte ich, für etwaige Anfragen einen der anliegenden Fragebogen zu benutzen, da dadurch die Arbeit meines Büros wesentlich erleichtert und die Erledigung der Fälle beschleunigt wird.

Der Sachverständige für Rasseforschung beim Reichsministerium des Innern
i. A. Dr. Haagen

20 Fragebogen, 2 Merkblätter

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 4. Juli 1933 – **111**
J.Nr. 686

An den Herrn Sachverständigen für Rassenforschung beim Reichsministerium des Innern, Berlin NW 40, Königsplatz 6

Auf das Schreiben vom 3. d.Mts. erwidere ich, daß die Akademie der Künste natürlich bereit ist, die Kosten für Erhebungen im Auslande über die Abstammung einiger Mitglieder zu tragen. Ich nehme dabei an, daß diese Kosten nur mäßig sein werden, da auch unsere Akademie nicht über erhebliche Mittel für einen solchen Zweck verfügt.

Der Präsident

i. A. Amersdorffer

P. S. Die Erhebungen über den Komponisten Ermanno Wolf-Ferrari, München, bitten wir nicht auf Italien auszudehnen. Die in Deutschland möglichen Ermittlungen werden genügen. D. O.

112 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4
Aktenvermerk

Die Vertreter der Akademie sind mit den Referenten des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst u. Volksbildung dahin übereingekommen, daß wegen der Mitglieder der Akademie, die Lehrer an einer staatlichen Unterrichtsanstalt sind, keine Erhebungen über ihre Abstammung bei dem Sachverständigen für Rassenforschung angestellt werden. Die auf Grund des Beamtengesetzes zu treffende Entscheidung der Akademie soll sich in diesen Fällen vielmehr auf die von den betreffenden Mitgliedern als Lehrer bei ihren Anstalten eingereichten Fragebogen stützen.

Der Direktor der Hochschule für Musik Herr Professor Stein gab mir auf Grund der eingereichten Fragebogen heute telefonisch folgende Auskunft:

1. *Hindemith*: ist rein arischer Abkunft, seine Vorfahren waren Handwerker.
2. *Juon*: ist arischer Abkunft, die Familie ist rätoromanischen Stammes und evangelisch. Prof. Juon selbst ist allerdings vor einer Reihe von Jahren aus der Kirche ausgetreten.
3. *Tiessen*: ist arischer Abkunft. Die gegen ihn geäußerten Bedenken politischer Art beruhen lediglich darauf, daß er eine Zeitlang den Arbeitersängerbund geleitet und für diesen den „Aufmarsch“ komponiert hat. Tiessen hat in seinem Fragebogen und Herrn Direktor Stein gegenüber wiederholt mündlich versichert, daß er keiner Partei angehört habe. Direktor Stein versichert, daß Tiessen aus rein ideellen Motiven sich des Arbeitersängerbundes angenommen hat, damit die Musikausübung des Volkes nicht in schlechte Hände komme. Daß er mit der Vertonung des „Aufmarsch“ eine gewisse Unvorsichtigkeit begangen hat, gesteht Tiessen selbst zu. Jede politische oder gar hetzerische Absicht habe ihm auch dabei ferngelegen. Tiessen sei ein vollkommener Altruist, weltfremd und weltunerfahren, der richtige verträumte Künstler.

4. *Trapp*: rein arischer Abkunft.

Berlin, den 4. Juli 1933

Amersdorffer

KÜNDIGUNG DER LEHRAUFTRÄGE FÜR MEISTERKLASSEN
 (DIX, KOLLWITZ, SCHÖNBERG)

113 [Prof. Otto Dix] Dresden, am 12. April 1933

An den Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste.

Als Mitglied der Preußischen Akademie der Künste fühle ich mich verpflichtet, Ihnen folgendes mitzuteilen: am 8. d.M. wurde ich auf Grund einer über mich im Jahre 1924 erschienenen Monographie (Klinkhard & Biermann, Junge Kunst) durch den Reichskommissar von Killinger meines Lehramtes an der Dresdener Kunstakademie enthoben.

Um im Umlauf befindlichen Gerüchten entgegenzutreten, versichere ich hiermit, daß ich niemals einer politischen Partei oder Organisation angehörte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Otto Dix, Mitglied der Preuß. Akad. d. Künste

114 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 4. August 1933 –
 J. Nr. 640

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin W 8 –
 Betr.: Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

Auf den Erlaß vom 20. Juni d.Js. – U I Nr. 51925. 1 – überreiche ich den Fragebogen von Frau Professor Käthe Kollwitz¹, die durch Erlaß vom 19. April 1928 – U IV Nr. 10893 – zur Vorsteherin eines Meisterateliers für Graphik ernannt worden ist. Diese Tätigkeit erreichte auf Grund des Gesetzes über die Einführung einer Altersgrenze am 30. September 1932 ihr Ende. Von dieser Zeit ab wurde Frau Kollwitz auf Grund einer besonderen Vereinbarung zunächst auf ein Jahr die Verwaltung dieser Stelle übertragen. Sie scheidet demnach Ende September 1933 ohnehin aus, so daß eine Entlassung auf Grund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, die für die Genannte in Frage kommen würde, nicht mehr nötig ist. Ihre Beurlaubung ist bereits durch Erlaß vom 20. März 1933 – U I Nr. 60535. 1 – ausgesprochen.

Der Präsident

In Vertretung A. Kraus

[Anlage: Ariererklärung Kollwitz]

Ich versichere hiermit dienstlich: Mir sind trotz sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt, welche die Annahme rechtfertigen könnten, daß ich von nichtarischen Eltern oder Großeltern abstamme; insbesondere hat keiner meiner Eltern- oder Großeltern teile zu irgendeiner Zeit der jüdischen Religion angehört. Ich bin mir bewußt, daß ich mich dienststrafrechtlicher Verfolgung mit dem Ziel auf Dienstentlassung aussetze, wenn diese Erklärung nicht der Wahrheit entspricht.

Berlin, den 3. Juli 1933

Vor- und Zuname: Käthe Kollwitz

Dienststellung: Vorsteher des graphischen Meisterateliers an der Preußischen Akademie d. K.

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 4. August 1933 – 115
J. Nr. 640

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin W 8 – Betr.: Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

Auf den Erlaß vom 20. Juni d.Js. – U I Nr. 51925. 1 – überreiche ich den Fragebogen des Verwalters einer Meisterschule für musikalische Composition, Professor Arnold Schönberg, der bereits durch Erlaß vom 17. Mai d.Js. – U I Nr. 51950. 1 von seiner dienstlichen Tätigkeit beurlaubt ist. Schönberg muß aufgrund des § 3 der zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen werden, und ich bitte seinen mit ihm am 15. Mai 1930 geschlossenen Vertrag (dortiger Erlaß vom 4. Juli 1930 – U IV Nr. 21551), der noch bis zum 30. September 1935 läuft, vorzeitig zu kündigen.

Der Präsident

In Vertretung A. Kraus

Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin W 8, Unter den Linden 4, den 15. September 1933 – A IV Nr. Schönberg 1 a u. b 116

An den Präsidenten der Akademie der Künste in Berlin – Auf die Berichte vom 4. und 12. August 1933 – Nr. 640 und 648.–

Ich ersuche Sie, dem vertraglich angestellten Verwalter der Stelle eines Meisterschul-

¹ Zum Ausscheiden von Käthe Kollwitz als Akademiemitglied am 15. 2. 1933 vgl. u. a. Dok. Nr. 3

vorstehers für musikalische Komposition, Professor *Arnold Schönberg*, auf Grund der Ziffer 3 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 4. Mai 1933 in der Fassung der Verordnung vom 7. Juli 1933 (RGBl. I, S. 458) unverzüglich zu kündigen und das weiter Erforderliche zu veranlassen. Über das Veranlaßte ersuche ich zu berichten.

In Vertretung Stuckart

117 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 18. September 1933 – J. Nr. 991

An den Verwalter einer Meisterschule für musikalische Komposition, Herrn Professor Arnold Schönberg, Arcachon (Gironde), Frankreich, Villa Stréa, Avenue Rapp

Im Auftrage des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung kündige ich Ihnen hiermit auf Grund der Ziffer 3 der zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 4. Mai 1933 in der Fassung der Verordnung vom 7. 7. 33 zum 31. Oktober 1933 Ihre mit Herrn Ministerialrat Kestenbergt getroffene Vereinbarung vom 15. Mai 1930.

Der stellvertretende Präsident

August Kraus

118 Arnold Schönberg, derzeit Paris, Hotel Régina, Place des Pyramides, 3. Oktober 33

An die Akademie der Künste zu Berlin, Pariser Platz 4, *Einschreiben*

Ich erhielt am 20. IX. 1933 das geehrte Schreiben, in welchem mir mitgeteilt wurde, daß die „mit Herrn Min. Rat Kestenbergt getroffene Vereinbarung“ per 31. Oktober 33 gekündigt werde.

Ich habe erwartet, daß diesem Schreiben ein weiteres, meine Rechte erwägendes, folgen werde. Da dies nicht geschehen ist, muß ich mir hiermit erlauben, gegen diese Kündigung Einspruch zu erheben und zu erklären, daß ich sie nicht anerkenne. Durch den mit dem *Staat* geschlossenen Vertrag wurde ich, als Ausländer, aus dem Ausland an die Akademie berufen, und muß nunmehr als solcher die Erfüllung des Vertrages erbitten.

Ich habe mich in dieser Angelegenheit auch mit meiner Gesandtschaft in Verbindung gesetzt und bin überzeugt, daß sie mir, wie in analogen Fällen ihre Intervention nicht versagen wird.

Ich wäre sehr dankbar, wenn mir in Anbetracht der klaren Rechtslage eine gutwillige Ausgleichung vorgeschlagen werden würde, da ich ja wie bekannt, stets Aufsehen nach meinen Kräften zu vermeiden bestrebt bin.

Einer freundlichen Rückäußerung entgegensehend, zeichne ich hochachtungsvoll
Arnold Schönberg

119 Arnold Schönberg, Pelham Hall, 1284 Beacon Street, Brookline/Mass., 16. XII. 1933

An die Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4 – Mit Beziehung auf das Schreiben der Akademie d. K.: J. Nr. 1227 und das Schreiben des Ministers f. Wiss. Kunst und Volksb. U I Nr. 70428

Unter Aufrechterhaltung meines Standpunktes: daß die Kündigung des zwischen dem Preußischen Staat und mir geschlossenen Vertrages *unzulässig* ist, sende ich anbei den *Originalvertrag*, den ich mit dem Malkin-Conservatory abgeschlossen habe, und erbitte ihn nach Kenntnisnahme zurück. Aus diesem geht hervor:

1. daß diese Abmachung mich, was die Zeit anbelangt, nicht an der Erfüllung meines Akademievertrags hindern würde.
2. daß ich dieses Engagement nur annehmen konnte, weil ich mir eine neue Lebensstellung aufbauen muß; und unter Beanspruchung meiner vertragsmäßigen Akademiegage. Denn sonst würde die zugesicherte Gage (die ja mit 40 % Spesen behaftet ist) nicht ausreichen.

Arnold Schönberg

Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin W 8, 120
Unter den Linden 4, den 12. März 1934 – K Nr. 20201 –

Herrn Arnold Schönberg, Boston, Massachusetts (USA), 299 Beacon Street

Im Anschluß an den Bescheid vom 14. November 1933 – U I 70428 – teile ich mit, daß Ihnen weitere Bezüge aus Ihrer Tätigkeit als Verwalter einer Meisterschule für musikalische Komposition bei der Akademie der Künste nicht gewährt werden können, da Sie an Ihrem neuen Wohnsitz ein wesentliches Arbeitseinkommen haben, das nach den Vorschriften der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in der Fassung der Verordnungen vom 7. Juli 1933 und 28. September 1933 (PrGesBl. S. 229ff.) in Anrechnung gebracht werden muß.

Wegen der Gültigkeit der Kündigung Ihres Vertrages über die Verwaltung einer Meisterschulvorsteherstelle bei der Akademie der Künste kann ich Sie nur auf den oben angezogenen Bescheid verweisen.

[Unterschrift]¹

AUSSCHLÜSSE NACH §§ 3 UND 4 DES BERUFSBEAMTENGESETZES
(MENDELSONN, HEINE, BRESLAUER, SEECK, SCHREKER, SCHÖNBERG,
BRAUNFELS, KAHN, TAUT, SINTENIS)

Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin W 8, 121
Unter den Linden 4, den 9. Dezember 1933. – U I Nr. 76186. – *Sofort!*

An den Herrn Präsidenten der Akademie der Künste in Berlin.

In sinngemäßer Anwendung des § 3 des Berufsbeamtengesetzes betrachte ich diejenigen nichtarischen Mitglieder der Akademie, die der genannten Bestimmung unterfallen, als nicht mehr zur Akademie gehörig.

Ich ersuche, umgehend den betreffenden bisherigen Mitgliedern von dieser Entscheidung Mitteilung zu machen. Ich erwarte ferner eine Aufstellung darüber, welche Mitglieder der Abteilung für Musik und der Abteilung für bildende Kunst entsprechend benachrichtigt wurden.

Rust.

¹ Der Bescheid wurde als Anlage zu einem Brief des stellvertretenden Präsidenten Schumann am 19. 3. 1934 an Schönberg weitergeleitet. – Zum Ausschluß Schönbergs als Akademiemitglied vgl. Dok. Nr. 122.

122 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 11. Dezember 1933 – J. Nr. 1442 – Betr.: Ausscheiden von nichtarischen Mitgliedern aus der Akademie der Künste

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin W 8

Im Verfolg des Erlasses vom 9. d. Mts. – U I Nr. 76186 – habe ich folgenden Mitgliedern der Akademie der Künste mitgeteilt, daß sie auf Grund der dortigen Entscheidung nicht mehr zu den Mitgliedern der Akademie gehören:

Abteilung für die bildenden Künste:

Architekt Dipl. Ing. Erich Mendelsohn, Berlin (zurzeit im Ausland)

Maler Thomas Theodor Heine, Diessen b. München (zurzeit im Ausland)

Architekt Professor Alfred Breslauer, Berlin-Dahlem

Architekt Professor Franz Seeck, Berlin-Dahlem

Abteilung für Musik:

Komponist Prof. Franz Schreker, Berlin

Komponist Prof. Arnold Schönberg (zurzeit Boston, USA)

Zu den obengenannten bildenden Künstlern bemerke ich, daß Professor Franz Seeck zwar seit 1906 als Lehrer an der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums (jetzige Vereinigte Staatsschulen für freie und angewandte Kunst) tätig ist; zum Mitglied unserer Akademie wurde er jedoch erst im Jahre 1920 gewählt. Soviel uns bekannt geworden ist, hat Professor Franz Seeck bei seiner verantwortlichen Befragung (Fragebogen) der Direktion der Vereinigten Staatsschulen nicht angegeben, daß er nichtarischer Abstammung ist; gewisse persönliche Eigenarten des Genannten haben uns aber veranlaßt, den Sachverständigen für Rasseforschung beim Reichsministerium des Innern um Nachforschungen zu ersuchen, die ergeben haben, daß die Mutter von Franz Seeck aus einer rein jüdischen Familie stammt. Damit ist erwiesen, daß er Nichtarier ist.

Die Professoren Schreker und Schönberg müssen aus den gleichen Gründen, aus denen sie aus ihren Ämtern als Vorsteher von Meisterschulen für musikalische Komposition entfernt worden sind, auch aus dem Kreise der Mitglieder der Akademie ausscheiden.

Ein weiteres Mitglied der Abteilung für Musik, der Komponist Professor Walter Braunfels, ist ebenfalls nichtarischer Abkunft. Er stammt von einem jüdischen Vater und einer angeblich nicht-jüdischen Mutter. Braunfels hat, wie bekannt ist, nach der nationalen Erhebung seine Stellung am Kölner Konservatorium verloren. Er müßte auch aus dem Mitgliederkreise der Akademie ausscheiden. Wir haben aber aus den bei uns befindlichen Personalnotizen festgestellt, daß er 1916–1918 beim Landsturm im Felde gestanden hat. Deshalb bitten wir um Entscheidung, ob auch Braunfels mitgeteilt werden soll, daß er nicht mehr Mitglied der Akademie ist. Ich möchte nicht unterlassen, hierbei zu bemerken, daß bei der Neukonstituierung der Abteilung für Dichtung ein früheres Mitglied dieser Abteilung Alfred Mombert wegen seiner nichtarischen Abstammung ausscheiden mußte, obwohl er bis Ende November 1918 Kriegsteilnehmer war.

Nichtarier ist in der Musikabteilung ferner Professor Robert Kahn, der zugleich dem Senat dieser Abteilung seit 1917 ohne Unterbrechung angehört. Robert Kahn ist zwar erst im Jahre 1916 zum Mitglied der Akademie gewählt worden, er war jedoch seit langen Jahren als Staatsbeamter (Lehrer an der Hochsch. für Musik) tätig; vereidigt wurde er als solcher im Jahre 1898. Im Senat wird Robert Kahn wegen seiner nichtarischen Abstammung auf keinen Fall bleiben können. Der Musikabteilung wäre es jedoch sehr erwünscht, wenn er, schon mit Rücksicht darauf, daß er

viele Jahre vor dem 1. August 1914 Beamter war, Mitglied der Akademie bleiben könnte. Dieser Wunsch gründet sich ferner besonders auf die ausgezeichneten persönlichen und fachlichen Eigenschaften des Genannten, der sich in eifriger Tätigkeit für die Abteilung hervorragend bewährt hat. Ich bitte gefälligst zu entscheiden, ob Kahn weiter Mitglied der Akademie bleiben kann.

Der Erlaß vom 9. d. Mts. bezieht sich lediglich auf die sinngemäße Anwendung des § 3 des Berufsbeamtengesetzes. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß eventuell auch § 4 des gleichen Gesetzes auf Mitglieder der Akademie angewendet werden muß und bitte um diesbezügliche Entscheidung. So ist u. W. der Architekt Professor Bruno Taut aus seiner Stellung als Professor an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg mit Rücksicht auf § 4 des Berufsbeamtengesetzes entlassen worden. Unseres Erachtens muß infolge dieser Maßnahme Bruno Taut aus gleichem Grunde auch aus der Akademie ausscheiden.

In einem zweiten Falle können zum mindesten Bedenken wegen der politischen Zuverlässigkeit eines Mitgliedes der Abteilung für die bildenden Künste nicht unterdrückt werden: Der Stadtbaurat von Berlin-Tempelhof *Fritz Bräuning* ist aus seiner Stellung vor längerer Zeit beurlaubt worden und wird, wenn wir recht berichtet sind, in diese nicht mehr zurückkehren. Bräuning selbst ist zwar arischer Abstammung, aber mit einer jüdischen Frau verheiratet. Seine Tochter ist mit dem Sohn des früheren Kultusministers Haenisch vermählt. Dieser Schwiegersohn hält sich in Moskau auf und wird von manchen Seiten als Angestellter der Sowjet-Republik bezeichnet. Ob diese Behauptung zutrifft und wie weit Fritz Bräuning etwa selbst mit der politischen Gesinnung seines Schwiegersohnes übereinstimmt oder nicht, darüber Authentisches festzustellen, war der Akademie bisher nicht möglich. Das Material, das wir uns zu diesem Fall verschafft haben: eine vertrauliche Äußerung des Vorsitzenden des Bezirksamts Tempelhof und eine Äußerung des Stadtbaurats Bräuning zu den ihm gemachten Vorhaltungen, fügen wir hier in Abschrift zur gefälligen Kenntnismahme und Prüfung bei und erbitten auch für diesen Fall die dortige Entscheidung.

Schließlich bemerke ich noch, daß der Sachverständige für Rasseforschung beim Reichsministerium des Innern, den wir um Nachforschungen über eine ganze Anzahl von Akademiemitgliedern ersucht haben, bisher über folgende Mitglieder uns noch keine Auskunft erteilen konnte: die Maler Professor Hans Hermann, Professor E. R. Weiss und Professor Hugo Vogel in Berlin, die Bildhauerin Renée Sintenis, Berlin, die Bildhauer Professor Ludwig Cauer, Kreuznach und Professor Stanislaus Cauer, Königsberg Pr., den Maler Professor Karl von Marr, München und den Komponisten Friedrich Klose, Ruvigliana bei Lugano.

Der Präsident

In Vertretung A. Kraus

Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin W 8, 123
Unter den Linden 4, den 20. Januar 1934. – U I Nr. 76401. 1 –

An die Preußische Akademie der Künste, hier. – Auf den Bericht vom 11. Dezember 1933 – J. Nr. 1442

Ich ersuche, den Erlaß vom 9. Dezember 1933 – U I 76186 – auch gegenüber den Professoren Braunfels und Kahn durchzuführen. Den Ausführungen über Bruno Taut stimme ich zu, ich ersuche, ihm das Erforderliche zu eröffnen. Bezüglich des Stadtbaurats Bräuning scheint es mir notwendig zu sein, zunächst noch den Tatbestand genauer zu klären. Ich ersuche, die Stadt Berlin um Überlassung ihres Materials zu bitten und dann erneut an mich zu berichten.

Schließlich ersuche ich zu prüfen, ob und in welchen anderen Fällen eine sinngemäße Anwendung des § 4 des Berufsbeamtengesetzes noch in Frage kommen könnte. Einem baldigen Bericht darüber sehe ich entgegen.

Rust

124 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 23. Januar 1934 – J. Nr. 77

Professor Bruno Taut, Berlin W 9 – *Einschreiben*

Ich setze Sie hierdurch davon in Kenntnis, daß der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mir durch Erlaß vom 20. Januar d. Js. – U I Nr. 76401 – eröffnet hat, daß Sie in sinngemäßer Anwendung des § 4 des Berufsbeamtengesetzes künftig als nicht mehr zu den Mitgliedern der Akademie der Künste gehörig zu betrachten sind.

Der Präsident

In Vertretung A. Kraus¹

125 [Robert Kahn] 9. II. 34

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die Mitteilung meiner Ausschließung aus der Akademie bitte ich Folgendes erwidern zu dürfen: Es ist mir unverständlich, wieso ich als Mitglied der Akademie – in welcher Eigenschaft ich doch nicht zu den *Beamten* gehöre – „in sinngemäßer Anwendung des § 3 des Berufsbeamtengesetzes“ aus der Akademie ausgeschlossen werden kann; ich muß daher gegen meine Ausschließung, die ich als ungesetzlich auffasse, hiermit Verwahrung einlegen.

Ich beabsichtige jedoch nicht, in dieser Sache eine gerichtliche Entscheidung anzurufen, da ich unter allen Umständen auf die Ehre verzichten würde, der Akademie noch länger anzugehören.

In vorzüglicher Hochachtung

Prof. Robert Kahn

126 [Walter Braunfels] Bad Godesberg, Kurfürstenstraße 10, den 24. I. 34.

An den Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste.

In Ihrem Schreiben vom 23. I. 34 – J. Nr. 1442 – teilen Sie mir mit, daß in sinngemäßer Anwendung des § 3 des Berufsbeamtengesetzes diejenigen nichtarischen Mitglieder der Akademie, die unter die genannte Bestimmung fallen, als nicht mehr zur Akademie gehörig betrachtet werden. Nach § 3 Abs. 2 gilt aber nicht als nichtarischer Abstammung, wer im Weltkrieg an der Front gekämpft hat. Dies trifft bei mir zu. Ich bin neben anderen Auszeichnungen im Besitz des Verwundeten-Abzeichens.

Ich vermute, daß Ihnen bei Abfassung Ihres Schreibens diese Tatsache nicht bekannt war. Jedenfalls bitte ich Sie um gef. baldige Nachricht, ob mein Frontkämpfertum, das bei der Regelung meines Abgangs von der Kölner Hochschule für Musik maßgebend war (ich bin nach § 6 entlassen) in meinem Verhältnis zur Akademie nicht in Betracht gezogen wird.

W. Braunfels

¹ Gleichlautende Schreiben in sinngemäßer Anwendung des § 3 gingen am gleichen Tag an Braunfels und Kahn, am 28. 2. 34 auch an Sintenis.

Preußische Akademie der Künste, Berlin W8, Pariser Platz 4, den 21. Februar 1934 – 127
J. Nr. 185

Herrn Professor Braunfels, Bad Godesberg a. Rh., Kurfürstenstraße 10

Sehr geehrter Herr Professor!

Auf das Schreiben vom 24. Januar d.J., das ich dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zur Entscheidung vorgelegt habe, muß ich Sie im Auftrage des Herrn Ministers dahin bescheiden, daß Frontkämpfertum im Falle der Akademie-mitgliedschaft nicht in Betracht gezogen werden kann.

Heil Hitler!

Der Präsident

Im Auftrage Georg Schumann, Vorsitzender der Abteilung für Musik

WEITERE ERMITTLUNGEN NACH § 4 DES BERUFSBEAMTENGESETZES
(TIESSSEN, BRÄUNING)

Preußische Akademie der Künste, Berlin W8, Pariser Platz 4, den 24. Februar 1934 – 128
J. Nr. 77

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin W 8 –
Betr.: Sinngemäße Anwendung des Berufsbeamtengesetzes auf Mitglieder der Akademie der Künste

Auf die Erlasse vom 20. Januar und 19. Februar d.Js. – U I 76401 und K 10425 – berichte ich, daß den Professoren Braunfels und Kahn mitgeteilt worden ist, daß sie aus der Akademie auszuschneiden haben, ebenso dem Architekten Bruno Taut, der sich, wie wir erfahren haben, zurzeit in Japan befindet.

Zum Fall des Stadtbaurats Bräuning¹ haben wir das Material von der Stadt Berlin erbeten. Es ist uns bis heute noch nicht ausgehändigt worden; der Staatskommissar der Stadt Berlin hat uns jedoch mitgeteilt, daß er unser Ersuchen an den Herrn Ministerpräsidenten, bei dem sich das gesamte Material zurzeit befindet, weitergeleitet hat.

Auftragsgemäß haben wir weiter geprüft, ob auch in anderen Fällen eine sinngemäße Anwendung des § 4 des Berufsbeamtentums [sic!] noch in Frage kommen könnte. Es sind uns jedoch, soweit unsere Kenntnis reicht, keinerlei Tatsachen bekanntgeworden, die auf ein aktives oder agitatorisches Wirken von gegenwärtig der Akademie noch angehörenden Mitgliedern für die sozialdemokratische oder kommunistische Partei schließen und eine weitere Anwendung des § 4 des bezeichneten Gesetzes als notwendig erscheinen lassen würde.

In der ersten Zeit nach der November-Revolution haben allerdings nicht wenige Künstler Sympathien mit der marxistischen Bewegung bekundet (Gründung der „November-Gruppe“), auch ohne Mitglieder der Linksparteien zu sein. Es liegt wohl in der ganzen seelischen Eigenart des Künstlers begründet, daß er, subjektiv und temperamentvoll, dazu neigt, an jeder revolutionären Bewegung irgendwie Anteil zu nehmen, aus jedem politischen Umschwung für seine Kunst etwas zu erhoffen, und es war dies im November 1918 umsomehr der Fall nach dem Krieg, der das künstlerische Schaffen jahrelang gehemmt hatte. Die Künstler ließen sich zudem durch die ihnen verheißene „Freiheit“ der Kunst gefangen nehmen, ein Begriff, der für die Künstler immer etwas ganz besonders Verlockendes hat, wie nicht minder für zahllose andere Menschen, die den Begriff der Freiheit mißverstehen und nicht wis-

¹ Zum Fall Bräuning vgl. auch die Dok. Nr. 122 u. 128.

sen, daß Freiheit nicht Ungebundenheit bedeutet, sondern – richtig verstanden – Gebundenheit und Selbstbestimmung durch höchstes selbstgegebenes Gesetz. Über die damals ihnen gemachten Verheißungen haben die Künstler in ihrer im allgemeinen unkritischen Einstellung wohl wenig nachgedacht. Wenn also 1918 nicht wenige Künstler sich auf die Seite der Novemberrevolutionäre zu stellen schienen, so ist damit noch nicht bewiesen, daß sie wirklich an den marxistischen Anschauungen innerlich Anteil hatten und es darf manches Wort, das damals gesprochen oder geschrieben wurde, nicht zu schwer bewertet und manches programmatisch gemeinte Werk, das damals geschaffen wurde, nicht zu ernst genommen werden.

Bald nach der Novemberrevolution ist im Frühjahr 1919 eine viel verbreitete Schrift „An alle Künstler“ erschienen, die als eine Art Manifest gedacht war. Hergestellt wurde sie auf Veranlassung amtlicher Stellen und unseres Wissens von dem sozialdemokratischen Schriftsteller Robert Breuer redigiert und herausgegeben. An dieser Schrift, von der wir ein Exemplar hier beifügen, ist von den jetzigen Mitgliedern unserer Akademie nur der Maler Max Pechstein beteiligt. Das von ihm gezeichnete Titelblatt kann dem Künstler heute wohl kaum als ein Dokument sozialistischer Gesinnung angerechnet werden. Wie es mit Pechstein damals stand, das ist ersichtlich aus seinem literarischen Beitrag für die gleiche Schrift, dessen Inhalt keine rein marxistischen Gedanken propagiert und politisch belanglos ist.

Wir wissen, daß vielen Künstlern, die sich nach der ungeheueren Not der Kriegsjahre zuerst von der marxistischen Bewegung gefangennehmen ließen, ziemlich bald die Augen aufgingen, als sie erkannten, daß der marxistisch-bürgerliche Staat nicht in der Lage war, die Verheißungen, die er den Künstlern gemacht hatte, auch nur einigermaßen zu erfüllen. Wenn einzelne Künstler Persönlichkeiten des Marxismus in Bildern oder Plastiken dargestellt haben, so handelte es sich eben um Aufträge, die sich diese Künstler in der schweren Zeit nicht entgehen lassen konnten.

Ebenso sind u.E. die Fälle zu beurteilen, in denen Musiker marxistische Texte komponiert haben. Wenn ein bedeutender Künstler wie unser Mitglied Heinz Tiessen eine Zeitlang den „Jungen Chor“ des Arbeitersängerbundes geleitet hat, so geschah dies aus rein ideellen Motiven, damit die Musikausübung des Volkes nicht in schlechte Hände kommt. Mit der Komposition des „Aufmarsch“, dessen textlichen Teil wir allerdings nicht vertreten können, hat Tiessen, wie er seinem vorgesetzten Direktor der Hochschule für Musik selbst zugestanden hat, gewiß eine Unvorsichtigkeit begangen; jede politisch-verhetzende Absicht hat ihm, dem musikalischen Schöpfer, dabei fernegelegen. Tiessen, der nach der Versicherung seines vorgesetzten Direktors keiner Partei angehört hat, ist ein durchaus idealistisch veranlagter Künstler.

Wir erwähnen diese Fälle, um an ihnen zu zeigen, daß einzelne vielleicht unbedachte Handlungen von Künstlern nicht als Maßstab für ihre politische Einstellung genommen werden sollten, besonders wenn diese Künstler durch ihre Haltung in späterer Zeit bewiesen haben, daß kein Anlaß besteht, an ihrer politischen Zuverlässigkeit Zweifel zu hegen.

Der Präsident

In Vertretung Schumann

129 Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin W 8, Unter den Linden 4, den 25. Juli 1934. – K Nr. 11871 A IV –

An den Herrn Präsidenten der Akademie der Künste, hier. – Auf die Berichte vom 28. März und 11. Mai 1934 – Nr. 302 und 368 –.

Das beigebrachte Material gibt mir keine Veranlassung, in Anwendung des Berufs-

beamtengesetzes gegen Professor Tiessen und den Architekten Bräuning vorzugehen.
2 Kompositionen von Tiessen, 1 Textbuch „Aufmarsch“ folgen zurück.
In Vertretung Dr. Stuckart

III. AUSSCHLUSS DER VERTRETER DER MODERNE, 1937/38

Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst, Hamburg 36, Dammthorwall, Musikhalle, **130**
7. Dezember 1935.

An die Preußische Akademie der bildenden Künste, Berlin, Pariser Platz.

Von Besuchern der hiesigen Kunsthalle ist wiederholt die Vermutung ausgesprochen, daß Oskar *Kokoschka* nicht arisch sei. Nach Dresslers Kunsthandbuch 1934, Teil I, Seite 147, wird Kokoschka als Arier bezeichnet. Um aber jeden Zweifel auszuräumen, wäre die Behörde für eine Bestätigung dankbar, daß diese Angabe im Kunsthandbuch Dressler stimmt.

Mit verbindlichem Dank im voraus für Ihre Bemühungen

Heil Hitler!

R/Sr. [Unterschrift unleserlich]

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 12. Dezember 1935 – J. Nr. 1335 – *Vertraulich!* **131**

An die Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst, Hamburg 36, Dammthorwall, Musikhalle

Auf die Anfrage vom 7. d.Mts. – R/Sr. – erwidern wir, daß nach der uns vom Sachverständigen für Rasseforschung beim Reichsministerium des Innern im Juli 1933 gegebenen Auskunft Oskar *Kokoschka* katholischer Konfession ist. Seine Eltern waren der Geschäftsreisende Gustav Josef Kokoschka und Romana, geborene Loidl. Seine vier Großeltern waren der Goldarbeiter in Prag Wenzel Kokoschka und Theresia geborene Schütz und der Forstwärter Ignaz Loidl und Barbara geborene Buchbauer, sämtlich evangelischer Konfession. – Ob der Großvater Wenzel Kokoschka arischer oder jüdischer Herkunft ist, hätte sich nur durch Nachforschungen an Ort und Stelle feststellen lassen. Wegen der damit verbundenen erheblichen Kosten hat die Akademie auf die Anstellung dieser weiteren Nachforschungen verzichtet.

Heil Hitler!

Der Präsident

In Vertretung Schumann

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 12. November 1936 **132**

An die Reichsstelle für Sippenforschung, Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 26

Da immer wieder das Gerücht auftaucht, daß das Mitglied unserer Akademie, Bildhauer Ernst Heinrich *Barlach*, nicht arischer Abkunft sei, würde die Akademie für eine gefällige amtliche Nachprüfung dankbar sein. Ernst Barlach ist am 2. Januar 1870 in Wedel in Holstein geboren als Sohn des Arztes Dr. Georg Barlach. Sein Großvater väterlicherseits war der Pastor Gottlieb Ernst Barlach. Über seine mütterlichen Vorfahren ist der Akademie nichts bekannt.

Der Präsident

Im Auftrage Amersdorffer

- 133** Reichsstelle für Sippenforschung, Berlin NW7, Schiffbauerdamm 26, den 30. März 1937 – Nr. F.1302 Su./N. – *Abstammungsbescheid*

Der Bildhauer *Ernst Heinrich Barlach* in Güstrow, geboren zu Wedel am 2. 1. 1870, ist deutschen oder artverwandten Blutes im Sinne der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (RGBl. I, S. 1333) sowie *arisch* im Sinne der Richtlinien zu § 1a des Reichsbeamtengesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 30. Juni 1933 (RGBl. I, S. 433), vom 8. August 1933 (RGBl. I, S. 575). Die Abstammung wurde hier nachgeprüft.

Dr. Kurt Mayer

- 134** Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 19. Mai 1937

Sehr geehrter Herr Dr. Schwarz,

auf Ihre heutige fernmündliche Anfrage erwidere ich Ihnen: Max Pechstein ist im September 1925 in einer Feriensitzung des Senats und der Abteilung in die Ausstellungskommission gewählt worden und gehört ihr seitdem an. 1930 wurde die Ausstellungskommission in der damaligen Zusammensetzung wiedergewählt in der Erwägung „daß es im Interesse der Akademie liege, die von dieser Kommission seit Jahren gesammelten Erfahrungen zu nutzen“. Aus dem gleichen Grunde hat man stillschweigend die Ausstellungskommission weiter in ihrer Zusammensetzung belassen, so daß sie sich seit 1930 wenig geändert hat. Für Liebermann ist Arthur Kampf eingetreten, Slevogt machte schon Jahre vor seinem Tode nicht mehr mit, Ulrich Hübner ist verstorben, Käthe Kollwitz schied 1933 aus, Hofer erklärte seinen Austritt. Dafür wurde Jaekel, neuerdings Scheibe in die Kommission (von dieser selbst) kooptiert. Die heutige Zusammensetzung der Kommission ersehen Sie aus den beigegeführten Bestimmungen für die soeben geschlossene Frühjahrsausstellung. Die Kommission umfaßt jetzt 11 Mitglieder, während sie früher meist aus 13 bestand.

Hofer ist aus der Kommission ausgetreten, weil er seinen eigenen Anschauungen bei der Jurierung nicht Geltung verschaffen konnte. Schon hieraus ist zu ersehen, daß in der Kommission keine intransigent moderne Einstellung herrscht. Pechstein ist in der Kommission nur einer unter 11 und die gegenwärtige Kommission im ganzen betrachtet ist wahrhaftig kein Kollegium „modern“ eingestellter Künstler!

Die von mir erwähnte Sonderausstellung hatte Pechstein im Frühjahr 1924. Sie bestand aus 20 Ölbildern, unter denen manches recht gute Werk war. Jedenfalls ließ diese Sonderausstellung erkennen, daß in Pechstein ein durchaus akademischer Grundzug liegt und daß er nur unter dem Einfluß seines Aufenthalts in der Südsee etwas wild geworden ist. Einen Katalog der Frühjahrsausstellung 1924 lege ich hier bei.

Mit den besten Empfehlungen und mit Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

Amersdorffer

- 135** Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin W 8, Unter den Linden 4, den 2. Juni 1937. – V c Nr. 1372 II

An den Herrn Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste in Berlin W 8

Unter Bezugnahme auf die Gespräche meines Sachbearbeiters mit Herrn Professor Amersdorffer über den Maler Max Pechstein ersuche ich, künftig kurzerhand die Nennung seines Namens in den Ausstellungspapieren zu unterlassen, solange er in der Ausstellungskommission praktisch nicht mehr tätig ist. Es entsteht andernfalls

ein falsches, zu irrtümlichen Behauptungen führendes Bild über Pechsteins tatsächliche Stellung innerhalb der Akademie, das weder für ihn noch für die Akademie selbst vorteilhaft ist.

Im Auftrage von Staa

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 14. Juni 1937

136

Sehr verehrter Herr Prof. Kampf,

der in einer Abschrift beigefügte Erlaß ist heute bei der Akademie eingegangen. Bei den wiederholten Aussprachen, die ich mit Herrn Dr. Schwarz über die neuinszenierte Hetze gegen Pechstein hatte, habe ich wiederholt betont, daß Pechstein sich bei der diesjährigen Frühjahrsausstellung durchaus zurückgehalten hat. Er hat sich ja nur bei der ersten Jurierung der aufgeforderten Künstler beteiligt und aus Taktgefühl und aus Rücksicht auf die Akademie auf die Einsendung seiner eigenen Bilder verzichtet. Die von den Gegnern Pechsteins und der Akademie aufgestellte Behauptung, daß Pechstein einen ausschlaggebenden Einfluß bei unsern Ausstellungen ausübe, konnte ich mit gutem Gewissen als Lüge bezeichnen. Es ist wohl trotzdem gut, wenn wir Pechstein künftig nicht mehr als Mitglied der Ausstellungskommission bezeichnen, um allen Quertreibereien die Spitze abzuberechen. Der Minister hat nicht unrecht, daß dies auch in Pechsteins Interesse liegt.

Mit besten Grüßen

Ihr ergebener Amersdorffer

Aktenvermerk

137

Auf Wunsch des Herrn Dr. Schwarz fand ich mich heute zu einer Besprechung im Ministerium ein, bei der Herr Dr. Schwarz mir mitteilte, daß zunächst neun ältere Mitglieder aus der Akademie ausscheiden sollten: Barlach, Gies, Bruno Paul, E. R. Weiss, Nolde, Pechstein, Belling, Mies van der Rohe und Kirchner.

Herr Dr. Schwarz verlas mir auch die Liste der Mitglieder, die von dem Herrn Minister demnächst neu in die Akademie berufen werden sollen. Ich hielt mich für verpflichtet, wegen einiger Namen, besonders wegen Gerhard Marcks, zur Vorsicht zu mahnen. Herr Dr. Schwarz wehrte meinen Einwand aber mit den Worten ab: Der Herr Minister will ihn dabeihaben.

Berlin, 8. Juli 1937

Amersdorffer

AUSTRITTSERSUCHEN AN DIE UNERWÜNSCHTEN MITGLIEDER

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, den 8. Juli 1937 – J. Nr. 651 –

138

Vertraulich

Sehr geehrter Herr . . .¹

Die seit längerer Zeit vorbereitete Neuordnung der Akademie der Künste erstreckt sich auch auf eine Neuzusammensetzung der Mitgliedschaft der Akademie. Da nach den mir gewordenen Informationen nicht zu erwarten ist, daß Sie künftig weiter zu den Mitgliedern der Akademie zählen werden, möchte ich Ihnen in Ihrem Interesse nahelegen, möglichst sofort selbst Ihren Austritt aus der Akademie zu erklären.

Der Präsident

In Vertretung Schumann

¹ Dieser Brief ging per Einschreiben an Barlach, Belling, Gies, Kirchner, Mies van der Rohe, Nolde, Paul, Pechstein, Weiß.

139 Aktennotiz

Heute, am 10. Juli 37, rief mich Herr Dr. Schwarz in meiner Wohnung an und teilte mir mit, daß die vorgestern von ihm bezeichneten Akademiemitglieder möglichst *sofort* zum Austritt bewogen werden sollen. Der Herr Minister wünscht, daß sie nach Möglichkeit schon bis zum kommenden Dienstag ausgetreten sind mit Rücksicht auf die bevorstehende Veröffentlichung. Ich möchte also nach Möglichkeit die Austritte durch *Ferngespräche* herbeiführen.

Amersdorffer

140 Zur Notiz

Am 11. 7. 37 (Sonntag) telefonisch mit Gies, Bruno Paul und E. R. Weiss gesprochen. Alle drei erklärten auf mein Anraten ihren Austritt und sagten schriftliche Bestätigungen zu.

Wegen Barlach hatte ich bereits mit dessen in Berlin wohnendem Bruder gesprochen. Auf Veranlassung des letzteren rief mich Barlachs Freund, der Bildhauer Böhmker aus Güstrow an und erklärte Barlachs Austritt aus der Akademie. Schriftliche Bestätigung wurde mir in Aussicht gestellt.

Nolde, Pechstein, Mies van der Rohe und Belling konnte ich nicht erreichen, weil sie zur Zeit nicht in Berlin anwesend sind. An diese drei sowie an Kirchner – Davos werde ich morgen von der Akademie aus Telegramme absenden.

Amersdorffer 11. VII.

AUSTRITTE (BARLACH, GIES, PAUL, WEISS, KIRCHNER, MIES VAN DER ROHE, BELLING)

141 [Ernst Barlach] Guestrow, 11. 7. 1939 – *Telegramm*

praesident akademie der kuenste pariserplatz berlin

bitte von dem entschluss meine mitgliedschaft an der akademie der kuenste niederzulegen kennntnis zu nehmen

ernst barlach

142 [Prof. Ludwig Gies] Berlin, 11. Juli 37.

Sehr verehrter Herr Präsident!

In der Annahme, in Ihrem Sinne zu handeln, stelle ich hiermit meinen Sitz in der Akademie zur Verfügung.

Heil Hitler

Ludwig Gies

143 Architekt Professor Bruno Paul

An den Herrn Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, 11. Juli 1937 – *Einschreiben!* –

Herr Präsident,

Ihrem wohlgemeinten Rate folgend, lege ich meinen Sitz in der Preußischen Akademie der Künste hiermit nieder.

Ich trat im Anfang des Jahres 1907 in die damals Königliche Akademie ein gehörte

ihr somit über 30 Jahre an. Betonen möchte ich noch, wie sehr ich es bedauert habe und noch bedauere, daß ich meine langjährigen Erfahrungen und Kenntnisse im Rahmen der Kunsterziehung, der Künste und des Kunsthandwerks nicht im Dienste nationalsozialistischer Grundsätze betätigen durfte. Daß gerade ich fähig und mit Begeisterung dazu bereit gewesen wäre, weiß der Kreis meiner näheren Umgebung. Ich führe dazu als Beweis an, daß ich gerade in der schwersten Kampfzeit der nationalsozialistischen Bewegung wegen meiner „hitlerfreundlichen Haltung“ eine Einladung ins Kultus-Ministerium erhielt, wo mir mitgeteilt wurde, es bestünde gegen mich der Verdacht, daß ich heimlich Mitglied der N.S.D.A.P. sei. Dieses erfolgte mit dem nachdrücklichen Bedeuten, daß eine solche Zugehörigkeit mit meinem Verbleiben im Amte nicht vereinbar wäre.

Kurz zuvor, am 23. XII. 31 erhielt ich ein vom Führer persönlich unterzeichnetes Schreiben aus dem „Braunen Haus“ in München, das mich in freundlicher Weise zu einem Besuch einlud. Ich hatte dem Führer einen kurzen Reisebericht meiner indischen Reise und die Widmung eines in Indien lebenden Parteifreundes übersandt. Das Antwortschreiben ist noch in meinem Besitz.

Mit diesen, meinen rein persönlichen Einstellungen und Neigungen deckte es sich, daß mich Professor Max Liebermann in den Jahren seiner Präsidentschaft wie auch schon vorher als „antisemitischen Nationalisten“ ablehnte. Bei der Machtübernahme kehrte sich das Blatt ins Gegenteil, und ich wurde überraschenderweise als Judenfreund und demokratischer Parteigänger bezeichnet. Als solchem wurde mir nicht nur die Leitung der Kunsthochschule aus den Händen genommen, sondern ich erhielt auch als akademischer Meisteratelier-Vorsteher vorzeitig meine Pensionierung.

Die Wahrheit ist, daß ich mich weder nach der einen noch nach der anderen Seite politisch aktiv betätigt hatte, weil ich glaubte, dieses meiner Beamtenstellung schuldig zu sein. Da alle Versuche einer Klärung erfolglos blieben, zog ich mich bewußt von jeder Art öffentlicher Betätigung zurück. So blieb auch mein Erscheinen in der Akademie auf das zulässige Mindestmaß beschränkt. Meiner Rücktrittserklärung will ich diesen kurzen Rückblick beifügen, um nochmals zu betonen, daß ich immer bereit war, in nationalem Sinne der Kunst und meinen amtlichen Pflichten zu dienen. In größter Hochachtung

Heil Hitler!

Bruno Paul

[E. R. Weiß] Berlin W 35, Potsdamer Straße 121, Haus J, 11. 7. 37

144

An den Herrn Präsidenten der Akademie der Künste, Berlin, Pariser Platz 4

Ich erkläre hiermit meinen Austritt aus der Akademie der Künste.

Prof. E. R. Weiß

Professor L. Miës van der Rohe, Berlin W 35, Am Karlsbad 24, 19. Juli 1937

145

An die Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4

Ich habe Ihnen noch Ihr Schreiben vom 8. Juli 1937 und die mit Herrn Professor Amersdorffer geführte Unterredung am 13. Juli 1937, worin ich der Akademie meinen Sitz in der Akademie zur Verfügung stellte, zu bestätigen.

Heil Hitler!

Ludwig Mies van der Rohe

146 [Rudolf Belling] berlin, 10. 8. 1937 – *Telegramm*

akademie der kuenste, berlin
 erkläre austritt
 bellling

147 [Ernst Ludwig Kirchner] Davos, den 12. Juli 1937

Sehr geehrter Herr Dr. Schumann,
 ich erhielt Ihr Geehrtes vom 8. d. Ich lebe seit 20 Jahren im Ausland und infolge von Krankheit sehr einsam und zurückgezogen. Ich bin nicht orientiert über die künstlerischen Vorgänge in Berlin. Ich will gewiß niemand im Wege stehen oder Aufsehen erregen. Ist mein Name in der Akademie lästig so streichen Sie ihn. Ich würde mir arrogant oder albern vorkommen, wollte ich von mir aus dieser großen ehrenwerten Institution austreten, der schon mein Großvater angehörte. Ich bin doch kein Feind, wenn ich gesund wäre, würde ich ja so gerne mitarbeiten am Aufbau einer neuen deutschen Kunst. Ich habe ja mein ganzes Leben hindurch daran gearbeitet und bin oft genug dafür angefeindet worden. Ich habe nie einer politischen Partei angehört. Meine Arbeit kommt aus dem einfachen menschlichen Empfinden und richtet sich an dasselbe. Ich gedachte das beste davon meinem Lande zu schenken bei meinem Tode, um so meinem Lande zu dienen. Manchen jungen Künstler interessiert sie. Ich wünsche von Herzen, daß Deutschland eine neue, schöne und gesunde Kunst erwachse. Ich und mancher andere ältere haben ehrlich und treu daran gearbeitet, das wird man früher oder später einmal einsehen.

Mit deutschem Gruß
 Ihr ergebener E. L. Kirchner

148 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, 24. Juli 1937

Herrn Ernst Ludwig Kirchner, Frauenkirch – Davos (Schweiz)

Sehr geehrter Herr Kirchner,
 mit bestem Dank bestätige ich den Empfang Ihres Telegramms und Ihres geschätzten Briefes vom 12. d.Mts. Da Sie der Akademie die Entscheidung überlassen haben, haben wir Ihre Erwiderung so auslegen zu dürfen geglaubt, daß wir dem vorgeordneten Herrn Minister Ihren Austritt aus unserer Akademie erklärt haben. Sie dürfen gewiß sein, daß dies der den Verhältnissen entsprechende, in Ihrem Interesse liegende Ausweg war.

In größter Hochachtung
 Ihr ergebener Schumann
 Stellvertretender Präsident

149 PROTESTE (NOLDE, PECHSTEIN)

[Emil Nolde] Seebüll bei Neukirchen (Schleswig), 12. 7. 37

An den Herrn Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste, Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident.
 Ihre Mitteilung von bevorstehender Änderung innerhalb der Akademie ist mir ganz verständlich. Wenn auch ich ihr Mitglied geworden bin, so stand ich allen Veranstaltungen fern und bin an keiner Ausstellung künstlerischer Werke beteiligt gewesen.

Es lag dies in meiner Zurückgezogenheit begründet, zu der ich seit den verlorenen Kämpfen gegen das einstige unsaubere Kunsthändlerertum, gegen die Überfremdung der deutschen Kunst und gegen die Liebermannsche und Cassierersche Macht verurteilt war. Mit viel Mut und Idealismus hatte ich damals um 1910, als fast einziger deutscher, bildender Künstler diese Kämpfe gegen eine tausendfältige Übermacht aufgenommen und ward überwunden, aus der Berliner Secession ausgeschlossen, geächtet und jahrzehntelang nachher von der Presse und all deren Machtmittel verfolgt bis an den Rand der Vernichtung. Es steht mir vielleicht nicht an dies zu erwähnen – ein Künstlerleben ist Kampf und Arbeit – ich tue es nur, weil meine hochgestellten Ideale im Wesentlichen die Gleichen waren und sind wie die durch den Nationalsozialismus durchgekämpften.

Mein Wunsch ist, Sie zu bitten diese Geschehnisse zu erwägen, ob dann dennoch es Ihr Wunsch bleibt mich der Mitgliedschaft der Akademie zu entheben.

Durch den Versailler Vertrag bin ich an Dänemark abgetretener Auslandsdeutscher, und ich lebte abseits der entscheidenden deutschen Durchbruchskämpfe. Als die deutsche nationalsozialistische Partei in Nordschleswig gegründet wurde bin ich deren Mitglied geworden. Meine Gesinnung und ganze Liebe ist für Deutschland, das deutsche Volk und seine Ideale.

Heil Hitler
Emil Nolde

[Max Pechstein] z.Zt. Leba i/Pom. 12. 7. 37

150

An die Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4 – J. Nr. 651 –

Soeben erhielt ich Ihr Schreiben vom 8. Juli, welches mir nachgesandt wurde. In demselben wird mir nahegelegt in meinem eigenen Interesse selbst meinen Austritt aus der Akademie zu erklären. Wieso ich meine eigenen Interessen wahrnehme, indem ich eine mir einstmals erwiesene Ehre, jetzt nun auf eine Aufforderung hin, zurückweise, verstehe ich nicht. Denn ich bin mir keiner irgendwie gearteten ehrenrührigen Handlung bewußt, welche es rechtfertigte, mir die Mitgliedschaft zu entziehen. Sei es auf menschlichem oder politischem Gebiete.

Ich, sowie meine Frau sind nachgewiesenermaßen Vollarier, mein ältester Sohn ist S.A.-Mann, mein jüngster Sohn bereits im 2. Jahre im Jungvolk, und außerdem bin ich selbst seit 1934 Mitglied der N.S.V. und Mitglied des N.S. Luftsportverbandes.

Nachdem ich 1915 aus japanischer Gefangenschaft über Amerika kommend mich als Kohlentrimmer über England nach Europa zurückgearbeitet habe, stand ich von da an im Westen an der Front, und war als Infanterist im vordersten Graben, später wurde ich als Beobachter ausgebildet. Nach dem Zusammenbruch stellte [ich] mich gegen Spartakus kämpfend zur Verfügung. Mitglied irgendeiner politischen Partei war ich nie! Daß mir der Dank des Vaterlandes einmal in dieser Form zuteil würde, glaubte ich bis jetzt nie!

Der Stolz auf meine Vorfahren, ein altes Geschlecht von Huf- und Waffenschmieden, verbietet mir einen Schritt zu tun, mit welchem ich mir selbst einen Teil meiner Ehre abspreche. Da ich auch Mitglied der „Reichskunstkammer“ bin, weiß ich gar nicht, welche Folgen ein solcher Verzicht auch rein wirtschaftlich für mich hat, denn immerhin bin und bleibe ich nach wie vor verpflichtet, selbst für meine und für die Existenz meiner Familie zu sorgen.

So sehe ich hiermit der offiziellen Nachricht entgegen, mit der Angabe der Gründe, welche Sie zwingt, mich als Mitglied der Akademie zu streichen.

Max Pechstein

151 Notiz

Heute konnte ich Mies van der Rohe, der nach Berlin zurückgekehrt ist, telefonisch erreichen und ihn zum Austritt aus der Akademie auffordern. Er bat um eine Stunde Bedenkzeit und teilte mir nach Ablauf dieser Frist seinen Austritt telefonisch mit. Schreiben von Pechstein eingegangen. Er fragt nach den Gründen, aus denen er seinen Austritt erklären soll. – Von Nolde steht die Antwort noch aus.

Bericht an das Ministerium über die bisherigen Austritte.

Berlin, den 13. Juli 1937

Amersdorffer

[Handschriftlicher Vermerk:] 14. VII. Antw. Nolde eingegangen, lehnt Austritt ab. Tel. ORR Dr. Schwarz unterrichtet. Am[ersdorffer].

AUSSCHLÜSSE (PECHSTEIN, HOFER, KOKOSCHKA)

152 [Aktenvermerk]

Fernmündlich ersuchte mich heute Dr. Schwarz um Beschaffung von Abbildungsmaterial für Hofer, Rohlf's, Scharff und Kubin. Alles in Eile beschaffte Material über diese Künstler Nachmittag 5 Uhr Herrn Dr. Schwarz nach dem Ministerium übersandt.

Berlin 12. Juli 1937

Amersdorffer

153 Aktenvermerk

Herr Dr. Schwarz teilte mir heute telefonisch mit, daß auf Wunsch des Herrn Ministers auch *Kokoschka* zum Austritt aus der Akademie veranlaßt werden soll.

Berlin, 20. Juli 37

Amersdorffer

154 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, 20. Juli 1937 – J. Nr. 651 – *Vertraulich!*

Herrn Professor Oskar Kokoschka, Wien XVII, Liebhartstalstraße 29

Sehr geehrter Herr Professor!¹

Die bereits eingeleitete Neuordnung der Akademie der Künste erstreckt sich auch auf eine Neuzusammensetzung der Mitgliedschaft der Akademie. Da nach den mir gewordenen Informationen nicht zu erwarten ist, daß Sie künftig weiter zu den Mitgliedern der Akademie zählen werden, möchte ich Ihnen in Ihrem Interesse nahelegen möglichst sofort selbst Ihren Austritt aus der Akademie zu erklären.

Der Präsident

Im Auftrage Amersdorffer

155 [Christian Rohlf's] Ascona, den 14. 8. 37.

An den Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste, Berlin

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 2. 8. und Ihrer Drahtung vom

¹ Dieses Schreiben ging gleichlautend am 2. 8. 1937 auch an Hofer und Rohlf's. Eine Antwort von Kokoschka erfolgte wahrscheinlich nicht (vgl. Dok. Nr. 170). Hofer erwähnt in einem Brief an Amersdorffer vom 3. 1. 1946 (M1, Bd. 14), daß er dieses Schreiben sowie ein nachfolgendes Telegramm unbeantwortet gelassen habe.

11. 8. In Ihrem Schreiben fordern Sie mich zum sofortigen Austritt aus der Akademie auf; in der Drahtung erbitten Sie „gefälligst sofortigen Telegrammbescheid“. Hierzu bemerke ich:

Ich habe mich nie um Ehrungen bemüht und nie auf solche viel Gewicht gelegt; ich bin als Künstler 70 Jahre lang meinen eigenen Weg gegangen und habe gearbeitet, ohne zu fragen, wieviel Beifall oder Mißfallen ich dabei erntete. Zustimmung oder Ablehnung, Ehrung oder Nichtehrung machen mein Werk weder besser noch schlechter; ich überlasse das Urteil darüber der Zukunft. Gefällt Ihnen mein Werk nicht, so steht es Ihnen frei, mich aus der Mitgliederliste der Akademie zu streichen; ich werde aber nichts tun, was als Geständnis eigener Unwürdigkeit gedeutet werden könnte.

Prof. Chr. Rohlf¹

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, 26. Juli 1937

156

Sehr geehrter Herr Dr. Schwarz,
ich habe Professor Arthur Kampf, der Pechstein genauer kennt, weil er ein Atelier im gleichen Hause innehat, veranlaßt an Max Pechstein zu schreiben, um ihm in freundschaftlicher, aber dringlicher Form nochmals nahezu legen, daß er seinen Austritt aus der Akademie selbst erklärt. Professor Kampf hat daraufhin die abschriftlich beigefügte Antwort von Pechstein erhalten, von der ich Ihnen wenigstens persönlich Kenntnis geben möchte. Sie sehen, daß Pechstein in keiner Weise zu bewegen sein wird, selbst seinen Austritt anzumelden.

Mit deutschem Gruß

Heil Hitler

Ihr Amersdorffer

[Max Pechstein] z. Zt. Stolp i./Pom., 22. 7. 1937

157

Lieber Herr Prof. Arthur Kampf,
Meine Frau sandte mir Ihr wertees freundlich gemeintes Schreiben nach. Besten Dank für die darin enthaltene wohlmeinende Gesinnung. Was nun den Kern der Sache betrifft, so möchte ich mir erlauben, folgendes hierzu zu bemerken: Für mich ist eine Streichung meiner Mitgliedschaft aus der Gesamtheit der „Preußischen Akademie der Künste“ kein Herausschmiß! sondern eine Erledigung meiner Person, und diesem schriftlichen Nachweis sehe ich, wie schon einmal erwähnt, entgegen.

Denn ich habe unter anderen Namen, der neuernannten Mitglieder, um nur eines zu nennen, auch den Namen: Thorak gelesen, welcher abgesehen davon, daß er mit einer Volljüdin verheiratet, ein Kind mit ihr zeugte, sich sofort nach dem Umsturz von ihr scheiden ließ, und Weib und Kind verleugnete! Warum? So weiß ich also nicht, welche reinen Gesichtspunkte es veranlassen könnten, mich herauszuschmeißen! Daß ich, oder vielmehr, daß man von mir in München eine Arbeit in der Ausstellung „Entartete Kunst“ zeigt, berührt mich darum wenig, weil es eine Arbeit aus Palau, einer ehemaligen deutschen Kolonie aus der Südsee ist, welche die Japaner beschlagnahmten! Wenn erst einmal die deutsche Forderung nach deutschen Kolonien erfüllt sein wird, so wird es auch wieder erlaubt, ja, wenn nicht sogar erwünscht sein, daß man Künstler findet, welche so wie ich, aus rein ideeller Einstellung, ohne jegliche staatliche Unterstützung, auf eigene Faust und Gefahr, diese Gefilde aufsuchen, und dieselben zu gestalten versuchen. Nicht nach europäischen Gesichts-

¹ Rohlf wurde nicht mehr ausgeschlossen, da er im Januar 1938 starb.

punkten, denn es ist nun einmal nicht Europa, und nicht Deutschland, wo Kolonien liegen!

Aus diesen Zeilen werden Sie ersehen, daß mir nichts anderes übrigbleibt, als dem Geschick seinen Lauf zu lassen, und ich bitte Sie nur noch, dieses Schreiben als ebenso amtlich zu betrachten wie das bereits vorhergegangene. Mit bestem Dank für Ihre freundlichen Grüße erwidere ich dieselben vielmals als

Ihr ergebener

M. Pechstein

- 158** Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin W 8, Unter den Linden 69, den 6. September 1937 – V c 2165 (a) –

An den Herrn Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste in Berlin

Ich schließe das Mitglied der Preußischen Akademie der Künste Max *Pechstein* hiermit aus der Akademie der Künste aus. Ich ersuche Sie, unverzüglich das Weitere zu veranlassen.

Wegen des freiwilligen Austritts der bisherigen Mitglieder Kokoschka, Hofer, Rohlf, Belling und Nolde wollen Sie mir noch berichten.

Von dem Austritt von Barlach, Gies, Kirchner, Bruno Paul, Mies van der Rohe und E. R. Weiss habe ich Kenntnis genommen

Rust

- 159** Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Berlin W 8, Unter den Linden 69, den 1. Juli 1938 – V c Nr. 2610/37 (a) –

An den Herrn Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste in Berlin W, Unter den Linden 3

Ich schließe die Mitglieder der Preußischen Akademie der Künste Karl *Hofer* und Oskar *Kokoschka* hiermit aus der Akademie der Künste aus. Ich ersuche Sie, unverzüglich das Weitere zu veranlassen.

Rust

- 160** Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, 11. September 1937 – J. Nr. 841 – *Einschreiben!*

Herrn Maler Max Pechstein, Berlin W 62, Kurfürstenstraße 126

Sehr geehrter Herr Pechstein!¹

Der Herr Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat Sie durch Erlaß vom 6. d. Mts. – V c 2165 – aus der Akademie der Künste ausgeschlossen. Auftragsgemäß setze ich Sie hiervon in Kenntnis.

Der Präsident

In Vertretung Schumann

¹ Dieses Schreiben ging mit ähnlichem Wortlaut (Erlaß vom 6. d. Mts. – V c Nr. 2610/37 a –) am 5. 7. 1938 an Hofer und Kokoschka.

DER FALL NOLDE

Preußische Akademie der Künste, Berlin C 2, Unter den Linden 3, den 3. Juni 1940 **161**
 – J. Nr. 605 –

An das Reichssicherheitshauptamt, Berlin SW 11, Prinz Albrechtstraße 8

Auf die Anfrage vom 21. v.Mts. – I A 7 AZK – können wir über den Maler Emil *Nolde* folgendes mitteilen:

Er heißt eigentlich *Hansen* und ist am 7. August 1867 in Nolde Kr. Tondern geboren. Väterlicherseits stammt er aus friesischem Bauerngeschlecht. Seine künstlerische Ausbildung hat er in den Jahren 1885 bis 1889 in Flensburg genossen. 1892 bis 1898 war er Lehrer an der Gewerbeschule in St. Gallen (Schweiz), seit 1898 ist er als freier Maler, Graphiker und zuweilen auch als Bildhauer tätig und lebte von 1902 an vorwiegend in Berlin, vorübergehend in Dresden. Seit Jahren hält er sich unseres Wissens in Seebüll bei Neukirchen (Schleswig) auf.

Durch Berufung seitens des Preußischen Kultusministeriums ist Nolde im August 1931 Mitglied unserer Akademie geworden. Irgendeine Tätigkeit hat er bei unserer Akademie jedoch nicht ausgeübt, er hat sich an den Arbeiten der Akademie nie beteiligt und auch unsere Ausstellungen nicht beschickt. Über seine Persönlichkeit ist uns infolgedessen nur wenig bekannt. Aus eigener Mitteilung wissen wir von ihm, daß er Mitglied der NSDAP ist, seitdem eine Parteigruppe in Nordschleswig gegründet worden ist.

Wegen seiner Kunst, die als „nordisch-mystisch“ bezeichnet worden ist, ist er stark angegriffen worden und war mit seinen Werken auch in den Ausstellungen entarteter Kunst vertreten.

Ob Emil Nolde weiterhin noch unserer Akademie als Mitglied angehören soll oder nicht, unterliegt der Entscheidung des Kurators unserer Akademie, Herrn Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, die noch nicht ergangen ist.

Über Noldes Leben und Persönlichkeit geben einige von ihm verfaßte selbstbiographische Bücher Auskunft, so das Buch „Jahre der Kämpfe“, das 1934 im Rembrandt-Verlag in Berlin erschienen ist.

Der Präsident

In Vertretung [abgezeichnet:] Am[ersdorffer]

IV. BERUFUNGEN NEUER MITGLIEDER UND EINRICHTUNG INAKTIVER MITGLIEDSCHAFT, JULI 1937

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, 13. Oktober 1936 – **162**
 J. Nr. 912 –

An den Herrn Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin W 8 – Betr.: Berufung neuer Mitglieder in die Abteilung für die bildenden Künste und in die Abteilung für Musik

In den letzten Jahren ist im Einvernehmen mit dem dortigen Ministerium von der Vornahme von Wahlen neuer Mitglieder in die Akademie der Künste abgesehen worden, da es in Erwartung einer neuen Verfassung der Akademie nicht angezeigt erschien, den Mitgliederkreis jetzt zu erweitern und da kaum an eine Vornahme von Wahlen nach dem parlamentarischen Wahlverfahren der zurzeit noch geltenden Satzung vom 11. August 1931 gedacht werden konnte, zumal dieses Wahlverfahren keine sichere Gewähr für eine der Akademie erwünschte Ergänzung der Mitglied-

schaft bietet. Der Wunsch, die Mitgliedschaft, die durch das Ausscheiden von Mitgliedern nach den Gesichtspunkten des Berufsbeamtengesetzes und durch Todesfälle erheblich verringert ist, durch einige besonders bedeutende Künstler zu ergänzen, ist in unserem Kreise neuerdings lebhaft hervorgetreten und ich kann mich diesem berechtigten Wunsche nicht verschließen. Wenn ich von meinem Führerrecht als Leiter der Akademie Gebrauch mache und Vorschläge für eine Ergänzung der Mitgliedschaft auf dem Wege der Berufung unterbreite, so bin ich mir natürlich dessen bewußt, daß nur solche Künstler in Betracht kommen können, deren Bedeutung über jedem Zweifel steht und deren Eintritt in die Akademie deshalb von keiner Seite einem irgendwie berechtigten Widerspruch begegnen könnte. Bei Künstlern von solcher unangreifbarer Geltung kann wohl auf ein formelles Wahlverfahren verzichtet werden.

Bezüglich der von mir genannten bildenden Künstler kann ich mich auf die Beratung durch namhafte Mitglieder der Abteilung für die bildenden Künste stützen, da eine Aussprache in einer Sitzung dieser Abteilung wegen der wenig einheitlichen Einstellung ihrer Mitglieder nicht zweckmäßig erscheint und deshalb von den von mir zu Rate gezogenen Mitgliedern widerraten wurde.

Die auf die Ergänzung der Abteilung für Musik bezüglichen Vorschläge mache ich nach Aussprache mit den Mitgliedern dieser Abteilung.

Für die Berufung als ordentliche Mitglieder der Abteilung für die *bildenden Künste* erlaube ich mir in Vorschlag zu bringen: den Maler Leo Freiherr *von König*, den Bildhauer Richard *Scheibe* und den Architekten Regierungsbaumeister a. D. Werner *March*. Leo Freiherr *von König* gehört unbestritten zu unsern hervorragendsten und persönlich eigenartigsten Malern. Seiner künstlerischen Bedeutung nach müßte er der Akademie schon seit langem angehören; leider ist es persönlicher Gegnerschaft bei dem früheren Wahlverfahren immer gelungen, seinen Eintritt in die Akademie zu verhindern. Durch seine Berufung würde ein altes Unrecht gutgemacht werden.

Der hohe künstlerische Rang des Bildhauers Richard *Scheibe*, eines unserer größten Könner auf dem Gebiete der Bildhauerkunst ist schon durch seine Berufung als Leiter eines Meisterateliers für Bildhauerei anerkannt worden. *Scheibe* gehört als Meister bereits unserm Senat an und es erscheint geradezu selbstverständlich, daß er auch in die Reihe der ordentlichen Mitglieder einrücken müßte.

Der Architekt Werner *March* kann zwar noch nicht auf ein umfangreiches Lebenswerk zurückblicken; die große Leistung, die er mit der Anlage des Reichssportfeldes vollbracht hat, ist aber städtebaulich wie architektonisch so bedeutend, daß er die Auszeichnung der Berufung in die Akademie wohl verdienen würde.

Auch für eine Ergänzung der Abteilung für *Musik* würden nur solche Komponisten in Frage kommen, deren schöpferische Leistungen ihnen in weiteren Kreisen bereits einen unanfechtbaren Ruf verschafft haben und deren Schaffen von besonderer Bedeutung für unsere deutsche Musik ist. Ich erlaube mir, für die Berufung in diese Abteilung vorzuschlagen:

den Komponisten Heinrich *Kaminski* als ordentliches Mitglied, den Komponisten Yrjö *Kilpinen* (Finnland) als außerordentliches Mitglied, den Komponisten Kurt *von Wolfurt* als ordentliches Mitglied.

Heinrich *Kaminski's* Bedeutung ist allgemein bekannt. Sie fand ihre Bestätigung auch durch seine Berufung als Leiter einer Meisterschule für musikalische Komposition, die er einige Zeit innehatte. Er hat sich auf allen Gebieten der Komposition mit großem Erfolg betätigt. Seine Berufung in die Akademie ist ein schon lange gehegter Wunsch der Musikabteilung.

Yrjö *Kilpinen* hat sich durch sein musikalisches Schaffen und den Wert seiner Werke, besonders durch seine Lieder weit über die Grenzen seiner Heimat hinaus einen

großen Ruf erworben. Seine Lieder stehen auf den Programmen unserer besten Sänger, die sich mit großer Wärme dafür einsetzen. In Finnland würde seine Berufung in die Akademie ebenso wie in den andern nordischen Ländern und in der musikalischen Welt überhaupt sicher freudig begrüßt werden.

Von einer Anzahl von Mitglieder unserer Musikabteilung wird auch Kurt von *Wolfurt* in Vorschlag gebracht. Wenn auch seine Kompositionen noch nicht in so weite Kreise gedrungen sind wie die von Kaminski, so ist ihnen doch eine gewisse Bedeutung zuzusprechen. Sein kompositorisches Schaffen hat sich insbesondere auf Kammermusik und Werke für Orchester erstreckt.

Der Präsident

In Vertretung Schumann

Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin W 8, den 15. Juli 1937 – Vc 2022 (a) –

163

An den Herrn Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste in Berlin W 8

Als Anlagen übersende ich Abschriften eines vom Herrn Ministerpräsidenten vollzogenen Beschlusses nebst Begleitschreiben zur Kenntnissnahme. Ich ersuche, mir einen aus mehreren geeigneten Mitgliedern der Akademie zu bildenden Ausschuß namhaft zu machen, mit dem meine Sachbearbeiter demnächst den Entwurf einer neuen Satzung besprechen könnten¹. Schon jetzt aber bestimme ich, ohne die grundsätzlichen Selbstverwaltungsrechte der Akademie aufzuheben, in Ausführung des mir gegebenen Auftrages, nach Vortrag und im Einvernehmen mit dem Herrn Ministerpräsidenten zunächst Folgendes:

1) Neben der ordentlichen und der außerordentlichen Mitgliedschaft der Akademie wird die Möglichkeit der inaktiven Mitgliedschaft geschaffen. Durch Übertritt alter ordentlicher Mitglieder in die inaktive Mitgliedschaft soll für ein Nachwachsen jüngerer Kräfte laufend Raum geschaffen werden. Mit sofortiger Wirkung werden folgende ordentliche Mitglieder in die Liste der inaktiven Mitglieder überführt:

Bantzer, Behrens, Bieber, Blunck, Bräuning, Brütt, Ludwig Cauer, Stanislaus Cauer, Dettmann, Engel, Feddersen, Th. Fischer, Ph. Franck, Geßner, Geyger, v. Gosen, Grässel, Hahn, Herrmann, Hertlein, Hofer, Hoffmann, v. Hofmann, Hosaeus, Jansen, Kreis, Kruse, Kubin, Lechter, Lederer, Pankok, Pfannschmidt, Plontke, Purrmann, Rohlf, Schultze-Naumburg, Schuster-Woldan, Stahl, Starck, Straumer, Tessenow, Wolff, v. Zügel.

2) Folgenden Mitgliedern ist, ähnlich wie beim Neuaufbau der Abteilung für Dichtkunst im Jahre 1933, sofort in geeigneter Weise der Austritt aus der Akademie nahezu legen:

Barlach, Belling, Gies, Kirchner, Nolde, Bruno Paul, Pechstein, Mies van der Rohe, E. R. Weiß.²

¹ Göring hatte in seiner Eigenschaft als Preußischer Ministerpräsident am 1. 7. 1937 folgenden Beschluß gefaßt: „Die Satzung der Preußischen Akademie der Künste vom 11. August 1931 wird außer Kraft gesetzt. Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung wird in seiner Eigenschaft als Kurator der Preußischen Akademie der Künste beauftragt, mir im Benehmen mit der Akademie der Künste möglichst bald einen neuen zeitgemäßen Satzungsentwurf vorzulegen. Bis zum Inkrafttreten dieser Satzung wird die Akademie der Künste von ihrem Kurator nach pflichtgemäßem Ermessen geführt. Berlin, den 1. Juli 1937. Der Preußische Ministerpräsident. Göring.“

² Zu den Austritten bzw. Ausschlüssen der genannten Mitglieder vgl. die Dokumente unter Teil C, Ziffer III.

3) Zu neuen ordentlichen Mitgliedern der Akademie ernenne ich mit sofortiger Wirkung:

a) Architekten: Professor Brinkmann, Bremen; Fick, München; Professor Gall, München; Giesler, Sonthofen; Prof. Klotz, Köln; Professor March, Berlin; Professor Sagebiel, Berlin; Professor Dr. Schumacher, Hamburg; Professor Speer, Berlin; Robert Tischler, München.

b) Bildhauer: Professor Breker, Berlin; Philipp Harth, Berlin; Professor Richard Klein, München; Professor Knecht, München; Gerhard Marcks, Berlin; Professor Scheibe, Berlin; Schmid-Ehmen, München; Professor Thorak, München; Professor Waldschmidt, Stuttgart.

c) Maler: Professor Burmann, Berlin; Georg Ehmig, Berlin; Otto Herbig, Berlin; Kaspar, München; Kowalski, Breslau; Professor Lenk, Berlin; Mahlau, Lübeck; Professor Nebel, Kassel; Professor Partikel, Königsberg; Professor Peiner, Kronenburg (Eifel); Professor Preetorius, München; Professor Ferdinand Spiegel, Berlin;

d) Kunsthandwerker: Professor Douglas-Hill, Berlin; Professor v. Eiff, Stuttgart; Professor Esser, Berlin; Emil Lettré, Berlin; Julius Schramm, Berlin; F. R. Wilm, Berlin;

e) Musiker: Dr. Furtwängler, Berlin; Professor Dr. Knab, Berlin; Heinrich Kaminski, Tiengen; Hermann Reutter, Frankfurt am Main.

4) Die Behandlung der Ausländer, die ordentliche oder außerordentliche Mitglieder der Akademie sind, wird der endgültigen neuen Satzung vorbehalten. Wegen der Ernennung der mir vorgeschlagenen französischen Künstler und des finnischen Komponisten Kilpinen zu außerordentlichen Mitgliedern ergeht besonderer Erlaß.

Ich ersuche, das danach Erforderliche sofort zu veranlassen.

Über das zu 2) Veranlaßte ist mir unverzüglich zu berichten. Die neuernannten Mitglieder wollen Sie sofort in Kenntnis setzen und für eine Einführung in geeigneter Form Sorge tragen. Sollte einer der ernannten Künstler wider Erwarten seine Mitgliedschaft ablehnen, wäre mir ohne Verzug zu berichten.

Rust

164 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 15. Juli 1937

An die neuernannten ordentlichen Mitglieder

Sehr verehrter Herr . . . ,

ich freue mich Ihnen mit dem Ausdruck meines Glückwunsches mitteilen zu können, daß der Herr Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Sie im Einvernehmen mit dem Protektor der Akademie, Herrn Ministerpräsidenten Generaloberst Göring, mit sofortiger Wirkung zum ordentlichen Mitglied der Akademie ernannt hat.

Mitteilung über die später stattfindende Einführung in die Akademie darf ich mir ergebenst vorbehalten.

Heil Hitler!

Im Auftrage des stellvertretenden Präsidenten

Amersdorffer

NICHTBESTÄTIGUNG DER BERUFUNGEN

165 [Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, München, den 18. 7. 1937] – Telegramm –

preußische akademie der kuenste, berlin

saemtliche neuberufungen in die akademie beduerfen zu ihrer gueltigkeit im einzelnen
meine persoenliche unterschrift = rust

[Handschriftlicher Vermerk:] Persönliche Rückspr. mit ORR Dr. Schwarz im Minist.
gehalten. Am[ersdorffer] 18. 7.

Aktennotiz, 19. 7. 37

166

Nach Eingang des Telegramms des Herrn Ministers aus München hatte ich mit Herrn Dr. Schwarz im Ministerium eine Besprechung, bei der er mir Mitteilungen über die Vorgänge in München machte. – Er benannte mir 13 von den neuberufenen Mitgliedern, deren Schaffen nochmals genau nachgeprüft werden soll. Von diesen 13 Künstlern ist möglichst umgehend Abbildungsmaterial durch die Akademie zu beschaffen.

Amersdorffer

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 19. 7. 1937

167

Sehr verehrter Herr . . .¹

im Anschluß an unser Schreiben vom 15. d.Mts. beehre ich mich Ihnen ergebenst mitzuteilen, daß die höheren Stellen vor Aushändigung der Ernennungsurkunde Ihr künstlerisches Schaffen möglichst eingehend kennen zu lernen wünschen. Auftragsgemäß bitte ich Sie deshalb der Akademie gefälligst *umgehend* Fotografien Ihrer Werke, wenn vorhanden auch gute farbige Reproduktionen und gegebenenfalls graphische Arbeiten zu übersenden.

Mit verbindlichem Dank im voraus und mit Heil Hitler!

Der stellvertretende Präsident

Im Auftrage Amersdorffer

[Handschriftlicher Vermerk:] Fassung dieses Schreibens fernmündlich mit dem Sachbearbeiter im Minist. Herrn Dr. Schwarz vereinbart. Am.

[Prof. Ludwig-Peter Kowalski] Breslau, Uferzeile 33, den 20. Juli 1937

168

An die Preußische Akademie der Künste, Berlin, Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr Präsident.

Ich beeile mich, dem dringlichen Schreiben vom 19. Juli entsprechend, die in meinem Besitz befindlichen Photobild-Wiedergaben eines Teiles meiner Arbeit zu überreichen. Ich habe durch Ferngespräch erwirkt, daß die zur Zeit in Mannheim, Städtische Kunsthalle, befindlichen Photobild-Wiedergaben eines Teiles meiner angewandten Arbeiten noch heute an die Preußische Akademie der Künste abgesandt werden.

Ich darf mir erlauben, auf folgende Original-Arbeiten in Berlin ergebenst hinzuweisen:

Der „Deutschland“ gobelin im Sitzungssaal des Hauses des Deutschen Sports – Reichsportfeld.

Der „Hakenkreuz“ gobelin im kleinen Sitzungssaal der Präsidialkanzlei, Voßstraße I.

Das Ölbild „Winter an der Oder“ im Kronprinzenpalais der Nationalgalerie.

¹ Dieses Schreiben ging an folgende neuernannte Bildhauer und Maler: Breker, Burmann, Ehmig, Hardt, Herbig, Kowalski, Lenk, Mahlau, Marcks, Nebel, Partikel, Scheibe, Spiegel.

Das Ölbild „Breslauer Städtebild“ im Gemeindetag Berlin NW 40, Alsenstraße 7.
3 Aquarelle im Luftfahrtministerium.

In der Annahme, hiermit Ihrer Aufforderung entsprochen zu haben, empfehle ich mich Ihnen, Herr Präsident, mit dem Ausdruck meines Dankes und meiner vorzüglichsten Hochachtung

Heil Hitler

Ludwig-Peter Kowalski

169 [Prof. Alfred Partikel] z. Zt. Ahrenshoop (Ostsee), 23. 7. 37

An die Preußische Akademie der Künste, Berlin

Sehr geehrter Herr Professor,

ich danke Ihnen bestens für die Mitteilung meiner Ernennung zum Mitglied der Akademie, deren ehrenvolle Bedeutung ich wohl zu schätzen weiß. Gleichzeitig möchte ich Ihnen für Ihren persönlichen Glückwunsch herzlich danken.

Auf Ihr Schreiben vom 19. d. Mts. möchte ich ergebenst bemerken, daß der von höherer Stelle geäußerte Wunsch, mein Schaffen durch Photographien kennen zu lernen, mich etwas befremdet hat, weil ja meine Berufung nur auf Grund einer genauen Kenntnis meines Werkes erfolgt sein kann. Da ich selbst nicht glaube, daß Photographien imstande sind, den Eindruck eines Bildes zu vermitteln, habe ich nie Wert darauf gelegt, solche von meinen Bildern anfertigen zu lassen. Ich bin aber natürlich gern bereit, Ihnen nach meiner Rückkehr von meiner Studienreise alles in andern Händen befindliche Material zu beschaffen. Da aber meine besten Arbeiten in Museen und im Privatbesitz verstreut sind, weiß ich nicht, ob es mir überhaupt möglich sein wird, Ihnen ein Gesamtbild meines Schaffens in dieser Form zu übermitteln.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

Heil Hitler!

Alfred Partikel

170 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 25. VII. 37

Sehr verehrter Herr Prof. Schumann,

am heutigen Sonntag ist es mir endlich möglich, Ihnen – nach großer Arbeitshetze, die z. Zt. noch nicht überstanden ist – kurz zu berichten und Ihnen für Ihren Brief aus München und die Karte aus den Bergen bestens zu danken.

Nach meinem Besuch in Rathen gingen am 10. VII. sofort die Schreiben an die Mitglieder ab, die zum Austritt bewogen werden sollten. Am Abend des gleichen Tages erreichte mich aber der telefonische Auftrag des Ministeriums, die Austritte so zu beschleunigen, daß sie schon am 13. VII. in möglichst großer Zahl erklärt seien. Den ganzen Sonntag und Montag über habe ich telefoniert und telegraphiert; manche waren verreist, was die Sache erschwerte. Am Dienstag, d. 13. VII. früh konnte ich aber schon den in Abschrift beigelegten Bericht an das Ministerium erstatten: von den 9 Fällen waren 6 erledigt (Kirchners Telegramm habe ich als Austritt ausgelegt; zu halten ist er doch auf keinen Fall). – Der Fall Pechstein ist zur Stunde noch unerledigt; auf meine Bitte hat ihm aber jetzt auch Kampf dringend geraten auszutreten (P. ist z. Zt. nicht in Berlin). Der Fall Nolde macht noch Schwierigkeiten; zu halten ist auch er nicht. Belling ist noch unterwegs, wird erst Ende Juli hier eintreffen (er ist in München übrigens im „Tempel der Kunst“ mit einem Werk vertreten und *gleichzeitig* in der sogenannten „Schandausstellung“ mit 2 Arbeiten!).

Über andere durch Angriffe sehr gefährdete Mitglieder der Akad. (Hofer, Rohlf, Scharff, Kubin) mußte ich dem Ministerium noch Material beschaffen, immer „sofort“, so schwierig es auch war. – Zum *Austritt* aufgefordert werden mußte noch Kokoschka. Eine Antwort von ihm ist noch nicht da, weshalb ich heute noch an ihn telegraphiert habe. Er lebt in Wien, ist aber viel in Paris, London usw., wer weiß, wann und wo ihn Post erreicht. – Auch die Geh. Staatspolizei hat mich wiederholt wegen Barlach, Scharff, Kubin u. anderer Mitglieder angerufen, durch Beauftragte bei uns die Personalien feststellen lassen usw.

Am 15. VII. kam dann der wichtige Erlaß über die Neuordnung der Akad. mit dem wichtigsten Punkt: Göring Protektor!, dazu die segensreichen Inaktivierungen von Bildenden Künstlern, die Andeutung der Austritte und die Ernennung neuer Mitglieder. – Unter Anspannung aller unserer Bürokräfte ist es mir gelungen, die Benachrichtigung der neuen Mitglieder und das Umschreiben an die bisherigen Mitglieder noch am 16. VII. herauszubringen. Am nächsten Tag ging dann natürlich das Telefon ständig bei mir, bis ich mich schließlich den Anfragen nach Möglichkeit entzog.

Dann kamen die Münchener Kunsttage, die Sie ja mitgenossen haben, und in ihrem Gefolge eine unliebsame Überraschung: Gegen manche der neuernannten Mitglieder wurde in München, wo alles so schön beieinander war, heftig Stimmung gemacht, auch das nötige Photographien-Material hatte man schon zur Hand. Zwei der Neuernannten sind ja in der „Schandausstellung“ vertreten: Gerh. Marcks u. Partikel. Am 18. VII. sandte der Minister das in Abschr. hier beiliegende Telegramm¹, das mich umso mehr verblüffte, als der Erlaß vom 15. VII., durch den die neuen Mitglieder in jeder Hinsicht „gültig“ ernannt sind, die Unterschrift des Ministers trägt. Auch die Veröffentlichung in der gesamten Presse war ja vom Minister selbst veranlaßt worden (noch *bevor* die Akad. den Erlaß erhalten hatte), sie sollte ja – wie mir gesagt wurde – „schlagartig“ noch *vor* dem „Tag der Kunst“ kommen. An das Ministerium (Dr. Schwarz) hat der Minister sogar telegraphiert, daß alle Neuernennungen nochmals „geprüft“ werden müßten. – Der Minister ist offenbar in eine sehr schwierige Situation geraten (die Sache ist eben sehr überstürzt worden; es wäre besser gewesen, die Münchener Lage erst abzuwarten). Den Neuernannten sollte – wie mir bei einer Besprechung im Minist. gesagt wurde – ausdrücklich mitgeteilt werden, daß ihre Ernennung noch nicht endgültig wäre und noch „nachgeprüft“ würde. Da dies doch gar zu blamabel für den Minister gewesen wäre, habe ich eine andere, mildere Form vorgeschlagen, die angenommen wurde (die Musiker betrifft diese ganze Sache natürlich *nicht*). 13 Maler und Bildhauer haben dann ein Schreiben dieser Form erhalten und wurden aufgefordert, Photos etc. ihrer Arbeiten *sofort* einzusenden. – Nun können Sie sich vielleicht denken, welche Schwierigkeiten die Beschaffung dieses Materials macht, da die meisten Künstler gerade jetzt verreist sind. Ich mußte aber rücksichtslos in die Sommerfrischen (soweit sie zu ermitteln waren) nachtelegraphieren. Einer (Maler Ehmig) hat schon seinen Aufenthalt in Kampen (Sylt) unterbrochen, ist über Nacht nach Berlin gefahren, um mir sein Material zu bringen. – – Natürlich hat sich dies alles rasch herumgesprochen (schon von München aus), ich werde immer wieder telephon. gefragt, „weshalb die Neuernennungen wieder zurückgenommen worden seien“. – – Am Dienstag tritt M. Präs. Göring eine längere Reise an, deshalb ist nur noch morgen Zeit, die Sache ins Reine zu bringen. Ich bin höchst neugierig, wie diese kuriosen Dinge noch laufen werden. Dabei habe ich noch viele andere Dinge zu tun, besonders dringlich die Abschlüsse der Verkäufe aus der französ. Ausstellung, für die Devisenbewilligung ganz kurz befristet ist (bis 31. Juli!). Die Reichsdevisenstelle hat

¹ Vg. Dok. Nr. 165.

einen Gesamtbetrag von 30.000 RM zur Verrechnung im Clearing-Verfahren bewilligt. Das sind mehr als 300.000 frs. – Ich werde diesen Betrag nicht voll verwenden, schon weil einfach die Zeit zu den langwierigen Verhandlungen u. Correspondenzen fehlt. –

Sie sprechen vom Statut. Sie werden meinen früheren Entwurf (der als Grundlage dienen soll) gelegentlich nochmal erhalten; natürlich arbeite ich ihn noch einmal um. Einstweilen haben wir aber, weiß der Himmel, noch andere Sorgen. Vor September soll an die Statuten-Beratung (in einer kleinen Kommission) nicht herangegangen werden. –

Nun wünsche ich Ihnen, daß Sie sich im schönen Gebirge noch recht erholen, und bin mit herzlichen Grüßen

Ihr Amersdorffer

171 Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin W 8, Unter den Linden 69, den 27. September 1937 – V c 2611 (b) – *Sofort*

An den Herrn Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste

Ich ersuche, von den neuernannten Mitgliedern der Akademie die für die Ernennung von Beamten vorgeschriebenen Unterlagen, insbesondere über Abstammung (auch der Ehefrau) Logen- und Parteizugehörigkeit usw., schnellstens anzufordern und mir vorzulegen. Ausgenommen werden folgende Namen: Harth, Knecht, Marcks, Scheibe, Burmann, Ehmig, Herbig, Kowalski, Lenk, Mahlau, Nebel.

Mit Ihrem Bericht wollen Sie mir zugleich Vorschläge für eine vom Herrn Preußischen Ministerpräsidenten und mir zu unterzeichnende endgültige Ernennungs-urkunde für die neuen Akademiemitglieder unterbreiten.

In Vertretung

Zschintzsch

172 Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 30. 9. 1937 – J. Nr. 893

Sehr geehrter Herr Dr. bezw. Professor usw.¹

Im Auftrage des Herrn Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Erlaß vom 27. September 1937 – V c 2611 (b)) bitte ich Sie ergebenst um genaue Angaben über Ihre Abstammung (auch die Ihrer Ehefrau) durch gefällige Ausfüllung der anliegenden Formulare. Ferner bitte ich Sie mir über etwaige Logen- und Parteizugehörigkeit, über Mitgliedschaft im Bund Deutsche Schlaraffia, der Alten Schlaraffia-Organisation und dem Rotary-Klub Erklärungen auf beiliegenden Formularen gefälligst vorzulegen. Alle ausgefüllten Formulare bitte ich an die Akademie zurückgehen zu lassen.

Ich bitte um möglichst sofortige Erledigung, da der Herr Minister umgehende Berichterstattung erwartet.

Heil Hitler!

Der Präsident

In Vertretung Schumann

¹ Das Schreiben ging als Umdruck an alle neuernannten Akademiemitglieder mit Ausnahme von Burmann, Ehmig, Harth, Herbig, Knecht, Marcks, Scheibe, Kowalski, Lenk, Mahlau, Nebel. Vgl. dazu die Anm. zu Dok. Nr. 167.

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 11. März 1940 – 173
J. Nr. 251

An den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin W 8 – Betr.: Berufung neuer Mitglieder der Akademie der Künste, Abteilung für die bildenden Künste und Abteilung für Musik.

Die Akademie erlaubt sich auf die bereits im Juli 1937 ins Auge gefaßte Berufung neuer Mitglieder für die Abteilung für die bildenden Künste und für die Abteilung für Musik zurückzukommen. Die damals durch Erlaß vom 15. Juli 1937 – Vc Nr. 2022 (a) – für die Berufung vorgesehenen bildenden Künstler und Musiker sind bisher nicht in den Kreis der Akademie eingetreten, da sie zufolge der telegraphischen Weisung vom 18. Juli 1937 keine Berufungsurkunden erhalten haben.

Eine Ergänzung der Zahl der ordentlichen Mitglieder wäre jetzt dringend erwünscht, damit die Akademie, die eine große Anzahl von Mitgliedern verloren hat, nicht überaltert und mit dem gegenwärtigen Kunstschaffen in lebendiger Fühlung bleibt. Seit 1932/33 hat keine Ergänzung des Mitgliederbestandes mehr stattgefunden. Seitdem sind 28 bildende Künstler und 10 Musiker von den ordentlichen Mitgliedern verstorben. Ferner mußten infolge des Berufsbeamtengesetzes aus der Akademie ausscheiden bzw. sind freiwillig ausgeschieden oder ausgeschlossen worden: 22 bildende Künstler und 4 Musiker, so daß die Akademie seit 1932/33 50 bildende Künstler und 14 Musiker aus dem Kreis ihrer ordentlichen Mitglieder verloren hat. Die Akademie umfaßt zurzeit 50 bildende Künstler und 19 Musiker als ordentliche Mitglieder.

Wenn im Juli 1937 an eine weitgehende Ergänzung der Akademie durch eine sehr erhebliche Anzahl neuer Mitglieder, besonders aus dem Bereich der bildenden Künste, gedacht war, so möchten wir heute glauben, daß die damalige Liste jetzt um manchen Namen gekürzt werden könnte. Wir möchten jedoch, um eine feste Grundlage zu haben, von der damals aufgestellten Liste ausgehen. Wenn wir im folgenden Namen zusammenstellen, so soll diese Aufstellung nur vorläufige Vorschläge bedeuten und wir möchten bitten, daß über die Aufstellung einer endgültigen Liste noch eine eingehende Beratung stattfindet.

Architekten

Bezüglich der Architekten möchten wir an der für 1937 aufgestellten Liste Professor Gall, München; Giesler, Sonthofen; Professor Brinkmann, Bremen; Professor March, Berlin; Fick, München; Professor Sagebiel, Berlin; Professor Klotz, Köln; Professor Dr. Schumacher, Hamburg; Robert Zischler, München; Professor Speer, Berlin

zunächst festhalten, da diese Liste u.W. nach wiederholter Besprechung mit Professor Speer aufgestellt worden ist. Die Berufung einer größeren Anzahl von Architekten würde auch schon deshalb gerechtfertigt sein, weil die Akademie eine Anzahl sehr namhafter Architekten aus ihren früheren Mitgliedern durch den Tod verloren hat und weil es erwünscht ist, daß die Baukunst, die im gegenwärtigen Kunstleben eine besonders hervorragende Rolle spielt, in der Akademie stark vertreten ist.

Bildhauer

Als in erster Linie für die Akademie erwünscht nennen wir aus der Liste von 1937 folgende Bildhauer:

Professor Breker, Berlin; Professor Richard Klein, München; Professor Knecht, München; Professor Scheibe, Berlin; Professor Thorak, München; Professor Waldschmidt, Berlin.

Die Bildhauer Philipp Harth-Berlin und Schmid-Ehmen-München könnten vielleicht für eine spätere Berufung ins Auge behalten werden. Der Bildhauer Gerhard Marcks-Berlin, der wegen mancher seiner Werke vielfach Widerspruch erfahren hat, würde für die Berufung kaum in Betracht kommen.

Maler

Für diese nennen wir in erster Linie:

Professor Hermann Kaspar, München; Professor Peiner, Kronenburg; Professor Preetorius, München; Professor Spiegel, Berlin.

Die 8 übrigen, 1937 auf der Liste stehenden Maler Professor Burmann-Berlin, Georg Ehmig-Berlin, Otto Herbig-Berlin, Ludwig Peter Kowalski-Breslau, Professor Franz Lenk-Orlamünde (nicht mehr Berlin), Alfred Mahlau-Lübeck, Professor Alfred Partikel-Königsberg und Professor Kay H. Nebel-Kassel könnten zum Teil vielleicht für spätere Berufung in Betracht kommen.

Kunsthandwerker

Für diese benennen wir in erster Linie:

Professor Esser, Berlin; Professor Lettré, Berlin; Julius Schramm, Berlin; F. R. Wilm, Berlin.

Professor von Eiff-Stuttgart könnte vielleicht in späterer Zeit berufen werden. – Ob der Keramiker Professor Douglas-Hill-Berlin als ein wirklich akademiereifer Künstler anzusehen ist, darüber würde vielleicht noch zu sprechen sein.

Professor Esser, der 1937 als Kunsthandwerker berufen werden sollte, könnte eventuell auch für die Liste der Bildhauer vorgesehen werden, obwohl er tatsächlich in seiner Ausübung der Bildhauerkunst einen stark kunsthandwerklichen Einschlag hat. Die Abteilung für Musik möchte in erster Linie aus der Liste für 1937 folgende Namen nennen:

Musiker

Dr. Furtwängler, Berlin; Hermann Reutter, Frankfurt a M. Dazu benennt diese Abteilung noch einen 1937 nicht vorgesehenen Komponisten: Karl Höller, Frankfurt a M, der für die deutsche Musik eine ganz besondere Hoffnung bedeutet und mit seinen bisherigen Werken unsere Orchestermusik schon sehr erfolgreich bereichert hat.

Die Berufung des 1937 genannten Professor Dr. Knab-Berlin möchte die Abteilung für Musik für jetzt nicht befürworten. – Heinrich Kaminski kann nicht mehr als Mitglied der Akademie in Betracht kommen, weil er – wie schon jetzt feststeht – halbarisch ist; durch die Nachforschungen der Reichsstelle für Sippenforschung ist bis jetzt nur noch nicht endgültig ermittelt, ob er Mischling ersten oder zweiten Grades ist.

Schließlich möchte die Abteilung für Musik noch die Anregung geben, daß – wenn irgend möglich – auch ein außerordentliches Mitglied berufen wird: der in Deutschland allgemein und rühmlich bekannte finnländische Komponist Yrjö *Kilpinen*.

Wir dürfen wiederholen, daß die vorstehenden Listen zunächst eine Grundlage für eine Aussprache über die Berufungen neuer Mitglieder bilden sollen, und wären sehr dankbar dafür, wenn eine solche Aussprache mit Vertretern unserer Akademie möglichst bald herbeigeführt werden könnte.

Der Präsident

In Vertretung Schumann

174 Professor Clemens Klotz, Köln, München, den 16. August 1940.

An die Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4

Mit Schreiben vom 15. Juli 1937 bin ich durch den Herrn Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung im Einvernehmen mit dem Protektor der Akademie, Herrn Ministerpräsident Reichsmarschall *Göring*, mit sofortiger Wirkung zum ordentlichen Mitglied der Preußischen Akademie der Künste ernannt worden.

Nach den mir mit Schreiben vom 4. 11. 1937 zugegangenen Formularen, die ich nebst einem Anschreiben vom 8. 11. 1937 ausgefüllt zurücksandte, bin ich bis heute ohne jede weitere Benachrichtigungen geblieben.

Da ich annehme, daß diese durch ein Versehen unterlassen wurde, bitte ich um eine freundliche Mitteilung hierüber. Ich möchte bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringen, daß ich großen Wert darauf lege, an den Aufgaben, die den Mitgliedern der Akademie gestellt sind, teilzunehmen.

Heil Hitler!

Klotz

Preußische Akademie der Künste, Berlin W 8, Pariser Platz 4, den 30. September 1940 – J. Nr. 831 – *Einschreiben!* – *Vertraulich!* 175

Herrn Professor Clemens Klotz, Köln-Beyenthal, Bernhardstraße 142

Sehr verehrter Herr Professor!

Auf Ihre Anfrage vom 16. v.Mts. können wir Ihnen nur die streng vertrauliche Auskunft geben, daß die im Juli 1937 eingeleitete Ergänzung unserer Akademie durch die Berufung neuer Mitglieder sich noch auf dem gleichen Stand befindet wie damals, als unsere letzte Mitteilung im Auftrage des Ministeriums an Sie ergangen ist. Nur dadurch erklärt es sich, daß Sie bisher weitere Benachrichtigungen von uns nicht erhalten haben. Natürlich hat unsere Akademie nichts unterlassen, um auf eine Weiterführung der Angelegenheit hinzuwirken. Doch wird dies voraussichtlich bei den gegenwärtigen Zeitumständen, d.h. während der Dauer des Krieges, kaum den erwünschten Erfolg haben. Auch über Ihre Anfrage haben wir den zuständigen Herrn des Ministeriums unterrichtet. Mit Dank und Freude haben wir davon Kenntnis genommen, daß Sie großen Wert darauf legen unserer Akademie anzugehören und an ihren Aufgaben teilzunehmen.

Heil Hitler!

Der Präsident

In Vertretung Schumann

Aktenvermerk

176

Herr Ministerialrat Dr. Hermann teilte mir heute fernmündlich mit, daß der Herr Minister auf den Antrag der Akademie vom 11. März 1940 – J. Nr. 251 – entschieden hat, daß die Angelegenheit der Berufung neuer Mitglieder für die Abteilung für die bildenden Künste und für die Abteilung für Musik erst nach Schluß des Krieges in weitere Erwägung gezogen werden könne.

Berlin, den 17. Februar 1941

Amersdorffer

Herrn Stellvertr. Präsident Professor Dr. Schumann und Herrn Professor Dr. Arthur Kampf zur gefälligen Kenntnisnahme vorzulegen.

gelesen Schumann

gelesen Kampf

ANHANG

DIE ALTEN UND NEUEN ORDENTLICHEN MITGLIEDER
DER AKADEMIE

Abteilung I – Bildende Künste

1932/33

Albiker, Karl
 Bantzer, Carl (*)
 Barlach, Ernst ausgetreten 11. 7. 1937
 Behrens, Peter (*)
 Belling, Rudolf ausgetreten 10. 8. 1937
 Bernoulli, Hans
 Bestelmeyer, German
 Bieber, Eduard (*)
 Bleeker, Bernhard
 Blunck, Erich (*)
 Bonatz, Paul
 Bräuning, Fritz (*)
 Brütt, Adolf (*)
 Breslauer, Alfred ausgeschlossen 9. 12. 1933
 Cauer, Ludwig (*)
 Cauer, Stanislaus (*)
 Dettmann, Ludwig (*)
 Dix, Otto ausgetreten 17. 5. 1933
 Eichhorst, Franz
 Engel, Otto H. (*)
 Feddersen, Hans Peter (*)
 Fischer, Theodor (*)
 Franck, Philipp (*)
 Gerstel, Wilhelm
 Geßner, Albert (*)
 Geyger, Ernst Moritz (*)
 Gies, Ludwig ausgetreten 11. 7. 1937
 Gosen, Theodor v. (*)
 Greßel, Hans (*)
 Gulbransson, Olaf
 Hagemeister, Karl gestorben 6. 8. 1933
 Hahn, Hermann (*)
 Heine, Thomas Theodor ausgeschlossen 9. 12. 1933
 Herrmann, Hans (*)
 Hertlein, Hans (*)
 Hofer, Karl (*) ausgeschlossen 1. 7. 1938
 Hoffmann, Josef (*)
 Hofmann, Karl gestorben 1. 1. 1934
 Hofmann, Ludwig v. (*)
 Hosaeus, Hermann (*)
 Jaeckel, Willy

Neuberufungen 1937

Breker, Arno
 Brinkmann, Waldemar
 Burmann, Fritz
 Douglas-Hill
 Ehmig, Georg
 Eiff, Wilhelm v.
 Esser, Max
 Fick, Roderich
 Gall, Leonhard
 Gießler, Hermann
 Harth, Philipp
 Herbig, Otto
 Kaspar, Hermann
 Klotz, Clemens
 Knecht, Richard
 Kowalski, Ludwig Peter
 Lettré, Emil
 Mahlau, Alfred
 March, Werner
 Marcks, Gerhard
 Nebel, Kai H.
 Partikel, Alfred
 Peiner, Werner
 Preetorius, Emil
 Sagebiel, Ernst
 Scheibe, Richard
 Schmid-Ehmen, Kurt
 Schramm, Julius
 Schumacher, Fritz
 Speer, Albert
 Spiegel, Ferdinand
 Thorak, Josef
 Tischler, Robert
 Waldschmidt, Arnold
 Wilm, F. R.

Die mit (x) gekennzeichneten Mitglieder wurden durch Erlaß vom 15. 7. 1937 zu inaktiven Mitgliedern erklärt (vgl. Dok. Nr. 163). Eine Liste inaktiver Mitglieder wurde nur in der Abteilung für Bildende Künste geführt.

Janensch, Gerhard gestorben 2. 2. 1933
 Jansen, Hermann (*)
 Kampf, Arthur
 Kirchner, Ernst Ludwig ausgetreten 12. 7. 1937
 Klimsch, Fritz
 Kokoschka, Oskar ausgeschlossen 1. 7. 1938
 Kolbe, Georg
 Kollwitz, Käthe ausgetreten 15. 2. 1933
 Kraus, August gestorben 8. 2. 1934
 Kreis, Wilhelm (*)
 Kruse, Max (*)
 Kubin, Alfred (*)
 Lechter, Melchior (*)
 Lederer, Hugo (*)
 Liebermann, Max ausgetreten 7. 5. 1933
 Manzel, Ludwig gestorben 20. 11. 1936
 Marr, Carl v. gestorben 10. 7. 1936
 Mebes, Paul ausgetreten 16. 5. 1933
 Meid, Hans
 Mendelsohn, Erich ausgeschlossen 9. 12. 1933
 Mies van der Rohe, Ludwig ausgetreten 13. 7. 1937
 Nolde, Emil
 Pankok, Bernhard (*)
 Paul, Bruno ausgetreten 11. 7. 1937
 Pechstein, Max ausgeschlossen 6. 9. 1937
 Pfannschmidt, Ernst (*)
 Plontke, Paul (*)
 Poelzig, Hans gestorben 14. 6. 1936
 Purrmann, Hans (*)
 Rohlf, Christian (*) gestorben 8. 1. 1938
 Scharff, Edwin
 Schmidt-Rottluff, Karl ausgetreten 18. 5. 1933
 Schmitthenner, Paul
 Schmitz, Josef
 Schultze-Naumburg, Paul (*)
 Schuster-Woldan, Raffael (*)
 Seeck, Franz ausgeschlossen 9. 12. 1933
 Sintenis, Renée ausgeschlossen 28. 2. 1934
 Stahl, Friedrich (*)
 Starck, Konstantin (*)
 Steinmetz, Georg gestorben 4. 5. 1936
 Straumer, Heinrich (*)
 Taut, Bruno ausgeschlossen 23. 1. 1934
 Tessenow, Heinrich (*)
 Vogel, Hugo gestorben 26. 9. 1934
 Wackerle, Josef
 Wagner, Martin ausgetreten 7. 5. 1933
 Walser, Karl
 Weiß, Emil Rudolf ausgetreten 11. 7. 1937
 Wolff, Heinrich (*)
 Zügel, Heinrich v. (*)

Abteilung II – Musik

1932/33

Berg, Alban gestorben 24. 12. 1935
 Bittner, Julius
 Butting, Max
 Braunfels, Walter ausgeschlossen 20. 1. 1934
 Graener, Paul
 Haas, Joseph
 Hausegger, Siegmund v.
 Hindemith, Paul
 Juon, Paul
 Kahn, Robert ausgeschlossen 20. 1. 1934
 Kempff, Wilhelm
 Keußler, Gerhard v.
 Klose, Friedrich
 Mendelsohn, Arnold gestorben 19. 2. 1932
 Othegraven, August v.
 Pfitzner, Hans
 Reznicek, Emil Nicolaus v.
 Schillings, Max v. gestorben 24. 7. 1933
 Schönberg, Arnold ausgeschlossen 9. 12. 1933
 Schreker, Franz ausgeschlossen 9. 12. 1933
 Schumann, Georg
 Strässer, Ewald gestorben 5. 4. 1933
 Strauß, Richard
 Taubert, Ernst Eduard gestorben 14. 7. 1934
 Thiel, Karl
 Tiessen, Heinz
 Trapp, Max
 Weismann, Julius
 Wetz gestorben 16. 1. 1935
 Wolf-Ferrari, Ermanno
 Woysch, Felix

Abteilung III – Dichtung

1932/33

Bahr, Hermann gestorben 15. 1. 1934
 Benn, Gottfried
 Binding, Rudolf G.
 Däubler, Theodor gestorben 13. 6. 1934
 Döblin, Alfred ausgetreten 18. 5. 1935
 Frank, Leonhard ausgeschlossen 5. 5. 1933
 Fulda, Ludwig ausgeschlossen 5. 5. 1933
 Halbe, Max
 Hauptmann, Gerhart
 Huch, Ricarda ausgetreten 9. 4. 1933
 Kaiser, Georg ausgeschlossen 5. 5. 1933
 Kellermann, Bernhard ausgeschlossen 5. 5. 1933
 Loerke, Oskar

Neuberufungen 1937

Furtwängler, Wilhelm
 Kaminski, Heinrich
 Knab, Armin
 Reutter, Hermann

Neuberufungen 1933

Beumelburg, Werner
 Blunck, Hans Friedrich
 Claudius, Hermann
 Dörfler, Peter
 Ernst, Paul – gest. 13. 5. 33
 Frenssen, Gustav
 Griese, Friedrich
 Grimm, Hans
 Handel-Mazzetti, Enrica v.
 Huch, Rudolf
 Johst, Hanns
 Kolbenheyer, Erwin Guido
 Kurz, Isolde

Mann, Heinrich	ausgetreten 15. 2. 1933	Lersch, Heinrich
Mann, Thomas	ausgetreten 17. 3. 1933	Miegel, Agnes
Mell, Max		Münchhausen, Börries v.
Molo, Walter v.		Schäfer, Wilhelm
Mombert, Alfred	ausgeschlossen 5. 5. 1933	Schaffner, Jakob
Pannwitz, Rudolf	ausgeschlossen 8. 5. 1933	Schlaf, Johannes
Paquet, Alfons	ausgetreten 15. 3. 1933	Strauß, Emil
Ponten, Josef		Vesper, Will
Schickele, René	ausgeschlossen 5. 5. 1933	Wehner, Joseph
Schmidtbonn, Wilhelm		
Schönherr, Karl		Hans Carossa und
Scholz, Wilhelm v.		Ernst Jünger lehnten
Seidel, Ina		die Berufung ab.
Stehr, Hermann		
Stucken, Eduard		
Unruh, Fritz v.	ausgeschlossen 5. 5. 1933	
Wassermann, Jakob	ausgeschlossen 8. 5. 1933	
Werfel, Franz	ausgeschlossen 5. 5. 1933	

Die Namenlisten folgen den Aufstellungen der Akademieakten. Sterbedaten bis zum Zeitpunkt der Ausschlüsse bzw. der Neuberufungen sind angegeben, soweit sie sich aus den Akademieunterlagen rekonstruieren ließen.

VERZEICHNIS DER DOKUMENTE

Das Verzeichnis folgt der Anordnung des Dokumententeils. In der Regel sind die aufgeführten Dokumente maschinenschriftliche Originale bzw. deren abgezeichnete Durchschriften. Der Vermerk [HS] weist das Original als handschriftlich aus; liegt ein Dokument als Abschrift vor, so ist dies mit [AS] gekennzeichnet. Die Signaturen beziehen sich sämtlich auf den Aktenbestand des Archivs der Preußischen Akademie der Künste.

- | | |
|--|------------|
| [1] Ausführungen von RK Rust zur Akademie, 13. 2. 1933 (nach Deutsche Allgemeine Zeitung v. 14. 2. 1933) | |
| [2] „Dringender Appell“ des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes zu den Wahlen am 5. März 1933 [AS] | D1a, Bd. 1 |
| [3] Sitzung der Gesamtakademie, 15. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [4] v. Schillings an Rust, 16. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [5] Presseerklärung des Ministeriums, o.D. | D1a, Bd. 1 |
| [6] Reaktionen der berliner Tagespresse: Vossische Zeitung v. 16. 2., Berliner Tageblatt v. 16. 2., Berliner Börsenzeitung v. 16. 2., Deutsche Zeitung v. 16. 2., Deutsche Tageszeitung v. 16. 2., Berliner Illustrierte Nachtausgabe v. 16. 2., Tempo (Berlin) v. 16. 2., Deutsche Allgemeine Zeitung v. 17. 2., Der Tag v. 17. 2., Völkischer Beobachter v. 17. 2., Welt am Abend v. 20. 2., Tägliche Rundschau v. 21. 2., Der Vorwärts v. 23. 2. 1933 | |
| [7] Paquet zur bevorstehenden Sitzung, 17. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [8] desgl. Huch, 17. 2. 1933 [HS] | D1a, Bd. 1 |
| [9] desgl. v. Molo, 17. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [10] desgl. v. Scholz, 18. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [11] desgl. Mombert, 18. 2. 1933 [HS] | D1a, Bd. 1 |
| [12] desgl. Halbe, 19. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [13] desgl. Ponten, 19. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [14] desgl. Seidel, 20. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [15] Barlach an v. Schillings, 23. 2. 1933 [HS] | M1, Bd. 9b |
| [16] v. Schillings an Barlach, 28. 2. 1933 | M1, Bd. 9b |
| [17] Loerke an Th. Mann, 20. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [18] Sitzung des Senats und der Abteilung für Dichtung, 20. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [19] v. Schillings an die Sektionsmitglieder, 21. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [20] v. Molo an v. Schillings, 23. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [21] v. Schillings an Döblin, 28. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [22] Döblin an Loerke, 4. 3. 1933 [HS] | D1a, Bd. 1 |
| [23] Loerke an v. Schillings, 7. 3. 1933 | D8, Bd. 2 |
| [24] Binding an v. Schillings, 23. 2. 1933 [HS] | D1a, Bd. 1 |
| [25] v. Schillings an Binding, 28. 2. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [26] Binding an die Abteilung für Dichtung, 11. 3. 1933 [HS] | D1a, Bd. 1 |
| [27] Sitzung des Senats und der Abteilung für Dichtung, 13. 3. 1933 | P21, Bd. 3 |
| [28] v. Schillings an die Sektionsmitglieder, 14. 3. 1933 (Reversaktion) | D1a, Bd. 1 |
| [29] Paquet an v. Schillings, 15. 3. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [30] v. Schillings an Paquet, 22. 3. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [31] Th. Mann an v. Schillings, 17. 3. 1933 | D1a, Bd. 1 |
| [32] v. Schillings an Th. Mann, 22. 3. 1933 | D1a, Bd. 1 |

- [33] Döblin an v. Schillings, 17. 3. 1933 [HS] D1a, Bd. 1
- [34] Döblin an v. Schillings, 18. 3. 1933 [HS] D1a, Bd. 1
- [35] v. Schillings an Döblin, 22. 3. 1933 D1a, Bd. 1
- [36] Huch an v. Schillings, 16. 3. 1933 [HS] D1a, Bd. 1
- [37] v. Schillings an Huch, 22. 3. 1933 D1a, Bd. 1
- [38] Huch an v. Schillings, 24. 3. 1933 [HS] D1a, Bd. 1
- [39] v. Schillings an Huch, 6. 4. 1933 D1a, Bd. 1
- [40] Huch an v. Schillings, 9. 4. 1933 [HS] D1a, Bd. 1
- [41] Huch an Loerke, 9. 5. 1933 [HS] D1a, Bd. 1
- [42] v. Schillings an Huch, 9. 5. 1933 D1a, Bd. 1
- [43] Wassermann an v. Schillings, 18. 3. 1933 [HS] D1a, Bd. 1
- [44] v. Schillings an Wassermann, 23. 3. 1933 D1a, Bd. 1
- [45] v. Schillings an Wassermann, 18. 4. 1933 D1a, Bd. 1
- [46] Pannwitz an v. Schillings, 18. 3. 1933 [AS] D1a, Bd. 1
- [47] v. Schillings an Schickele, 11. 4. 1933 D1a, Bd. 1
- [48] Schickele an v. Schillings, 18. 4. 1933 D1a, Bd. 1
- [49] v. Schillings an Schickele, 5. 5. 1933 D1a, Bd. 1
- [50] Loyalitätserklärung von Kaiser, 3. 4. 1933 D1a, Bd. 1
- [51] Ausschlußbescheid an Kaiser, 5. 5. 1933 D1a, Bd. 1
- [52] Liebermann an v. Schillings, 7. 5. 1933 [HS] D1a, Bd. 1
- [53] Presseerklärung von Liebermann, Centralvereins-Zeitung v. 11. 5. 1933
- [54] Binding an die Akademie, 4. 5. 1933 M1b, Bd. 1a
- [55] Binding an Amersdorffer, 6. 5. 1933 P5, Bd. 2
- [56] ORR Zierold an Benn, 5. 5. 1933 M1b, Bd. 1a
- [57] Sitzung der Abteilung für Dichtung, 5. 5. 1933 P21, Bd. 3
- [58] Meldungen der Tagespresse: Münchener Zeitung v. 8. 5. 1933
- [59] v. Molo an Rust, 11. 5. 1933 D1a, Bd. 1
- [60] Aktennotiz Amersdorffers über telefonische Mitteilung des Ministeriums (Zierold), 22. 5. 1933 M1b, Bd. 1a
- [61] Amersdorffer an Binding, 1. 6. 1933 P5, Bd. 2
- [62] Konstituierende Sitzung der erneuerten Abteilung für Dichtung, 7. 6. 1933 M1b, Bd. 1a
- [63] Telegramme der Abteilung für Dichtung an v. Hindenburg, Hitler, Rust, 8. 6. 1933 M1b, Bd. 1a
- [64] Presseerklärung des Ministeriums, 9. 6. 1933 M1b, Bd. 1a
- [65] v. Schillings an die Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums, 10. 6. 1933 M1b, Bd. 1a
- [66] Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums an v. Schillings, 12. 6. 1933 M1b, Bd. 1a
- [67] E. Jünger an die Deutsche Akademie der Dichtung, 16. 11. 1933 M1b, Bd. 1a
- [67a] Beumelburg an Jünger, 18. 11. 1933 [AS] P27, Bd. 1
- [67b] Jünger an Beumelburg, 18. 11. 1933 [AS] P27, Bd. 1
- [68] v. Schillings an v. Staa, 10. 6. 1933 M1b, Bd. 1a
- [69] v. Staa an v. Schillings, 15. 6. 1933 M1b, Bd. 1a
- [70] Blunck an Beumelburg, 24. 6. 1933 P24, Bd. 1
- [71] Beumelburg an Blunck, 26. 6. 1933 P24, Bd. 1
- [72] Beumelburg an Zierold, 6. 7. 1933 [AS] P24, Bd. 1
- [73] Beumelburg an die Mitglieder der Deutschen Akademie der Dichtung, 12. 7. 1933 M1b, Bd. 1a
- [74] Beumelburg an die Senatsmitglieder der Deutschen Akademie der Dichtung (Beschlußentwurf), 14. 7. 1933 M1b, Bd. 1a

- [75] Stellungnahme von Grimm, 15. 7. 1933 M1b, Bd. 1a
 [76] desgl. Blunck, 21. 7. 1933 M1b, Bd. 1a
 [77] desgl. Stehr, 19. 7. 1933 M1b, Bd. 1a
 [78] desgl. Schäfer, 20. 7. 1933 M1b, Bd. 1a
 [79] desgl. Kolbenheyer, 27. 7. 1933 M1b, Bd. 1a
 [80] Vesper an Beumelburg, 22. 6. 1933 P24, Bd. 1
 [81] v. Handel-Mazzetti an den Vorstand der Deutschen Akademie der Dichtung, 28. 9. 1933 [AS] P24, Bd. 1
 [82] Sitzung des Senats der Abteilung für Dichtung (Deutsche Akademie der Dichtung), 26. 10. 1933 P21, Bd. 3
 [83] Kundgebung der Deutschen Akademie der Dichtung zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, 30. 10. 1933 P24, Bd. 1
 [84] Beumelburg an Haupt (Buchmesse 1933), 13. 11. 1933 P24, Bd. 1
 [85] Johst an Beumelburg, o.D. [HS] P24, Bd. 1
 [86] Grimm an Beumelburg, 17. 11. 1933 P24, Bd. 1
 [87] Strauß an v. Münchhausen, 5. 12. 1933 M1b, Bd. 2
 [88] Grimm an die Mitsenatoren, 6. 12. 1933 M1b, Bd. 2
 [89] Grimm an Beumelburg, 7. 12. 1933 P24, Bd. 1
 [90] Schäfer, Johst, Kolbenheyer, Beumelburg an die Mitglieder der Deutschen Akademie der Dichtung, 12. 1. 1934 M1b, Bd. 2
 [91] Binding, Grimm, Kolbenheyer, v. Münchhausen, Schäfer, Strauß an Rust, 29. 3. 1934 D1a, Bd. 1
 [92] Sitzung des Senats der Deutschen Akademie der Dichtung, 4. 6. 1933 D7a, Bd. 3
 [92a] Binding an Grimm, 21. 11. 1933 M1b, Bd. 2
 [93] Geßner an v. Schillings, 12. 5. 1933 M1, Bd. 9a
 [94] v. Schillings an Geßner, 16. 5. 1933 M1, Bd. 9a
 [95] v. Schillings an die zwölf Pairs, 15. 5. 1933 M1, Bd. 9a
 [96] Stellungnahme von Mebes, 16. 5. 1933 [HS] M1, Bd. 9a
 [97] desgl. Dix, 17. 5. 1933 [HS] M1, Bd. 9a
 [98] desgl. Schmidt-Rottluff, 18. 5. 1933 M1, Bd. 9a
 [99] desgl. Kirchner, 17. 5. 1933 [HS] M1, Bd. 9a
 [100] desgl. Mies van der Rohe, 18. 5. 1933 M1, Bd. 9a
 [101] desgl. Nolde, 18. 5. 1933 M1, Bd. 9a
 [102] desgl. Gies, 19. 5. 1933 [HS] M1, Bd. 9a
 [103] desgl. Sintenis, 21. 5. 1933 [HS] M1, Bd. 9a
 [104] desgl. Mendelsohn, 22. 5. 1933 M1, Bd. 9a
 [105] desgl. Scharff, 22. 5. 1933 [HS] M1, Bd. 9a
 [106] desgl. Belling, 31. 5. 1933 [HS] M1, Bd. 9a
 [107] Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933
 [108] v. Schillings an den Reichsminister des Innern, 16. 6. 1933 M1, Bd. 9a
 [109] Amersdorffer an den Reichsminister des Innern, 1. 7. 1933 M1, Bd. 9a
 [110] Der Sachverständige für Rasseforschung beim RMI an die Akademie, 3. 7. 1933 M1, Bd. 9a
 [111] Amersdorffer an den Sachverständigen für Rasseforschung beim RMI, 4. 7. 1933 M1, Bd. 9a
 [112] Aktennotiz Amersdorffers, 4. 7. 1933 M1, Bd. 9b
 [113] Dix an den Präsidenten, 12. 4. 1933 [HS] M1, Bd. 9a
 [114] Kraus an Rust zum Fall Kollwitz, 4. 8. 1933 B1a, Bd. 1
 [115] Kraus an Rust zum Fall Schönberg, 4. 8. 1933 B1a, Bd. 1
 [116] Ministerieller Erlaß zum Fall Schönberg, 15. 9. 1933 B1a, Bd. 1
 [117] Kraus an Schönberg, 18. 9. 1933 B1a, Bd. 1

- [118] Schönberg an die Akademie, 3. 10. 1933 [AS] B1a, Bd. 1
- [119] Schönberg an die Akademie, 16. 12. 1933 [AS] B1a, Bd. 1
- [120] Ministerieller Bescheid an Schönberg, 12. 3. 1934 [AS] B1a, Bd. 1
- [121] Ministerieller Erlaß zu § 3, BBG, 9. 12. 1933 M1, Bd. 10
- [122] Kraus an Rust, 11. 12. 1933 M1, Bd. 10
- [123] Ministerieller Erlaß zu den Fällen Braunfels, Kahn und Taut, 20. 1. 1934 M1, Bd. 10
- [124] Kraus an Taut, 23. 1. 1934 M1, Bd. 10
- [125] Kahn an den Präsidenten, 9. 2. 1934 M1, Bd. 10
- [126] Braunfels an den Präsidenten, 24. 1. 1934 M1, Bd. 10
- [127] Schumann an Braunfels, 21. 2. 1934 M1, Bd. 10
- [128] Schumann an Rust, 24. 2. 1934 M1, Bd. 10
- [129] Ministerieller Bescheid zum Fall Tiessen und Bräuning, 25. 7. 1934 M1, Bd. 10
- [130] Die Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst an die Akademie (betr. Kokoschka), 7. 12. 1935 M1, Bd. 11
- [131] Schumann an die Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst, 12. 12. 1935 M1, Bd. 11
- [132] Amersdorffer an die Reichsstelle für Sippenforschung (betr. Barlach), 12. 11. 1936 M1, Bd. 11
- [133] Abstammungsbescheid der Reichsstelle für Sippenforschung, 30. 3. 1937 M1, Bd. 11
- [134] Amersdorffer an ORR Schwarz, 26. 7. 1937 M1, Bd. 11
- [135] Ministerieller Erlaß zum Fall Pechstein, 2. 6. 1937 M1, Bd. 11
- [136] Amersdorffer an Kampf, 14. 6. 1937 M1, Bd. 11
- [137] Aktennotiz Amersdorffers über eine Besprechung im Ministerium, 8. 7. 1937 M1, Bd. 11a
- [138] Schumann an die unerwünschten Mitglieder, 8. 7. 1937 M1, Bd. 11a
- [139] Aktennotiz Amersdorffers über eine ministerielle Weisung, 10. 7. 1937 M1, Bd. 11a
- [140] Aktennotiz Amersdorffers, 11. 7. 1937 M1, Bd. 11a
- [141] Austrittserklärung von Barlach, 11. 7. 1937 M1, Bd. 11a
- [142] desgl. Gies, 11. 7. 1937 [HS] M1, Bd. 11a
- [143] desgl. Paul, 11. 7. 1937 [AS] M1, Bd. 11a
- [144] desgl. Weiß, 11. 7. 1937 [HS] M1, Bd. 11a
- [145] desgl. Mies van der Rohe, 19. 7. 1937 M1, Bd. 11a
- [146] desgl. Belling, 10. 8. 1937 M1, Bd. 11a
- [147] Kirchner an Schumann, 12. 7. 1937 [AS] M1, Bd. 11a
- [148] Schumann an Kirchner, 24. 7. 1937 M1, Bd. 11a
- [149] Nolde an den Präsidenten, 12. 7. 1937 M1, Bd. 11a
- [150] Pechstein an die Akademie, 12. 7. 1937 [AS] M1, Bd. 11a
- [151] Aktennotiz Amersdorffers, 13. 7. 1937 M1, Bd. 11a
- [152] Aktennotiz Amersdorffers über ministerielle Weisung, 12. 7. 1937 M1, Bd. 11a
- [153] Aktennotiz Amersdorffers über ministerielle Weisung, 20. 7. 1937 M1, Bd. 11a
- [154] Schumann an Kokoschka, 20. 7. 1937 M1, Bd. 11a
- [155] Rohlf's an den Präsidenten, 14. 8. 1937 M1, Bd. 11a
- [156] Amersdorffer an Schwarz, 26. 7. 1937 M1, Bd. 11a
- [157] Pechstein an Kampf, 22. 7. 1937 [AS] M1, Bd. 11a
- [158] Ministerieller Erlaß zum Ausschluß von Pechstein, 6. 9. 1937 M1, Bd. 11a
- [159] Ministerieller Erlaß zum Ausschluß von Hofer und Kokoschka, 1. 7. 1938 M1, Bd. 11a
- [160] Schumann an Pechstein, 11. 9. 1937 M1, Bd. 11a

- [161] Schumann an das Reichssicherheitshauptamt, 3. 6. 1940 M1 Bd. 11a
 [162] Schumann an Rust 13. 10. 1936 M1 Bd. 11
 [163] Ministerieller Beschluß zu Neuberufungen, Inaktivierungen und Ausschlüssen,
 15. 7. 1937 M1 Bd. 11b
 [164] Ernennungsschreiben an die neuen Mitglieder, 15. 7. 1937 M1, Bd. 11b
 [165] Telegramm von Rust aus München an die Akademie, 18. 7. 1937 M1, Bd. 11b
 [166] Aktennotiz Amersdorffers, 19. 7. 1937 M1, Bd. 11b
 [167] Rundschreiben Amersdorffers an einige neuernannte Mitglieder, 19. 7. 1937
 M1, Bd. 11b
 [168] Kowalski an die Akademie, 20. 7. 1937 M1, Bd. 11b
 [169] Partikel an die Akademie, 23. 7. 1937 [AS] M1, Bd. 11b
 [170] Amersdorffer an Schumann, 25. 7. 1937 [HS] M1, Bd. 11b
 [171] Ministerielles Ersuchen an den Präsidenten, 27. 9. 1937 M1, Bd. 11b
 [172] Schumann an die neuernannten Mitglieder, 30. 9. 1937 M1, Bd. 11b
 [173] Schumann an Rust, 11. 3. 1940 M1, Bd. 11b
 [174] Klotz an die Akademie, 16. 8. 1940 M1, Bd. 11b
 [175] Schumann an Klotz, 30. 9. 1940 M1, Bd. 11b
 [176] Aktennotiz Amersdorffers, 17. 2. 1941 M1, Bd. 11b

NAMENVERZEICHNIS

Die Namen Alexander von Amersdorffer und Max von Schillings wurden nicht aufgenommen, ebenfalls nicht die im Anhang genannten Namen.

- Bahr, Hermann 68, 86, 102
 Bantzer, Carl 153
 Barlach, Ernst 25, 48f., 141ff., 150, 157
 Bartels, Adolf 14f.
 Becher, Johannes R. 15
 Becker, Carl Heinrich 15, 42
 Behrens, Peter 129, 155
 Belling, Rudolf 29, 123f., 126, 143f., 146, 150, 156
 Benn, Gottfried 11, 15f., 18ff., 29ff., 51ff., 57ff., 70f., 75, 78, 80, 86, 89, 108
 Berg, Alban 129, 131
 Bermann, Gottfried 49
 Beumelburg, Werner 8, 21f., 70f., 75, 80ff., 85ff., 90f., 93ff., 99ff., 112, 115, 116, 119, 120
 Bieber, Eduard 153
 Binding, Rudolf 8, 15f., 19f., 22, 50ff., 54, 56ff., 69f., 73, 75, 80ff., 99ff., 104ff., 108, 115ff., 121
 Bischoff, Friedrich 103
 Bley, Wulf 109
 Bloem, Walter 109
 Blunck, Hans Friedrich 12, 21f., 38, 70f., 75, 78ff., 81ff., 90f., 93, 95, 99f., 104, 108f., 112f., 116ff., 153
 Böhmker 144
 Borchardt, Rudolf 13
 Bräuning, Fritz 29, 137, 139, 153
 Braunfels, Walter 25, 135ff.
 Brecht, Bertolt 42
 Bredel, Willi 16
 Breker, Arno 154, 155, 159
 Brenner, Hildegard 10, 12
 Breslauer, Alfred 25, 29, 129, 135f.
 Breuer, Robert 140
 Brinkmann, Waldemar 154, 159
 Brütt, Adolf 153
 Butting, Max 29
 Buttlar, Herbert von 7, 8
 Burmann, Fritz 154f., 158, 160
 Burte, Hermann 83
 Carossa, Hans 12, 21, 70f., 73f.
 Cassierer, Paul 147
 Cauer, Ludwig 130, 137, 153
 Cauer, Stanislaus 130, 137, 153
 Claudius, Hermann 83f., 86, 100, 103, 108
 Däubler, Theodor 40, 73, 86, 108
 Dettmann, Ludwig 29, 153
 Dix, Otto 24, 123f., 132
 Döblin, Alfred 14f., 17, 19f., 29f., 34f., 38f., 41, 51ff., 60, 62ff., 71f.
 Dörfler, Peter 70f., 75, 80, 83, 86, 108
 Dörrer, Artur 99
 Douglas-Hill 154, 160
 Eberle 99
 Ehmig, Georg 154f., 157f., 160
 Eichler, Willi 29
 Eiff, Wilhelm von 154, 160
 Emonts, Karl 29
 Engel, Otto H. 29, 153
 Engelmann 28
 Esser, Max 154, 160
 Erler, Otto 70f.
 Ernst, Paul 12, 14, 21, 38, 70f., 74ff., 106
 Euringer, Richard 14
 Falkenfeld, Hellmuth 29
 Fechter, Paul 15
 Feddersen, Hans-Peter 153
 Fick, Roderich 154, 159
 Fischer, Theodor 153
 Franck, Hans 83
 Franck, Philipp 129, 153
 Frank, Leonhard 20, 29, 38, 40f., 51ff., 54, 57, 66, 71f.
 Frenssen, Gustav 83, 87, 100, 103, 106, 108
 Frick, Wilhelm 10
 Fulda, Ludwig 14, 18ff., 29ff., 34, 39, 51ff., 58, 62, 66, 68, 70ff.
 Furtwängler, Wilhelm 26, 154, 160

- Gagern, Friedrich von 83
 Gall, Leonhard 154, 159
 Geßner, Albert 24, 29, 122, 153
 George, Stefan 71, 83
 Gerstel, Wilhelm 29
 Geyger, Ernst Moritz 130, 153
 Gies, Ludwig 29, 123ff., 143f., 150
 Giesler, Hermann 26, 154, 159
 Gleichen, Heinrich von 14
 Goltz, Joachim von der 130
 Goebbels, Joseph 10, 15, 22, 109
 Göring, Hermann 26, 153f., 157, 160
 Gosen, Theodor von 153
 Graener, Paul 29
 Greßel, Hans 153
 Grimm, Hans 8, 12, 14, 21f., 38, 70f.,
 73, 75, 80ff., 85ff., 93ff., 98ff., 102ff.,
 108ff., 112f., 115ff.
 Grimme, Adolf 15, 24, 31, 122ff., 126
 Grob, Fritz 29
 Grogger, Paula 83
 Grossmann, Kurt 29
 Gumbel, Emil Julius 29
- Haagen 131
 Haenisch, Konrad 137
 Hagemeyer, Hans 11
 Hahn, Hermann 130, 153
 Halbe, Max 15, 40, 46, 53, 73, 75, 80,
 83f., 86, 108, 119
 Handel-Mazetti, Enrica von 83f., 87, 98f.
 Hansen, s. Nolde 151
 Hardt, Ernst 105
 Harth, Philipp 154f., 158f.
 Haslinde, 29, 58f., 72
 Hatvany, 40
 Haupt, Gunther 108
 Hauptmann, Gerhart 12, 81, 86, 108
 Heine, Thomas Theodor 135f.
 Herbig, Otto 154f., 158, 160
 Hermann 161
 Herrmann, Hans 129, 137, 153
 Hertlein, Hans 153
 Hesse, Hermann 36, 40, 42, 72
 Hindenburg, Paul von 86
 Hindemith, Paul 132
 Hitler, Adolf 23, 77, 86, 90, 104, 108
 Hodan, Maria 29
 Hofer, Karl 25f., 142, 148, 150, 153, 157
 Höller, Karl 160
 Hoffmann, Josef 130, 153
 Hoffmann, Karl Christian 130
 Hofmann, Ludwig von 153
 Hohlbaum, Robert 83
 Hosaeus, Hermann 29, 31, 153
 Huch, Ricarda 15, 18, 20, 40, 42, 44,
 53, 56, 60f., 63ff., 72ff., 83
 Huch, Rudolf 14, 24, 83f., 86, 103, 106,
 108
 Huder, Walther 7ff.
 Hübner, Ulrich 29, 51, 142
- Jaeckel, Willy 29, 142
 Jansen, Hermann 29, 153
 Jens, Inge 9ff., 15
 Johst, Hanns 14, 21ff., 28, 58, 70f., 80ff.,
 90f., 93, 99, 101ff., 112f., 115ff.
 Jünger, Ernst 21, 83, 86, 88
 Juon, Paul 29, 132
- Kähler, Wilhelm 15
 Kahn, Robert 25, 135ff.
 Kaiser, Georg 20, 40, 62, 66, 68f., 71
 Kaminski, Heinrich 152, 154, 160
 Kampf, Arthur 29, 129, 142f., 149, 161
 Kamps 29
 Kaspar, Hermann 26, 154, 160
 Kellermann, Bernhard 20, 40, 66, 68, 71
 Kestenbergl 134
 Keussler, Gerhard von 8
 Kilpinen, Yrjö 152, 154, 160
 Kirchner, Ernst Ludwig 123f., 143f.,
 146, 150
 Klein, Richard 154, 159
 Klimsch, Fritz 29
 Klose, Friedrich 130, 137
 Klotz, Clemens 154, 159, 160f.
 Knab, Armin 154, 160
 Knecht, Richard 154, 158f.
 Kneip, Jakob 83
 König, Leo von 152
 Kohlrausch, O. W. Eduard 27, 41
 Kolbenheyer, Erwin Guido 12f., 14, 21,
 35, 36, 38, 42, 70ff., 75, 78f., 80ff., 93,
 96, 99, 100f., 103ff., 111, 115f., 119
 Kolbenheyer, Gustav Joseph 141
 Kollwitz, Käthe 10, 15, 17f., 24, 27, 30,
 32ff., 37f., 41ff., 48f., 132f., 142
 Kokoschka, Oskar 25f., 129f., 141, 148,
 150, 157
 Kowalski, Ludwig-Peter 154ff., 158, 160
 Kraus, August 9, 25, 133f., 137f.

- Kreis, Wilhelm Heinrich 130, 153
 Kruse, Max 153
 Kubin, Alfred 148, 153, 157
 Kuczynski, Robert 29
 Kunckel 87
 Kurz, Isolde 83, 86
- Langen, Albert 73
 Lechter, Melchior 153
 Lederer, Hugo 129f., 153
 Lehmann-Rußbüldt, Otto 29
 Lenk, Franz 154f., 158, 160
 Lersch, Heinrich 21, 83f., 87, 106
 Lettré, Emil 154, 160
 Liebermann, Max 24, 69, 142, 145, 147
 Lillienfein, Heinrich 83
 Loerke, Oskar 12, 17, 19f., 29f., 39,
 43ff., 47, 50, 53ff., 58f., 66, 70ff.,
 80, 86, 103
- Mahlau, Alfred 154f., 158, 160
 Mann, Heinrich 7, 10, 14ff., 24, 28ff.,
 41ff., 50ff., 64f., 72f.
 Mann, Thomas 20, 39, 42, 49, 60f., 71,
 85, 116
 March, Werner 26, 152, 154, 159
 Marcks, Gerhard 26, 29, 143, 154f.,
 157ff.
 Marr, Karl von 130, 137
 Mayer, Kurt 142
 Mebes, Paul 24, 29, 123
 Mechel 83
 Mechow, Karl Benno von 112
 Meid, Hans 29
 Mell, Max 15, 86, 108
 Mendelsohn, Erich 25, 29, 123f., 126,
 135f.
 Meschendorfer, Adolf 83
 Miegel, Agnes 21, 38, 70f., 75, 80, 82f.,
 86f., 93, 99, 106, 108f., 116
 Mies van der Rohe, Ludwig 123ff., 130,
 143ff., 148, 150
 Möring, Dimar 112
 Molo, Walter von 14, 20, 36, 39, 45,
 53ff., 58, 70ff., 80, 83, 86, 108
 Mombert, Alfred 20, 25, 45f., 53, 62,
 66, 68, 70f.
 Mühsam, Erich 16
 Müller, Georg 71, 73
 Münchhausen, Börries von 12, 14, 21,
 38, 70f., 75, 80ff., 93, 98ff., 102ff.,
 107f., 110, 112, 114, 116
- Nebel, Kay H. 154f., 158, 160
 Nolde, Emil 25, 123, 125, 143f., 146ff.,
 150f., 156
- Oestreich, Paul 29
 Ossietzky, Carl von 16
- Pankok, Bernhard 153
 Pannwitz, Rudolf 15, 20, 66ff., 71
 Paquet, Alfons 15, 18, 20, 40, 43f., 60f.,
 71
 Partikel, Alfred 154ff., 160
 Paul, Bruno 29, 143ff., 150
 Paulsen, Rudolf 83
 Pechstein, Max 25f., 29, 129, 140, 142f.,
 146ff., 156
 Peiner, Werner 26, 154, 160
 Petersen, Julius 72
 Pfannschmidt, Ernst 153
 Plontke, Paul 29, 153
 Poelzig, Hans 18, 29, 31f.
 Ponten, Joseph 40, 46f., 53, 73, 75, 79f.,
 83f., 86, 108
 Preetorius, Emil 154, 160
 Presber, Rudolf 109
 Purrmann, Johann Marsilius 29, 130, 153
- Reutter, Hermann 154, 160
 Reznicek, Emil Nikolaus von 29
 Rhyn, Atz vom 109
 Richter, Hans 109
 Röttger, Karl 83
 Rohlf, Christian 25, 148ff., 153, 157
 Rolland, Romain 84
 Rosenberg, Alfred 10f., 13f.
 Rust, Bernhard 15f., 21, 24ff., 32ff.,
 37f., 41ff., 61, 71, 75f., 78, 86, 116f.,
 135, 150, 154
- Sagebiel, Ernst 154, 159
 Schäfer, Wilhelm 8, 12f., 21, 36, 42,
 70, 71ff., 75, 78, 80ff., 86ff., 93, 95f.,
 99f., 103ff., 115ff., 119
 Schaffner, Jakob 12, 83, 87, 90f.
 Scharff, Edwin 29, 123f., 126, 148, 157
 Scheibe, Richard 26, 152, 154f., 158f.
 Schickele, René 20, 40, 66ff., 71
 Schlaf, Johannes 83f., 87, 108

- Schleicher, Kurt von 36
 Schlösser, Rainer 28, 41
 Schmidt-Ehmen, Kurt 154, 159
 Schmidt-Rottluff, Karl 24, 123f.
 Schmidtbonn, Wilhelm 86, 108
 Schnack, Friedrich 83
 Schnitzler, Arthur 39
 Schönberg, Arnold 24f., 132ff.
 Schönherr, Karl 41, 86
 Scholz, Wilhelm von 14, 41, 45, 53, 75,
 80ff., 85f., 108
 Schramm, Julius 154, 160
 Schreker, Franz 25, 29, 135f.
 Schröder, Rudolf Alexander 83
 Schumacher, Fritz 154, 159
 Schumann, Georg 9, 26, 29, 135, 139ff.,
 143, 146, 150, 153, 156, 158, 160
 Schultze-Naumburg, Paul 153
 Schuster-Woldan, Raffael 29, 153
 Schwarz 142ff., 148f., 155, 157
 Seeck, Franz 25, 29, 129, 135f.
 Seidel, Heinrich Wolfgang 83
 Seidel, Ina 15, 29, 47f., 53f., 75, 80, 86,
 108, 109
 Seiffert, Konrad 29
 Siemens, August 29
 Sintenis, Renée 25, 123ff., 130, 135, 137
 Slevogt, Max 142
 Specht, Minna 29
 Spear, Albert 26, 154, 159
 Spiegel, Ferdinand 26, 154f., 160
 Staa, Wolfgang von 89, 90, 143
 Stahl, Friedrich 130, 153
 Stalin, Josef 38
 Stapel, Wilhelm 83
 Stark, Konstantin 153
 Stehr, Hermann 40, 75, 80ff., 86f., 93,
 95, 99, 103, 106, 108f., 116, 118
 Stein, Fritz 132
 Steinmetz, Georg 29, 130
 Stickelberger, Emanuel 83f.
 Stoffregen, Götz Otto 109
 Straumer, Heinrich 29, 153
 Strauß, Emil 12, 14, 21f., 36, 38, 70ff.,
 75, 80, 82f., 85ff., 93, 99, 102, 105,
 108, 110f., 116, 118f.
 Strauß und Torney, Lulu von 83
 Strothmann, Dietrich 11
 Stuckart, Wilhelm 134, 141
 Stucken, Eduard 20, 40, 54, 58, 70, 72f.,
 75, 80, 86, 108
 Sunkel, Rainhard 87
 Taut, Bruno 24f., 123, 126, 135, 137f.
 Tessenow, Heinrich 29, 154
 Thorak, Joseph 26, 149, 154, 159
 Tiessen, Heinz 29, 132, 140f.
 Tischler, Robert 154, 159
 Trapp, Max 29, 132
 Unruh, Fritz von 20, 66, 68, 71
 Vesper, Will 9, 14, 21f., 70f., 79, 81ff.,
 86, 91, 93, 98ff., 103ff., 114ff.
 Vogel, Hugo 130, 137
 Wagner, Martin 18, 24, 27, 29ff., 38,
 41, 43
 Waldschmidt, Arnold 15, 159
 Wassermann, Jakob 20, 39, 62, 66ff., 71
 Watzlik, Hans 83f.
 Wedel 43
 Wehner, Joseph Magnus 83, 87, 108
 Weismann, Julius Robert August 130
 Weiß, Emil Rudolf 130, 137, 143ff., 150
 Werfel, Franz 20, 39, 62, 66, 68, 71
 Westecker, Wilhelm 13
 Wiegand, Wilhelm 83
 Wilm, F. R. 154, 160
 Winkler, Eugen Gottlob 83
 Wolf-Ferrari, Ermanno 130f.
 Wolff, Heinrich 129, 153
 Wolfurt, Kurt von 29, 152f.
 Zierold, Kurt 56, 70, 73f., 78, 91
 Zischler, Robert 159
 Zobeltitz, Fedor von 109
 Zschintzch, 158
 Zügel, Heinrich von 153